

Beteiligentransparenzdokumentation

Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes - Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht

Einbringer: **Fraktion der CDU**

(Drucksache 7/7451)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 18. September 2023

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Fraktion der CDU

Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes - Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Mit Beschluss des Thüringer Landtags vom 4. Februar 2022 (Drucksache 7/4963) wurde die Landesregierung aufgefordert, die Evaluierung des Thüringer Vergabegesetzes vorzuziehen und dem für Wirtschaft zuständigen Ausschuss bis zum 30. September 2022 einen entsprechenden Bericht vorzulegen. Dabei sollten insbesondere die Schwellenwerte, die Höhe des Vergabemindestlohnes und der Anwendungsbereich des Vergabegesetzes überprüft werden. Auf Basis der Evaluation und mit dem Ziel der Vereinfachung der Vergabeverfahren beabsichtigt der Landtag eine Reform des Vergaberechts.

In Umsetzung des Beschlusses hat die Landesregierung eine Evaluierung durchgeführt und ein Evaluierungsgutachten mit dem Titel "Gutachten zur Evaluierung des Thüringer Gesetzes zur Vergabe öffentlicher Aufträge (ThürVgG) vom 30. Juli 2019 zu zentralen Punkten" vorgelegt und öffentlich zugänglich gemacht.

Im Rahmen der durchgeführten Evaluierung wurden wiederholt dieselben Kritikpunkte sowohl von Auftraggeber- als auch Auftragnehmerseite genannt, wobei die Vielzahl und Komplexität der Formblätter, die aufgrund der verpflichtenden Regelungen des Thüringer Vergabegesetzes jeweils vorzulegen sind, als Hauptkritikpunkte identifiziert werden können.

Im Ergebnis empfiehlt das Evaluierungsgutachten u.a. eine Verschlan-
kung und Entbürokratisierung, indem auf Regelungen verzichtet wird, die an anderer Stelle konkret oder vergleichbar durch höherrangiges Recht (zum Beispiel 4. Teil des GWB) oder bereits in den Verfahrensordnungen (Vergabeverordnung (VgV), VOB/A-EU, Unterschwellenvergabeordnung (UVgO), VOB/A) geregelt sind, ferner eine Entscheidung zur Beibehaltung des vergabespezifischen Mindestlohns und/oder Berücksichtigung repräsentativer Tarifverträge, eine Anhebung der Anwendungs- und Wertgrenzen, eine weitgehende Abschaffung der Formblätter sowie eine stärkere Nutzung digitaler Angebote und Verfahren.

B. Lösung

Der vorliegende Gesetzentwurf basiert auf den Handlungsempfehlungen des Evaluierungsgutachtens.

Abweichend von der Empfehlung einer weitestgehenden Streichung aller sozialen und ökologischen Kriterien beinhaltet der Gesetzentwurf eine Bündelung und Verschlinkung der entsprechenden Regelungen. Der explizit im Evaluierungsgutachten zur Streichung empfohlene Verweis auf die ILO-Kernarbeitsnormen wurde vollständig entfernt, da er keinen Mehrwert im Vergleich zur gültigen Rechtslage hat.

Das Evaluierungsgutachten hat gezeigt, dass der vergabespezifische Mindestlohn sowohl auf Auftraggeber- als auch Auftragnehmerseite Akzeptanz erfährt. Er wird deshalb beibehalten und lediglich in seiner Anwendung im Vergabeverfahren verschlankt. Die neue Höhe von 13,50 Euro wurde gewählt, um einen Mindestabstand zum zwischenzeitlich gestiegenen allgemeinen Mindestlohn zu gewährleisten.

In Umsetzung der Vorschläge des Evaluierungsgutachtens sollen die Anwendungs- und Wertgrenzen erhöht werden, allerdings unter Beibehaltung der Verordnungsermächtigung für das für Angelegenheiten im öffentlichen Auftragswesen zuständige Ministerium, jedoch mit der Festlegung von Mindestuntergrenzen.

Der Gesetzentwurf formuliert an vielen Stellen Passagen um, aus denen sich bisher die Notwendigkeit zur Abgabe von Formblättern ergab. Zudem wird im neuen § 8 Absatz 1 explizit deutlich gemacht, dass es in Zukunft nur eine kurze Eigenerklärung und keine Formblätter geben soll. Die Möglichkeit der Eigenerklärung wurde dabei unmittelbar aus dem Evaluierungsgutachten entnommen.

Zur vereinfachten Nutzung digitaler Verfahren verfolgt der neue § 8 Absatz 2 das Ziel, Angebotsabgaben per E-Mail zur erleichtern.

C. Alternativen

Im Sinne einer noch drastischeren Verschlinkung könnten weitere Regelungen vollständig entfallen. Dies betrifft beispielsweise die § 4 Absatz 3, 5, 6, 7 (mit Ausnahme Absatz 2a), §§ 8, 9 Absatz 1 und 2 sowie § 14 der bisherigen Fassung. Die Wirkung der Reform könnte damit gegebenenfalls noch weiter gesteigert werden, würde das Ziel der Vorlage eines möglichst einigungsfähigen Vorschlags jedoch verfehlen.

D. Kosten

Mit zusätzlichen Kosten ist nicht zu rechnen. Im Gegenteil, durch die beabsichtigte Anhebung der Anwendungs- und Wertgrenzen des Vergaberechts sowie die Verschlinkung und Entbürokratisierung der Vergabeverfahren werden die Sach- und Personalkosten für Vergaben sowohl auf Auftraggeber- als auch Auftragnehmerseite insgesamt sinken.

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes
- Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Thüringer Vergabegesetz in der Fassung vom 23. Januar 2020 (GVBl. S. 29) wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird die Angabe "50.000" durch die Angabe "75.000" und die Zahl "20.000" durch die Angabe "50.000" ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden nach dem Wort "Wege" die Worte "eines Direktauftrages," eingefügt.

bb) Satz 3 wird durch die folgenden Sätze 3 bis 5 ersetzt:

"Dabei sollen die Grenzen für Auftragswerte, bis zu deren Erreichen ein Direktauftrag möglich ist, auf mindestens 5.000 Euro festgesetzt werden. Weiter sollen die Grenzen für Auftragswerte, bis zu deren Erreichen eine Auftragsvergabe im Wege einer Verhandlungsvergabe oder einer freihändigen Vergabe zulässig ist, für Liefer- und Dienstleistungsaufträge auf mindestens 215.000 Euro und für Bauleistungen auf mindestens 250.000 Euro festgesetzt werden. Zudem soll die Grenze für Auftragswerte, bis zu deren Erreichen eine Auftragsvergabe im Wege einer Beschränkten Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb zulässig ist, für Bauleistungen auf mindestens 500.000 Euro festgesetzt werden."

2. § 4 erhält folgende Fassung:

"§ 4

Berücksichtigung umweltbezogener und sozialer Aspekte

(1) Soweit haushaltsrechtliche Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, Vorgaben des Umweltrechts oder Unionsrechts, insbesondere die Beeinträchtigung des Marktzugangs für ausländische Bieter nicht entgegenstehen, können Auftraggeber im Vergabeverfahren, namentlich bei der Definition des Auftragsgegenstands einschließlich dessen technischer Spezifikation, der Erteilung des Zuschlags gemäß § 43 UVgO und den Bedingungen für die Ausführung des Auftrags, ökologische und soziale Belange berücksichtigen, wenn sie im sachlichen Zusammenhang mit der Auftragsleistung stehen und in der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen angegeben sind. Insbesondere sollen staatliche Auftraggeber bei der Auswahl eines zu beschaffenden Investitionsguts mit einem Stückwert von mehr als 1.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) neben den voraussichtlichen Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des Lebenszyklusprinzips die

voraussichtlichen Betriebskosten über die Nutzungsdauer, die Kosten für den Energieverbrauch sowie die Entsorgungskosten berücksichtigen. Die kommunalen Auftraggeber können nach Satz 2 verfahren. Die Regelungen zur Berechnung des Auftragswertes bleiben davon unberührt.

(2) Als Aspekte nach Absatz 1 können bei der Definition des Auftragsgegenstandes insbesondere in Betracht kommen:

1. Verwendung von Produkten, die aus recycelten Materialien hergestellt wurden,
2. Verwendung ressourcenschonend hergestellter Produkte und Materialien,
3. Verwendung von Produkten oder Materialien die Umweltgütezeichen tragen,
4. umweltbezogene und soziale Verträglichkeit der verwendeten Produkte einschließlich deren Herkunft und Produktion,
5. die Energieeffizienz der verwendeten Produkte.

Auftraggeber können für die Beachtung der Aspekte nach Satz 1 in den Vergabeunterlagen technische Spezifikationen vorgeben. Auf Verlangen des Auftraggebers muss der Auftragnehmer in der Lage sein, die Einhaltung dieser Spezifikation durch geeignete Beweismittel, wie etwa Umweltgütezeichen, technische Unterlagen oder Prüfberichte anerkannter Stellen, nachzuweisen. Dieser Umstand ist in den Vergabeunterlagen kenntlich zu machen. Die technischen Spezifikationen dürfen die Öffnung der öffentlichen Beschaffungsmärkte für den Wettbewerb nicht in ungerechtfertigter Weise behindern.

(3) Der Auftraggeber kann zusätzliche Bedingungen für die Ausführung des Auftrags vorschreiben, wenn diese

1. mit Unionsrecht vereinbar sind, insbesondere keinen diskriminierenden Charakter haben,
2. in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen angegeben werden,
3. keine versteckten technischen Spezifikationen, Auswahl- oder Zuschlagskriterien darstellen und
4. alle Bewerber in der Lage sind, diesen Bedingungen nachzukommen, falls sie den Zuschlag erhalten.

Staatliche Auftraggeber sollen unter den in Satz 1 genannten Voraussetzungen für die Ausführung des Auftrages in geeigneten Fällen mindestens einen umweltbezogenen Aspekt vorschreiben, sofern nicht bereits im Rahmen der Definition des Auftragsgegenstands gemäß Absatz 2 mindestens ein umweltbezogener Aspekt vorgegeben wurde. Als umweltbezogene Aspekte im Rahmen der Auftragsausführung kommen umweltfreundliche und energieeffiziente Verfahren in Betracht, wie zum Beispiel:

1. Einsatz von Geräten und Fahrzeugen mit hoher Energieeffizienzklasse,
2. Einsatz ressourcenschonender Verfahren,
3. Verfahren, die einen möglichst geringen Schadstoffausstoß (zum Beispiel niedriger CO₂-Fußabdruck), möglichst geringe Geräusch-, Geruchs- oder sonstige Emissionen verursachen oder weitestgehend auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Pestiziden verzichten sowie

4. Anwendung von Umweltmanagementmaßnahmen nach oder analog zu den Vorgaben des Eco-Management and Audit Scheme (EMAS)."
3. Die §§ 5 und 6 werden aufgehoben.
4. § 7 wird § 5 und wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 3 werden nach dem ersten Wort "Bieter" die Worte "unter Berücksichtigung des § 6a Abs. 1 Satz 2 Teil A (VOB/A)" eingefügt.
 - b) Die Absätze 4 und 5 werden aufgehoben.
5. § 8 wird aufgehoben.
6. § 9 wird aufgehoben.
7. § 10 wird § 6 und wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

"Für Bauleistungen und andere Dienstleistungen, die das Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799), das Tarifvertragsgesetz vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1323) oder das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/957 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen vom 10. Juli 2020 (BGBl. I S. 1657) jeweils in der jeweils geltenden Fassung erfasst, dürfen öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die ihren Arbeitnehmern bei der Ausführung dieser Leistungen Arbeitsbedingungen gewähren, die mindestens den Vorgaben des für das Unternehmen anwendbaren Tarifvertrages entsprechen."
 - b) Absatz 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

"Öffentliche Aufträge für Dienstleistungen der allgemein zugänglichen Beförderung von Personen im öffentlichen Personennahverkehr dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die ihren Arbeitnehmern bei der Ausführung der Leistung mindestens das in Thüringen für diese Leistung in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zahlen und während der Ausführungslaufzeit Änderungen des Tarifentgelts nachvollziehen."
 - c) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

"(4) Staatliche Auftraggeber vergeben Aufträge an Unternehmen nur dann, wenn diese ihren Arbeitnehmern bei der Ausführung der Leistung mindestens das in Thüringen für die jeweilige Branche nach den Bestimmungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799), des Tarifvertragsgesetzes vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1323) oder des Gesetzes zur Um-

setzung der Richtlinie (EU) 2018/957 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen vom 10. Juli 2020 (BGBl. I S. 1657) jeweils in der jeweils geltenden Fassung einschlägige beziehungsweise das in einem mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt zahlen und während der Ausführungslaufzeit Änderungen des Tarifentgelts nachzuvollziehen. Bei mehreren als repräsentativ im Sinne der in Satz 1 genannten Gesetze festgestellten Tarifverträgen darf die Wahlmöglichkeit des sich bewerbenden Unternehmens nicht beschränkt werden. Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend. Das für Arbeit zuständige Ministerium gibt im Thüringer Staatsanzeiger bekannt, welcher Tarifvertrag beziehungsweise welche Tarifverträge für die jeweilige Branche als repräsentativ im Sinne der in Satz 1 genannten Gesetze anzusehen sind; Absatz 3 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass das für Arbeit zuständige Ministerium die in Absatz 3 geregelten Rechte und Pflichten in alleiniger Zuständigkeit wahrnimmt. Unterfällt die ausgeschriebene Leistung keinem als repräsentativ festgestellten Tarifvertrag im Sinne des Satzes 1 oder liegt keine Bekanntgabe im Sinne des Satzes 4 vor, vergeben staatliche Auftraggeber Aufträge an Unternehmen nur dann, wenn diese ihren Arbeitnehmern bei der Ausführung der Leistung ein Mindeststundenentgelt von 13,50 Euro (brutto) zahlen. Gleiches gilt, wenn das in dem als repräsentativ festgestellten Tarifvertrag vorgesehene Stundenentgelt geringer ist als das in Satz 5 genannte Mindeststundenentgelt. Als Entgelt im Sinne der Sätze 1 und 5 gelten alle Zahlungen, die im arbeitsvertraglichen Austauschverhältnis als Gegenleistung für die vom Arbeitnehmer erbrachte Arbeit gezahlt werden. Die Verpflichtung zur Zahlung der in Satz 1 oder Satz 5 genannten Mindeststundenentgelte gilt nicht, wenn die ausgeschriebene Leistung im sachlichen und räumlichen Anwendungsbereich

1. eines nach dem Tarifvertragsgesetz für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrages oder
2. eines Tarifvertrages, dessen Geltung durch eine Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer erstreckt wurde, liegt und sich hieraus ein Mindeststundenentgelt ergibt."

d) In Absatz 5 Satz 4 werden die Worte "muss es sicherstellen, dass" durch das Wort "müssen" ersetzt.

e) Absatz 10 erhält folgende Fassung:

"(10) Die Bieter haben bei der Auftragsdurchführung ihren Arbeitnehmern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt zu zahlen."

8. § 10 a wird § 6 a.

9. § 11 wird aufgehoben.

10. § 12 wird § 7 und wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Worte "im Einzelfall in der für Erklärungen des Auftragnehmers nach § 12 a Abs. 1 Satz 2 bestimmten Form" durch das Wort "dem" ersetzt.
- b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Alle Anforderungen dieses Gesetzes gelten in gleicher Weise für Nachunternehmer."

11. § 12 a wird § 8 und erhält folgende Fassung:

"§ 8 Verfahrensanforderungen

(1) Bieter sind verpflichtet mit der Abgabe des Angebotes eine Eigenerklärung zur Einhaltung der Bestimmungen des Vergabegesetzes vorzulegen. Die Erklärung enthält folgenden Inhalt: "Ich erkläre, dass mir die Bestimmungen des Vergabegesetzes, insbesondere der §§ 6, 7, 11, 13 und 14 bekannt sind und ich die daraus resultierenden Anforderungen einhalten werde." Gesonderte Erklärungen zu einzelnen Paragraphen dieses Gesetzes sind, unbeschadet der Regelungen des § 11 Absatz 1, nicht abzugeben. Der Auftraggeber ist verpflichtet, in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen darauf hinzuweisen, dass nur Angebote gewertet werden können, welchen eine Erklärung nach Satz 1 beigelegt ist.

(2) Der Auftraggeber bestimmt unter Beachtung der jeweils einschlägigen vergaberechtlichen Formvorschriften in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen, in welcher Form die Abgabe des Angebotes, die Vorlage von Nachweisen und Erklärungen und die Beantragung von Genehmigungen nach § 8 Absatz 1 zu erfolgen hat. Die Kommunikation einschließlich der Angebotsabgabe kann bei der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen per E-Mail erfolgen, wenn eine Verhandlungsvergabe durchgeführt wird. § 7 Abs. 4, § 39 Satz 1 und § 40 UVgO finden hierauf keine Anwendung. Der Auftraggeber hat durch organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, dass Manipulationsmöglichkeiten verhindert werden."

12. § 13 wird § 9.

13. § 14 wird § 10.

14. § 15 wird § 11 und wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 wird aufgehoben.
- b) Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 2.

15. § 16 wird § 12.

16. § 17 wird § 13 und Absatz 1 wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Worte "auferlegten Verpflichtungen" durch die Worte "bestehenden Anforderungen" ersetzt.

b) Satz 2 erhält folgende Fassung:

"Zu diesem Zweck hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber auf dessen Verlangen seine Entgeltabrechnungen sowie die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und die zwischen Auftragnehmer und Nachunternehmer abgeschlossenen Werkverträge vorzulegen."

c) In Satz 4 werden nach dem Wort "Beschäftigten" die Worte "und Nachunternehmer" eingefügt.

17. § 18 wird § 14 und wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird aufgehoben.

b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 1 und erhält folgende Fassung:

"(1) Der Auftraggeber hat den Auftragnehmer vor Vertragsabschluss darüber zu unterrichten, dass die schuldhaft nichterfüllte der aus § 6 resultierenden Anforderungen sowie schuldhaft Verstöße gegen die Verpflichtungen der §§ 7 und 13 Abs. 2 den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung des Vertrags berechtigen."

c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2 und die Angabe "§§ 10, 11, 12 und 17 Abs. 2" durch die Angabe "§§ 6, 7 und 13 Abs. 2" ersetzt.

d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3 und nach dem Wort "bis" wird die Angabe "3" durch die Angabe "2" ersetzt.

18. § 19 wird § 15 und wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 und Absatz 2 wird jeweils die Angabe "§ 12 a Abs. 1 Satz 2" durch die Angabe "§ 8 Abs. 2 Satz 1" ersetzt.

b) In Absatz 4 wird die Angabe "150.000" durch die Angabe "75.000" ersetzt.

19. § 20 wird § 16 und in Absatz 2 wird die Angabe "§ 10 Abs. 4 bis 8" durch die Angabe "§ 6 Abs. 4 bis 8" ersetzt.

20. Die §§ 21 und 22 werden §§ 17 und 18.

21. § 22 a wird aufgehoben.

22. § 23 wird § 19.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am ersten Tag des auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft.

Begründung:

Hauptziel der Änderungen ist es, sowohl für die Vergabestellen als auch für die Bewerber, den Vergabeprozess so einfach wie möglich zu gestalten, ohne an Rechtssicherheit einzubüßen. Kernanliegen ist deshalb die Abkehr von Formblättern und Nachweispflichten. Stattdessen soll nur noch in Kurzform die Einhaltung aller Bestimmungen erklärt werden, ohne jede Bestimmung einzeln behandeln zu müssen. Diese Schwerpunktsetzung ergibt sich unmittelbar aus dem Gutachten zur Evaluierung des Thüringer Gesetzes zur Vergabe öffentlicher Aufträge (ThürVgG) vom 30. Juli 2019 zu zentralen Punkten (im folgenden Evaluierungsgutachten) des Wirtschaftsministeriums, indem es heißt: "Zusammenfassend zeigt sich, dass das Bieterverhalten und die Wettbewerbslage durch das Thüringer Vergabegesetz beeinflusst wird. Besonders die Aufwände, die mit dem Ausfüllen der Formblätter aufgrund der Verpflichtungen/Regelungen nach dem Thüringer Vergabegesetz zusammenhängen, haben insbesondere auf kleine und mittlere Unternehmen sowie Handwerksbetriebe eine abschreckende Wirkung. Entsprechend würden kleine und mittlere Unternehmen sowie Handwerksbetriebe besonders durch einen Bürokratieabbau im Thüringer Vergabegesetz profitieren, wodurch auch das Bieterverhalten in Thüringen insgesamt stimuliert werden würde." Außerdem wurden Hinweise aus der Praxis aufgenommen, welche Regeln als belastend und gleichzeitig nicht zielführend angesehen werden.

Zu Nummer 1:

Zu Buchstabe a:

Die Erhöhung der Anwendungsgrenzen des Gesetzes folgen unmittelbar den Empfehlungen des Evaluierungsgutachtens. Dort wird eine Anhebung der Anwendungswertgrenzen des § 1 Absatz 1 ThürVgG auf 70.000 Euro oder 75.000 Euro für Bauleistungen sowie auf 50.000 Euro für Liefer- und Dienstleistungen vorgeschlagen. Dies stellt eine zentrale Möglichkeit zur Bürokratieentlastung und zur Verfahrensvereinfachung für Vergabeverfahren unterhalb der Anwendungswertgrenzen dar, bei denen dann nur die Vergaberegeln der Verfahrensordnungen anzuwenden sind."

Zu Buchstabe b:

Bisher werden die Grenzen der einzelnen Vergabearten nicht im Gesetz behandelt. Vielmehr obliegt es dem Wirtschaftsministerium im Rahmen der Verordnungsermächtigung, diese Grenzen festzulegen. In der Corona-Zeit hat sich dieses Vorgehen auch bewährt, konnten doch so schnell und flexibel die Grenzen verändert werden. Deshalb sollte die grundsätzliche Verordnungsermächtigung erhalten bleiben. Der Gesetzgeber sollte jedoch die Chance nutzen, im Gesetz Mindestgrenzen festzulegen, um der Exekutive eine klare Zielrichtung für die Verordnung mit auf den Weg und einen Rahmen vorzugeben. Dies orientiert sich an den Ergebnissen des Evaluierungsgutachtens. Dort heißt es: "Die Antwortenden sind außerdem für ein Festhalten an den erhöhten Wertgrenzen und wünschen sich bundeseinheitliche Regelungen dazu. Über die Hälfte der antwortenden Auftraggeberseite sagen außerdem, dass die infolge der Corona-Pandemie geltenden Wertgrenzen nach der ersten Änderung der Thüringer Verwaltungsvorschrift zur Vergabe öffentlicher Aufträge genau richtig sind. Diese veränderten Wertgrenzen führen laut Auftraggeberseite zu einer kürzeren Verfahrensdauer und zu mehr Angeboten aus der näheren Region sowie - entgegen den Erwartungen - nicht zu

einem größeren Einfallstor für Korruption oder einer Verringerung der Transparenz." Anzumerken ist, dass der Entwurf im Bereich der Bauleistungen (Vorschlag 250.000/500.000 je nach Vergabeart) weit unter der derzeitigen Grenze von drei Millionen Euro bleibt. Grund dafür ist, dass es sich hier um Mindestgrenzen handelt, dem Ministerium jedoch auch weiterer Spielraum im Rahmen der Verordnungsermächtigung verbleiben soll. Gleichzeitig sieht der Gesetzentwurf aber auch eine Ausweitung der Verordnungsermächtigung vor, indem auch die Direktvergabe künftig geregelt werden kann. Der vorgeschlagene Mindestwert liegt dabei höher als der aktuelle Wert.

Zu den Nummern 2 bis 6:

Die bislang von § 4 bis § 9 erstreckten Definition rund um soziale und ökologische Aspekte sollen mit dem neuen § 4 an einem Ort versammelt werden. Dieser gibt in Absatz 1 einen Überblick, an welchen Stellen im Prozess insbesondere Umweltaspekte berücksichtigt werden können und oder sollen und definiert das Lebenszyklusprinzip. Die weiteren Absätze bringen Erläuterungen, wie die Aspekte in den einzelnen Schritten verwirklicht werden können, zusammen. Bisherige Paragraphen wie § 5, die lediglich den erneuten Hinweis auf eine Berücksichtigung enthielten, wurden aus Gründen der Redundanz entfernt. Hierbei ist zu beachten, dass das Evaluierungsgutachten des Wirtschaftsministeriums sogar eine noch weitergehende Streichung der Vorschriften empfohlen hat. Die Beibehaltung und Neuorganisation in einer komprimierten Form stellt somit bereits eine Kompromisslinie jenseits der Evaluierung dar.

Zu den Nummern 7 und 10:

Die Bestimmungen zu Mindestlöhnen und dem Nachunternehmerein-satz bleiben inhaltlich weitestgehend erhalten. Die Neuformulierungen dienen dem Zweck, aus den bisherigen Formulierungen die Notwendigkeit zu Abgabe einer gesonderten Erklärung zu entfernen. Die Bestimmungen sollen kraft Gesetz gelten und sollen keine eigenständigen Formblätter mehr erfordern.

Im Hinblick auf die Mindestlöhne kam das Evaluierungsgutachten des Wirtschaftsministeriums zu folgendem Ergebnis: "Der vergabespezifische Mindestlohn und die Berücksichtigung repräsentativer Tarifverträge bei der Vergabe sollten vor dem Hintergrund der Ergebnisse in den strategischen Fokus genommen werden. Es bedarf einer politischen Grund-satzentscheidung, ob der vergabespezifische Mindestlohn vor dem Hintergrund der Evaluierungsergebnisse mit vielen Argumenten dafür und dagegen beibehalten wird. Die Evaluierung macht jedoch deutlich, dass ein vergabespezifischer Mindestlohn von den Praktikern - überwiegend der Unternehmensseite - mitgetragen, wenn nicht sogar unterstützt wird. Bei einer Entscheidung für ein Beibehalten ist ein Abstandsgebot zum gesetzlichen Mindestlohn, beispielsweise in Höhe des jetzigen Abstandes von rund 1,50 Euro, zu empfehlen." Dieser Vorschlag wird hier mit dem Vorschlag eines vergabespezifischen Mindestlohnes von 13,50 Euro umgesetzt.

Zu Nummer 9:

Der Evaluierungsbericht des Thüringer Wirtschaftsministeriums fordert "Mut zu einer radikalen Verschlinkung und Entbürokratisierung, indem auf Regelungen verzichtet wird, die an anderer Stelle konkret oder vergleichbar durch höherrangiges Recht oder bereits in den Verfahrensord-

nungen geregelt sind" und benennt dabei explizit die Regelung zu den ILO-Kernarbeitsnormen.

Zu Nummer 11:

Der neue § 9 führt in seinem Absatz 1 die Idee der Ersetzung der verschiedenen Formblätter durch eine Allgemeinerklärung beziehungsweise Eigenerklärung, die sich bereits aus den Neuformulierungen der bislang Erklärungen einfordernden Paragraphen ergibt, zusammen. Diese Umsetzung folgt unmittelbar aus Empfehlung vier des Evaluierungsgutachtens. Dort heißt es: "(Weitestgehende) Abschaffung der Formblätter, die aufgrund der Verpflichtungen/Regelungen nach dem Thüringer Vergabegesetz vorzulegen sind, und Verankerung notwendiger Klauseln innerhalb der Vertragsbedingungen der Auftraggeber oder durch die Einführung einer Eigenerklärung innerhalb des Angebotsschreibens." Grundsätzlich könnte auf jede Form der Erklärung verzichtet werden, da gesetzliche Bestimmungen auch dann gelten, wenn der Wille zu Einhaltung nicht gesondert erklärt wird. Im Sinne der Rechtssicherheit, auch und gerade in Zusammenhang mit dem bisherigen Verfahren, stellt die hier vorgeschlagene Variante jedoch einen gangbaren Zwischenweg dar. Aufgrund der Einfachheit der abgeforderten Standarderklärung kann auch auf das Bestbieterprinzip verzichtet werden. Dieses sollte die Belastung nicht ausgewählter Bieter reduzieren, galt aber in Fachkreisen als Einfallstor für Betrugs- und Absprachemöglichkeiten. Sieht die neue Variante für keinen Bieter mehr eine Belastung durch Erklärungen und Formblätter vor, kann auf die Entlastungswirkung des Bestbieterprinzips verzichtet werden.

In Absatz 2 soll der Möglichkeitsrahmen für die Nutzung der elektronischen Kommunikation und der Abgaben per E-Mail erweitert werden. Mit dem aktuellen Stand der Technik lassen sich elektronische Verfahren problemlos mit Anforderungen der Möglichkeit der geheimen Abgabe vereinbaren. Damit werden Anregungen der fünften Empfehlung des Evaluierungsgutachtens umgesetzt. Dort heißt es: "Darüber hinaus empfehlen die Gutachter, die rechtlichen Spielräume für eine "vereinfachende" Digitalisierung von Vergabeverfahren im Unterschwellenbereich zu prüfen. Geprüft werden sollte, ob die Durchführung elektronischer Vergabeverfahren (e-Vergabe) mit einfacher E-Mail erfolgen kann."

Zu Nummer 14:

Die in der bisherigen Nr. 2 genannten Erklärungen werden nicht länger benötigt.

Zu Nummer 16:

Auch diese Änderung soll die Notwendigkeit zur Abgabe von Erklärungen zugunsten einer grundsätzlichen Geltung entfernen. Dies ergibt sich auch aus der veränderten Wortwahl. Anforderungen, im Sinne von gesetzlichen Anforderungen, die aus dem Rechtsrahmen heraus gelten sollen, ersetzen die bisherige Vorgehensweise des Eingehens einer Verpflichtung im Wege der Erklärung.

Zu Nummer 17:

Die gegenseitige Vereinbarung im bisherigen Absatz 1 hat sich in der Praxis als wenig zielführend erwiesen und sollte zugunsten der verbleibenden Sanktionsmöglichkeit des bisherigen Absatz 2 (neu Absatz 1) entfallen.

Alle weiteren Anpassungen sind Folgeänderungen.

Für die Fraktion:

Bühl

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

DEHOGA Thüringen e.V.

IHK Erfurt

LEG Thüringen

Thüringer Normenkontrollrat

Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), Geschäftsstelle Erfurt

Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V. (vtw)

BAUINDUSTRIE Hessen-Thüringen

Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, Region Thüringen

Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Handwerkskammern

Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU), Landesgruppe Thüringen

Prof. Dr. Dörre, Friedrich-Schiller-Universität, Institut für Soziologie

Selbstverwaltung für Thüringen e.V.

Bauhaus-Universität Weimar

Ingenieurkammer Thüringen

ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

Verband der Wirtschaft Thüringens e.V.

Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr

DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.

DGB Hessen-Thüringen

Zukunftsfähiges Thüringen e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes - Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drs. 7/7451; Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/8029

1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	DEHOGA Thüringen	e. V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Witterdaer Weg 3
	Postleitzahl, Ort	99092 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Interessenvertreter der in ihm zusammengeschlossenen Mitgliedsunternehmen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der Verband befürwortet grundsätzlich das den beiden Entwürfen zugrundeliegende Anliegen, bürokratische Belastungen im Freistaat Thüringen abzubauen. Wir unterstützen den Entwurf der Fraktion der CDU, insbesondere, da er klare Vorschläge zur effektiven und unbürokratischen Umsetzung definiert. Der Vorschlag zur Einführung eines Vergabemindestlohnes wird abgelehnt.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 23.06.2023	

> DEHOGA THÜRINGEN e.V. | Witterdaer Weg 3 | 99092 Erfurt
Fon (03 61) 59 07 80 | Fax (03 61) 59 07 81 0
Info@dehoga-thueringen.de | www.dehoga-thueringen.de

DEHOGA Thüringen e.V. | Witterdaer Weg 3 | 99092 Erfurt
Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt



Thüringer Landtag
Zuschrift
7/2675
zu Drs. 7/7451/8029

Erfurt, 23.06.2023

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes – Bürokratieabbau und
Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht – Gesetzentwurf der Fraktion CDU
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes – Gesetzentwurf der Fraktionen DIE
LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN**

**Hier: Anhörung gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags
Ihr Zeichen:**

Sehr geehrte Frau Dr. Eglinski,

In vorstehender Angelegenheit nehmen wir Bezug auf Ihr Schreiben vom 07.06.2023, hier
eingegangen am 12.06.2023.

Der DEHOGA Thüringen e. V. ist der Interessenvertreter der in ihm
zusammengeschlossenen Mitgliedsunternehmen des Gastgewerbes im Freistaat Thüringen.

Aufgrund der kleinteiligen Prägung unserer Branche ist zu konstatieren, dass eine nur
marginale Betroffenheit hinsichtlich der vorgenannten Gesetzesentwürfe gegeben ist.
Unsere Mitgliedsbetriebe sind überwiegend kleinere und mittlere Unternehmen, die
regelmäßig öffentliche Aufträge nicht realisieren.

Der DEHOGA Thüringen e. V. unterstützt gleichwohl grundsätzlich die obigen
Gesetzesvorhaben, soweit sie dazu dienen, bürokratische Belastungen im Freistaat
Thüringen abzubauen, den finanziellen und zeitlichen Aufwand für die Unternehmen zu
beschränken und Vorschriften auf das Notwendige zu verschlanken, die in der Praxis
unbürokratisch umsetzbar sind.

Wir sind tarifschließende Partei für das Thüringer Gastgewerbe und haben als solche mit
unserem Sozialpartner Tarifverträge geschlossen.

Insoweit wird die beabsichtigte Einführung eines eigenen Vergabemindestlohns diesselts
abgelehnt. Dies insbesondere im Hinblick auf die von den betroffenen Unternehmen zu
tragenden Abgaben im Geringfügigkeitssektor, welches zu einer Ungleichheit des
Lohngefüges führen kann.

> DEHOGA THÜRINGEN e.V. | Willerdaer Weg 3 | 99092 Erfurt
Fon (03 61) 59 07 80 | Fax (03 61) 59 07 81 0
Info@dehoga-thueringen.de | www.dehoga-thueringen.de

Im Übrigen wird der von der CDU-Fraktion eingebrachte Gesetzesentwurf befürwortet, soweit dieser eine Erhöhung der Anwendungswertgrenzen für Bauleistungen sowie Liefer- und Dienstleistungen vorsieht, da dies wesentlich zur Bürokratieentlastung sowie Vereinfachung und/oder Verkürzung von Vergabeverfahren unterhalb der festgelegten Höchstgrenzen beitragen kann.

Dies betrifft gleichermaßen die Aktivitäten zur Abschaffung von Formblättern und Verzicht von Erklärungen, soweit gesetzliche Regelungen vorrangig sind.

Mit freundlichen Grüßen

Hauptgeschäftsführer

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes - Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7451 - Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8029 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1; 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Landesarbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern</td> <td>Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Arnstädter Str. 34</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99086 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landesarbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Arnstädter Str. 34	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	99086 Erfurt
Name	Organisationsform										
Landesarbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern	Körperschaft des öffentlichen Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Arnstädter Str. 34										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	99086 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Interessenvertretung der Thüringer Wirtschaft	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	S. Stellungnahme.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Bfwt, 7.7.23	



Industrie- und Handelskammer
Erfurt

Hauptgeschäftsführerin

Thüringer Landtag
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale
Gesellschaft
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
12.07.2023 13:36

18707/2023

Zustellung per E-Mail an:

poststelle@thueringer-landtag.de

7. Juli 2023

Stellungnahme zu den Drucksachen 7/7451 und 7/8029

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes – Bürokratieabbau und
Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht
Gesetzentwurf der CDU-Fraktion**

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern (IHKs) bedankt sich für Ihr Schreiben vom 7. Juni 2023 und die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den beiden o.g. Gesetzentwürfen.

Die Thüringer Industrie- und Handelskammern haben sich in der Vergangenheit regelmäßig zum Thüringer Vergabegesetz insgesamt sowie zu Einzelregelungen des Gesetzes überwiegend kritisch geäußert. Grundsätzlich setzen wir uns seit jeher dafür ein, dass das Thüringer Vergabegesetz unbürokratisch, verständlich und nur auf wenige Vergabekriterien fokussiert ist. Ein nach diesen Kriterien aufgestelltes Vergabegesetz muss zwingend das Ziel verfolgen, die Vergabe öffentlicher Aufträge insbesondere für Unternehmen, die gewillt sind, sich an öffentlichen Vergaben zu beteiligen, attraktiv zu gestalten. Zuletzt beobachten wir, dass die Teilnahme von Unternehmen an Vergaben öffentlicher Aufträge rückläufig ist und die



Unternehmen dafür vielfältige Gründe regelmäßig spiegeln. An dieser Stelle ist es wichtig zu erwähnen, dass die Thüringer IHKs stets auf eine Verschlinkung des Vergabegesetzes hingewirkt haben, bisher jedoch keinerlei sichtbare und merkbare Verschlinkung des Gesetzes erfolgte. Vielmehr wurden dem Thüringer Vergabegesetz immer weitere Regulierungen aufgetragen.

Auch im Rahmen dieser Anhörung erfolgt die Positionierung der Thüringer IHKs klar hin zu einer Verschlinkung des Gesetzes. Wir sehen die Weiterentwicklung des Thüringer Vergabegesetzes inhaltlich stark mit dem bestehenden Evaluierungsgutachten der Landesregierung aus dem vergangenen Jahr verknüpft. Viele Empfehlungen des Gutachtens sollten nun bei der Novellierung berücksichtigt und übernommen werden. Denn das Gutachten zeigt an vielen Stellen, wie Vereinfachung und Verschlinkung des bestehenden Gesetzes gelingen können.

Zum Entwurf der CDU-Fraktion nehmen wir wie folgt Stellung:

Die grundsätzliche Zielrichtung des Gesetzentwurfes, den Vergabeprozess für alle Beteiligten so einfach wie möglich zu gestalten, ohne dass Unternehmen an Rechtssicherheit einbüßen, begrüßen wir ausdrücklich. Vor allem die substanziellen Absichtungen von Formblättern und Nachweispflichten tragen maßgeblich zur Verschlinkung bei. Die enge Orientierung am Evaluierungsgutachten entspricht in weiten Teilen unseren Forderungen.

Die Erhöhung der Wertgrenzen für Verhandlungsvergaben auf 215.000 Euro im Liefer- und Dienstleistungsbereich und das Ausbleiben von Veröffentlichungen auf der Vergabeplattform bewerten wir als kritisch, denn beide Maßnahmen schränken den Vergabewettbewerb ein. Eine Wertgrenze von 100.000 € im Liefer- und Dienstleistungsbereich sehen wir als angemessen. Die definierte Wertgrenze im Baubereich in Höhe von 250.000 € erachten wir als angemessen.

Regelungen zu umweltbezogenen und sozialen Aspekten sollten nach unserer Auffassung komplett aufgehoben werden, da sie im Entwurf als Kann-Bestimmungen aufgeführt werden und nicht zur Verschlinkung des Vergabegesetzes beitragen.

Die Ersetzung der verschiedenen Formblätter durch eine allgemeine Erklärung beziehungsweise Eigenerklärung begrüßen wir, denn einerseits wird die Abschaffung der Formblätter auch seitens des Evaluierungsgutachtens empfohlen. Andererseits würde dies zu einer deutlichen Verschlinkung des Gesetzes beitragen. Auch die Ausweitung digitaler Kommunikationswege und Möglichkeiten der Angebotsabgaben per E-Mail begrüßen wir,

denn beides würde zu Beschleunigung und Verschlankung der Verfahren führen. Insbesondere im Unterschwellenbereich würde dies eine erhebliche Entlastung bedeuten.

Die avisierte Absenkung der Beträge für Vergabenachprüfungsverfahren von 150.000 Euro auf 75.000 Euro im Baubereich begrüßen wir, denn damit wird die Rechtsschutzmöglichkeit für die Unternehmen ausgeweitet.

Zum Entwurf der Regierungsfraktionen nehmen wir wie folgt Stellung:

Zunächst begrüßen wir, dass sich auch dieser Entwurf an einzelnen Punkten des Evaluierungsgutachtens der Landesregierung orientiert. Allerdings erfolgt die Orientierung nur an sehr wenigen Stellen des Gutachtens beziehungsweise greift nur einzelne, ganz wenige relevante Punkte auf. Die nur begrenzte Orientierung am Gutachten wird durch die parallel im Entwurf platzierten Neuregelungen gänzlich entwertet.

Die auch im Evaluierungsgutachten empfohlene Anhebung des vergabespezifischen Mindestlohns lehnen wir, wie bereits oben erläutert, ab. Die offenkundig beabsichtigte Verschlankung des Vergabegesetzes begrüßen wir grundsätzlich. Es finden sich jedoch nur wenige Anhaltspunkte im Entwurf, die dieser Absicht tatsächlich und in der Gesamtbewertung der vorgelegten Änderungen Rechnung tragen.

Die Einrichtung einer Landesvergabeberatungsstelle ist gänzlich verzichtbar. Zum einen halten die Thüringer IHKs diese Expertise seit Jahren vor. Dies ist im Übrigen auch in der Thüringer Richtlinie zur Vergabe öffentlicher Aufträge rechtlich festgehalten. Zum anderen ist die beim Thüringer Landesverwaltungsamt angesiedelte Thüringer Vergabekammer jederzeit ansprechbar. Die praktischen Erfahrungen dieser zeigen, dass auch individuelle Anfragen oder Anforderungen von der Thüringer Vergabekammer beratend beantwortet werden. Eine zusätzliche Landesvergabeberatungsstelle würde zum einen personelle Ressourcen des Landes binden, die möglicherweise an anderen Stellen aktuell dringender benötigt würden. Weiterhin würde es einen Aufbau von Doppelstrukturen bedeuten, den es unbedingt zu vermeiden gilt.

Bei Verstößen gegen Verpflichtungen der öffentlichen Auftragsvergabe werden Unternehmen aktuell für drei Jahre aus Verfahren der öffentlichen Auftragsvergabe ausgeschlossen. Diese Regelung ist angemessen und hat sich bewährt. Eine Erweiterung auf fünf Jahre ist willkürlich und entbehrt jeder objektiven Begründung.



Die Einführung eines Registers für von der öffentlichen Auftragsvergabe ausgeschlossene Unternehmen lehnen wir entschieden ab. Das wäre eine bundesweit einmalige Sonderlösung in Thüringen, die wieder Personal binden sowie neue bürokratische Lasten und Verpflichtungen mit sich bringen würde. Wir sehen an dieser Stelle das Wettbewerbsregister gemäß Wettbewerbsregistergesetz auf Bundesebene als ausreichend an.

Eine weitere, vor allem schnellere und dem Prinzip der „Ende-zu-Ende“ gerecht werdende Digitalisierung von Vergabeverfahren begrüßen wir ausdrücklich.

Verfahrensvereinfachungen durch die Möglichkeit abweichender Festlegungen bei Direktaufträgen begrüßen wir unter dem Vorbehalt, dass die Teilnahme am Vergabeverfahren für Unternehmen attraktiver und keine unnötige Bürokratie weiter aufgebaut wird. Auch eine Kommunikation bei Direktaufträgen per E-Mail begrüßen wir.

Folgende Fragen des Fragenkatalogs zur Anhörung zu den Drucksachen 7/7451/8029 beantworten wir wie folgt:

8. und 9.

Diese Fragen können nicht beantwortet werden, da in den Drucksachen keine entsprechenden Änderungen nachvollziehbar sind und demnach keine Änderungen entsprechend vorgenommen wurden.

10.

Auch in der Vergangenheit haben die Thüringer IHKs stets verdeutlicht, dass sozial-ökologische Aspekte nicht Gegenstand des Vergabegesetzes sein sollten. Wir haben uns immer für ein schlankes und unbürokratisches Vergabegesetz eingesetzt und besetzen diese Position auch weiterhin.

11.

Den Vorschlag, gesetzliche Mindestgrenzen für Direktaufträge, Verhandlungsvergaben und beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb einzuführen, befürworten wir. Es sollte eine Dynamisierung in Verbindung mit der regelmäßigen Anpassung der EU-Schwellenwerte aufgenommen werden.

12.

Den Vorschlag der Einführung einer maximal einseitigen Eigenerklärung zum Ersatz der bisherigen Formblätter begrüßen wir ausdrücklich, denn dies führt zu einer erheblichen Bürokratieentlastung auf Seiten der Unternehmen.



13.

Das Vergabegesetz ist ausdrücklich nicht der richtige Ort, um soziale und ökologische Kriterien in öffentlichen Projekten zu verankern, da dies zu einer weiteren Überregulierung führt und der unsererseits geforderten Verschlankeung und Vereinfachung diametral entgegensteht.

Alle weiteren, im Katalog aufgelisteten Fragen haben wir im Rahmen der Stellungnahme zu den beiden Gesetzentwürfen bereits beantwortet.

Im Sinne der Unternehmen in Thüringen hoffen wir, dass Sie die Anregungen der Thüringer Wirtschaft wohlwollend aufnehmen und entsprechend umsetzen. Auch in Zukunft stehen wir Ihnen als Ratgeber und Interessenvertreter der Thüringer Wirtschaft bei allen Fragen gern zur Seite.

Mit freundlichen Grüßen

Hauptgeschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer Erfurt
im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes - Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7451 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG; eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 60px; vertical-align: middle; text-align: center; font-size: 1.2em;">LEB Thüringen</td> <td style="height: 60px; vertical-align: middle; text-align: center; font-size: 1.2em;">GmbH</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Mainzer Lsg/Str. 12</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	LEB Thüringen	GmbH	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Mainzer Lsg/Str. 12	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	LEB Thüringen	GmbH									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Mainzer Lsg/Str. 12									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td style="height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Wirtschaftsförderung Immobilienmanagement	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Öffnungsklausel zur Prüfung von Angaben vor Zuschlagssetzung in Einzelfällen erforderlich; im übrigen vertretbar	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 01.08.2023	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes - Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drs. 7/7451		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Thüringer Normenkontrollrat	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 90 02 53
	Postleitzahl, Ort	99105 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes - Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drs. 7/7451											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small></p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), Geschäftsstelle Erfurt</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Bahnhofstraße 27</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), Geschäftsstelle Erfurt		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnhofstraße 27	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), Geschäftsstelle Erfurt										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnhofstraße 27									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small></p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes - Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drs. 7/7451; Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/8029											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V.</td> <td>Verein/Verband</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Regierungsstraße 58</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V.	Verein/Verband	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Regierungsstraße 58	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V.	Verein/Verband										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Regierungsstraße 58										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> Geschäfts- oder Dienstadresse Wohnadresse </div> <div style="font-size: small; margin-top: 5px;"> (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </div> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> Geschäfts- oder Dienstadresse Wohnadresse </div> <div style="font-size: small; margin-top: 5px;"> (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </div>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> Geschäfts- oder Dienstadresse Wohnadresse </div> <div style="font-size: small; margin-top: 5px;"> (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </div>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	gemäß § 1 unserer Satzung die Interessenvertretung der Thüringer Wohnungswirtschaft und der gesetzliche Prüfungsverband der Wohnungsgenossenschaften	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Befürwortet haben wir die Regelungen zur Entbürokratisierung und Digitalisierung. Abgelehnt haben wir u.a. Regelungen zum höheren Mindestlohn, überobligatorische Tarifbindung, höhere Kontroll- und Überwachungspflichten. Die meisten Regelungen verkomplizieren das Vergabeverfahren und halten in der bestehenden veränderten Marktsituation Bieter von Angeboten an öffentliche Auftraggeber eher ab.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 21.07.2023	

vtw | Regierungsstraße 58 | 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und
Digitale Gesellschaft
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

21.07.2023

THÜR. LANDTAG POST
21.07.2023 08:51

19500/2023

Anhörung zum Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 07.06.2023. Wir bedanken uns für die Möglichkeit am schriftlichen Anhörungsverfahren des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft des Thüringer Landtages zum Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Stellung zu nehmen. Wir haben uns auf die wohnungswirtschaftlichen, Aspekte konzentriert, soweit sie auf unsere Wohnungsunternehmen überhaupt anwendbar sind.

Uns liegen der Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU (Drucksache 7/7451) und der Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 7/8029) vor.

Im Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e. V. (vtw) haben sich 225 Mitgliedsunternehmen, darunter 180 kommunale Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften aus Thüringen, zusammengeschlossen. Nahezu jeder zweite Mieter in Thüringen wohnt bei einem Mitgliedsunternehmen des vtw. Seit 1991 investierten vtw-Mitglieder rund 14,65 Milliarden Euro überwiegend in den Wohnungsbestand. Gemeinsam bewirtschaften sie rund 264.000 Wohnungen.

Zu den beiden oben genannten Gesetzesentwürfen nehmen wir wie folgt Stellung:

Mit den Entwürfen zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes verfolgt die Landesregierung und die Fraktion der CDU auf Basis des Gutachtens zur Evaluierung des Thüringer Gesetzes zur Vergabe öffentlicher Aufträge vom 30. Juni 2019 (im Folgenden Evaluierungsgutachten) im Wesentlichen eine Verschlankung und Entbürokratisierung, eine Entscheidung zur Beibehaltung des vergabespezifischen Mindestlohn und der Berücksichtigung repräsentativer Tarifverträge, eine Anhebung der Anwendungs- und Wertgrenzen, eine weitgehende Abschaffung der Formblätter sowie eine stärkere Nutzung digitaler Angebote und Verfahren.

Bewertung des vtw im Einzelnen:

1. Bürokratieabbau und Digitalisierung

Der vtw begrüßt die Regelungen zum **Bürokratieabbau**, wie z.B. die Aufhebung der Pflicht zur doppelten Veröffentlichung von Ausschreibungen durch öffentliche Auftraggeber. Der vtw begrüßt auch die **Erweiterung von digitalen Möglichkeiten** und Verfahrenserleichterungen. Wichtig ist insoweit, dass das Verfahren benutzerfreundlich und auch für kleinere Bieter leicht zu handhaben ist. Dazu gehört insbesondere die Möglichkeit, ohne aufwendige Anmeldung an der Vergabe teilnehmen zu können.

Die Einführung einer **Landesvergabeberatungsstelle (Frage 2)** kann insbesondere für Auftraggeber, die erstmalig oder nur selten öffentliche Aufträge vergeben sehr hilfreich sein. Der Beratungsbedarf kann dabei vielfältig sein, weshalb die Stelle in der Lage sein sollte vollumfängliche Unterstützung zu leisten.

Die geplanten Änderungen zu 1., 2. und 3. des Gesetzesentwurfs der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden befürwortet. Die **Ermächtigungsklausel ist zielführend**, um die Flexibilität bei besonderen Situationen zu wahren (z. B. Konjunkturerinbrüche, Corona). Thüringen hat sich mit den relativ hohen Grenzen für freihändige Vergaben positiv von anderen Bundesländern abgehoben.

Die Aufhebung des § 13 im Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist sinnvoll. Der Praxisfall, dass bei gleichwertigen Angeboten weitere bisher genannte Kriterien zur Entscheidung herangezogen werden, ist sehr selten. Da sich teilweise auch nur wenige Bieter am Verfahren beteiligen, bedarf es i.d.R. keiner weitergehenden Auswahloptionen.

2. Erhöhung der Wertgrenzen (§ 1 Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU)

Angesichts der stark steigenden Kosten für Bauleistungen ist die Erhöhung der Wertgrenzen sinnvoll und notwendig, aber nicht ausreichend. Die Werte sind seit 2011 unverändert und werden als zu niedrig erachtet. Derart kleinteilige Aufträge lassen sich kaum noch mit den Bindungen des Vergabegesetzes am Markt platzieren. Wegen der enormen Preissteigerungen, insbesondere in den letzten 3 Jahren und der allgemeinen Inflation sollte im § 1 Abs. 1 bei Bauaufträgen ein Wert von € 100.000 zu Grunde gelegt werden.

3. § 1 Abs. 2 Sätze 3 bis 5 (Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU) – Frage 11

Dieser Vorschlag findet unsere Zustimmung. Bei der Anwendung der coronabedingten Sonderregelungen (gemäß Nr. 1.2.2.1 Abs. 1a und 1.2.2.2. Abs. 1a der ThürVVöA), welche bis zum 30.06.2023 galten, war festzustellen, dass die Möglichkeit der beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb bzw. der Freihändigen Vergaben sogar bei Gesamtauftragswerten bis 3 Mio. Euro äußerst flexibel und sehr praktikabel genutzt werden konnten und nicht zu einer Einschränkung des Wettbewerbs geführt haben. Die meisten Auftraggeber haben verfahrensbezogen abgewogen und entschieden, ob ein Offenes Verfahren / eine Öffentliche Ausschreibung durchgeführt wird oder eben die Erleichterungen (d.h. vereinfachte Verfahren) zur Anwendung kamen. Dies muss und wird im Übrigen auch jeweils konkret dokumentiert.

4. Einführung eines vergabespezifischen Mindestlohns/ Tarifbindungen und soziale Standards u.a.

Der vtw lehnt für seine Mitgliedsunternehmen, soweit sie öffentliche Auftraggeber sind, die Einführung eines **vergabespezifischen Mindestlohns** in Höhe von € 13,50 (vgl. Ziffer 4 des Gesetzesentwurfs der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ab. Für die Ausweitung der Verpflichtung zur Mindestentgelteinhaltung ist kein konkreter Bedarf. Die bundesweiten Regelungen zum Mindestlohn werden von der Wohnungswirtschaft aus sozialem Verantwortungsbewusstsein befürwortet und eingehalten.

Ein höherer Mindestlohn als der bundesweite Mindestlohn führt zwingend zur weiteren Verteuerung eines erheblichen Teils der sogenannten kalten Betriebskosten. Ein großer Teil der Dienstleistungen zur Bewirtschaftung unserer Bestände stammt in der Regel aus dem Mindestlohnsektor, wie z.B. Reinigung, Grünlandpflege, Sicherheitsdienstleistungen. Bei der Beschaffung müssen Vermieter jedoch besonders beachten, dass der Wirtschaftlichkeitsgrundsatz eingehalten wird, da nur diese Kosten auch auf Mieter umlegbar sind. Dies ist aber bei der vorgeschlagenen Regelung zum Mindestlohn ggf. nicht gegeben.

Ein weiterer großer Teil der Betriebskosten von Wohnungsunternehmen stammen von der öffentlichen Hand, etwa für die Abwasserentsorgung, Wasser, Strom, die ihre höheren Kosten auch direkt umlegen. Auch dies führt zu einer sehr spürbaren Steigerung der Betriebskosten und damit der Wohnkosten. Das Wohnen verteuert sich dadurch erheblich.

Dies gilt auch für die geforderte überobligatorische Tarifbindung (Frage 1). Verstoßen die Bieter dagegen, droht ihnen nach dem aktuellen Gesetzesentwurf der Landesregierung des Weiteren eine **Sanktionierung** und einen fünfjährigen Ausschluss von öffentlichen Vergabeverfahren. Dies ist problematisch. Es ist aus unserer Sicht nicht Aufgabe des Vergabegesetzes Bestimmungen zur Tariftreue (und Mindestlohn vgl. oben) aufzunehmen. Hierzu gibt es die Tarifautonomie und bereits ein umfangreiches gesetzliches Regelwerk außerhalb des Vergabegesetzes, welches bei Vorliegen der bestimmten Voraussetzungen selbstverständlich einzuhalten ist. Jede zusätzliche Anforderung erschwert und verkompliziert ein Vergabeverfahren.

Dies gilt auch für die vorgeschlagene Einhaltung von Sozialstandards, die Durchführung ökologischer Maßnahmen (Frage 13). Die Einhaltung dieser Standards auf freiwilliger Basis wird ausdrücklich befürwortet. Unternehmen setzen sich aktiv für eine nachhaltige und soziale Bewirtschaftung ein. Das Vergabegesetz ist hierfür jedoch nicht der richtige Ort. Auch hier würde eine uneingeschränkte Einhaltungspflicht in dem angeführten Sinne gegebenenfalls zu einer mietrechtlich im Rahmen des Wirtschaftlichkeitsgebots nicht durchsetzbaren Verteuerung der Miete und der Mietnebenkosten führen.

Die Einbeziehung der kommunalen Auftraggeber und solcher nach § 2 Abs. 3 in obigen Verpflichtungen (höherer Mindestlohn, überobligatorische Tarifbindung, zwingende Standards u.a.) wird kritisch gesehen, weil sie für die zu vergebenden Aufträge auf einen teils sehr kleinteiligen Handwerkermarkt treffen. Viele der bisherigen Aufträge könnten in Zeiten eines enormen Fachkräftemangels dann nicht mehr bezuschlagt werden.

Die Auftragsgrößen der kommunalen/privaten Auftraggeber sind nicht mit denen des Freistaates und dessen Nachfragepotenzial vergleichbar.

5. Einführung einer maximal einseitigen Eigenerklärung zum Ersatz der bisherigen Formblätter/ E-Mail-Nutzung

Wir befürworten die Einführung einer **Eigenerklärung (Frage 12)** zur Einhaltung der Bestimmungen des Vergabegesetzes (Ziffer 11 des Gesetzesentwurfs der Fraktion der CDU) und die Reduzierung der Formblätter, da es zu Erleichterungen und einer Entbürokratisierung führt. Die Vielzahl an Formblättern schreckt insbesondere kleinere und mittlere Bieter ab und verringert dadurch den Wettbewerb. Eine einseitige Eigenerklärung dürfte hier hilfreich sein. Ergänzend könnte die Erklärung auch zusätzlich als (einziges) Formblatt bereitgestellt werden.

Die in § 8 Abs. 2 neu (Ziffer 11 Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU) eröffnete Möglichkeit der **E-Mail-Nutzung (Frage 6)** ist den aktuellen Gegebenheiten angepasst und für alle Beteiligten grundsätzlich nutzerfreundlich. Bei einer Angebotsabgabe per eMail dürften allerdings praktische Probleme dahingehend auftreten, die Angebote bis zur Eröffnung des ersten Angebotes unter „Verschluss“ zu halten. Auch stellt sich insoweit die Frage der Datensicherheit und die Sicherstellung des Eingangs des Angebotes bei der Vergabestelle (Problem Spam-Filter u.ä.). Das Hochladen eines Angebotes auf eine Vergabepattform stellt unseres Erachtens keinen nennenswerten Mehraufwand dar und gibt dem Bieter Sicherheit, dass sein Angebot rechtzeitig und vollständig zur Vergabestelle gelangt.

6. Die Herabsetzung der Wertgrenze (§ 15 Abs. 4 Gesetzesentwurf CDU-Fraktion)

Die Herabsetzung der Wertgrenze von € 150.000 auf nunmehr € 75.000 im neuen § 15 Abs. 4 wird abgelehnt. Weshalb ein erhöhtes Rechtsschutzbedürfnis für Nachprüfungsverfahren bestehen sollte, ist nicht nachvollziehbar. Dies führt zu unnötigen Verzögerungen, da nun bei einer deutlich größeren Zahl von Vergabeverfahren die Wartefrist von mindestens sieben Kalendertagen eingehalten werden muss.

7. Stichprobenartige Kontrollen (Ziffer 13. Des Gesetzesentwurfs der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Frage 4

Die unter 13. avisierte Änderung wird abgelehnt. Die bisherige Möglichkeit der Kontrollen war ausreichend. Es sollten den Auftraggebern keine zusätzlichen Kontrollpflichten auferlegt werden. Diese müssten wieder vorgehalten und ebenfalls kontrolliert werden.

Die Verschärfung von "kann" zu "hat" sollte deshalb keinesfalls erfolgen. Anlasslose verpflichtende Stichproben können das Vertrauensverhältnis in einem sehr fragilen Markt mit großen Fachkräftemangel nachhaltig beschädigen. Der Gesetzesentwurf geht weiterhin davon aus, dass der öffentliche Auftraggeber eine gewisse Nachfragemacht analog dem ThürVergG 2011 besitzt. Dem ist nicht so. Der öffentliche Auftraggeber ist unter den derzeitigen Marktbedingungen in der Regel nur „Bittsteller“; ständig von der Abwanderung der Firmen zu nicht öffentlichen Auftraggeber bedroht.

Die Frage des Datenschutzes bei vorzulegenden individuellen Entgeltabrechnungen erscheint in diesem Zusammenhang ebenfalls von hoher Relevanz und trägt zur Ablehnung bei.

8. Erweiterung der Ausschlussfrist von drei auf fünf Jahren (Ziffer 14.c) des Gesetzesentwurfs der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frage 3

Die unter 14.c) vorgesehene Erweiterung der Ausschlussfrist von drei auf fünf Jahre ist aus unserer Sicht nicht für alle Auftraggeber vorzuschreiben. Hier sollte der jeweilige Auftraggeber entsprechende Entscheidungsfreiheit behalten. Selbstverständlich besteht kein Interesse, unzuverlässige Auftragnehmer zu bezuschlagen. Allerdings kann auch das teilweise geringe Angebot an potenziellen Bietern zur Einbeziehung dieser Bieter bereits nach drei Jahren sinnvoll sein.

Abgesehen davon wird die Verlängerung von 3 auf 5 Jahre Sperrfrist als verfassungsrechtlich äußerst bedenklich eingestuft (Art. 12 GG). Auch hier spricht der enorme Fachkräftemangel dagegen.

9. Einführung eines Registers für ausgeschlossene Unternehmen (Ziffer 14.d) des Gesetzesentwurfs der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Bedarf für ein weiteres, gemäß 14. d) (= neuer Absatz 3a) vorgesehenes, Register mit entsprechenden Melde- und Auskunftspflichten wird abgelehnt. Die Bieter werden bereits im Vergabeverfahren in verschiedenen Bereichen (durch Selbsterklärungen bzw. Vorlage von Unterlagen) auf ihre Geeignetheit geprüft. Außerdem wird gesetzlich zwingend bei Auftragssummen über 30.000 Euro eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister eingeholt.

Fazit:

Leider führt der Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN insgesamt zu einer deutlich anwachsenden Bürokratie und zusätzlichen Überwachungspflichten. Damit wird das Ziel der Entbürokratisierung und Erleichterungen bei der Vergabe gerade **nicht** erreicht.

Es sollte insgesamt das Ziel nicht aus den Augen verloren werden, dass der Auftraggeber „eigentlich nur eine Leistung einkaufen möchte“ und dies natürlich schon gemäß den diversen gesetzlichen Vorgaben unter Berücksichtigung eines fairen, transparenten Verfahrens erledigt. Die vorgeschlagenen zusätzlichen Kontrollpflichten führen zu einer erheblichen Benachteiligung öffentlicher Auftraggeber am Markt. Gerade in Zeiten guter Auftragslage bei Handwerkern, kombiniert mit einem bedrohlichen Fachkräftemangel führt dies zu einem weiteren Rückzug von möglichen Bietern.

Die Finanzierung und Durchführung u.a. der baulichen Maßnahmen sollten im Mittelpunkt stehen und nicht durch zusätzliche Anforderungen bei der Auftragsvergabe überlagert bzw. erheblich erschwert werden.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes - Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7451 - Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8029 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1; 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Bauindustrieverband Hessen - Thüringen e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Blosenburgstr. 4</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Bauindustrieverband Hessen - Thüringen e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Blosenburgstr. 4	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
		Bauindustrieverband Hessen - Thüringen e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Blosenburgstr. 4									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			
	Name	Vorname									
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetelldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetelldokG)	
	Bei den Vorhabensthemen beinhalten gute und wichtige Ansätze. Der Entwurf fokussiert sich weitestgehend auf einen Bereich, der viel Aufwand mit sich bringt. Die Festsetzung der Grenzwerte und des vergabe-spezifischen Mindestlohns sehen wir kritisch.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

Anlage 4

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 21.07.2023	

THÜR. LANDTAG POST
21.07.2023 10:06

BAUINDUSTRIE
Hessen-Thüringen

19522/2023

BAUINDUSTRIE | Blossenburgerstraße 4 | 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
**Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und
Digitale Gesellschaft**
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

**BauIndustrieverband
Hessen-Thüringen e.V.**
Blossenburgerstraße 4
99096 Erfurt
Geschäftsstellen: Wiesbaden und Kassel

Kontakt
Telefon +49 361 60056-0
Telefax +49 361 60056-10
erfurt@bauindustrie-mitte.de
www.bauindustrie-mitte.de

20.07.2023

Stellungnahme zu der Drucksache 7/7451

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes – Bürokratieabbau und
Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht
Gesetzesentwurf der CDU-Fraktion**

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes
Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der BauIndustrieverband Hessen-Thüringen e.V. (im Folgenden BIV) bedankt sich für Ihr Schreiben vom 07.06.2023 und die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den im Betreff genannten Gesetzesentwürfen. Von dieser Gelegenheit machen wir gerne Gebrauch.

Zu diesem Zweck finden Sie in dem nachfolgenden Teil A. unser Eingangsstatement. In den Teilen B. und C. finden Sie die Stellungnahmen zu den beiden Gesetzesentwürfen. In Teil D. beantworten wir die in der Anlage 3 von Ihnen aufgeworfenen Fragen und in Teil E. finden Sie eine Zusammenfassung zu unserer Stellungnahme.

A. Eingangsstatement

Vorwegschicken möchten wir, dass sich der BIV in der Vergangenheit schon vor einiger Zeit kritisch zum Thüringer Vergabegesetz insgesamt sowie zu Einzelregelungen des Gesetzes geäußert hat. Diese Kritik ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass das Thüringer

Vergabegesetz einen erheblichen bürokratischen Aufwand für die Teilnehmer an auf dieser Grundlage ausgeschriebenen Vergabeverfahren mit sich bringt. Nicht nur die Vielzahl und Komplexität der Formblätter spielen in diesem Zusammenhang eine Rolle. Auch der vergabespezifische Mindestlohn und die zum Teil schwer verständlichen Einzelregelungen machen eine Teilnahme an auf Grundlage des Thüringer Vergabegesetzes ausgeschriebenen Vergabeverfahren unattraktiv. Entsprechend ist die Teilnahmequote im Kreise unserer Mitglieder rückläufig.

Diese Entwicklung hat den BIV auch dazu veranlasst, an der Evaluierung zum Thüringer Vergabegesetz mitzuwirken. Das Ergebnis begrüßen wir außerordentlich. Das zur Evaluierung des Thüringer Vergabegesetzes erstellte Gutachten zeigt auf, an welchen Stellen des Gesetzes eine Vereinfachung nicht nur gewünscht, sondern auch möglich ist. Einige Empfehlungen des Gutachtens sollten daher bei der Änderung desselben in jedem Fall berücksichtigt werden.

B. Stellungnahme zu dem Entwurf der CDU-Fraktion

Zu dem Entwurf der CDU-Fraktion zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes nehmen wir wie folgt Stellung:

1. Überblick

Die mit dem Gesetzesentwurf grundlegend bezweckte Vereinfachung des Vergabeprozesses begrüßen wir ausdrücklich. Dies gilt insbesondere für die angedachte Vereinfachung in formeller Hinsicht. Anders beurteilen wir die angedachten Änderungen im Zusammenhang mit der Festsetzung der Grenzwerte sowie des vergabespezifischen Mindestlohns.

2. Zu den Änderungen im Einzelnen

Zu den Auftragswertgrenzen

Eine Festsetzung der Auftragswertgrenzen ist grundlegend angezeigt. Allerdings hat eine solche Festsetzung in einem angemessenen Verhältnis zum Wettbewerb zu erfolgen. Vor diesem Hintergrund ist jedenfalls die Festsetzung der Auftragswertgrenzen für den Baubereich zu beanstanden. Eine Auftragswertgrenze von EUR 250.000,00 für eine Verhandlungsvergabe und von EUR 500.000,00 für eine Beschränkte Ausschreibung ohne

Teilnahmewettbewerb schränkt den Wettbewerb über Gebühr ein. Schließlich werden auf diese Weise all jene Aufträge, die unterhalb der Wertgrenzen liegen, dem offenen Wettbewerb entzogen.

Ein Auftragsgrenzwert von EUR 100.000,00 für eine Verhandlungsvergabe und ein Auftragsgrenzwert von max. EUR 200.000,00 für eine Beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb erachten wir als angemessen. Dies entspricht auch eher den Auftragswertgrenzen anderer Länder, wie zum Beispiel Hessen.

Berücksichtigung umweltbezogener und sozialer Aspekte

Der mit der Neufassung von § 4 verfolgte Zweck ist nicht zu beanstanden. Mit der Unterscheidung zwischen den verschiedenen Ebenen, auf denen umweltbezogene und soziale Aspekte zum Tragen kommen können, wird diese Einzelregelung grundlegend verständlicher.

Allerdings lehnen wir die Fortführung als Kann-Bestimmung ab. Auch scheint die Aufnahme von Beispielen unmittelbar in das Gesetz nicht erforderlich, der Leser wird hiermit nur überfrachtet.

Vergabespezifischer Mindestlohn

Das Beibehalten des vergabespezifischen Mindestlohns lehnen wir ab.

Durch den vergabespezifischen Mindestlohn wird eine weitere Voraussetzung für die Vergabe öffentlicher Aufträge geschaffen (für unmittelbar staatliche Auftraggeber obligatorisch/für Kommunen und andere öffentliche Auftraggeber fakultativ). Auf Seiten der Bieter ergibt sich hieraus ein erhöhter Aufwand im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Angebotes. Zur Abgabe der entsprechenden Erklärung muss der Bieter schließlich nicht nur prüfen, ob er an einen einschlägigen und repräsentativen, mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag gebunden ist. Er muss auch prüfen, ob die darin festgelegten Entgelte geringer ausfallen, als der vergabespezifische Mindestlohn. Gleiches gilt im Zusammenhang mit dem gesetzlichen Mindestlohn. Vor dem Hintergrund, dass sich der vergabespezifische und auch die weiteren tariflichen/gesetzlichen Mindestlöhne regelmäßig verändern, muss diese Prüfung

regelmäßig wiederholt werden. Darüber hinaus muss der Unternehmer ggf. unterschiedliche Mindestlöhne für öffentliche bzw. private Aufträge zahlen und aufwändig dokumentieren.

Dieser Aufwand verschreckt viele unserer Mitgliedsunternehmer und steht nach unserem Dafürhalten auch nicht im Verhältnis zu dem bezweckten Arbeitnehmerschutz. Einerseits gibt es den vergabespezifischen Mindestlohn in Thüringen bereits seit einigen Jahren. Auswirkungen auf das Medianeinkommens in Thüringen hat er hingegen nicht, auch nicht nach mehrfacher Erhöhung. Das Medianeinkommen ist nach wie vor auf einem sehr niedrigen Niveau. Zielführender wäre eine Stärkung der Tarifbindung zum Beispiel durch eine Vorteilsgewährung tarifgebundener Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

Andererseits sind Arbeitnehmer mit der durch den Bundestag beschlossenen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes auf EUR 12,41 (ab 2024) bzw. EUR 12,82 (ab 2025) sind Arbeitnehmer von Teilnehmern an Vergabeverfahren ausreichend geschützt.

Nach alledem sind wir der Auffassung, dass der vergabespezifische Mindestlohn in Thüringen abgeschafft werden sollte.

Ersetzung Formblätter durch Eigenerklärung

Die Ersetzung der verschiedenen, bislang beizubringenden Formblätter durch eine Eigenerklärung begrüßen wir.

Die Vorlage der verschiedenen Formblätter, die für jeden Auftrag neu auszufüllen und abzugeben sind und für welche nicht auf eine bereits vorhandene Präqualifizierung oder Ähnliches zurückgegriffen werden kann, bedeutet für die Teilnehmer schließlich einen erheblichen Aufwand. Auch auf Seiten des öffentlichen Auftraggebers entsteht hierdurch ebenfalls ein zusätzlicher enormer Aufwand, da die Formblätter selbstverständlich auch alle überprüft werden müssen.

Ebenso wird in diesem Zusammenhang die Neufassung von § 12 Abs. 2 begrüßt. Nach der Neufassung muss auch der Nachunternehmer „nur noch“ eine Eigenerklärung beibringen. Dies erleichtert den Teilnehmern die Teilnahme an Vergabeverfahren, da Nachunternehmer insbesondere in Anbetracht der aktuellen Marktlage im Baubereich nicht dazu bereit sind,

zahlreiche Dokumente auszufüllen bzw. zusammenzustellen, ohne sicher zu sein, den Auftrag zu erhalten.

Die neue Nachweisform führt somit zu einer erheblichen Verschlinkung und steigert die Attraktivität von Ausschreibungen auf Grundlage des Thüringer Vergabegesetzes.

Gleiches gilt für die Nutzung elektronischer Kommunikationsformen, wie sie gemäß der Neufassung von § 12 a Absatz 2 vorgesehen sind.

ILO-Kernarbeitsnormen

Die Aufhebung der Regelung im Zusammenhang mit den ILO-Kernarbeitsnormen ist richtig und nicht zu beanstanden.

Kontrollen und Sanktionen

Seitens des BIV bestehen keine grundlegenden Einwände gegen die Neufassung von § 17 und § 18.

Absenkung der Grenze für Nachprüfungsverfahren

Die Absenkung der Grenze für Nachprüfungsverfahren im Baubereich auf die Höhe der Anwendungsgrenze ist richtig. Hierdurch werden die Rechtsschutzmöglichkeiten für Bauunternehmen ausgeweitet.

3. Fazit

Der Gesetzesentwurf orientiert sich in einigen Punkten an dem Gutachten zur Evaluierung des Thüringer Vergabegesetzes, womit die von uns bereits vor einiger Zeit geforderte und dringend notwendige Vereinfachung und Verschlinkung des Vergabeprozesses einhergeht. In einigen Teilen, wie der Anhebung der Auftragswertgrenzen, der Ausgestaltung der Regelung zu umweltbezogenen und sozialen Kriterien und im Zusammenhang mit dem vergabespezifischen Mindestlohn, berücksichtigt der Gesetzesentwurf hingegen nicht das vorrangige Wettbewerbsprinzip oder trägt der Verschlinkung nicht ausreichend Rechnung.

C. Stellungnahme zu dem Entwurf der Regierungsfraktion

1. Überblick

Der Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDIG 90/DIE GRÜNEN orientiert sich ebenfalls an dem Gutachten zur Evaluierung des Thüringer Vergabegesetzes, was grundlegend richtig ist. Allerdings orientiert sich der Entwurf nur an wenigen Ergebnissen des Gutachten. Der Fokus liegt im Wesentlichen auf der Stärkung des vergabespezifischen Mindestlohns, welchen der BIV – mangels Wirkung und zusätzlichem Aufwand – insgesamt ablehnt.

2. Zu den Änderungen im Einzelnen

Landesvergabeberatungsstelle

Der Entwurf sieht die Einrichtung einer Landesvergabeberatungsstelle vor. Die Einrichtung einer solchen gesonderten Landesvergabeberatungsstelle wird seitens des BIV als nicht notwendig erachtet. Dies bindet personelle wie finanzielle Ressourcen, die an anderer Stelle des Vergabeprozesses dringender benötigt werden. Zudem unterliegt nahezu jeder staatliche Auftraggeber der Aufsicht. In diesem Verhältnis können entsprechende Beratungsleistungen bereits heute in Anspruch genommen werden.

Sinnvoller wäre es, die unmittelbar handelnden Personen bei den jeweilige Auftraggebern zu schulen. Auf diese Weise wird der Beratungsbedarf langfristig abnehmen, wodurch Verzögerungen des Vergabeprozesses durch Einbeziehung einer weiteren Instanz vermieden werden.

Vergabespezifischer Mindestlohn

Soweit auch dieser Gesetzesentwurf an dem Konstrukt „vergabspezifischer Mindestlohn“ festhält, lehnt der BIV dies aus den bereits zuvor genannten Gründen ab.

ILO-Kernarbeitsnormen

Die Aufhebung dieser Norm begrüßen wir auch insoweit.

Kontrollen und Sanktionen

Seitens des BIV bestehen erhebliche Bedenken im Zusammenhang mit der Verlängerung der Vergabesperre. Im derzeit geltenden Gesetz ist eine solche von bis zu drei Jahren möglich. Nach dem Gesetzesentwurf ist eine Anhebung auf bis zu fünf Jahre vorgesehen.

Nachvollziehbar ist dies für den BIV nicht. Bereits eine dreijährige Sperre trifft einen Auftragnehmer hart. Eine längere Sperre ist aus Sicht des BIV folglich nicht angemessen. Dies gilt erst Recht vor dem Hintergrund, dass die Erforderlichkeit der Anhebung auf konkret fünf Jahre auch nicht näher begründet wird.

In diesem Zusammenhang lehnen wir mit Nachdruck die Einführung eines Registers ab, in welchem die ausgeschlossenen Teilnehmer geführt werden. Auch hiermit würden Personalressourcen und finanzielle Mittel gebunden, die an anderer Stelle des Vergabeprozesses sinnvoller eingesetzt werden können.

3. Fazit

Der Gesetzesentwurf orientiert sich leider nur in wenigen Punkten an dem Gutachten zur Evaluierung des Thüringer Vergabegesetzes. Der Fokus liegt auf dem vergabespezifischen Mindestlohn, der aus unserer Sicht wirkungslos und deshalb überflüssig ist und mit erheblichem Aufwand für die Teilnehmer einhergeht. Statt ihn zu stärken, sollte er abgeschafft werden.

D. Beantwortung der Fragen aus Anlage 3

Die Fragen 1. bis 4., 6., 11. und 12. wurden zuvor bereits (inzident) beantwortet, weshalb hierauf nicht noch einmal gesondert eingegangen werden soll.

Zu Frage 5.

Es sollte eine einheitliche digitale Plattform geschaffen werden, die für alle Teilnehmer gleichermaßen zugänglich ist. Diese sollte einfach / intuitiv zu handeln sein, was auch bedeutet, dass Formblätter etc. direkt über die Plattform (online) ausgefüllt werden können.

Erforderlich ist mithin eine umfängliche Digitalisierung, nicht nur eine stellenweise Digitalisierung.

Zu Frage 7.

Eine einheitliche Vergabepattform würde es Bietern erleichtern, sich am Vergabeprozess zu beteiligen. Schließlich entfielen hierdurch die Einarbeitung in verschiedene Plattformsysteme, sodass sich Routine auf Seiten der Teilnehmer einstellen kann.

Zu Frage 8. und 9.

Die Fragen können nicht beantwortet werden, da in der besagten Drucksache keine entsprechende Änderung enthalten sind.

Angemerkt sei vorsorglich, dass das Merkmal der Regionalität geeignet ist, den Wettbewerb erheblich zu beschränken.

Zu Frage 10.

Die Vorschriften, welche in diesem Zusammenhang im Thüringer Vergabegesetz zu finden sind, sollten nicht länger als Kann-Bestimmungen ausgestaltet sein. Wenn jeder Auftraggeber, der von dem Gesetz erfasst ist, dazu verpflichtet wird, nachhaltig zu beschaffen, verbessert sich die Umsetzung automatisch. Derzeit „verstecken“ sich noch viele Auftraggeber hinter der Kann-Bestimmung.

Zu Frage 13.

Soziale und ökologische Kriterien sollten über Zuschlagskriterien in Vergabeverfahren einbezogen werden. Dies erlaubt es auch solchen Firmen mitanzubieten, welche das Kriterium nicht erfüllen, sodass der Wettbewerb nicht übermäßig beschränkt wird. Zugleich bietet diese Form der Einbettung in den Vergabeprozess einen Anreiz für die Unternehmen, welche das Kriterium noch nicht erfüllen, sich weiterzuentwickeln.

Auf Auftraggeberseite kommen auf diese Weise zudem flexiblere Wirtschaftlichkeitsüberlegungen zum Tragen: „Was ist mit als Auftraggeber die Erfüllung dieses Kriteriums wert?“.

Im Vergabegesetz sollte klargestellt werden, dass dieser Form der Einbettung der Vorzug vor anderen zu gewähren ist.

E. Zusammenfassung

Beide Gesetzesentwürfe beinhaltet gute und wichtige Ansätze. Der Entwurf der Regierungsfraktion fokussiert sich allerdings weitestgehend auch auf einen Bereich, der aus unserer Sicht wenig Wirkung, dafür aber viel Aufwand mit sich bringt.

Im Sinne unserer Mitgliedunternehmen in Thüringen hoffen wir, dass Sie unsere Anregungen wohlwollend aufnehmen und umsetzen. Gerne stehen wir Ihnen auch bei zukünftigen Gesetzesvorhaben und/oder -änderungen als Interessenvertreter der Bauindustrie zur Seite.

Gerne nehmen wir an der für den 06.09.2023 geplanten Anhörung teil.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführerin der
Landesgruppe Thüringen

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetselten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes - Bürokratielebbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7451 - Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8029 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1; 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten Region Thüringen</td> <td>Gewerkschaft</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Schmidtstedter Ufer 26</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten Region Thüringen	Gewerkschaft	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schmidtstedter Ufer 26	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten Region Thüringen	Gewerkschaft										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schmidtstedter Ufer 26										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1; 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Arbeitnehmervertretung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	siehe Stellungnahme des DGB Bezirkes Hessen-Thüringen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief (Zusendung per Fax)	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

NGG Thüringen | Schmidstedter Ufer 26 | 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss f. Wirtschaft, Wissenschaft
und digitale Gesellschaft
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Per Fax: 0361-3772016

Durchwahl / AnsprechpartnerIn: Unser Zeichen / Unsere Nachricht vom: / Ihr Zeichen / Ihre Nachricht vom:

Erfurt, den 21.07.23

Stellungnahme zum Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir schließen uns der Stellungnahme des DGB Bezirkes Hessen-Thüringen vollumfänglich an.

Diese liegt Ihnen bereits vor oder wird in den nächsten Tagen bei Ihnen eintreffen.

Mit freundlichen Grüßen

Jens Löbel
Geschäftsführer

Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten
Region Thüringen
Schmidstedter Ufer 26
Telefon 0361-666440 Fax: 0361-6664415
region.thueringen@ngg.net

20108/23

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes - Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7451 - Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8029 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1; 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Handwerkskammern</td> <td>GLK</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Fischmarkt 13</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>98084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Handwerkskammern	GLK	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Fischmarkt 13	Postleitzahl, Ort	98084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Handwerkskammern	GLK										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Fischmarkt 13										
Postleitzahl, Ort	98084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Politische Interessenvertretung von Handwerksunternehmen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- prinzipielle Befürwortung des Vergabeverfahrens in verschärfte - Ablehnung neuer Regularien und Auflagen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 11.07.2023	



Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Handwerkskammern

Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Handwerkskammern · 99084 Erfurt · Fischmarkt 13

Thüringer Landtag

Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft

Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST

24.07.2023 08:52

19580/23

Erfurt, der 17. Juli 2023

Stellungnahme zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes - Drucksachen 7/7451 und 7/8029

Sehr geehrte Frau Dr. Eglinski,

die Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Handwerkskammer bedankt sich für Ihr Schreiben vom 7. Juni 2023 und die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den beiden o.g. Gesetzentwürfen.

Als Vertreter des Thüringer Handwerks haben wir uns in der Vergangenheit mehrfach kritisch zum Thüringer Vergabegesetz geäußert. Grundsätzlich setzen wir uns dafür ein, dass das Thüringer Vergabegesetz unbürokratisch, verständlich und nur auf wenige Vergabekriterien fokussiert ist. Ein nach diesen Kriterien aufgestelltes Vergabegesetz muss zwingend das Ziel verfolgen, die Vergabe öffentlicher Aufträge insbesondere für Unternehmen, die gewillt sind, sich an öffentlichen Vergaben zu beteiligen, attraktiv zu gestalten. Zuletzt war zu verzeichnen, dass die Teilnahme von Unternehmen an Vergaben öffentlicher Aufträge rückläufig ist. Als Gründe gaben die Unternehmen zumeist die bürokratischen Hürden des Vergabeverfahrens an. Anstatt dies als Anlass für die Veränderungen zu nehmen, sind jedoch keine spürbaren Verschärfungen des Gesetzes erfolgt. Vielmehr wurden dem Thüringer Vergabegesetz immer weitere Regulierungen hinzugefügt.

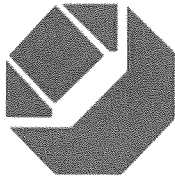
Zum Entwurf der CDU-Fraktion nehmen wir wie folgt Stellung:

Die grundsätzliche Zielrichtung des Gesetzentwurfes, den Vergabeprozess für alle Beteiligten so einfach wie möglich zu gestalten, ohne dass Unternehmen an Rechtssicherheit einbüßen, begrüßen wir ausdrücklich. Vor allem die substanzielle Verringerung von Formblättern und Nachweispflichten tragen maßgeblich zur Verschärfung bei.

Geschäftsführend:
Handwerkskammer Erfurt
Fischmarkt 13
99084 Erfurt
Telefon: (0361) 67 07-0
Telefax: (0361) 67 07-9288
Internet: www.hwk-erfurt.de
E-Mail: AG@hwk-erfurt.de

Handwerkskammer für Ostthüringen
Handwerkstraße 5
07545 Gera
Telefon: (0365) 8225-0
Telefax: (0365) 8225-199
Internet: www.hwk-gera.de
E-Mail: info@hwk-gera.de

Handwerkskammer Südthüringen
Rosa-Luxemburg-Straße 9
98527 Suhl
Telefon: (03681) 370-0
Telefax: (03681) 370-290
Internet: www.hwk-suedthueringen.de
E-Mail: info@hwk-suedthueringen.de



Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Handwerkskammern

Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Handwerkskammern 99084 Erfurt - Fischmarkt 13

Die Erhöhung der Wertgrenzen für Verhandlungsvergaben auf 215.000 Euro im Liefer- und Dienstleistungsbereich und das Ausbleiben von Veröffentlichungen auf der Vergabepattform bewerten wir als kritisch, denn beide Maßnahmen schränken den Vergabewettbewerb ein. Eine Wertgrenze von 250.000 € im Baubereich erachten wir als angemessen.

Die Einbeziehung von umweltbezogenen und sozialen Aspekten in das Vergabeverfahren sollte vollständig unterlassen werden, da diese nicht zur Verschlankung des Vergabegesetzes beitragen, sondern dieses nur erweitern.

Die Ersetzung der verschiedenen Formblätter durch eine allgemeine Erklärung begrüßen wir. Die Ausweitung digitaler Kommunikationswege und Möglichkeiten der Angebotsabgaben per E-Mail befürworten wir, denn beides würde zur Beschleunigung und Verschlankung der Verfahren führen. Insbesondere im unteren Schwellenbereich würde dies eine erhebliche Entlastung bedeuten.

Die geplante Absenkung der Beträge für Vergabenachprüfungsverfahren im Baubereich begrüßen wir, denn damit wird die Rechtsschutzmöglichkeit für die Unternehmen ausgeweitet.

Zum Entwurf der Regierungsfractionen nehmen wir wie folgt Stellung:

Wir begrüßen, dass sich auch dieser Entwurf an einzelnen Punkten des Evaluierungsgutachtens der Landesregierung orientiert. Allerdings erfolgt die Orientierung nur an sehr wenigen Stellen des Gutachtens bzw. greift nur einzelne, ganz wenige relevante Punkte auf. Die nur begrenzte Orientierung am Gutachten wird durch die Neuregelungen gänzlich entwertet.

Die beabsichtigte Verschlankung des Vergabegesetzes begrüßen wir grundsätzlich, allerdings finden sich jedoch nur wenige Anhaltspunkte im Entwurf, die dieser Absicht tatsächlich und in der Gesamtbewertung der vorgelegten Änderungen Rechnung tragen. Zudem lehnen wir auch im Evaluierungsgutachten empfohlene Anhebung des vergabespezifischen Mindestlohns ab.

Die Einrichtung einer Landesvergaberatsstelle lehnen wir ausdrücklich ab. Die im Thüringer Landesverwaltungsamt angesiedelte Thüringer Vergabekammer steht jederzeit als Ansprechpartner für vergabespezifische Fragestellungen bereit. Die praktischen Erfahrungen dieser zeigen, dass auch individuelle Anfragen von der Thüringer Vergabekammer

Geschäftsführend:
Handwerkskammer Erfurt
Fischmarkt 13
99084 Erfurt
Telefon: (0361) 67 07-0
Telefax: (0361) 67 07-9288
Internet: www.hwk-erfurt.de
E-Mail: AG@hwk-erfurt.de

Handwerkskammer für Ostthüringen
Handwerkstraße 5
07545 Gera
Telefon: (0365) 8225-0
Telefax: (0365) 8225-199
Internet: www.hwk-gera.de
E-Mail: info@hwk-gera.de

Handwerkskammer Südthüringen
Rosa-Luxemburg-Straße 9
98527 Suhl
Telefon: (03681) 370-0
Telefax: (03681) 370-290
Internet: www.hwk-suedthueringen.de
E-Mail: info@hwk-suedthueringen.de



Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Handwerkskammern

Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Handwerkskammern - 99084 Erfurt - Fischmarkt 13

beantwortet werden können. Eine zusätzliche Landesvergabeberatungsstelle würde zum einen personelle Ressourcen des Landes binden, die an anderen Stellen aktuell dringender benötigt würden. Weiterhin würde es einen Aufbau von Doppelstrukturen bedeuten, den es zwingend zu vermeiden gilt.

Bei Verstößen gegen Verpflichtungen der öffentlichen Auftragsvergabe werden Unternehmen aktuell für drei Jahre aus Verfahren der öffentlichen Auftragsvergabe ausgeschlossen. Diese Regelung ist angemessen und hat sich bewährt. Eine Ausweitung um fünf Jahre ist willkürlich und lehnen wir daher entschieden ab. Ebenfalls lehnen wir die Einführung eines Registers für von der öffentlichen Auftragsvergabe ausgeschlossene Unternehmen ausdrücklich ab. Ein solches Register wäre eine bundesweit einmalige Sonderlösung, die wieder nur Personal binden sowie neue bürokratische Lasten und Verpflichtungen mit sich bringen würde. Wir sehen an dieser Stelle das bestehende Wettbewerbsregister auf Bundesebene als ausreichend an.

Das End-to-end-Prinzip wird der Digitalisierung von Vergabeverfahren gerecht, weshalb wir es ausdrücklich begrüßen. Verfahrensvereinfachungen durch die Möglichkeit abweichender Festlegungen bei Direktaufträgen begrüßen wir unter dem Vorbehalt, dass die Teilnahme am Vergabeverfahren für Unternehmen attraktiver und keine unnötige Bürokratie weiter aufgebaut wird. Auch eine Kommunikation bei Direktaufträgen per E-Mail befürworten wir.

Die Thüringer Handwerkskammern stehen Ihnen bei weiteren Fragen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Präsident

Geschäftsführend:
Handwerkskammer Erfurt
Fischmarkt 13
99084 Erfurt
Telefon: (0361) 67 07-0
Telefax: (0361) 67 07-9288
Internet: www.hwk-erfurt.de
E-Mail: AG@hwk-erfurt.de

Handwerkskammer für Ostthüringen
Handwerkstraße 5
07545 Gera
Telefon: (0365) 8225-0
Telefax: (0365) 8225-199
Internet: www.hwk-gera.de
E-Mail: info@hwk-gera.de

Handwerkskammer Südthüringen
Rosa-Luxemburg-Straße 9
98527 Suhl
Telefon: (03681) 370-0
Telefax: (03681) 370-290
Internet: www.hwk-suedthueringen.de
E-Mail: info@hwk-suedthueringen.de

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Organisationsform</div>	
	<div style="flex: 1;">Verband kommunaler Unternehmen e.V. Landesgruppe Thüringen</div> <div style="flex: 1;">E.V.</div>	
	<div style="flex: 1;">Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1;">VKU Thüringen</div>	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</div> <div style="flex: 1;">Regierungsstraße 64</div>	
	<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;">99084 Erfurt</div>	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Vorname</div>	
	<div style="flex: 1;"></div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse </div> <div style="flex: 1;"> <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div>	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer</div> <div style="flex: 1;"></div>	
<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;"></div>		

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Interessenvertretung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	siehe beigefügte Stellungnahme	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 24.07.2023	

19632/2023

»STELLUNGNAHME

Im Anhörungsverfahren zum

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Thüringer

Vergabegesetzes (Drucksache 7/8029)

der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie zum

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Thüringer

Vergabegesetzes - Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung

im Thüringer Vergaberecht (Drucksache 7/7451)

der Fraktion der CDU

Erfurt, 24.07.2023

In Thüringen sind 62 kommunale Unternehmen im VKU organisiert. Die VKU-Mitgliedsunternehmen in Thüringen leisten jährlich Investitionen in Höhe von über 300 Millionen Euro, erwirtschaften einen Umsatz von über 3 Milliarden Euro und sind wichtiger Arbeitgeber von fast 6.000 Beschäftigten.

Interessenvertretung:

Der VKU ist registrierter Interessenvertreter und wird im Lobbyregister des Bundes unter der Registernummer: R000098 geführt. Der VKU betreibt Interessenvertretung auf der Grundlage des „Verhaltenskodex für Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter im Rahmen des Lobbyregistergesetzes“.

Verband kommunaler Unternehmen e.V. · Invalidenstraße 91 · 10115 Berlin
Fon +49 30 58580-0 · Fax +49 30 58580-100 · info@vku.de · www.vku.de

Einleitung

Der VKU vertritt in Thüringen 62 kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Sparten Energie, Wasser und Entsorgung. Kommunalwirtschaftliche Unternehmen bieten ihre umfangreichen Dienstleistungen sicher, umweltverträglich und preisgünstig an. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wirtschaftsentwicklung. Mit den über 6.000 Beschäftigten in Thüringen erwirtschafteten die VKU-Mitgliedsunternehmen 2016 über alle Sparten hinweg Umsatzerlöse in Höhe von über 3 Mrd. Euro. Die Investitionen beliefen sich auf über 300 Mio. Euro. Der überwiegende Teil davon fließt in Form von Aufträgen an Unternehmen in der Region.

Die im VKU organisierten Unternehmen sind entweder als Eigenbetriebe oder Zweckverbände oder aber als Kapitalgesellschaften organisiert und sind damit in der Regel öffentliche Auftraggeber im Sinne von § 99 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) oder Sektorenauftraggeber im Sinne des § 100 GWB. Die Unternehmen wenden bei der Vergabe von Aufträgen, deren Auftragswerte die Schwellenwerte gemäß § 106 GWB übersteigen, die bundesrechtlichen Vorgaben des GWB und der Vergabeverordnung (VgV) sowie gegebenenfalls die Vorgaben des zweiten Abschnitts der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen - Teil A (VOB/A) an.

Soweit es um Tätigkeiten auf den Gebieten der Trinkwasser- und Energieversorgung oder des Verkehrs geht, werden die Beschaffungen nach den Vorgaben des GWB und der Sektorenverordnung (SektVO) durchgeführt. Für Stadtwerke stellen die Beschaffungen im Sektorenbereich den Regelfall dar.

Bei der Vergabe von Aufträgen im sog. Unterschwellenbereich wenden kommunale Unternehmen das Thüringer Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Thüringer Vergabegesetz - ThürVgG) an, soweit nicht für den konkreten Beschaffungsvorgang eine Ausnahme besteht.

Mit den nun vorliegenden Gesetzentwürfen der Koalition sowie der CDU-Fraktion soll das Thüringer Vergabegesetz weiterentwickelt werden. Schwerpunkte sind dabei tarifrechtliche Fortentwicklungen, Vereinfachungen und die Digitalisierung der Abläufe.

Seitens des VKU halten wir diese Fortentwicklung des Vergaberechts im Grundsatz für richtig. Maßstab für die kommunalen Unternehmen muss dabei stets die Verständlichkeit und damit die Anwenderfreundlichkeit des Vergaberechts sein:

- Vergaberecht muss so verständlich formuliert sein, dass potenzielle Bieter ermutigt werden, ein Angebot abzugeben – und nicht durch neue Vorgaben abgeschreckt werden.
- Zudem sollten Weiterentwicklungen des Vergaberechts stets auch die Wirtschaftlichkeit der Beschaffung der öffentlichen Hand im Blick haben. Letztere würde aber gefährdet, wenn Neuregelungen einen Rückgang bei den Angebotseingängen auslösen könnten.

- Der Aufwand für die Durchführung eines Vergabeverfahrens muss sowohl für den Auftraggeber als auch für die Bieter realisierbar sein und im Zusammenhang mit den Grundsätzen des Vergaberechts stehen. Kontrollpflichten und vergaberechtsfremde Aspekte gefährden dies.

Zum Entwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Gesetzentwurf enthält eine moderate Weiterentwicklung der vergaberechtlichen Vorschriften mit durchaus einigen Ansätzen für Erleichterungen.

Weitergehende Erleichterungen durch die Anhebung der Wertgrenzen für die Wahl der Vergabeverfahren sollten jedoch noch ergänzt werden, spätestens im Verordnungswege. (Die Regelung über die Wertgrenzen in Ziffer 1.2.2.1 f. der Thüringer Verwaltungsvorschrift zur Vergabe öffentlicher Aufträge (ThürVVöA) ist nach unserem Kenntnisstand zum 30.06.2023 ausgelaufen und muss nun dringend – am besten rückwirkend – verlängert werden. Eine belastbare Aussage seitens der Landesregierung, dass die Wertgrenzen weiter genutzt werden können, ist für die Praxis dringend geboten.)

Die Einführung von zusätzlichen Schritten im Vergabeverfahren sollte aber dringendst vermieden werden. Wir raten daher von der Einführung eines neuen Registers durch das Landesarbeitsministerium ab.

Zu den einzelnen Themenschwerpunkten des Entwurfs nehmen wir folgendermaßen Stellung. (Die Bezeichnungen der Paragraphen beziehen sich dabei auf die bislang geltende Fassung.)

1. Vereinfachungen des Vergaberechts

Es ist zu begrüßen, dass der Gesetzentwurf an verschiedenen Stellen Erleichterungen bei der Auftragsvergabe schafft.

- Ziffer 1 – § 1 Abs. 2 S. 2

Der Entwurf der Stellungnahme begrüßt u.a. die Möglichkeit, im Verordnungsweg Wertgrenzen für Direktvergaben festzulegen. Der Vorschlag ist auch aus unserer Sicht grundsätzlich gut. Allerdings muss gewährleistet sein, dass die Wertgrenzen mit sonstigen vergaberechtlichen Regelungen kompatibel sind. So enthält z.B. § 3a Abs. 4 VOB/A die Regelung, dass bei Bauleistungen eine Direktvergabe bis zu einem Auftragswert von 3.000 € netto zulässig ist. In Zuwendungsbescheiden wird in der Regel vorgegeben, dass „das Vergaberecht“ einzuhalten ist. Es muss daher im Sinne der Anwendungssicherheit ausgeschlossen werden, dass im Verordnungsweg Regelungen erlassen werden, die im Widerspruch zu anderen Regelungen stehen. Dies gilt für die aufgeführte Erweiterung der Regelungskompetenzen des zuständigen Ministeriums hinsichtlich der möglichen Einführung von Direktvergaben und weiterer Verfahrenserleichterungen. Letztere bieten für besondere

Gegebenheiten, d. h. für dringliche oder besonders relevante und allgemein akzeptierte Vorhaben die Möglichkeit, ohne viel Aufwand Vergabeverfahren zu erleichtern.

Ein konkretes Beispiel für eine demnächst anstehende Aufgabe auf kommunaler Ebene, für die vergaberechtliche Ausnahmen oder Erleichterungen hilfreich sowie innovativ wären und frühzeitig angedacht werden können, ist die sog. „kommunale Wärmeplanung“.

- Ziffer 2 – § 2 Abs. 1

Auch die Einführung eines Angebots der vergaberechtlichen Beratung für die Auftraggeber ist grundsätzlich zu begrüßen. Offen bleiben hier jedoch die Ausgestaltung sowie der Umfang. Welche Leistungen sind von der „Beratung der Landesvergabeberatungsstelle für die Erstellung der Ausschreibung und zur Begleitung des Verfahrens“ konkret umfasst? Beinhaltet dies eine Prüfung der Vergabeunterlagen auf Konformität? Erfolgt die Beratung unentgeltlich (wie finanziert sich die Landesvergabeberatungsstelle)? Ist die Beratung personell und zeitlich realistisch, da die Durchführung von Vergabeverfahren oftmals keine Verzögerungen zulassen?

Gleichwohl die Auftraggeber gemäß § 2 Abs. 1 S. 2 ThürVgG sicherzustellen haben, dass die mit der Vergabe öffentlicher Aufträge befassten Beschäftigten über angemessene Kenntnisse im Vergaberecht verfügen, würde eine Landesvergabeberatungsstelle kleineren kommunalen Unternehmen zugutekommen.

- Ziffer 6 – § 11

Die Streichung der Regelung über die ILO-Kernarbeitsnormen ist im Sinne der Übersichtlichkeit richtig. An der Geltung der im bisherigen § 11 wiedergegebenen Normen ändert eine Streichung im Landesvergabegesetz nichts. Die ILO-Kernarbeitsnormen erfahren in der Praxis ohnehin eine Aufwertung durch die Bezugnahme auf diese im neuen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. Das Ziel der Verschlankung und Vereinfachung der Vergabebestimmungen wird nicht konsequent und streng umgesetzt: entfallene werden in andere Regelungen überführt. Bereits in UVgO/VOB/A vorgesehene Regelungen wiederholen sich.

- Ziffer 9 – § 13

Die Streichung der Regelung des § 13 über die Berücksichtigung von sozialen oder umweltbezogenen Maßnahmen bei gleichwertigen Angeboten ist konsequent. Die Gesetzesbegründung spricht von mangelndem Bedarf in der Praxis. Zudem sieht die Regelung die Vermischung von Eignungs- und Zuschlagskriterien ausdrücklich vor, was in der Rechtsprechung und Literatur zum Vergaberecht grundsätzlich eher kritisch gesehen wird. Die Vorgaben zu umwelt- und sozialen Aspekten sind in beiden Entwürfen wenig messbar und unkonkret – aus unserer Sicht sind dahingehende Regelungen (welche eher als Ziele formuliert sind) im Thüringer Vergabegesetz nicht notwendig, da z.B. nach clean vehicles directive (u.a.), Klimagesetze (z.B. Gebäudeenergiegesetz, EnergieeinsparVO u.a. aber auch LieferkettensorgfaltspflichtenG...) bereits umwelt- und ressourcenschonende und soziale

Beschaffung immanent ist. Aus unserer Sicht wäre hier eine wesentliche Kürzung bei gleicher Zielerreichung möglich.

2. Digitalisierung

- Ziffer 3 – § 3 Abs. 3

Künftig sollen auch kommunale Auftraggeber verpflichtet werden, öffentliche Aufträge auf der zentralen Landesvergabepattform oder auf dem Bekanntmachungsservice des Bundes zu veröffentlichen.

Dies kann einerseits für kommunale Auftraggeber eine Umstellung interner Arbeitsprozesse bedeuten. Andererseits führt eine Umstellung auf die elektronische Vergabe mit entsprechender Veröffentlichung zu dauerhaften Arbeitserleichterungen und zu mehr Transparenz. Es ist richtig, diese Pflicht erst nach einer weiteren Übergangszeit, wie im Entwurf zu § 20a vorgesehen, in Kraft zu setzen. Einige Unternehmen führen Vergabeverfahren in der Regel elektronisch unter Nutzung frei wählbarer Vergabepattformen von Drittanbietern durch. Hier haben sich in der Vergangenheit Schnittstellenprobleme zur landeseigenen Plattform ergeben. Bevor somit auch für kommunale Auftraggeber die Nutzung der Landesplattform verbindlich vorgegeben wird, muss gewährleistet sein, dass derartige Schnittstellenprobleme ausgeräumt sind und die Inhalte der von Drittanbietern betriebenen Vergabepattformen unproblematisch in das landeseigene Portal übernommen werden können.

Eine Verfahrenserleichterung durch elektronische Vergabeteilnahme via E-Mail wird begrüßt, in bestimmten Verfahren (Direktauftrag, freihändige Vergabe bzw. Verhandlungsvergabe unterhalb der einschlägigen Werte für Nachprüfverfahren) sollten Aufforderung zur Angebotsabgabe, Bieterkommunikation, Aufklärung, Zuschlag und Informationen an unterlegene Bieter in E-Mail-Austausch möglich sein.

3. Tarifvertragliche Regelungen

- Ziffer 4 – § 10 Abs. 4, 5 und 7
- Ziffer 5 – § 10a

Die Kommentierung der Anpassung der Regelungen des § 10 über Tariftreue, Mindestentgelt und Entgeltgleichheit sowie des § 10a über Betreiberwechsel bei der Erbringung von Personenverkehrsdiensten überlassen wir im Wesentlichen den kommunalen Spitzenverbänden und dem kommunalen Arbeitgeberverband.

Ein wesentlicher Inhalt des Gesetzentwurfs ist jedoch, dass auch Kommunen und kommunale Unternehmen künftig die Tariftreueregelungen anwenden müssen. Unabhängig von der Höhe des Tarifes führt dies zu einem erheblichen administrativen Mehraufwand, zumal die Auftraggeber durch die Änderung des § 17 a.F. künftig auch verpflichtende Kontrollen

durchführen müssten. Es kann nicht Sache eines kommunalen Unternehmens sein, Lohnabrechnungen eines Auftragnehmers zu überprüfen. Daher würden wir eine entsprechende Regelung eher ablehnen.

4. Kontrollen, Sanktionen

- Ziffer 13 – § 17

Die Durchführung von stichprobenartigen Kontrollen soll künftig verpflichtend und nicht freiwillig erfolgen. Diese Anpassung dürfte Vergabeverfahren eher schwieriger machen. Auftraggeber können somit nicht mehr selbst einschätzen, ob auf eine Kontrolle im Einzelfall gänzlich verzichtet werden kann. Wir lehnen diese Anpassung daher ab. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass unklar bleibt, was „stichprobenartige“ Kontrollen beinhalten sollen. Muss daher zwingend jeder Auftragnehmer mindestens einmal kontrolliert werden, obgleich keine Anhaltspunkte für die Nichteinhaltung bestehen? Die Begründung führt lediglich aus, dass stichprobenartige Kontrollen die Qualität der in dem Gesetz festgeschriebenen Verpflichtungen gesichert werden soll, führt jedoch nicht aus, welche konkreten Maßnahmen vom Auftraggeber gefordert werden. Die Regelung ist mithin nicht transparent. Der damit einhergehende Mehraufwand beim Auftraggeber ist unverhältnismäßig und verkennet, dass Kontrollen nur dann erforderlich sind, wenn sich konkrete Anhaltspunkt für die Nichteinhaltung ergeben.

Sinnvoller wäre es nach diesseitiger Einschätzung die bisherige Fassung zu belassen. Ergänzend könnte hinter § 17 Abs. 1 S. 1 a. F. folgendes eingefügt werden:

„Auftraggeber, die im Einzelfall auf die Durchführung von Kontrollen verzichten, haben dies zu dokumentieren.“

- Ziffer 14 – § 18

Die Anhebung der Höchstdauer des Ausschlusses von der Auftragsvergabe auf 5 Jahre kann mitgetragen werden. Wichtig ist, dass der konkrete Einzelfall bewertet wird und dass somit auch kürzere Ausschlussfristen möglich sind.

Die Einführung eines neuen Registers für die von der Auftragsvergabe ausgeschlossenen Unternehmen wird abgelehnt. Dabei ist das Ziel der vorgeschlagenen Regelung grundsätzlich nachvollziehbar.

Das neu durch die Landesregierung einzuführende Register würde allerdings eine ganz ähnliche Zielsetzung verfolgen wie das bereits beim Bundeskartellamt eingerichtete Wettbewerbsregister, das erst zum 01.06.2022 in Betrieb genommen wurde.

Die Einrichtung eines weiteren Registers würde eine echte „Doppelstruktur“ darstellen. Sinnvoller wäre es, zunächst dafür zu werben, dass auch die im neuen Gesetzesvorschlag dargestellten Regelverstöße über das Wettbewerbsregister abrufbar werden. Dies erfordert sicherlich einigen Diskussionsaufwand mit dem Bund und den anderen Bundesländern. Diese

Mühe wäre aber absolut vorzugswürdig gegenüber der Einführung einer weiteren Behördenstruktur und einem zusätzlichen verpflichtenden Schritt im Vergabeverfahren.

Darüber hinaus ist im Gesetzesentwurf lediglich geregelt, dass ein solches Register eingerichtet werden soll, jedoch nicht, wie mit den Eintragungen umzugehen ist. Es wird nicht geregelt, dass auf der Grundlage der Registereintragung ein Ausschluss in einem anderen Vergabeverfahren (eines anderen Auftraggebers) erfolgen kann.

Zum Entwurf der CDU-Fraktion

Dieser Gesetzesentwurf enthält ebenfalls einige nennenswerte Erleichterungen. Soweit wir Änderungen einzelner Vorschriften bereits beim Entwurf der Koalitionsfraktionen kommentiert haben und uns keine Anmerkungen anderen Inhalts geboten erscheint, verweisen wir auf die bereits dargelegten Erläuterungen und wiederholen diese nicht.

Zu den einzelnen Themenschwerpunkten des Entwurfs nehmen wir folgendermaßen Stellung:

Vereinfachungen des Vergaberechts

Auch dieser Gesetzesentwurf setzt sich begrüßenswerter Weise an verschiedenen Stellen für Erleichterungen bei der Auftragsvergabe ein.

- Ziffer 1 – § 1

Die Anhebung der Wertgrenzen halten wir für inzwischen für dringend geboten. Wir würden es im Sinne der Klarheit und Vereinheitlichung der Vergabeschwellenwerte begrüßen, wenn – wie auch während der Corona Erleichterung- auf die EU Schwellenwerte Bezug genommen wird, etwa dergestalt, dass eine beschränkte Ausschreibung (oder freihändige Vergabe etc.) bis EU-Schwelle zulässig ist. Hier wäre auch ein dynamischer Verweis auf EU- Kommission denkbar, so dass ein Verweis auf VO des Ministeriums entbehrlich wäre.

Auch die Ermöglichung der Vergabe von Direktaufträgen per Verordnung ist sehr sinnvoll (Abs. 3). Ob es sinnvoll ist, für die per Verordnung festzulegenden Wertgrenzen der einzelnen Vergabearten bereits per Gesetz Mindestgrenzen vorzugeben erscheint diskutabel. Jedenfalls dürften diese Wertgrenzen, die europarechtlich vorgegebenen und durch Bundesrecht umgesetzten Schwellenwerte nicht übersteigen (Höchstgrenzen).

- Ziffer 2 – § 4

Was die Berücksichtigung umweltbezogener und sozialer Aspekte angeht, spricht sich der VKU seit jeher für eine optionale Verwendung nach Einschätzung des Auftraggebers im konkreten Fall aus. Klar ist, dass durch die Beschaffungstätigkeit immense umweltbezogene oder soziale Ziele erreicht werden können. Klar ist aber auch, dass nicht jede einzelne Beschaffung gleichermaßen zur Erreichung dieser Ziele etwas beitragen kann. Daher plädieren wir dafür,

es der Einschätzung des jeweiligen öffentlichen Auftraggebers zu überlassen, welche sozialen und ökologischen Kriterien im konkreten Vergabeverfahren verwendet werden.

Jedenfalls für kommunale Beschaffungen bietet der bisherige § 4 bereits die o.g. Spielräume. Daran scheint auch der Vorschlag der CDU-Fraktion nichts zu ändern.

- Ziffer 11 – § 12a

Die Vorgabe über Verfahrensanforderungen zu den Erklärungen soll dahingehend modifiziert werden, dass Bieter schriftlich bestätigen, dass sie die Vorgaben des Gesetzes verstanden haben und einhalten. Auch auf das Bestbieterprinzip soll verzichtet werden.

Das beschriebene Vorgehen ist tatsächlich sehr einfach. Ob Auftraggeber tatsächlich grundsätzlich darauf verzichten möchten, sich auch vom Bestbieter wesentliche die Eignung begründende Dokumente vorlegen zu lassen, können wir jedenfalls im Grundsatz nicht ohne Weiteres annehmen. Die Nachweisführung (Formblätter) wird durch Eigenerklärung ersetzt: dies ist keine wesentliche Verbesserung zum Vorentwurf, wonach auch nur vom Bestbieter die Formblätter beizubringen waren. Sofern die Regelung „Bestbieter-Prinzip“ weiter gilt und die einseitige Erklärung nur von diesem vorzulegen ist, ist die Regelung sinnvoll.

In § 8 Abs. 2 der Entwurfsfassung sieht vor, dass die Angebotsabgabe per E-Mail erfolgen kann. Dies dürfte auch den Bedürfnissen der Praxis entsprechen. Gleichzeitig soll der Auftraggeber jedoch durch organisatorische Maßnahmen sicherstellen, dass keine Manipulationsmöglichkeiten bestehen. Ein solcher Ausschluss von Manipulationsmöglichkeiten dürfte in der Praxis nicht möglich sein, da die E-Mail kein absolut sicherer Kommunikationsweg ist. Ein Restrisiko bleibt folglich bestehen. Der letzte Satz in Abs. 2 müsste daher abgemildert oder gestrichen werden.

- Ziffer 18 – § 19

Der bisherige § 19 Abs. 4 ThürVgG soll dahingehend geändert werden, dass die Schwelle für die Nachprüfung bei Bauaufträgen von bislang 150.000 € auf 75.000 € abgesenkt wird. Dies führt zu einer Zunahme der Anwendungsfälle. Auch steigen der Bearbeitungsaufwand und die Verfahrensdauer, da die Zahl derjenigen Verfahren steigt, in denen Bieter ein Absageschreiben gem. § 19 Abs. 1 ThürVgG erhalten müssen. Die Regelung wird daher abgelehnt. Im Gegenteil erscheint es ratsam, die Anwendungsschwelle über das bisherige Niveau hinaus anzuheben. Auch bleiben (Bagatell-)Losvergaben unberücksichtigt: diese sind weiterhin einer Nachprüfung zugänglich.

Zum Fragenkatalog im Rahmen der Anhörung

1. *Wie bewerten Sie die Ausweitung der Bestimmungen zur Tariftreue und zum Vergabemindestlohn auf kommunale und sonstige Auftraggeber als Maßnahme zur Weiterentwicklung des Vergabegesetzes?*

Die Regelungen zu Tariftreue und (§10) sind sehr aufgebläht und kompliziert (insbesondere Vorschlag RRG). Die Differenzierung zwischen staatlichen und kommunalen AG ist nicht immer nachvollziehbar (Entwurf CDU). Ein wesentlicher Inhalt des Gesetzentwurfs ist jedoch, dass auch Kommunen und kommunale Unternehmen künftig die Tariftreueregelungen anwenden müssen. Unabhängig von der Höhe des Tarifes führt dies zu einem erheblichen administrativen Mehraufwand, zumal die Auftraggeber durch die Änderung des § 17 a.F. künftig auch verpflichtende Kontrollen durchführen müssten. Es kann nicht Sache eines kommunalen Unternehmens sein, Lohnabrechnungen eines Auftragnehmers zu überprüfen. Daher würden wir eine entsprechende Regelung eher ablehnen. Im Übrigen überlassen wir die Bewertung der Anpassung der Regelungen über Tariftreue, Mindestentgelt und Entgeltgleichheit den kommunalen Spitzenverbänden und dem kommunalen Arbeitgeberverband.

2. *Wie schätzen Sie die Einrichtung einer Landesvergabeberatungsstelle ein, die unterstützend im Vergabeverfahren wirken soll? In welchen Prozessen des Vergabeverfahrens sehen Sie konkreten Beratungsbedarf? Welche Aufgabe(n) sollte die Landesvergabeberatungsstelle konkret übernehmen?*

Die Einführung eines Angebots der vergaberechtlichen Beratung für die Auftraggeber ist grundsätzlich zu begrüßen, deren Verbindlichkeit und Zugänglichkeit sind indessen unklar.

Es wäre denkbar die Beratungsstelle für unklare Fragen z.B. bei der Vorbereitung von Verfahren einzuschalten. Eine entsprechende Beratungsstelle sollte jedenfalls Expertise vorhalten für alle Rechtsfragen im Zusammenhang mit dem Thüringer Vergabegesetz und der Thüringer Verwaltungsvorschrift zur Vergabe öffentlicher Aufträge.

Die Beratungsstelle dürfte sicherlich gerade auch von kleineren Kommunen sowie deren Einrichtungen und Unternehmen angefragt werden, so dass auch Beratungsbedarf zu grundsätzlichen vergaberechtlichen und organisatorischen Aspekten im Bereich Beschaffung bestehen wird. Dies kann von der Prüfung der Vergabeunterlagen bis hin zur Rechtsberatung bei Rügen gehen. Hierbei stellt sich jedoch die Frage, ob derartige Beratungen personell und zeitlich realisierbar sind.

3. *Wie bewerten Sie die Einführung eines Registers für die von der öffentlichen Auftragsvergabe ausgeschlossenen Unternehmen?*

Mit dem Wettbewerbsregister, das durch das Bundeskartellamt seit dem 01.06.2022 betrieben wird, gibt es bereits ein vergleichbares Register. Der Freistaat Thüringen sollte sich dafür einsetzen, die Aufgaben des Wettbewerbsregisters (geringfügig) zu erweitern, so dass dort auch Verstöße gegen Landesvergaberecht eingetragen und abgerufen werden können.

Die Einführung einer „Doppel-Struktur“ durch ein neues Register sollte unbedingt vermieden werden.

4. Wie bewerten Sie die Weiterentwicklung des § 15 „Kontrollen“ des Gesetzentwurfs in Drucksache 7/8029?

Die Weiterentwicklung der Regelung von einer „Kann-Vorschrift“ zu einer „Muss-Vorschrift“ stellt keine Erleichterung des Vergaberechts dar, sondern eine Verschärfung. Eine solche ist grundsätzlich abzulehnen. Es gibt andere Lösungen, um Effektivität von Kontrollen herzustellen. Zudem sollte diese auf Fälle begrenzt sein, in denen konkrete Anhaltspunkte für Verstöße bestehen, und im Ermessen des Auftraggebers stehen.

5. Welche konkrete Ausgestaltung eines digitalisierten Vergabeverfahrens müsste Ihrer Meinung nach erfüllt sein, um eine Verfahrenserleichterung zu bewirken?

Für Auftraggeber ist die Umstellung auf digitalisierte bzw. elektronische Vergabeverfahren stets mit Aufwand verbunden, langfristig aber eine Erleichterung. Die Gewährung einer Übergangsfrist ist daher richtig.

Für Bieter dürfte es wichtig sein, alle relevanten Informationen von Aufträgen einer Branche auf einer Vergabeplattform zu finden. Dazu müssen sämtliche Vorgänge auf der Plattform des Bundes auffindbar sein. Ob es daneben dauerhaft Bedarf für Plattformen des jeweiligen Bundeslandes gibt, wird sich zeigen.

6. Wie bewerten sie die Verfahrenserleichterung durch eine elektronische Vergabeteilnahme via E-Mail?

Die Kommunikation per E-Mail ist nach unserem Kenntnisstand nur in Vergaben mit überschaubaren Auftragswerten möglich sowie bei Direktvergaben, freihändigen Vergaben oder Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb. Hier sollte die E-Mail aber auch gestattet sein. Ein Schriffterfordernis ist nicht mehr zeitgemäß.

Die Verfahrenserleichterung ist nicht nur bei der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen angezeigt und sollte auch auf Bauleistungen ausgeweitet werden.

7. Wie bewerten Sie die Verfahrenserleichterung durch eine einheitliche Vergabeplattform?

Gerade für Bieter ist es wichtig, alle erforderlichen Informationen für die Bewerbung auf Ausschreibungen der öffentlichen Hand gebündelt, möglichst auf einer Plattform zu finden. Dass Bietern die Teilnahme am Vergabeverfahren möglichst leichtgemacht wird, liegt auch im Interesse der Öffentlichen Auftraggeber.

Für öffentliche Auftraggeber sollte die Vorgabe einer Vergabeplattform kein Problem darstellen, da in der Praxis die eVergabe-Tools die Einstellung auf den vorgegebenen Vergabeplattformen automatisch übernehmen sollten. Soweit bislang bei Vergaben im Unterschwellenbereich keine eVergabe-Tools genutzt werden oder die Einstellung der

Ausschreibung auf anderen Plattformen erfolgt, ist die in § 20a des Koalitionsentwurfs vorgesehene besondere Übergangsfrist von zwei Jahren hilfreich, aber auch notwendig.

Da kommunale Auftraggeber bereits teilweise (alternative) Vergabepattformen nutzen, ist die Verpflichtung zur Nutzung einer bestimmten Plattform abzulehnen. Dem Auftraggeber sollte hier die Wahlmöglichkeit bleiben, welche Plattform er nutzt.

8. Wie würden Sie die Aufnahme des Merkmals Regionalität in § 4 Abs. 4 S. 5 des Gesetzentwurfs in Drucksache 7/8029 bewerten?

Die Aufnahme des Merkmals Regionalität in § 4 Abs. 4 Nr. 5 als Ergänzung der in Betracht kommenden sozialen und ökologischen Aspekte der „umweltbezogenen und sozialen Verträglichkeit der verwendeten Produkte einschließlich deren Herkunft und Produktion“ erscheint nur auf den ersten Blick zweckmäßig.

Was Vergaben im Oberschwellenbereich angeht, gehen wir davon aus, dass eine Differenzierung unmittelbar nach dem Ort, die im Zusammenhang mit der Erbringung der Leistung steht, nicht in Betracht kommt. Dies gilt jedenfalls dann, wenn es um eine Leistung geht, die innerhalb des EU-Binnenmarktes beschafft wird. Die Aufnahme eines Vergabekriteriums, das im Widerspruch steht zu Grundsätzen des EU-Rechts, wie dem freien Waren- oder Dienstleistungsverkehr, sollte u. E. nicht im Unterschwellenbereich genutzt werden. Dies würde nur zu Wertungswidersprüchen führen.

Wir lehnen das Kriterium der Regionalität daher in diesem Zusammenhang ab – auch wenn dieses Kriterium außerhalb des Vergaberechts in vielen Zusammenhängen durchaus anerkannt ist.

9. Wie würden Sie die Aufnahme von Maßnahmen zum Gesundheitsschutz für Arbeitnehmende in § 4 des Gesetzentwurfs in Drucksache 7/8029 bewerten?

Das Kriterium Maßnahmen zum Gesundheitsschutz für Arbeitnehmer scheint jedenfalls nicht offensichtlich gegen EU-Recht zu verstoßen.

Der Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer stellt allerdings eine grundsätzliche Fürsorgepflicht des Arbeitgebers dar. Beispielsfälle, in denen es sich gerade bei der Beschaffung durch öffentliche Auftraggeber anbietet, den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer des Auftragnehmers bei Durchführung des Auftrags zu erhöhen, drängen sich nicht auf. Insofern stellt sich die Frage, ob durch das Vergaberecht Gesundheitsschutzstandards modifiziert werden sollen. Die Aufnahme dieses Kriteriums würde letztendlich voraussetzen, dass die Einhaltung dieser Vorgabe auch kontrolliert werden könnte. Spätestens an diesem Punkt würde für Bieter und Auftraggeber deutlicher Mehraufwand im Vergabeverfahren entstehen. Dies verstößt gegen unsere grundlegende Position, dass Vergabeverfahren erleichtert werden müssen, um potentielle Bieter in stärkerem Maße zu ermutigen, an öffentlichen Ausschreibungen teilzunehmen.

Wir regen daher an, dass wichtige Thema des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer im Fachrecht zu überarbeiten. Dies würde auch solchen Arbeitnehmern zugutekommen, die außerhalb öffentlicher Beschaffungsvorgänge tätig sind.

10. Wie kann unter dem Aspekt Klimaschutz die Umsetzung von Kreislaufwirtschaft und Produktlebenszyklus von Produkten und Dienstleistungen sowie Maßnahmen zur Nachhaltigkeit bezüglich Dekarbonisierung und Energie- und Ressourceneffizienz im Vergabegesetz verbessert beziehungsweise realisiert werden?

Die vorgenannten Aspekte können bereits nach der aktuellen Fassung des § 4 umfassend einbezogen werden. Dass § 4 eher abstrakt gefasst ist, würden wir als Vorteil sehen. Denn so wird eine optionale, auf den Einzelfall angepasste, aber zugleich weitgehende Anwendbarkeit von Umweltaspekten ermöglicht.

Wir würden zurzeit keine Anpassung der Normen über die Anwendbarkeit von ökologische oder sozialen Aspekten empfehlen. Dabei sollte u. E. auch berücksichtigt werden, dass das Bundeswirtschaftsministerium zurzeit eine umfassende Konsultation zum sog. „Vergabetransformationspaket“ durchführt. Die bessere Einbeziehung sozialer und ökologischer Aspekte ist ein wesentliches Diskussionsthema der Konsultation. Sollten dort neue und geeignete Vorschläge für eine bundesweite Regelung gefunden werden, könnte der Freistaat Thüringen diese auch für das Landesvergabegesetz übernehmen.

11. Wie bewerten Sie den Vorschlag, gesetzliche Mindestgrenzen für Direktauftrag, Verhandlungsvergabe oder freihändige Vergabe und beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb einzuführen und welche Grenzen erachten Sie diesbezüglich als sinnvoll?

Wertgrenzen für die freie Wahl der Art des Vergabeverfahrens und auch für Direktaufträge sind ein ganz wesentliches Instrument, um Verfahrenserleichterungen zu schaffen.

Die Wertgrenzen, die in Ziffer 1.2.2.1 f. der Thüringer Verwaltungsvorschrift zur Vergabe öffentlicher Aufträge geregelt werden, die allerdings zum 30.06.2023 außer Kraft getreten sind, müssen unverzüglich, möglichst rückwirkend, verlängert werden.

Die Wertgrenzen sollten erhöht werden, um die Inflation auszugleichen und auch um tatsächliche Erleichterung zu schaffen. Die Wertgrenzen sollten auf ca. 150 – 200 % des Bestandswertes erhöht werden, wobei die vergaberechtlichen Schwellenwerte nach § 106 GWB eine Obergrenze darstellen.

Gesetzliche Mindestgrenzen sind in diesem Zusammenhang eher untypisch und u. E. auch nicht erforderlich. Wichtiger ist, dass hinsichtlich der Anwendbarkeit der o.g. Wertgrenzen-Regelungen schnell gehandelt wird.

*12. Wie bewerten Sie den Vorschlag der Einführung einer maximal einseitigen
Eigenerklärung zum Ersatz der bisherigen Formblätter?*

Die bisherige Bestbieter-Regelung hat bereits für Entlastung gesorgt. Die Vorlage einer Erklärung, die lediglich beinhaltet, das Gesetz verstanden und eingehalten zu haben, erscheint uns etwas anfällig für Missverständnisse, was dem Einsatz in der Praxis entgegenstehen könnte.

13. Auf welchem Wege ist es Ihrer Ansicht nach sinnvoll, soziale und ökologische Kriterien in öffentlichen Projekten zu berücksichtigen? Inwieweit ist das Vergabegesetz dafür der richtige Ort?

Um ambitionierte – und heutzutage zweifellos erforderliche – soziale und ökologische Ziele erreichen zu können, ohne dabei weiteren Aufwand im Vergabeverfahren für Bieter sowie Auftraggeber zu verursachen, empfehlen wir dringend, die Berücksichtigung sozialer, ökologischer und auch innovativer Kriterien optional auszugestalten, und nicht obligatorisch.

Denn letztendlich können die jeweiligen Auftraggeber am besten einschätzen, ob bei einem bestimmten Beschaffungsvorgang entsprechende soziale, ökologische und innovative Ziele zu angemessenem Aufwand erreicht werden können.

Obligatorische Vorgaben gehören dagegen in die Fachgesetze außerhalb des Vergaberechts im engeren Sinne. Dies gewährleistet, dass diese Ziele nicht nur bei öffentlichen Beschaffungen, sondern grundsätzlich verfolgt werden. Dass der öffentlichen Hand hinsichtlich der Erreichung ökologischer und sozialer Ziele eine Vorbildfunktion zukommt ist völlig klar. Starre Verpflichtungen durch das Vergaberecht braucht es jedoch nicht, um öffentliche Auftraggeber zu motivieren, einen Beitrag zur Erreichung dieser Ziele zu leisten.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes - Bürokratleabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7451 - Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8029 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Dörre</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Klaus</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Friedrich-Schiller Universität Jena Institut für Soziologie Carl-Zeiß-Str. 3</td> </tr> </table>	Name	Vorname	Dörre	Klaus	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer	Friedrich-Schiller Universität Jena Institut für Soziologie Carl-Zeiß-Str. 3		
	Name	Vorname									
	Dörre	Klaus									
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer	Friedrich-Schiller Universität Jena Institut für Soziologie Carl-Zeiß-Str. 3										
<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> 1 07743 Jena </div>											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 24.07.2023	

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/2767

zu Drs. 7/7451/8029

Universität Jena · Institut für Soziologie · 07743 Jena

Thüringer Landtag
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und
Digitale Gesellschaft
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt



FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA

Fakultät für Sozial- und
Verhaltenswissenschaften

Institut für Soziologie
AB Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie

Prof. Dr. Klaus Dörre
Universitätsprofessor

Carl-Zeiß-Str. 3
07743 Jena

Telefon:
Telefax:
E-Mail:

Jena, 24. Juli 2023

Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes – Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
– Drucksache 7/7451 –

Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 7/8029 –

hier: Anhörung gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Stellungnahme Prof. Klaus Dörre

(Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Zum Gesetzentwurf der CDU-Landtagsfraktion und den Änderungsvorschlägen der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nehmen wir¹ wie folgt Stellung:

1. Sozial-ökologische Transformation und die Lage am Arbeitsmarkt

Wir befinden uns derzeit in einer „ökonomisch-ökologischen Zangenkrise“ (Dörre 2022), denn durch den zunehmend ökologisch und damit auch gesellschaftlich destruktiven Charakter von wirtschaftlichem Wachstum – „das wichtigste Mittel zur Überwindung ökonomischer Stagnation und zur Pazifizierung sozialer Konflikte“ (ebd.: 51) – werden die Grundlagen des Kapitalismus erschüttert. Die Erderwärmung schreitet schneller voran als wir Gegenmaßnahmen entwickeln oder gar umsetzen können (siehe Abb. 1; vgl. auch IPCC 2023). Zwischen 1980 und 2016 haben sich die Emissionen weltweit verdoppelt (ebd., nach Gallagher/Kozul-Wright 2019). Der Handlungsdruck für einen ökologischen Umbau ist also enorm. Das betrifft alle gesellschaftlichen Bereiche. Die soziale Frage lässt sich daher heute nicht mehr ohne

¹ In die Stellungnahme geht die Expertise der gesamten Forscher:Innengruppe am Arbeitsbereich Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der FSU ein. Deshalb wird im Plural argumentiert.



die ökologische lösen, darf aber auch nicht durch letztere ersetzt werden. Diese Problematik lässt sich als sozial-ökologischen Gesellschaftskonflikt beschreiben, der aktuell wohl eine der wichtigsten Herausforderung für politisches Handeln darstellt.

Dass wir mit sozialen Herausforderungen besonders konfrontiert sind, zeigt die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt: Inzwischen hat sich der Thüringer Arbeitsmarkt weitestgehend von einem Käufer- zu einem Anbietermarkt entwickelt. Das heißt, dass es in vielen Branchen nicht nur an Fach- sondern auch an Arbeitskräften fehlt. Laut Bundesinstitut für Berufsbildung konnten im Jahr 2022 68.900 Ausbildungsplätze in Deutschland nicht besetzt werden – das dritte Jahr in Folge eine Rekordzahl (BIBB 2023: 10). In Thüringen ist das Stellenangebot größer als die Nachfrage: Jedes zweite Thüringer Unternehmen verfüge über offene Stellen, so ein Ergebnis der Herbstumfrage 2022 der Thüringer Industrie- und Handelskammern. Wie überall in Deutschland wird das fehlende Arbeitskräftepotential mehr und mehr zu einem Haupthindernis für eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Regionen und Bundesländern hängt deshalb zunehmend vom Angebot an attraktiven Arbeitsplätzen mit guter Bezahlung ab. „Lieber-billiger-als-besser“-Strategien haben umso mehr ausgedient. Und trotzdem sind in Thüringen die Einkommen im Bundesvergleich am zweitniedrigsten und die Tarifbindung liegt weit unter dem Durchschnitt, worauf in Drucksache 7/8029 bereits hingewiesen wird. Das ist auch mit Blick auf die Bewältigung sozial-ökologischer Transformationsprozesse, wie die Energiewende, die den Fachkräftebedarf zusätzlich steigern, besonders relevant. Thüringer Unternehmen müssen begreifen, dass sie ihre Chancen für einen wirtschaftlichen Take-off nach der Pandemie – trotz Energie- und Materialkrise – nur so erreichen können. Eine erste, nicht hintergehbare Voraussetzung einer zukunftsorientierten arbeitsmarktpolitischen Strategie ist deshalb, dass die Konkurrenz mit tiefen Löhnen und schlechten, weil prekären Arbeitsbedingungen, unterbunden wird. Nehmen wir als Beispiel die Region Ostthüringen. Das Ergebnis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung lautet: „Im Durchschnitt müssten die Entgelte nach Auffassung der Beschäftigten [...] um fast ein Fünftel erhöht werden, um die eigene Leistung finanziell angemessen abzubilden [...] Nur 17,1 Prozent der Befragten fühlen sich bereits angemessen entlohnt und fordern keine Erhöhung“ (Schmalz et al. 2021: 81). Daran hat sich bis heute wenig geändert. Das zeigen u.a. die jüngsten Aktionen von ver.di und GEW für den öffentlichen Dienst in Thüringen.

Die Corona-Pandemie hat auch die Thüringer Wirtschaft hart getroffen, es folgten Materialprobleme, Energiekrise und eine Inflation, die aktuell Preissteigerungen von bis zu 18,1 Prozent umfasst (Stand Juni 2023, siehe Abb. 9). Von einer gänzlich erholten oder gar prosperierenden Wirtschaft kann also noch keine Rede sein. Vielmehr zeichnet sich eine gesplante Ökonomie ab, in der einige Branchen, wie beispielsweise die IT-Wirtschaft (siehe Abb. 3) besser aus der Krise kommen, während andere Branchen grundlegende und womöglich langfristige Probleme haben. Beispielsweise setzt sich der mit Corona eingesetzte Negativtrend in den Dienstleistungsbranchen bis heute fort (siehe Abb. 4). Die ökonomische Krise tritt im Zusammenspiel mit ökologischen Gefahren auf, deren Ausmaß und Auswirkungen – insbesondere in Anbetracht zu geringer Klimamaßnahmen (vgl. u.a. IPCC 2023; siehe auch Abb. 1) – unkalkulierbar bleiben. Der Freistaat kommt nicht umhin, das politische Vorgehen an der Realität einer „ökonomisch-ökologischen Zangenkrise“ (Dörre 2022) auszurichten. Es besteht die Wahl zwischen vorausschauenden und konstruktiven politischen Maßnahmen oder tendenziell blockierenden Politiken, als deren Folge verschwenderisch mit knappen Zeitbudgets umgegangen wird. Das Vergabegesetz kann ein kleiner Baustein in einer zukunftsweisenden Transformationsstrategie sein, wenn es wagt, klare soziale und ökologische Nachhaltigkeitskriterien einzufordern.

Mit der Anhebung des vergabespezifischen Mindestlohns versuchen beide Gesetzentwürfe der Fach-/Arbeitskräfteproblematik zwar Rechnung zu tragen. In Anbetracht der Inflation werden 13,50 € jedoch nicht ausreichen. Überhaupt ist positiv anzumerken, dass die Bedeutung von sozialen und auch ökologischen Standards in beiden Gesetzentwürfen mehr anerkannt wird als in vorherigen Fassungen (siehe Stellungnahme Prof. Klaus Dörre zum Gesetzentwurf „Änderung des Vergabegesetzes Thüringen“ der CDU-Landtagsfraktion und den Änderungsvorschlägen der FDP vom 14.09.2021). Allerdings bleibt der Entwurf der CDU weit hinter den nötigen Regelungen zurück. Unter § 4 in Drucksache 7/7451 belaufen



sich alle Vorgaben beispielsweise auf reine „Kann“-Angaben/Empfehlungen. In Drucksache 7/8029 werden erste wichtige konkrete Vorschläge für die Festlegung sozialer und ökologischer Kriterien eingebracht. Wie wir diese im Einzelnen bewerten, s.u.

2. Bewertung vom im Gesetzentwurf vorgesehenen Änderungen

1.) Zu Frage 1

1. Wie bewerten Sie die Ausweitung der Bestimmungen zur Tariftreue und zum Vergabemindestlohn auf kommunale und sonstige Auftraggeber als Maßnahme zur Weiterentwicklung des Vergabegesetzes?

Vorab sei daran erinnert, dass sich der gesetzliche Mindestlohn auch beschäftigungspolitisch als Erfolgsmodell entpuppt hat. Das zeigt, dass Märkte, insbesondere Arbeitsmärkte, sozialer Regulierung bedürfen, um zu funktionieren. Diese Erkenntnis sollte zum Allgemeinut von politischen Akteuren werden, die beanspruchen, die Zukunftsinteressen des Landes vor Augen zu haben.

Wie oben schon erwähnt, ist die Anhebung des vergabespezifischen Mindestlohns ein Versuch, der Fach-/Arbeitskräfteproblematik beizukommen. Auch mit Blick auf die derzeitige Inflationsentwicklung werden 13,50 € jedoch nicht ausreichen. Die Ausweitung der Tariftreue auf sonstige und kommunale Auftraggeber im Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist daher zu begrüßen.

Bereits im Jahr 2018 hat ein Forschungsteam der FSU Jena den Umfang des Fachkräfteproblems empirisch untersucht und eine Expertise veröffentlicht (vgl. Dörre et al. 2018). Inzwischen ist der Fachkräftemangel in aller Munde, der Handlungsdruck hat sich zugespitzt. Denn fehlende Arbeitskräfte werden künftig das wichtigste Wachstumshindernis der Thüringer Wirtschaft sein und der Arbeitsmarkt wird sich noch stärker von einem Käufer- zu einem Anbietermarkt wandeln. Diese Problemwahrnehmung wird branchenübergreifend geteilt. Es fehlen Facharbeiter:innen in der Metall- und Elektroindustrie, ebenso wie Erzieher:innen im sozialen Dienst (vgl. Ehrlich 2020). Es fehlen aber auch Arbeitskräfte für geringer qualifizierte Tätigkeiten zum Beispiel im Baugewerbe und im Handwerk (vgl. Dörre et al. 2018: 7-11; siehe Abb. 7 & 8). Gerade in der letztgenannten Branche erweist sich die Konkurrenz um den billigsten Preis auf Kosten der Beschäftigten zunehmend als dysfunktional. Gerade kleine und mittlere Betriebe haben enorme Schwierigkeiten, Auszubildende, Fach- und Arbeitskräfte zu rekrutieren.

Die Vorstellung, Thüringen könne durch die Unterbietung des Lohnniveaus der alten Bundesländer Wachstum und Wohlstand generieren, erweist sich mit Blick auf die Fachkräfteproblematik und den Arbeitskräftemangel als folgenschwerer Fehlschluss. Beschäftigte verlassen die Region, weil eine Perspektive, präziser: weil die Aussicht auf eine gute Arbeit mit leistungsgerechten Löhnen fehlt. Ein niedriges Entgelt, geringe Mitbestimmungsmöglichkeiten und prekäre Anstellungsverhältnisse widersprechen den steigenden subjektiven Ansprüchen von Beschäftigten an ein gutes Leben und eine gute Arbeit (ebd: 4). Das durchschnittliche Lohnniveau in der wichtigen Thüringer Auto- und Zulieferindustrie beträgt nur etwa 66 Prozent des Bundesdurchschnitts (Olle et al. 2018: 54); teilweise liegt die Lohndifferenz im Ost-West-Vergleich im Extremfall immer noch bei über 40 Prozent. Deshalb stellt sich in immer schärferem Maße die Frage: Warum sollten mobile, gut qualifizierte Arbeitskräfte in Thüringen bleiben, wenn es anderswo deutlich attraktivere Arbeitsplätze gibt? Unsere Fachkräfteexpertise kam deshalb zu dem Schluss: „Erforderlich sind insbesondere die Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und die Verringerung der Einkommensungleichheit sowie eine Stärkung organisierter Arbeitsbeziehungen. Ohne Veränderungen in diesen Bereichen, die Erhöhung der Tarifbindung und eine stärkere Verankerung betrieblicher Mitbestimmung lässt sich die Fachkräfteproblematik nicht erfolgreich bewältigen“ (Dörre et al. 2018: 4). An dieser Feststellung hat sich – trotz der aktuellen Krisendynamiken – grundsätzlich nichts



geähdert, gerade weil die Fachkräftebedarfe durch Digitalisierung und Energiewende unweigerlich weiter gesteigert werden (vgl. CATI 2022; Hünninger et al. 2023).

Konkret für das Baugewerbe gilt: Der Transformationsdruck lastet schwer auf der Branche. Es gilt einerseits nachhaltig zu bauen und andererseits attraktive Arbeitsbedingungen zu bieten – in Anbetracht von teilweise nur schwer kalkulierbaren Kostensteigerungen von Material und Energie nicht immer ein leichtes Unterfangen. Das Vergabegesetz fordert hier lediglich, was in der Branche längst reale Herausforderung ist. Fachkräfte wollen nach Tarif bezahlt werden, sie verlangen einen guten Gesundheitsschutz und Mitbestimmungsmöglichkeiten. Die Unterwanderung der tariflichen Bestimmungen bedeutet für Unternehmen de facto einen Konkurrenznachteil um qualifizierte Arbeitskräfte. Anstatt der überkommenen Strategie der Deregulierung von Arbeit und Niedriglohn zu folgen, gilt es die ökologischen und sozialen Herausforderungen in der Region proaktiv zu gestalten. Ansatzpunkt kann unter anderem eine mitarbeiterorientierte und mitbestimmte Digitalisierung der Bauprozesse sein. Die nach wie vor steigenden Digital-Investitionen der Branche trotz negativ bewerteter Geschäftssituation bis Q1/2023 (siehe Abb. 5 & 6) verdeutlichen die Relevanz der digitalen Transformation.

Insgesamt sind politische Maßnahmen zu empfehlen, die eine fortschreitende Prekarisierung von Arbeit verhindern. Die Stärkung von Tarifbindung und Mitbestimmung im Rahmen organisierter Arbeitsbeziehungen sowie die Verringerung von Entgeltungleichheit und Leiharbeit sind wichtige Schritte zur Bearbeitung der Fachkräfteproblematik und damit zu einer verbesserten Leistungsfähigkeit der Thüringer Wirtschaft – gerade auch in Zeiten einer zunehmenden Bedeutung von Fachwissen und einer beschleunigten Digitalisierung. Die Reduzierung des Vergabegesetzes auf das Kriterium des günstigsten Preises ist kontraproduktiv und fördert letztlich die Deregulierung von Arbeitsbedingungen und eine Benachteiligung Thüringens im Wettbewerb, wie die Erfahrungen mit tariflicher und politischer Deregulierung in den Transformationsjahren nach 1990 gezeigt haben. Die gänzliche Streichung der Passagen zur Sicherstellung der ILO-Kernarbeitsnormen ist ein fatales arbeitspolitisches Signal. Impliziert es doch, dass die Thüringer Unternehmen nicht einmal jene Standards einzuhalten vermögen, die für jeden Betrieb und jeden Arbeitsplatz selbst im globalen Süden normative Kraft entfalten sollen. Neben Imageschäden wird das eine Vielzahl kontraproduktiver Arbeitsmarkteffekte produzieren. Wissenschaftliche Expertise, darunter auch unsere Forschungen, weisen einen anderen Weg.

Bezüglich der Festsetzung des vergabespezifischen Mindestlohns wäre deshalb ein höherer Wert oder zumindest eine relationale Formulierung zum gesetzlichen Mindestlohn empfehlenswert, um dynamisch auf Anpassungen reagieren zu können. Die gänzliche Streichung des Verweises auf die ILO-Kernarbeitsnormen im Gesetzentwurf ist mit Blick auf die o.g. Kriterien attraktiver Arbeitsbedingungen über das reine Lohnniveau hinaus nicht zu begrüßen.

2.) Zu Frage 2

2. Wie schätzen Sie die Einrichtung einer Landesvergabeberatungsstelle ein, die unterstützend im Vergabeverfahren wirken soll? In welchen Prozessen des Vergabeverfahrens sehen Sie konkreten Beratungsbedarf? Welche Aufgabe(n) sollte eine Landesvergabeberatungsstelle konkret übernehmen?

Direkte Ansprechpartner und eine Vorab-Beratung dienen nicht nur dem Bürokratieabbau sondern können vor allem sozial-ökologische Transformationsprozesse befördern. Eine solche Beratungsstelle müsste die Anhebung sozialer und ökologischer Standards zum Ziel haben und sollte weniger mit der Verfahrensberatung beschäftigt sein, deren Bedarf sich durch Maßnahmen zur Entbürokratisierung bestenfalls minimieren sollte (s.u.). Es ginge darum, Unternehmen in innovativen Vorhaben zur Erhöhung



der eigenen Umwelt- und Arbeitsstandards zu bestärken und damit der Konservierung von Wettbewerbsstrategien, die auf billiger Arbeitskraft beruhen, entgegenzuwirken, weil diese nicht mehr zukunftsfähig sind. Eine Beratungsstelle sollte dahingehend nicht nur Ansprechpartner auf Initiative der Unternehmen hin sein, sondern diese auch gezielt, z.B. im Rahmen von Informationsveranstaltungen und Dialogformaten ansprechen. Dabei sollten sowohl Vertreter:innen des Managements als auch der Arbeitnehmer:innen berücksichtigt werden.

3.) zu Frage 3-4

3. *Wie bewerten Sie die Einführung eines Registers für von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossene Unternehmen?*

4. *Wie bewerten Sie die Weiterentwicklung des § 15 „Kontrollen“ des Gesetzentwurfs in Drucksache 7/8029?*

Verstoßen Unternehmen gegen die Kriterien des Vergabegesetzes kann die Erfassung in einem Register und ein Ausschluss dieser Unternehmen ein sinnvolles Instrument sein, um die Kontrolle vor weiteren Verstößen sicherzustellen. Die Einführung eines Registers für von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossene Unternehmen macht aber nur Sinn, wenn daran transparente und klare sozial-ökologische Kriterien gebunden sind. D.h. in dieses Register kommen Unternehmen, die den Standards des Vergabegesetzes (und diese sollten klar formuliert sein, s.u.) von vornherein nicht entsprechen. Es bleibt jedoch die Frage, ob der Aufwand der Pflege eines solchen Registers nötig ist, wenn die Kriterien für eine Auftragsvergabe klar genug definiert sind, sodass Unternehmen, die die geforderten Standards nicht erfüllen, ohnehin keine Chance haben.

4.) zu Fragen 5-7 & 11-12

5. *Welche konkrete Ausgestaltung eines digitalisierten Vergabeverfahrens müsste Ihrer Meinung nach erfüllt sein, um eine Verfahrenserleichterung zu bewirken?*

6. *Wie bewerten Sie die Vergabeerleichterung durch die elektronische Verfahrensteilnahme via eMail?*

7. *Wie bewerten Sie die Verfahrenserleichterung durch eine einheitliche Vergabeplattform?*

11. *Wie bewerten Sie den Vorschlag, gesetzliche Mindestgrenzen für Direktauftrag, Verhandlungsvergabe, oder freihändige Vergabe und beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb auszuführen und welche Grenzen erachten Sie diesbezüglich als sinnvoll?*

12. *Wie bewerten Sie den Vorschlag einer maximal einseitigen Eigenerklärung zum Ersatz der bisherigen Formblätter?*



Digitalisierung und der Abbau von Bürokratie zur Verfahrenserleichterung sind grundsätzlich begrüßenswert, solange sie ebenso sozial-ökologischer Nachhaltigkeit dienen und nicht mit dem Abbau konkret formulierter Anforderungen einhergehen. Dabei ist allerdings darauf zu achten, dass das Vergabeverfahren wirklich digitalisiert ist, also ohne postalische Zusendungen und analog auszufüllende Formulare auskommt. Eine maximal einseitige Eigenerklärung als Ersatz der bisherigen Formblätter sollte ebenfalls zum Abbau bürokratischer Hürden beitragen und würde die Digitalisierung des Verfahrens erleichtern. Eine einfach zu bedienende Vergabeplattform wäre sicher die leichter zu verwaltende Variante als ein Versand per eMail. Letzterer kann aber auch die gewünschte Erleichterung bringen, sollte aber datenschutzrechtlich abgesichert sein (Stichwort sicherer Versand persönlicher Daten).

Eine attraktive Ausgestaltung von Ausschreibungs- und Antragsverfahren rechtfertigt jedoch keinesfalls Nachteile für Arbeitnehmer:innen, Umwelt und Gesellschaft. Wie die Kommunikation zwischen Bietenden und Vergabestellen zu verbessern ist, muss unbedingt wissenschaftlich evaluiert werden. Dabei könnte sich zeigen, dass die „Bürokratisierung“ eher ein Problem verkrusteter Behörden und ineffizienter Abläufe als das Ergebnis sozialer und ökologischer Standards ist. Dass Teile des Thüringer Staatsapparates ineffizient agieren, dass es den Zuständigen an Industrie- und wirtschaftspolitischer Fantasie und Kreativität fehlt, hat sich in der Corona-Krise ein ums andere Mal gezeigt. Diese Apparate und ihre Praktiken sind jedoch in den Jahren von CDU-geführten Regierungen entstanden. Die amtierende Regierung muss sich mit diesen Apparaten auseinandersetzen und arrangieren. Die daraus resultierenden Schwierigkeiten haben es verdient, durch wissenschaftliche Expertise ans Tageslicht gebracht zu werden. Aus der Perspektive kleiner und mittlerer Unternehmen, die die Thüringer Wirtschaft prägen, könnte eine Untersuchung solcher Praktiken zu manch überraschender Erkenntnis führen.

Eindeutige Vergabekriterien, die soziale und ökologische Standards höher gewichten als den Angebotspreis, sollten das Gebot der Stunde sein. Diese Nachhaltigkeitskriterien sollten auch die Grenzen von Direktaufträgen, freihändigen Vergaben und beschränkten Ausschreibungen bestimmen.

5.) zu Fragen 8-9

8. Wie würden Sie die Aufnahme des Merkmals der Regionalität in § 4 Absatz 4 Satz 5 des Gesetzentwurfs in Drucksache 7/8029 bewerten?

9. Wie würden Sie die Aufnahme von Maßnahmen zum Gesundheitsschutz für Arbeitnehmernde in § 4 des Gesetzentwurfs in Drucksache 7/8029 bewerten?

Insgesamt wollen wir an dieser Stelle nochmal auf die Problematik der „Kann-Kriterien“, die insbesondere den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion prägen, eingehen. Diese bringen uns in Zeiten ökologischer Krise und Fachkräftemangels kein Stück weiter. Es bedarf vielmehr klarer Kriterien für die Vergabe öffentlicher Aufträge, die sich an konkreten Nachhaltigkeitszielen orientieren. Vorerst gilt es zu diskutieren, wie sich die Thüringer Wirtschaft auf die kommenden Herausforderungen einstellen kann. Die Einhaltung der im Vergabegesetz formulierten Anforderungen sollten von den zuständigen Behörden verbindlich kontrolliert werden. Fehlende Sozial- und Nachhaltigkeitskriterien und der weitere Abbau von Kontrollen zur Einhaltung von Arbeits- und Gesundheitsstandards tragen nicht zum Ausgleich von Arbeitnehmer- oder Umwelt-Nachteilen bei. Konkret bedeuten die angestrebten Änderungen u.a. die Ermöglichung eines Ausbaus von schlecht entlohnter und vertraglich schwach gesicherter Zeit- und Leiharbeit bei öffentlichen Aufträgen – nach Jahren erfolgreicher Zurückdrängung dieser Arbeitsvertragsformen zugunsten regulärer Beschäftigung (vgl. Dörre/Holst/Thieme 2008). Steigende Zahlen arbeitsrechtlicher Klagen oder auch gegen die Durchsetzung der zunehmend wirksamen Umweltauflagen der ökologischen Transformation haben für Unternehmen zweifellos Konsequenzen. Die Einhaltung verbindlicher Dekarbonisierungsziele, oder allgemeiner: sozialer und ökologischer Nachhaltigkeitskriterien



zu garantieren, muss jedoch für jeden Betrieb, für jedes Unternehmen zu einer Selbstverständlichkeit werden. Dieses als Bürokratisierung zu bezeichnen, ist grob fahrlässig.

Deshalb ist zum einen die Aufnahme von Gesundheitsschutzmaßnahmen definitiv zu begrüßen. Zumal es sich hier um die Branche mit einem der höchsten Gesundheitsrisiken überhaupt handelt. Mit der Wiederaufnahme der Kernarbeitsnormen der ILO, wäre der Gesundheitsschutz als Standard im Übrigen bereits festgesetzt, und im § 4 könnten konkrete Maßnahmen festgelegt werden. Zum anderen sollte gerade – aber nicht nur – in der Baubranche Regionalität eine höhere Bedeutung bekommen. Regionalität wäre insofern ein wichtiges soziales und gleichzeitig ökologisches Kriterium, das zu begrüßen wäre. Dadurch werden nicht nur unnötige Fahrten durch halb Deutschland vermieden, sondern auch regionale Betriebe gefördert (z.B. regionale KMU bevorzugen).

6.) zu Fragen 10 & 13

10. Wie kann unter dem Aspekt Klimaschutz die Umsetzung von Kreislaufwirtschaft und Produktlebenszyklus von Produkten und Dienstleistungen sowie Maßnahmen zur Nachhaltigkeit bezüglich Dekarbonisierung und Energie- und Rohstoffeffizienz im Vergabegesetz verbessert bzw. realisiert werden?

13. Auf welchem Wege ist es Ihrer Ansicht nach sinnvoll, soziale und ökologische Kriterien in öffentlichen Projekten zu berücksichtigen? Inwieweit ist das Vergabegesetz dafür der richtige Ort?

Längerfristig wirkende Dynamiken wie Inflation, Energiekrise, der unumkehrbare ökologische Transformationsdruck, der demographische Wandel sowie die unzureichende tarifliche Absicherung von Beschäftigten in Thüringen erzeugen einen erheblichen Handlungs- und Regulierungsbedarf. Ein gutes Vergabegesetz kann für die Bewältigung dieser Herausforderungen wichtige Ankerpunkte setzen. Diese kommen in Form von transparenten, nachvollziehbaren, allgemein gültigen Wettbewerbsbedingungen und verbindlichen Arbeitsstandards sowohl den Unternehmen als auch den Beschäftigten zugute.

Nach Energiewirtschaft, Industrie und Verkehr ist der Gebäudesektor immer noch einer der wichtigsten Erzeuger von Treibhausgasemissionen (siehe Abb. 2). Deshalb ist es wichtig, auch in diesem Bereich ökologische Nachhaltigkeit zu fördern. Gleichzeitig müssen aus o.g. Gründen soziale Belange gleichwertig mitberücksichtigt werden. Soziale und ökologische Kriterien sollten nicht nur in öffentlichen Projekten sondern auch in privatwirtschaftlichen Aktivitäten berücksichtigt werden. Es ist also nur richtig, in öffentlichen Projekten mit gutem Beispiel voranzugehen. Das Vergabegesetz kann eine Vorreiterrolle einnehmen, weil es wichtige bauliche Veränderungen im Freistaat an ökologische und soziale Nachhaltigkeit knüpfen kann. Das Vergabegesetz stellt auch in seiner bisherigen Form ein wichtiges Instrument zur Stärkung von Arbeitnehmer:innenrechten, zur Etablierung nachhaltiger Standards in der Wirtschaft sowie zur Wahrung von Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsmaßnahmen dar. Die gesetzliche Verankerung von sozialen und ökologischen Kriterien im Vergabeverfahren ist unbedingt zu begrüßen, wenngleich die konkrete Umsetzung der Regelungen noch spezifischer sein könnte. Das gilt insbesondere für den von der CDU vorgelegten Gesetzentwurf.



Literatur

Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2023. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn.

CATI (2022): Kompetenzentwicklung ZUKUNFT AUTOMOBIL in Thüringen. Studie des Chemnitz Automotive Institute (CATI) in Zusammenarbeit mit Netzwerk automotive thüringen e.V. (at), <https://thaff-thueringen.de/ueber-uns/news/2022/studie-zukunft-automobil-veroeffentlicht>, Zugriff: 21.11.2022.

Dorn, Florian/Fuest, Clemens/Scheckenhofer, Lisa/Flach, Lisandra (2022): Langfristige Effekte von Deglobalisierung und Handelskriegen auf die deutsche Wirtschaft. In: ifo Schnelldienst, 75(09), S. 27-34.

Dörre, Klaus (2022): Gesellschaft in der Zangenkrise. Vom Klassen- zum sozial-ökologischen Transformationskonflikt. In: Klaus Dörre/Madeleine Holzschuh/Jakob Köster/Johanna Sittel (Hrsg.): Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität. Frankfurt am Main: Campus. 2. akt. Aufl., S. 23-70.

Dörre, Klaus (2020): Die Corona-Pandemie – eine Katastrophe mit Sprengkraft. In: Berliner Journal für Soziologie. Jg. 30, 130-165.

Dörre, Klaus/Ehrlich, Martin/Engel, Thomas/Hinz, Sarah/Holzschuh, Madeleine/Singe, Ingo (2018): Perspektiven und Strukturen für attraktive Beschäftigung, Arbeitsqualität und Zuwanderung. In: Working Papers: Economic Sociology Jena, 12(18).

Dörre, Klaus/Holst, Hajo/Thieme, Christoph: Leiharbeit in Thüringen. Eine Bestandsaufnahme. In: Working Papers: Economic Sociology Jena, 2(5).

Ehrlich, Martin (2020): Die Fachkräftesituation in Thüringer Kindertageseinrichtungen. Berechnungen der Nachfrage und des Angebotes an pädagogischem Personal in Perspektive 2030. Jena: Ms.

Graf, Jakob/Liebig, Steffen/Lucht, Kim/Rackwitz, Hans/Wissen, Markus (2023): Sozial-ökologische Transformationskonflikte und linke Strategien. In: Prokla 210, 53(1).

Hünig, Julia et al. (2023): Die Transformation der Automobil- und Zulieferindustrie: Neue Herausforderungen für Arbeitsprozesse und Qualifizierung in Thüringen, Whitepaper im BeT-Projekt (BMW), https://www.beat-learning.info/admin/wp-content/uploads/2023/01/Whitepaper_BeT_Neue_Herausforderungen.pdf, Zugriff: 18.07.2023.

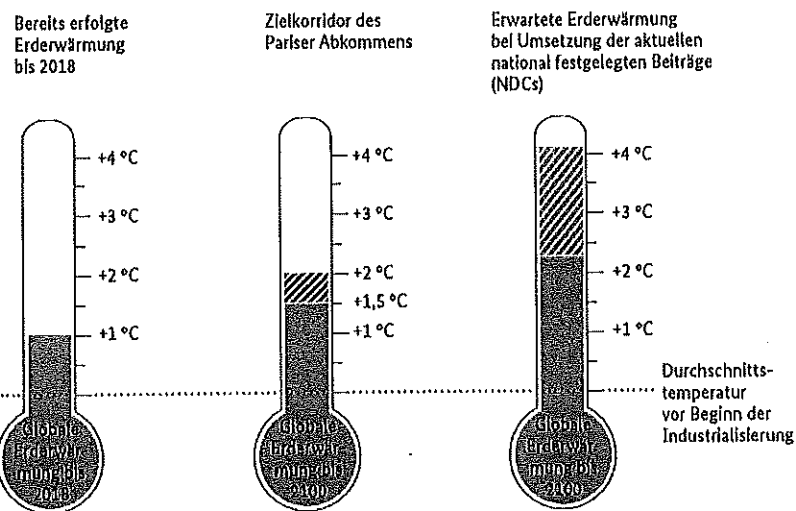
IPCC (2023): Climate Change 2022. Mitigation of Climate Change. Summary for Policy Makers, in: <https://www.de-ipcc.de/355.php>, Zugriff: 18.07.2023.

Olle, Werner/Plorin, Daniel/Chmelik, Rico (2018): Wege zur Zukunftsfähigkeit der Automobilzulieferindustrie in Thüringen. Trendscouting, Bestandsaufnahme/Tiefenanalyse, Handlungsempfehlungen, Erfurt, https://www.automotive-thueringen.de/documents/5004146/5082862/Kurzfassung+Automotive-Studie+Th%C3%BCrtingen+2018_final.pdf/b857e8ec-2e64-397b-3e44-433416eafd3f, Zugriff: 01.07.2023.

Zentrum digitale Transformation (2023): ZeTT-Radar Trends im 2. Quartal 2023, <https://zett-thueringen.de/wp-content/uploads/2023/05/ZeTT-Radar-Q2-2023.pdf>, Zugriff: 18.07.2023.

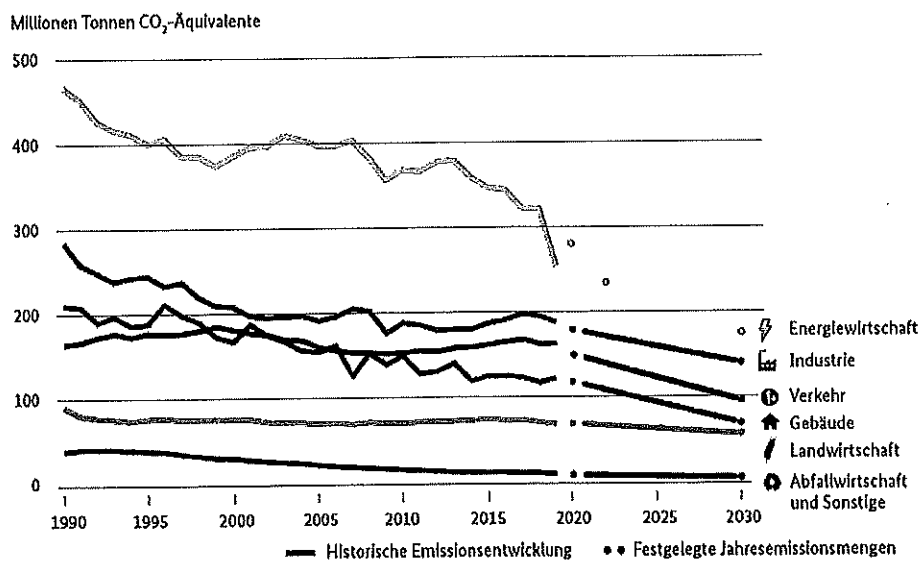
Abbildungen

Abb. 1:



Quelle: Navigant, New Climate Institute, Climate Analytics (2020)

Abb. 2:

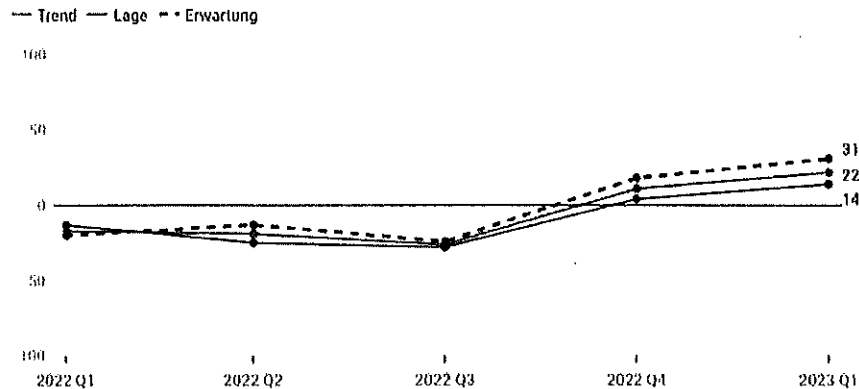


Quellen: UBA (2020a), UBA (2020b), Bundesregierung (2019)



Abb. 3:

ZeTT-Radar | Geschäftssituation: Digitalbranche hat den Tunnel verlassen und erwartet deutliche Zuwächse



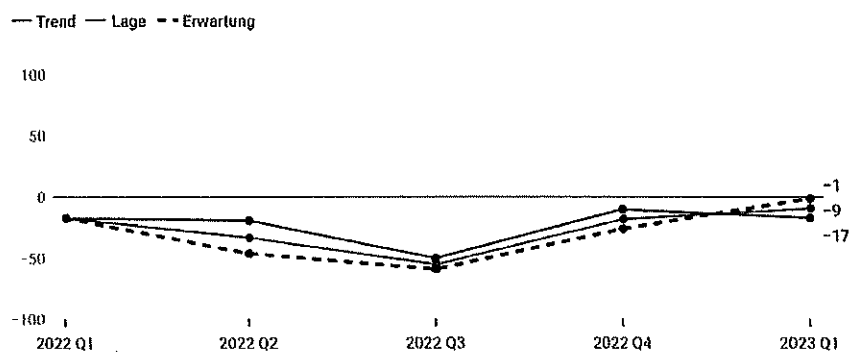
Die Digitalwirtschaft setzt den positiven Trend aus dem Vorquartal fort und verzeichnet Steigerung bei allen Werten. Die Aussichten (+31) für das kommende Quartal sind sehr positiv. Der Lagewert (+14) signalisiert eine verbesserte Geschäftssituation gegenüber dem Vorjahr und damit eine solide Ausgangsbasis für den aktuellen Trend (+22).

Grafik: Zentrum Digitale Transformation Thüringen • Quelle: ZeTT 4/2023 • Erstellt mit Datawrapper

Abb. 4:

ZeTT-Radar | Geschäftssituation: Negativer Trend bei den Dienstleistern setzt sich fort

(Dienstleistungssektor ohne IT-Branche)



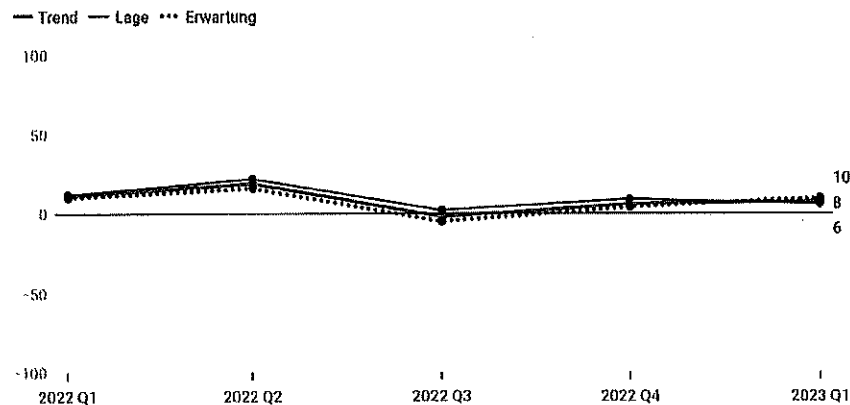
Der Lagewert in der Dienstleistungswirtschaft (-17) ist zum fünften Mal in Folge schlechter als im Vorjahresquartal. Auch die Erwartungen (-1) für das kommende Quartal sind mehrheitlich negativ. Der Trendwert (-9) wird vom schlechten Lagewert geprägt und deutet eine weitere Durststrecke für die Dienstleister an.

Grafik: Zentrum Digitale Transformation Thüringen • Quelle: ZeTT 4/2023 • Erstellt mit Datawrapper



Abb. 5:

ZeTT-Radar | Digital-Investitionen: Digitale Anschaffungen wachsen auch im Bau und im Handwerk

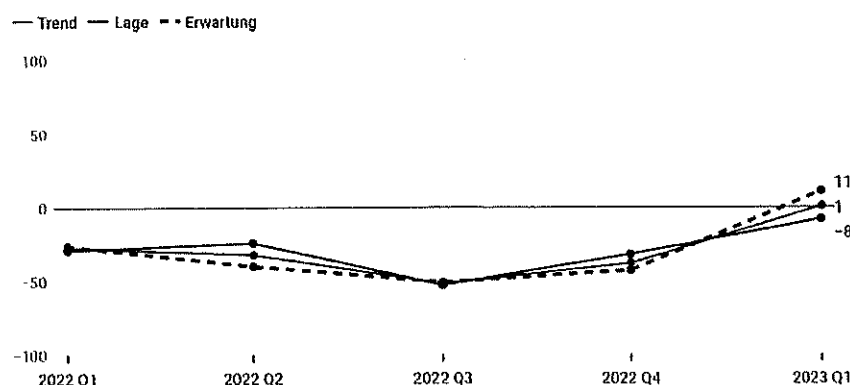


Wie im letzten Quartal ist der Trendwert für Bau und Handwerk (+8) aktuell überwiegend positiv gestimmt. Getrieben wird er von einem vorsichtig positiven Lagewert (+6) und einem etwas höheren Erwartungswert (+10). Weitere Investitionen in digitale Lösungen sind zu erwarten.

Grafik: Zentrum digitale Transformation Thüringen • Quelle: ZeTT 4/2023 • Erstellt mit Datavrapper

Abb. 6:

ZeTT-Radar | Geschäftssituation: Optimistische Erwartungen in Bau und Handwerk dominieren Trendwert

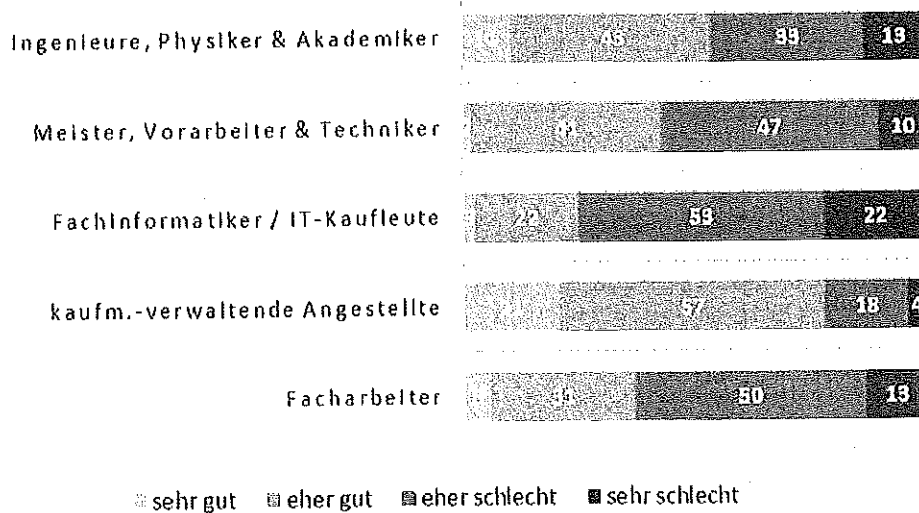


Erstmals seit vier Quartalen ist der Erwartungswert in der Bauwirtschaft und im Handwerk (+11) wieder positiv und deutet eine Verbesserung der Geschäftssituation für das laufende, zweite Quartal an. Der Lagewert (-8) ist noch negativ und zeigt eine Verschlechterung zum ersten Vorjahresquartal. In der Gesamtschau ergibt sich ein leicht positiver Trendwert (+1) für die Branche.

Grafik: Zentrum digitale Transformation Thüringen • Quelle: ZeTT 4/2023 • Erstellt mit Datavrapper

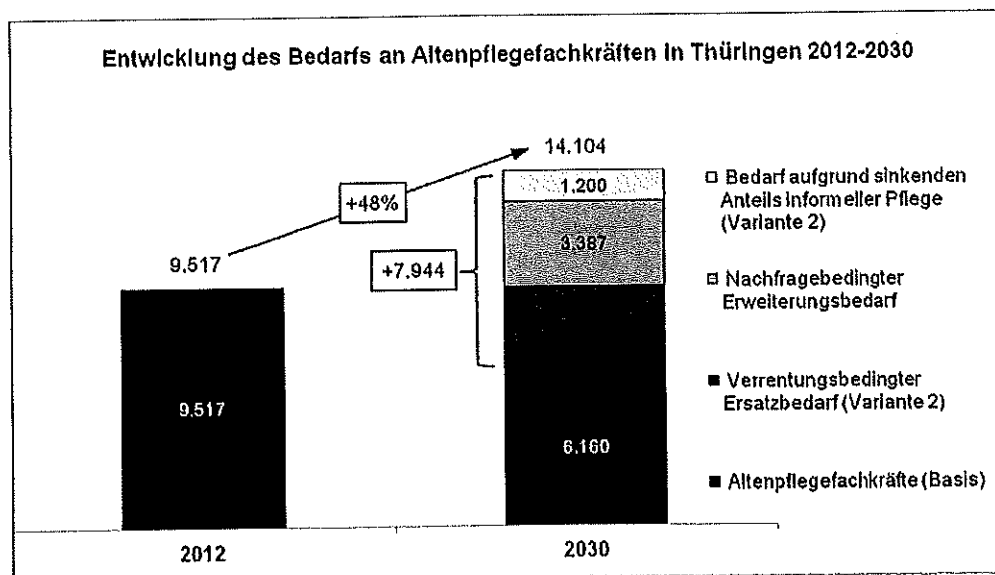
Abb. 7:

Bewertung des Fachkräfteangebots am Arbeitsmarkt



Quelle: Dörre et al. 2018: 7-11

Abb. 8:

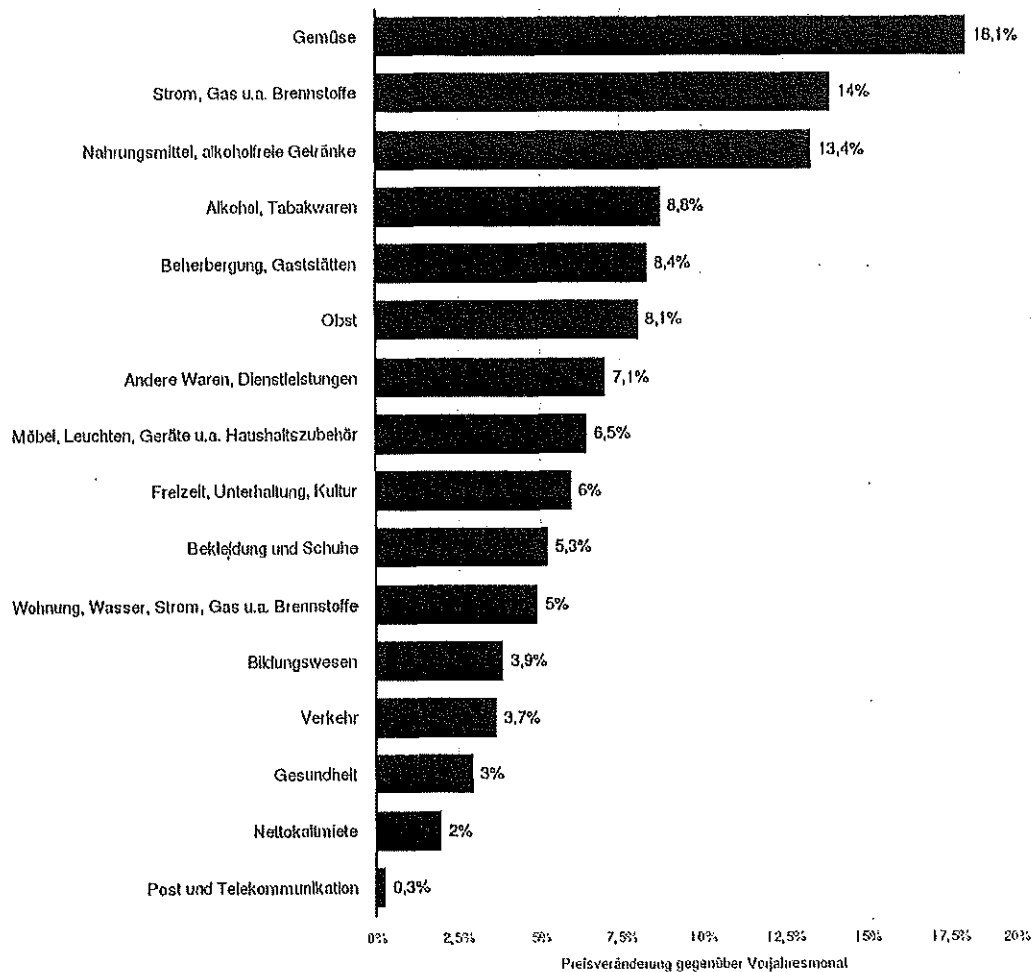


Quelle: Dörre et al. 2018: 7-11



Abb. 9

**Preissteigerung für ausgewählte Waren und Dienstleistungen im Juni 2023
(gegenüber Vorjahresmonat)**



Quelle:
Statistisches Bundesamt
© Statista 2023

Weitere Informationen:
Deutschland, Index 2020 = 100

222331/2023

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes - Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7451 - Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/8029 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"><tr><td>Name</td><td>Organisationsform</td></tr><tr><td>Selbstverwaltung für Thüringen</td><td>Verein</td></tr><tr><td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td><td>Selbstverwaltung f. Thüringen</td></tr><tr><td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td><td>Bahnhofstr. 23</td></tr><tr><td>Postleitzahl, Ort</td><td>07768 Kahla</td></tr></table>	Name	Organisationsform	Selbstverwaltung für Thüringen	Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	Selbstverwaltung f. Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnhofstr. 23	Postleitzahl, Ort	07768 Kahla
Name	Organisationsform										
Selbstverwaltung für Thüringen	Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Selbstverwaltung f. Thüringen										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnhofstr. 23										
Postleitzahl, Ort	07768 Kahla										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"><tr><td>Name</td><td>Vorname</td></tr><tr><td colspan="2"><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td></tr><tr><td>Straße, Hausnummer</td><td></td></tr></table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer					
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jona 28.08.2023	

THÜR. LANDTAG POST
26.07.2023 10:55

19824/2023

Selbstverwaltung für Thüringen e.V.
Bahnhofstraße 23 07768 Kahla

Thüringer Landtag
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft
und Digitale Gesellschaft
Vorsitzender Herrn Dieter Laudenbach
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

vorab per Telefax: 0361/3772016



Selbstverwaltung für
Thüringen e.V.

Geschäftsstelle:
Bahnhofstraße 23
07768 Kahla
Tel. (03 64 24) 59 18 0
E-Mail:
AG.Selbstverwaltung@web.de
Internet:
<http://ag-selbstverwaltung.net>

Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes – Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht

Sehr geehrter Herr Laudenbach,
sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses,

wir bedanken uns ausdrücklich im Namen unserer Mitglieder für die Möglichkeit
zur Stellungnahme zu den Änderungen des Thüringer Vergabegesetzes.

Zum Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes – Gesetzentwurf der
Fraktionen DIE LINKE, der SPD, und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache
7/8029 – möchten wir wie folgt Stellung nehmen:

24. Juli 2023

Die Änderung zu 1. (Neufassung des § 1 Abs. 2 Satz 2) ermöglicht dem zuständi-
gen Ministerium, neben Einzelheiten zu den Verfahren auch die Grenzen für Auf-
tragswerte festzulegen, dass bis zu deren Erreichen eine Auftragsvergabe im Wege
eines Direktauftrages, einer beschränkten Ausschreibung, einer Verhandlungsver-
gabe oder einer freihändigen Vergabe nach den Bestimmungen der Vergabe und
Vertragsordnung für Bauleistungen unter Unterschwellenvergabeordnung zulässig
ist.

Anders als in der Begründung dargestellt, geschieht dies nicht nur im Hinblick auf
die Anwendung elektronischer Mittel. Die Festlegung der Grenzen für die Auf-
tragswerte im Unterschwellenbereich abweichend von den Grenzwerten, die durch
den Euro-päischen Gerichtshof regelmäßig festgelegt werden, bedeutet keine Ver-
waltungsvereinfachung, sondern im Ergebnis eine Einschränkung der Handlungs-
freiheit der öffentlichen Auftraggeber.

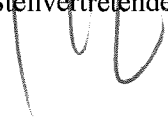
Wir halten es für problematisch, dem zuständigen Ministerium mittels Rechtsverordnung die Mög-
lichkeit zu verschaffen, über die vom EuGH bereits gesetzten Grenzen hinaus die Grenzwerte für die
Ermöglichung der Durchführung der beschränkten Ausschreibungen oder freihändigen Vergaben noch
weiter abzusenken. Dies gilt im Unterschwellenbereich nicht nur für die Vergabe von Bauleistungen,

sondern auch für die Vergabe von Dienstleistungen. Hierdurch dürfte eine Kollision mit den Regelungen des Vergabegesetzes bzw. der Ausführungsverordnung sowie mit der Rechtsprechung des EuGH zu verzeichnen sein.

Bedauerlicherweise enthalten weder der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU (Drucksache 7/7451) noch der Gesetzentwurf der Fraktion der Regierungskoalition Nachbesserungen im Hinblick auf die Einführung von Regelungen zur Überprüfbarkeit der Entscheidung der Vergabekammer bzw. der Nachprüfungsbehörde. Bei fehlender Eindeutigkeit der Entscheidung kann es zum Stocken des Vergabeverfahrens mit der Folge der Verzögerung geförderter Bauvorhaben kommen. Eine klare Regelung im Hinblick auf die Überprüfbarkeit der Nachprüfungsbehörde gegebenenfalls mit Rechtswegzuweisung wäre wünschenswert.

Mit freundlichen Grüßen

Stellvertretende Vorsitzende

A handwritten signature in dark ink, consisting of a stylized 'M' followed by a large 'U' and a small 'C'.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes - Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7451 - Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8029 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Bauhaus-Universität Weimar</td> <td>Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Geschwister-Scholl-Straße 8</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99423 Weimar</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Bauhaus-Universität Weimar	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Geschwister-Scholl-Straße 8	Postleitzahl, Ort	99423 Weimar
	Name	Organisationsform									
	Bauhaus-Universität Weimar	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Geschwister-Scholl-Straße 8									
Postleitzahl, Ort	99423 Weimar										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			
	Name	Vorname									
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	universitäre Bildung und Forschung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Bei der Integration sozialer und ökologischer Kriterien in das Vergaberecht ist darauf zu achten, dass dies bereits in der Planung geschieht und nicht erst im Vergabeverfahren. Durch die Integration weiterer Zuschlagskriterien neben dem Preis könnten soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt werden. Hier könnten insbesondere die Vergabebearbeitungsstellen hilfreich sein. Eine generelle Vereinfachung des Vergaberechts (insbesondere der formalen Kriterien) ist aus unserer Sicht sehr wichtig und könnte sowohl für die bietenden Unternehmen als auch für die Vergabestellen einen großen Mehrwert bringen, z.B. die einseitige Eigenerklärung. Auch der Ansatz der stichprobenartigen Prüfung von vergabefernen Themen ist abzulehnen; Vergabestellen können die Prüfung dieser Aspekte personell/fachlich nicht (mehr) leisten; eine Ausweitung der Aufgaben betrifft Vergabestellen unverhältnismäßig und gefährdet die Durchführung vergaberechtskonformer Verfahren, wenn die Prüfungsdichte betreffend die Einhaltung sonstiger gesetzlicher Bestimmungen, wie im Gesetzesentwurf beabsichtigt, noch weiter zunimmt. Ziel der Gesetzesentwürfe sollte vielmehr eine Verfahrensvereinfachung mit dem Schwerpunkt der Integration von Nachhaltigkeitskriterien sein.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

Anlage 4

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Weimar, 26. Juli 2023	

THÜR. LANDTAG POST
26.07.2023 09:52
198181 2023

Von: Praesident der Bauhaus-Universitaet Weimar <praesident@uni-weimar.de>
Gesendet: Mittwoch, 26. Juli 2023 09:37
An: Landtag Poststelle
Cc:
Betreff: Drucksache 7/7451 sowie 7/8029 | Anhörung gem. § 79 der
Geschäftsordnung des Thüringer Landtags
Anlagen: Vermerk_Anhörung_ThürVgG_Anlage 3.docx; Formularblatt
Datenerhebung.pdf

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit zu den beiden Drucksachen 7/7451 sowie 7/8029 Stellung nehmen zu dürfen. Im Anhang finden Sie den ausgefüllten Fragenkatalog sowie das Formularblatt zur Datenerhebung nach § 5 Abs 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes .

Für weitere Fragen stehen wir gern zur Verfügung.

Freundliche Grüße
im Auftrag

Bauhaus-Universität Weimar
Büro des Präsidenten
Geschwister-Scholl-Straße 8
99423 Weimar
Deutschland
Tel.: +49 (0) 36 43/58 11 10

Web: www.uni-weimar.de

Anlage 1

Fragenkatalog

zur Anhörung zu den Drucksachen 7/7451 und 7/8029

1. Wie bewerten Sie die Ausweitung der Bestimmungen zur Tariftreue und zum Vergabemindestlohn auf kommunale und sonstige Auftraggeber als Maßnahme zur Weiterentwicklung des Vergabegesetzes?

„Vorrangiges Ziel des Vergaberechts ist es, den Beschaffungsbedarf der öffentlichen Hand unter wirtschaftlicher und sparsamer Verwendung der Haushaltsmittel zu decken. Es soll einen fairen Wettbewerb zwischen den Bietern gewährleisten und Korruption und Vetternwirtschaft durch die Gebote der Gleichbehandlung, Nichtdiskriminierung und Transparenz wirksam verhindern.“¹ Diesen Zielen schließen wir uns vollumfänglich an und können dies als Vergabestelle auch umsetzen. Gleichwohl ein Regelungsbedürfnis zum Zwecke der Durchsetzung der Bestimmungen zur Tariftreue und zum Mindestlohn durchaus plausibel ist, ist doch dringend zu berücksichtigen, dass eine Ausweitung der Aufgaben des ThürVgG die Vergabestellen vor Herausforderungen stellt, die sie personell/fachlich und im Kontext der vorgenannten Zielstellung nicht (mehr) leisten können; eine Ausweitung der Aufgaben betrifft Vergabestellen gerade dann unverhältnismäßig und gefährdet die Durchführung vergaberechtskonformer Verfahren, wenn die Prüfungsdichte betreffend die Einhaltung sonstiger gesetzlicher Bestimmungen, wie im Gesetzesentwurf beabsichtigt, noch weiter zunimmt. In diesem Sinne sehen wir die Bestimmungen zur Tariftreue und zum Vergabemindestlohn kritisch und schließen uns der Auffassung an, die in der Kurzfassung der Evaluierung des Thüringer Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Evaluierungsgutachten) auf Seite IX unter 0.2.3 Abs. 3 Satz 2 formuliert wurde. Unklar bleibt, warum es landesspezifischer Vergabemindestlöhne bedarf, wenn es einen bundesweit einheitlichen Mindestlohn gibt, der im MiLoG geregelt ist.

2. Wie schätzen Sie die Einrichtung einer Landesvergabeberatungsstelle ein, die unterstützend im Vergabeverfahren wirken soll?

Wir befürworten die Einrichtung einer Landesvergabeberatungsstelle; die Beratungsstelle sollte auch Ansprechpartner für die Klärung vergaberechtlicher Fragestellungen vorhalten.

In welchen Prozessen des Vergabeverfahrens sehen Sie konkreten Beratungsbedarf?

Beratungsbedarf kann sich im gesamten Prozess des Vergabeverfahrens ergeben. Konkret besteht Beratungsbedarf insbesondere im Hinblick auf die Nicht-Kernkompetenzen einer Vergabestelle (z.B. Tariftreue, Prüfung von Entgelttabellen).

Welche Aufgabe(n) sollte die Landesvergabeberatungsstelle konkret übernehmen?

Die Herausgabe von praxisorientierten Handlungsleitfäden und Musterschreiben für typische Sachverhalte für alle am Vergabeprozess Beteiligten würde eine Unterstützung für viele kleinere Vergabestellen sein.

Zudem könnte die Landesvergabeberatungsstelle eine zentrale Kontrollinstanz u.a. für die Kontrolle der Entgelttabellen, der Unterlagen über die Abführung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen einschließlich der Aktualisierung dieser Daten bei allen Unternehmen, die sich an öffentlichen Vergabeverfahren beteiligen wollen, sein. Diese Kontrollergebnisse müssten dann in einem Unternehmensregister für alle öffentlichen Auftraggeber einsehbar aufgelistet werden. Damit entfielen für die Unternehmen Mehrfachnachweise bei verschiedenen parallellaufenden Vergabeverfahren unterschiedlicher öffentlicher Auftraggeber. Alternativ könnte ein bereits bestehendes Register zu diesem Zweck erweitert werden. Es könnte eine kostenlose Eintragungspflicht für alle Unternehmen in die PQ-Liste gefordert/eingeführt

¹ <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Wirtschaft/vergabe-uebersicht-und-rechtsgrundlagen.html>

werden, die u.a. den öffentlichen Auftraggebern die Möglichkeit bietet, alle Eignungskriterien für das Vergabeverfahren einzusehen.

3. Wie bewerten Sie die Einführung eines Registers für von der öffentlichen Auftragsvergabe ausgeschlossene Unternehmen?

Ein Register der von der öffentlichen Auftragsvergabe ausgeschlossenen Unternehmen ist sinnvoll.

4. Wie bewerten Sie die Weiterentwicklung des § 15 „Kontrollen“ des Gesetzentwurfs in Drucksache 7/8029?

Die Vergabestellen sind weder personell, noch fachlich in der Lage, die im Gesetzesentwurf vorgesehenen Kontrollen durchzuführen. Dies betrifft auch Stichproben.

5. Welche konkrete Ausgestaltung eines digitalisierten Vergabeverfahrens müsste Ihrer Meinung nach erfüllt sein, um eine Verfahrenserleichterung zu bewirken?

Erforderlich sind Benutzerfreundlichkeit und eine selbsterklärende Oberfläche der Vergabepattform sowohl für die Bieter, als auch für den öffentlichen Auftraggeber, ggf. über einheitliche Vorgaben an die Plattformen.

6. Wie bewerten Sie die Verfahrenserleichterung durch eine elektronische Vergabeteilnahme via E-Mail?

Die Verfahrenserleichterung per E-Mail halten wir nicht für sinnvoll. Die Gebote der Gleichbehandlung, Nichtdiskriminierung und Transparenz der anbietenden Unternehmen sind damit nicht gewährleistet. Außerdem kann es zu einer Beweislastumkehr bei der Angebotsabgabe kommen, z.B. durch eine Firewall, die die Übermittlung nicht zulässt.

7. Wie bewerten Sie die Verfahrenserleichterung durch eine einheitliche Vergabepattform?

Die übergreifende Seite service.bund.de ist ausreichend. Die freie Wahl der Vergabepattform ist für Unternehmen und Auftraggeber bzw. Vergabestellen notwendig.

8. Wie würden Sie die Aufnahme des Merkmals der Regionalität in § 4 Absatz 4 Satz 5 des Gesetzentwurfs in Drucksache 7/8029 bewerten?

In dem uns übersandten Gesetzentwurf in Drucksache 7/8029 ist § 4 nicht enthalten. Wir verweisen hier auf den Aspekt Wertgrenzen Drucksache 7/7451, Begründung zu Ziffer 1 b). Wir begrüßen die Anhebung der Wertgrenzen sowie eine kürzere Verfahrensdauer bei der Vergabe bzw. Beauftragung von Leistungen, insbesondere bei der Instandhaltung unserer Gebäude mit kleineren Instandsetzungen und Sanierungen durch Direktvergabe. Darüber hinaus wünschen und begrüßen wir auch die Zunahme von Angeboten regionaler Unternehmen im Einklang mit dem Ziel der Mittelstandsförderung gemäß § 3 ThürVgG.

9. Wie würden Sie die Aufnahme von Maßnahmen zum Gesundheitsschutz für Arbeitnehmende in § 4 des Gesetzentwurfs in Drucksache 7/8029 bewerten?

In dem uns übersandten Gesetzentwurf in Drucksache 7/8029 ist der § 4 nicht enthalten.

10. Wie kann unter dem Aspekt Klimaschutz, die Umsetzung von Kreislaufwirtschaft und Produktlebenszyklus von Produkten und Dienstleistungen sowie Maßnahmen zur Nachhaltigkeit bezüglich Dekarbonisierung und Energie- und Ressourceneffizienz im Vergabegesetz verbessert beziehungsweise realisiert werden?

Diese Aspekte sind aus unserer Sicht von hoher vergaberechtlicher Relevanz und müssen bereits Bestandteil der Planung und Leistungsbeschreibung sein.

Für eine erfolgreiche Integration und vergaberechtliche Umsetzung sind jedoch verschiedene Grundvoraussetzungen zu erfüllen, die vorab in empirisch-analytischen Studien zu untersuchen sind. Insbesondere können diese Aspekte im Rahmen einer Lebenszykluskostenbetrachtung untersucht werden. Dies ist jedoch nicht im direkten Vergabeprozess zu betrachten, sondern vielmehr in einer ganzheitlichen Betrachtung von der Planung bis hin zum Betrieb und der anschließenden Verwertung. Nachhaltigkeitsaspekte im Vergabeprozess sollten eher im Hinblick auf die Betrachtung der Leistungsbeschreibung in Verbindung mit der Einbindung von Fachexpertise und innovativen Kriterien oder auch Bewertungsmatrizen untersucht werden.

Es wird insbesondere eine klarere Definition und Abgrenzung für notwendig erachtet, damit die Auftraggeber wissen, inwieweit bestimmte Kriterien als Zuschlags- und Eignungskriterien angewendet werden können. Dazu sind Aufklärung bzw. Erläuterung und Schulung der Anwender unbedingt erforderlich, da sonst diese Aspekte nicht verwendet werden können.

11. Wie bewerten Sie den Vorschlag, gesetzliche Mindestgrenzen für Direktauftrag, Verhandlungsvergabe oder freihändige Vergabe und beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb einzuführen und welche Grenzen erachten Sie diesbezüglich als sinnvoll?

Der Vorschlag der Drucksache 7/7451 erachten wir als sinnvoll und befürworten dies, einschließlich der Mindestgrenzen.

12. Wie bewerten Sie den Vorschlag der Einführung einer maximal einseitigen Eigenerklärung zum Ersatz der bisherigen Formblätter?

Wir sehen darin eine Vereinfachung für die Unternehmen und den Auftraggeber und befürworten dies ausdrücklich.

13. Auf welchem Wege ist es Ihrer Ansicht nach sinnvoll, soziale und ökologische Kriterien in öffentlichen Projekten zu berücksichtigen? Inwieweit ist das Vergabegesetz dafür der richtige Ort?

Wie bereits unter Frage 10 beantwortet, halten wir die Integration sozialer und ökologischer Kriterien bei öffentlichen Projekten für sehr wichtig. Dabei ist jedoch zu beachten, dass diese in der gesamten Planung berücksichtigt werden müssen, eine Verortung ausschließlich im Vergabeprozess ist abzulehnen. Zielführend ist vielmehr eine Bewertungsmatrix mit weiteren Kriterien, nicht allein aber die Fokussierung auf den Preis als Zuschlagskriterium. Dabei müsste aber auch besonders auf die Bieter geachtet werden, da in der jetzigen Situation die Anzahl der Angebote teilweise sehr gering ausfällt und fehlender Wettbewerb die wirtschaftliche und sparsame Verwendung von Haushaltsmitteln gefährdet.

Fazit:

Bei der Integration sozialer und ökologischer Kriterien in das Vergaberecht ist darauf zu achten, dass dies bereits in der Planung geschieht und nicht erst im Vergabeverfahren. Durch die Integration weiterer Zuschlagskriterien neben dem Preis könnten soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt werden. Hier könnten insbesondere die Vergabeberatungsstellen hilfreich sein. Eine generelle Vereinfachung des Vergaberechts (insbesondere der formalen Kriterien) ist aus unserer Sicht sehr wichtig und könnte sowohl für die bietenden Unternehmen als auch für die Vergabestellen einen großen Mehrwert bringen; z.B. die einseitige Eigenerklärung. Auch der Ansatz der stichprobenartigen Prüfung von vergabefernen Themen ist abzulehnen; Vergabestellen können die Prüfung dieser Aspekte personell/fachlich nicht (mehr) leisten; eine Ausweitung der Aufgaben betrifft Vergabestellen unverhältnismäßig und gefährdet die Durchführung vergaberechtskonformer Verfahren, wenn die Prüfungsdichte betreffend die Einhaltung sonstiger gesetzlicher Bestimmungen, wie im Gesetzesentwurf beabsichtigt, noch weiter zunimmt.

Ziel der Gesetzesentwürfe sollte vielmehr eine Verfahrensvereinfachung mit dem Schwerpunkt der Integration von Nachhaltigkeitskriterien sein.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes – Bürokratleabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7451 - Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8029 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Ingenieurkammer Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Gustav-Freytag-Str. 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Ingenieurkammer Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gustav-Freytag-Str. 1	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
Name	Organisationsform										
	Körperschaft des öffentlichen Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Ingenieurkammer Thüringen										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gustav-Freytag-Str. 1										
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	ehrenamtlicher Präsident der Ingenieurkammer Thüringen, repräsentiert die Interessen der Mitglieder der Ingenieurkammer Thüringen.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die berufliche Selbstverwaltung hält ihre Position aufrecht, dass die Vergabegesetzgebung nicht geeignet ist, um Regelungen für soziale und ökologische Kriterien zu treffen. Die Zielstellung, ein schlankes und einfach handhabbares Vergabegesetz zu formulieren, kann nur erreicht werden, wenn sich auf wesentliche (vergabespezifische) Sachverhalte und Kriterien beschränkt wird, da ansonsten eine Überregulierung erfolgt. Die Ingenieurkammer Thüringen sieht ihre Auffassung durch das „Gutachten zur Evaluierung des Thüringer Gesetzes zur Vergabe öffentlicher Aufträge (ThürVgG) vom 30. Juli 2018 zu zentralen Punkten“ (Auftragnehmer: Wegweiser Research & Strategy GmbH, Berlin Auftraggeber: Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft, Erfurt) bestätigt, denn das Gutachten enthält Empfehlungen, die bei der Gesetzesnovellierung berücksichtigt und im Gesetzestext verankert werden sollten.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert? 	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert? <input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber! 	

Anlage 4

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 24.07.2023	



THÜR. LANDTAG POST
24.07.2023 15:31

19680/23

Thüringer Landtag
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und
Digitale Gesellschaft
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Der Präsident

Anschrift: Gustav-Freytag-Str. 1
99096 Erfurt

Telefon: 0361 22873-0
Telefax: 0361 22873-50
E-Mail: info@ikth.de
Internet: <http://www.ikth.de>

Nur per E-Mail
poststelle@thueringer-landtag.de

Datum: 24. Juli 2023

Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes – Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/7451 -

Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD, und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/8029 -

Sehr geehrte Frau Dr. Eglinski,

wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 7. Juni 2023 in dem auch der beruflichen Selbstverwaltung der Thüringer Ingenieurinnen und Ingenieure die Möglichkeit gegeben wird, im schriftlichen Anhörungsverfahren eine Auffassung zu den Beratungsgegenständen Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes – Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht (Drucksache 7/7451) und Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes (Drucksache 7/8029) zu übermitteln.

Die Ingenieurkammer Thüringen vertritt als Körperschaft öffentlichen Rechts die berufsständischen Interessen der Ingenieurinnen und Ingenieure, die in dem von der Kammer geführten Mitgliederverzeichnis eingetragen sind.

Nach entsprechender Befassung wurden aus Kammersicht einige Hinweise formuliert, die bei der weiteren Bearbeitung des Themengegenstandes ggf. eine angemessene Berücksichtigung erfahren sollten.

Die Ingenieurkammer Thüringen vertritt die Auffassung, dass auch für das Thüringer Vergabegesetz der Anspruch gilt, in unbürokratischer und nachvollziehbarer Textgestaltung die Vergabe öffentlicher Aufträge zu regeln und nur auf Vergabekriterien abzustellen, die notwendig sind, denn es liegt nicht zuletzt auch im Interesse der Auftraggeberseite, die Vergabe öffentlicher Aufträge so zu gestalten, dass eine angemessene Beteiligung an den Verfahren erreicht wird.

Die Europäische Union verpflichtet die Staaten zur Durchführung transparenter und fairer Vergabeverfahren. Dies kann jedoch nur sichergestellt werden, wenn Vergabekriterien rechtsicher und nachvollziehbar sind.

Unabhängig von der Thüringer Regelung, dass das Thüringer Vergabegesetz nicht auf die Vergabe von Leistungen anzuwenden ist, die im Rahmen einer freiberuflichen Tätigkeit erbracht werden (hier: § 1 Abs. 3 Nr. 3 ThürVgG) und generell für Planungsdienstleistungen der § 50 UVgO einschlägig ist – dieser schreibt vor, dass so viel Wettbewerb zu schaffen ist, wie dies nach der Natur des Geschäfts möglich ist -, nimmt die berufliche Selbstverwaltung der Thüringer Ingenieurinnen und Ingenieure gern die eröffnete Möglichkeit wahr, sich zum Sachverhalt zu äußern, denn aufgrund der Ingenieurdienstleistungen, die im Wertschöpfungsprozess erbracht werden, liegt zumindest eine mittelbare Betroffenheit vor.

Die Ingenieurkammer hat die bisherige und gegenwärtige Thüringer Vergabegesetzgebung stets kritisch eingeordnet und insbesondere eine Verschlinkung bzw. „bürokratische Entschlackung“ als zwingend erforderlich angesehen. Leider war jedoch festzustellen, dass noch zusätzliche Regelungen in das Thüringer Vergabegesetz Eingang gefunden haben, was vielleicht als ein Grund dafür gewertet werden kann, warum die Beteiligung an öffentlichen Vergabeverfahren sukzessive abnimmt.

Die Ingenieurkammer Thüringen sieht ihre Auffassung durch das „Gutachten zur Evaluierung des Thüringer Gesetzes zur Vergabe öffentlicher Aufträge (ThürVgG) vom 30. Juli 2018 zu zentralen Punkten“ (Auftragnehmer: Wegweiser Research & Strategy GmbH, Berlin | Auftraggeber: Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft, Erfurt) bestätigt, denn das Gutachten enthält Empfehlungen, die bei der Gesetzesnovellierung berücksichtigt und im Gesetzestext verankert werden sollten. Nach unserem Dafürhalten sollten die Ergebnisse des Gutachtens aufgegriffen werden, um das Thüringer Vergabegesetz zu vereinfachen und handhabbarer zu gestalten.

Im Hinblick auf die Zielsetzungen und Zwecke (Verwaltungsvereinfachung, Bürokratieabbau, Optimierung der Rechtssetzung), die mit dem von der Landesregierung eingesetzten Thüringer Normenkontrollrat verbunden werden, ist ggf. zu beurteilen, inwieweit gegenüber dem Thüringer Normenkontrollrat angeregt werden sollte, eine Aufnahme des „Vergabebereiches“ in das diesbezügliche Prüfprogramm vorzunehmen.

Stellungnahme zum Entwurf der CDU-Fraktion (Drucksache 7/7451):

Die mit dem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion verbundene Zielstellung, Vergabeprozesse für öffentliche Aufträge einfacher zu gestalten, dabei aber keine Einbußen bei der Rechtssicherheit zuzulassen, wird positiv eingeschätzt. Die Reduktion von „Formblatt- bzw. Nachweiserfordernissen“ sind ein wesentlicher Beitrag für eine „Entbürokratisierung“ des Vergabegesetzes und würdigen Erkenntnisse des vorgenannte Evaluierungsgutachtens.

Während die Anhebung der Wertgrenze für Verhandlungsvergaben im Liefer- und Dienstleistungsbereich auf 215.000 Euro doch sehr großzügig erscheint (eventuell wird dadurch der Vergabewettbewerb beschnitten), ist die vorgesehene Wertgrenze im Baubereich (250.000 Euro) nachvollziehbar. „Kann-Regelungen“ zu umweltbezogenen Aspekten und sozialen Belangen sollten nicht Bestandteil der Vergabegesetzgebung sein, da dadurch das Vergabegesetz bürokratisch überladen bleibt.

Die Einführung einer Eigenerklärung zur Einhaltung der Bestimmungen des Vergabegesetzes wird befürwortet, denn eine Reduktion bzw. Abschaffung der zu bearbeitenden Formblätter trägt zur Verschlinkung und zur Effizienz der Gesetzgebung bei (Bezug: Frage 12 Fragenkatalog). Die Erweiterung der Möglichkeiten für die Nutzung der digitalen Kommunikation ist zeitgemäß und kann die Dynamik der Verfahrensabwicklung positiv beeinflussen.

Durch die Halbierung des Betrages, der für Vergabenachprüfungsverfahren im Baubereich einschlägig werden soll (hier: Minimierung von 150.000 Euro auf 75.000 Euro), wird die Rechtsschutzmöglichkeit für Auftragnehmer ausgedehnt, wobei die Herabsetzung des

Vergabewertes nicht absichern kann, dass eine ausreichende Transparenz im Vergabeverfahren hergestellt wird.

Stellungnahme zum Entwurf der Regierungsfractionen (Drucksache 7/8029):

Diesseits besteht der Eindruck, dass der Gesetzentwurf nur einige ausgewählte Ergebnisse des Evaluierungsgutachtens aufgreift. Umfassende Fortschritte in der Verschlankung des Gesetzes sind nur schwer zu erkennen, denn zusätzlich aufgenommene Regelungen führen wiederum dazu, dass das „Komplexitätsniveau“ erhalten bleibt und das Vergabegesetz nicht „schlanker“ wird bzw. eine Entbürokratisierung erfährt.

Eine Festlegung von Vergabe- und Tariftreueregelungen für öffentliche Vergaben der Bundesländer fällt in die Zuständigkeit der jeweiligen Bundesländer. Inwieweit trotz der bundeseinheitlichen Regelung zum Mindestlohn eine länderspezifische Regelung notwendig ist (hier: Heraufsetzung des vergabespezifischen Mindeststundenentgeltes auf 13,50 Euro brutto) kann nur schwer beurteilt werden, insbesondere vor dem Hintergrund, dass im Evaluierungsgutachten vielfältige Gründe sowohl für als auch gegen den vergabespezifischen Mindestlohn aufgeführt sind und die gegenwärtige Fachkräftesituation dazu führt, dass Entgelte einer progressiven Entwicklung unterliegen (Bezug: Frage 1 Fragenkatalog).

Die beabsichtigte Schaffung einer Landesvergabeberatungsstelle ist nach unserer Auffassung entbehrlich, denn aufgrund bereits jetzt abrufbarer Unterstützungsangebote (Thüringer Vergabekammer, Thüringer Industrie- und Handelskammern) würde die Schaffung einer Doppelstruktur befördert und zudem zusätzlicher Personalbedarf erzeugt (Bezug: Frage 2 Fragenkatalog).

Ein Ausschluss aus Verfahren der öffentlichen Auftragsvergabe umfasst momentan eine Zeitspanne von drei Jahren, d. h. Unternehmen werden entsprechend sanktioniert, sofern gegen Verpflichtungen der öffentlichen Auftragsvergabe verstoßen wird. Diese Regelung wird als zweckmäßig angesehen, jedoch eine Verlängerung der „Sperrzeit“ auf fünf Jahre für nicht notwendig erachtet. Die im Gesetzentwurf vorgesehene Einführung eines Registers, in dem von der öffentlichen Auftragsvergabe ausgeschlossene Unternehmen gelistet werden sollen, wird abgelehnt, da ein Wettbewerbsregister beim Bundeskartellamt geführt wird und die Einrichtung des „Thüringer Registers“ mit zusätzlichem bürokratischen Aufwuchs und wiederum Personalausstattung verbunden ist (Bezug: Frage 3 Fragenkatalog).

Eine zunehmende Ausschöpfung von Digitalisierungsmöglichkeiten bei der Durchführung von Vergabeverfahren ist zielführend. Eine einheitliche Vergabeplattform trägt zur Verfahrensoptimierung bei (Bezug: Frage 5 und Frage 6 Fragenkatalog).

Es wird eingeschätzt, dass ein schlankes und weitgehend unbürokratisch handhabbares Vergabegesetz die Einbeziehung weiterer Tatbestände (hier: Maßnahmen zum Gesundheitsschutz) reglementiert (Bezug: Frage 9 Fragenkatalog).

Der Vorschlag, gesetzliche Mindestgrenzen für Direktauftrag, Verhandlungsvergabe oder freihändige Vergabe und beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb einzuführen, klingt plausibel, wobei derartige Anpassungen ggf. an die Fortschreibung der EU-Schwellenwerte geknüpft werden sollten (Bezug: Frage 11 Fragenkatalog).

Die berufliche Selbstverwaltung hält ihre Position aufrecht, dass die Vergabegesetzgebung nicht geeignet ist, um Regelungen für soziale und ökologische Kriterien zu treffen. Die Zielstellung, ein schlankes und einfach handhabbares Vergabegesetz zu formulieren, kann nur erreicht werden, wenn sich auf wesentliche (vergabespezifische) Sachverhalte und Kriterien beschränkt wird, da ansonsten eine Überregulierung erfolgt.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes - Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drs. 7/7451; Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/8029		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen	Gewerkschaft
	Geschäfts- oder Dienstadresse	ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Karl-Liebknecht-Straße 30-32
	Postleitzahl, Ort	04107 Leipzig
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	gewerkschaftliche Vertretung von Arbeitnehmer*innen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- Keine Anhebung der Anwendungswertgrenzen - Soziale und ökologische Standards nicht reduzieren - Gültigkeit Mindestlohngesetz auch für kommunale und sonstige Auftraggeber in öffentlicher Hand	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Leipzig, 24.07.2023	



ver.di • Karl-Liebknecht-Straße 30-32 • 04107 Leipzig

Thüringer Landtag
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und
Digitale Gesellschaft
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Landesbezirk Sachsen,
Sachsen-Anhalt, Thüringen

Karl-Liebknecht-Straße 30-32
04107 Leipzig
www.verdi.sat.de

THÜR. LANDTAG POST
24.07.2023 15:25

24. Juli 2023

19668/23

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes – Bürokratieabbau und
Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/7451-

Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/8029-

hier: **Stellungnahme ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen**

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft,

im Namen des ver.di Landesbezirks Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (SAT) bedanken wir uns für die Zusendung der oben genannten Gesetzentwürfe und für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Bei dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU (Drucksache 7/7451) ist unter anderem die Anhebung der Anwendungswertgrenzen, wodurch der Anwendungsbereich des Gesetzes kleiner wird, zu kritisieren. Dies hätte zur Folge, dass weniger Aufträge durch die Vorgaben des Vergabegesetzes gedeckt sind. Die Neufassung des Paragraphen 4 und die reduzierte Gewichtung von sozialen und ökologischen Standards sind ebenfalls zu kritisieren.

Das Vergabegesetz sollte weiterentwickelt werden, um durch den gezielten Einsatz öffentlicher Mittel für ökologische und soziale Nachhaltigkeit zu sorgen sowie ein für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auskömmliches Lohnniveau, gute Beschäftigungsbedingungen und eine stärkere Tarifbindung zu befördern. Bei der in Ostdeutschland allgemein geringeren Tarifbindung als im westdeutschen Tarifgebiet,

können weitere Einschnitte bei der Vergabe und der damit verbundenen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur abgelehnt werden.

Daher ist dem Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 7/8029) in vielen Punkten zuzustimmen.

Unter anderem, dass

- die Bestimmungen zur Tariftreue und zum Vergabemindestlohn künftig auch für kommunale und sonstige Auftraggeber in öffentlicher Hand gelten, um dem Vergabegesetz eine größere Reichweite zu verleihen,
- alle tarifvertraglich vereinbarten Entgeltbestandteile (Sonderzahlungen, Zeitzuschläge etc.) vom Arbeitgeber bezahlt werden,
- verpflichtende stichprobenartige Kontrollen durch den Auftraggeber eingeführt werden, so dass fehlende Einhaltung von Vorgaben des Gesetzes erkannt werden können und in der Folge ein öffentliches Register für Unternehmen eingeführt werden kann, die aufgrund von Verstößen gegen die Verpflichtungen von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen sind
- das Vergabeverfahren digitalisiert und auf Landesvergabepattform oder dem Bekanntmachungsservice des Bundes zukünftig veröffentlicht und durchgeführt werden soll.

Dabei helfen könnte zukünftig eine Beratungsstelle, die bspw. Kommunen über die Vorgaben im Vergabeverfahren aufklärt und beratend im Verfahren wirkt, um somit die aus der Änderung des Vergabegesetzes resultierenden Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konsequent umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Landesbezirksleiter

stellv. Landesbezirksleitung

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes - Bürokratleabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7451 - Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8029 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Verband der Wirtschaft Thüringens e. V.</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Lossiusstraße 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Verband der Wirtschaft Thüringens e. V.		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Lossiusstraße 1	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
Name	Organisationsform										
Verband der Wirtschaft Thüringens e. V.											
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Lossiusstraße 1										
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Wir empfehlen generell ein schlankes, digitalisiertes Verfahren, welches sich auf auftragsbezogene Kriterien beschränkt. Vergabespezifische Mindestlöhne und vergabefremde Kriterien lehnen wir ab. Den Ergebnisse der jüngsten Evaluierung stimmen wir grundsätzlich zu und empfehlen, sich bei einer Überarbeitung des ThürVgG daran zu orientieren. Bei einer Überarbeitung sollten vor allem die Kosten- oder Einspareffekte zumindest abgeschätzt werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

Anlage 4

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilIdokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 28.07.2023	

VWT • Lossiusstraße 1 • 99094 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und
Digitale Gesellschaft
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt
- nur per Mail -

THÜR. LANDTAG POST
28.07.2023 14:25

20030/23

2023-07-28

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der Verband der Wirtschaft Thüringens bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Thüringer Vergabegesetz.

Wir bitten um Verständnis, dass wir innerhalb der Ferien etwas nach dem erbetenen Termin einreichen mussten.

Für weitere Fragen und zum Austausch stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Leiter Wirtschafts- und Umweltpolitik



VWT • Lossiusstraße 1 • 99094 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und
Digitale Gesellschaft
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt
- nur per Mail -

2023-07-28

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der Verband der Wirtschaft Thüringens bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Thüringer Vergabegesetz.

Wir bitten um Verständnis, dass wir innerhalb der Ferien etwas nach dem erbetenen Termin einreichen mussten.

Für weitere Fragen und zum Austausch stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Leiter Wirtschafts- und Umweltpolitik

Stellungnahme
zu den Beratungsgegenständen
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes -
Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/7451 -
und
Gesetz zur Änderung
des Thüringer Vergabegesetzes
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/8029 -

Die Position der Verbände zur Vergabe öffentlicher Aufträge in Thüringen

Als Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände haben wir in den vergangenen Jahren immer wieder zur Vergabe öffentlicher Aufträge Stellung nehmen dürfen und tun dies auch diesmal sehr gerne.

Wir empfehlen generell ein schlankes, digitalisiertes Verfahren, welches sich auf auftragsbezogene Kriterien beschränkt.

Den vergabespezifischen Mindestlohn lehnen wir weiterhin ab, da wir über einen bundeseinheitlichen Mindestlohn verfügen, welcher von einer paritätisch besetzten Kommission festgelegt wird.

Auch Vorgaben zur Tariftreue lehnen wir ab. Das Aushandeln und Abschließen von Tarifverträgen ist Aufgabe der jeweiligen Sozialpartner; entsprechende Vorgaben bei der öffentlichen Vergabe zu verankern, widerspricht nicht nur dem Gedanken der Sozialpartnerschaft. Es führt auch in Einzelfällen dazu, dass Betriebe, welche diese Vorgaben nicht erfüllen können oder wollen, sich von öffentlichen Aufträgen zurückziehen (siehe unter unseren Anmerkungen zur Evaluierung).

Für soziale, ökologische Kriterien und weitere vergabefremde Kriterien ist kein Vergabegesetz der richtige Ort. Sie sind in der Regel über Arbeits- und Umweltrecht und Vorgaben zum Gesundheitsschutz abgedeckt, oder greifen in die unternehmerischen Freiheiten ein – ohne, dass hier eine irgendeine Verbesserung bei der Auftragserfüllung erreicht würde.

Aus der Verbandsarbeit können wir bestätigen, dass Regionalität sowohl beim Bezug von Waren als auch bei der Wahl von Dienstleistern im Rahmen des möglichen ohnehin gelebte Praxis ist. Eine Regelung scheint uns daher entbehrlich, auch in der genannten Drucksache finden wir trotz der Fragestellung des Ausschusses keinen Ansatz hierzu.

Zur Evaluierung des Thüringer Vergabegesetzes

Der jüngsten Evaluierung können wir in vielen Punkten zustimmen: nach unserem Kenntnisstand beteiligen sich an den Ausschreibungen für öffentliche Aufträge weniger Unternehmen, da der Aufwand den Ertrag nicht rechtfertigt. So legt der Bericht unter anderem dar, dass die abgeforderten Dokumentationen bei den Auftraggebern nur geringen Aufwand verursachen und eher positiv gewertet werden – dies allerdings bei den Auftragnehmern deutlich negativer bewertet wird.

Dies gilt in besonderem Maße für alle Überlegungen zur Tariftreue. Hier besteht aus unserer Sicht kein Bedarf. Die bereits oben erwähnten zahlreichen Regelungen decken unserer Einschätzung nach eine erhebliche Spannbreite an sozialen Themen mehr als ausreichend ab; der Mehraufwand für die Betriebe dient weder sozialen Erwägungen noch der Auftragserfüllung.

Zu beachten ist hierbei auch, dass mit dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und der zu erwartenden EU-Richtlinie mit vergleichbarem Ansatz die Unternehmen zu einer Vielzahl von sozial-ökologischen Maßnahmen de facto verpflichtet werden. Hiervon sind, entgegen allen politischen Aussagen, auch kleine Betriebe betroffen, da sie gegenüber ihren größeren Kunden Nachweise erbringen sollen. Weitere sozial-ökologische Vorgaben in einem Thüringer Vergabegesetz haben aus unserer Sicht keinen Mehrwert.

Grundsätzlich empfehlen wir, sich bei einer Weiterentwicklung an den Empfehlungen aus dem Bericht zu orientieren. Vor allem vereinfachte Verfahren und Dokumentation, an die Preisentwicklung angepasste Wertgrenzen und digitale Verfahren haben aus unserer Sicht das Potenzial, öffentliche Aufträge in Thüringen wieder attraktiver zu gestalten.

Der Vorschlag, maximal einseitige Eigenerklärungen zu verwenden ist sinnvoll.

Der Nutzen einer Landesvergabeberatungsstelle erschließt sich nicht.

Diese Funktion sollte unseres Erachtens über die Vergabekammer des Freistaates beim Landesverwaltungsamt abgedeckt sein. Ebenso fällt auf, dass weder Größe noch Struktur der Stelle Teil des vorliegenden Entwurfes sind. Auch zeigt es in unerfreulicher Weise die Prioritäten des Gesetzgebers, dass die potenziellen Auftragnehmer bei der Einrichtung einer Beratungsstelle nicht mitgedacht wurden, sondern diese nur die öffentlichen Auftraggeber beraten soll.

Kontrollen stehen dem Auftraggeber zu, die implizite Beweislastumkehr des Entwurfs der Regierungsfractionen lehnen wir aber entschieden ab. Die geforderte Verlängerung der Sperrzeiten bei Verstößen erscheint willkürlich. Die Einführung von Registern lehnen wir ebenfalls entschieden ab.

Natürlich mag es dem Auftraggeber zustehen, stichprobenartig Kontrollen durchzuführen. Ob aber die öffentliche Hand in Thüringen über ausreichende Kapazitäten hierfür verfügt, müssen wir bezweifeln. Auch sehen wir keine Notwendigkeit, hier tätig zu werden: Die Einhaltung des Mindestlohnes zum Beispiel wird ohnehin bereits kontrolliert. Der für beide Seiten erhöhte bürokratische Aufwand steht aus unserer Sicht in keinem vernünftigen Verhältnis und dient ebenfalls nicht der Erfüllung öffentlicher Aufträge.

Vor allem macht es aber den Anschein, als würde der Verfasser des vorliegenden Entwurfes grundsätzlich davon ausgehen, dass Rechtsverstöße durch privatwirtschaftliche Unternehmen erwartet werden. Das Einhalten von gesetzlichen Vorgaben durch Unternehmen ist die Norm, und nicht die Ausnahme, die durch Kontrollen abzusichern und zu beweisen ist. Hiergegen verfahren wir uns als Vertreter der Wirtschaft entschieden.

Dennoch gehört zu den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, dass aufgedeckte Verstöße geahndet werden, und diesem Grundsatz fühlen auch wir und unsere Mitglieder uns verpflichtet. Insofern ist es nachvollziehbar, wenn bei Verstößen auch Sperren verhängt werden. Warum sie, wie von den Regierungsfractionen gefordert, auf fünf Jahre ausgedehnt werden müssen, erschließt sich uns nicht.

Was allerdings nicht zu den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit gehört, sind über die Ahndung von Verstößen hinausgehende öffentliche Demütigungen. Genau diese Gefahr sehen wir aber bei einem staatlich eingerichteten Register, wenn – wie im vorliegenden Entwurf – die Einsichtnahme erst im Nachgang auf Ministerebene durch Rechtsverordnung zu regeln ist. Auch hier sollte die Vergabekammer den nötigen Überblick haben.

Anforderungen an die digitale Vergabe öffentlicher Aufträge

Alle öffentlichen Vergabeverfahren sollten unserer Ansicht nach über eine thüringenweit einheitliche Plattform abgewickelt werden. Diese sollte den Up- und Download in allen gängigen

Dateiformaten über verschlüsselte Verbindungen ermöglichen. Anbieter sollten die Möglichkeit haben, grundlegende Dokumente nur einmal hochladen zu müssen und für weitere Angebotsabgaben über ein Rechtemanagement wieder freigeben zu können.

Die Kommunikation über Auftraggeber und Auftragnehmer sollte im Kern über diese Plattform laufen, dazu gehören auch die entsprechenden behördlichen Bescheide.

Daher muss es sowohl für Auftraggeber und Auftragnehmer rechtssichere digitale Zeichnungsmöglichkeiten geben.

Generell böte dieses Vorgehen die Möglichkeit, benötigte Dokumente zu bündeln und bspw. die Angebotsabgabe dann zu ermöglichen, wenn alle Unterlagen vorliegen, um Nachfragen und Dokumentationsprobleme im Nachgang zu verhindern oder mindestens zu reduzieren.

Die Nutzung von Mails ist grundsätzlich vernünftig, unterliegt aber anderen Anforderungen in puncto Verschlüsselung und Absicherung gegen Angriffe Dritter.

Gesetzliche Mindestgrenzen für öffentliche Aufträge und im Vergabeverfahren sind sinnvoll und sollten genutzt werden.

Insbesondere bei "kleinen" und/ oder wiederkehrenden Vergaben halten wir das für ein plausibles Vorgehen. Zu den Wertgrenzen können wir keine Einschätzung abgeben, wir möchten lediglich darauf hinweisen, dass diese in regelmäßigen Abständen mit den Preisentwicklungen abgeglichen werden und angepasst werden sollten.

Die Kostenabschätzung des Entwurfs der Regierungsfractionen ist ungenügend.

Fairerweise richtet sich diese Kritik an BEIDE Entwürfe; allerdings geht der CDU-Entwurf von einer Senkung der Kosten aus. Der Entwurf der Regierungsfractionen listet dagegen verschiedene kostensteigernde Blöcke auf, bleibt aber jede auch nur grobe Einschätzung schuldig.

Abschließend möchten wir in Anlehnung an die bereits mehrfach genannte Evaluierung dazu auffordern, sich bei der Überarbeitung des Vergabegesetzes vor Augen zu halten, dass es "viel Recht und zu wenig Betriebswirtschaft beinhalte".

Erfurt, 28. Juli 2023

Leiter Wirtschafts- und Umweltpolitik

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu ertellen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thür. Vergabegesetz (Drucksache 7/7451/8029)											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Freistaat Thüringen</td> <td style="padding: 5px;">Gebietskörperschaft</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;">Thür. Landesamt für Bau u. Verkehr</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Halleische Str. 15/16</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99085 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Freistaat Thüringen	Gebietskörperschaft	Geschäfts- oder Dienstadresse	Thür. Landesamt für Bau u. Verkehr	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Halleische Str. 15/16	Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Freistaat Thüringen	Gebietskörperschaft									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Thür. Landesamt für Bau u. Verkehr									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Halleische Str. 15/16									
Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;"></td> <td style="height: 30px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="height: 30px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="height: 30px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellidokG)	
	Bau u. Verwaltung von Straßen und Gebäuden/Grund- stücken, Beauftragung u. Entwicklung des Schienen- personalsverkehrs	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellidokG)	
	Beschleunigung und Vereinfachung des Vergabeverfahrens	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	<input type="checkbox"/> per Brief
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellidokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
ERFURT, 28.7.2023	<i>Im Auftrag</i>

Freistaat Thüringen
Landesamt für Bau und Verkehr
PF 80 03 53 • 99029 ERFURT
Hallesche Str. 15 • 99085 Erfurt

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?					
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes - Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7451 - Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8029 -					
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>				
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;">DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.
	Name	Organisationsform			
		DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.			
	Geschäfts- oder Dienstadresse				
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	In der Aue 2			
Postleitzahl, Ort	99189 Walschleben				
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>				
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname		
	Name	Vorname			
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>				
Straße, Hausnummer					

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Unterstützung des Entwurfs der CDU mit dem Ziel der Entbürokratisierung - Entwurf der Landesregierung scheint zusätzlich Bürokratie	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

Anlage 4

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, 22.8.21	

STELLUNGNAHME 21714/2023

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes - Bürokratieabbau und
Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht (Drs 7/7451)**

und zum Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes (Drs 7/8029)

Vorbemerkung

DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Thüringen danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den beiden o.g. Gesetzentwürfen. Als Verband haben wir uns in der Vergangenheit immer wieder konstruktiv-kritisch zum Thüringer Vergaberecht eingebracht. Als Familienunternehmer setzen wir uns für ein Thüringer Vergabegesetz ein, das einfach und unbürokratisch ist und sich auf wenige Vergabekriterien konzentriert. Ziel eines mittelstandsfreundlichen Vergabegesetzes muss sein, sowohl für die Thüringer Verwaltung als auch für die Betriebe so praktikabel wie möglich zu sein. Zu unserem Bedauern hat der thüringische Gesetzgeber in den vergangenen Jahren die Überregulierung des Vergaberechts vorangetrieben. Als unmittelbare Folge hiervon ist die Beteiligung von Unternehmen an Vergaben öffentlicher Aufträge merklich gesunken.

Zum Gesetzentwurf der CDU-Fraktion

DIE FAMILIENUNTERNEHMER begrüßen den Ansatz des Gesetzentwurfs, das Vergabeverfahren für alle Involvierten so einfach wie möglich zu gestalten. Insbesondere die erhebliche Reduzierung von Formblättern und Nachweispflichten würden einen spürbaren Beitrag zur Entlastung der Unternehmen sorgen.

Wir begrüßen neben der engen Orientierung am Evaluierungsgutachten und zusätzlicher digitaler Kommunikationswege zudem die avisierte Absenkung der Beträge für Vergabenachprüfungsverfahren von 150 000 Euro auf 75 000 Euro im Baubereich, da hiermit die Rechtsschutzmöglichkeit für die Betriebe ausgeweitet wird. Die Erhöhung der Wertgrenzen für Verhandlungsvergaben auf 215 000 Euro im Liefer- und Dienstleistungsbereich sowie der Verzicht auf Veröffentlichungen auf der Vergabepattform ist zu monieren, da beide Maßnahmen den Vergabewettbewerb einschränken.



Zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Thüringen begrüßen, dass sich der Gesetzentwurf an ausgewählten Aspekten des Evaluierungsgutachten der Landesregierung orientiert. Zu unserem Bedauern werden nur sehr wenige Punkte des Gutachtens thematisiert. Auch kommt schwerwiegend hinzu, dass durch die zahlreichen Neuregelungen das Ziel einer Entbürokratisierung des Vergaberechts konterkariert wird. Eine ausführliche Begründung ist den Antworten auf die Fragen 1 - 13 zu entnehmen.

Zu den Fragen 1 - 13

1.

Wie bewerten Sie die Ausweitung der Bestimmungen zur Tariftreue und zum Vergabemindestlohn auf kommunale und sonstige Auftraggeber als Maßnahme zur Weiterentwicklung des Vergabegesetzes?

Ein thüringischer vergabespezifischer Mindestlohn ist aus unserer Sicht unnötig. Er verursacht durch die Dokumentation zusätzlichen bürokratischen Aufwand, insbesondere, wenn Unternehmen Aufträge in verschiedenen Bundesländern mit jeweils länderspezifischen Mindestlohnregeln umsetzen müssen. Die Bindung des Mindestlohns an den Bundesmindestlohn ist sinnvoll, da auf diese Weise nur noch eine vertragliche Vereinbarung für die Einhaltung erforderlich ist.

2.

Wie schätzen Sie die Einrichtung einer Landesvergabeberatungsstelle ein, die unterstützend im Vergabeverfahren wirken soll?

DIE FAMILIENUNTERNEHMER lehnen die Einrichtung einer solchen Beratungsstelle ab. Diese Beratungsleistungen erfüllen bereits die Thüringer IHKs, zudem ist mit der Vergabekammer beim Landesverwaltungsamt ein kompetenter Ansprechpartner vorhanden. Eine zusätzliche Beratungsstelle würde ohnehin knappe Personalressourcen binden und bürokratische Doppelstrukturen erzeugen.

3.

Wie bewerten Sie die Einführung eines Registers für von der öffentlichen Auftragsvergabe ausgeschlossene Unternehmen?

DIE FAMILIENUNTERNEHMER lehnen die Einführung des genannten Registers entschieden ab. Eine solche Sonderlösung für Thüringen wäre bundesweit einmalig, würde bereits ohnehin knappes Personal binden sowie neue bürokratische Belastungen erzeugen. Das bereits vorhandene Wettbewerbsregister gemäß Wettbewerbsregistergesetz auf Bundesebene ist absolut ausreichend.

STELLUNGNAHME

4.

Wie bewerten Sie die Weiterentwicklung des § 15 „Kontrollen“ des Gesetzentwurfs in Drucksache 7 /8029?

DIE FAMILIENUNTERNEHMER plädieren für eine Streichung der Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten des Auftraggebers, die sich aus der Befreiung des Vergaberechts von vergabefremden Kriterien ergeben würden.

5.

Welche konkrete Ausgestaltung eines digitalisierten Vergabeverfahrens müsste ihrer Meinung nach erfüllt sein, um eine Verfahrenserleichterung zu bewirken?

DIE FAMILIENUNTERNEHMER begrüßen jedwede weitere Digitalisierung des Vergabeverfahrens, die dem „Ende-zu-Ende“-Prinzip Rechnung trägt.

6.

Wie bewerten sie die Verfahrenserleichterung durch eine elektronische Vergabeteilnahme via eMail?

DIE FAMILIENUNTERNEHMER unterstützen die Ausweitung digitaler Kommunikations- und Angebotsmöglichkeiten, da dies zur Vereinfachung und Beschleunigung der Vergabeverfahren beiträgt.

7.

Wie bewerten sie die Verfahrenserleichterung durch eine einheitliche Vergabepattform?

Eine einheitliche, digitale und transparente Vergabepattform kann einen wichtigen Beitrag zu schnelleren und einfacheren Vergabeverfahren leisten.

8.

Wie würden Sie die Aufnahme des Merkmals der Regionalität in § 4 Absatz 4 Satz 5 des Gesetzentwurfs in Drucksache 7 /8029 bewerten?

Die Verankerung im Vergabegesetz sorgt für eine Überfrachtung des Vergabegesetzes und bietet keinen Mehrwert.

9.

Wie würden Sie die Aufnahme von Maßnahmen zum Gesundheitsschutz für Arbeitnehmende in § 4 des Gesetzentwurfs in Drucksache 7/8029 bewerten?

Die zusätzliche Verankerung im Vergabegesetz sorgt für eine Überfrachtung des Vergabegesetzes und bietet dementsprechend keinen Mehrwert.

10.

Wie kann unter dem Aspekt Klimaschutz, die Umsetzung von Kreislaufwirtschaft und Produktlebenszyklus von Produkten und Dienstleistungen sowie Maßnahmen zur Nachhaltigkeit bezüglich Dekarbonisierung und Energie- und Ressourceneffizienz im Vergabegesetz verbessert beziehungsweise realisiert werden?

Nach Überzeugung von DIE FAMILIENUNTERNEHMER sollten sozialökologische Aspekte nicht Gegenstand des Vergabegesetzes sein, da der Gesetzgeber diese von ihm gewünschten Ziele an anderer Stelle effizienter regeln kann (und dies in vielen Bereichen bereits tut), ohne zusätzliche

STELLUNGNAHME

Belastungen für den Wirtschaftsstandort zu erzeugen. Das Vergaberecht sollte so schlank und unbürokratisch wie möglich sein.

11.

Wie bewerten Sie den Vorschlag, gesetzliche Mindestgrenzen für Direktauftrag, Verhandlungsvergabe oder freihändige Vergabe und beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb einzuführen und welche Grenzen erachten Sie diesbezüglich als sinnvoll?

Wir unterstützen den Vorschlag, gesetzliche Mindestgrenzen für Direktaufträge, Verhandlungsvergaben und beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb einzuführen. Darüber hinaus sollte eine Dynamisierung in Verbindung mit der regelmäßigen Anpassung der EU-Schwellenwerte aufgenommen werden.

12.

Wie bewerten Sie den Vorschlag der Einführung einer maximal einseitigen Eigenerklärung zum Ersatz der bisherigen Formblätter?

Mit Blick auf eine spürbare Bürokratieentlastung der Unternehmen befürworten wir die Einführung einer maximal einseitigen Eigenerklärung zum Ersatz der bisherigen Formblätter ausdrücklich.

13.

Auf welchem Wege ist es Ihrer Ansicht nach sinnvoll, soziale und ökologische Kriterien in öffentlichen Projekten zu berücksichtigen? Inwieweit ist das Vergabegesetz dafür der richtige Ort?

Das Vergabegesetz ist nicht der richtige Ort, um soziale und ökologische Kriterien in öffentlichen Projekten zu verankern. Eine frühere Einbeziehung umweltbezogener und gegebenenfalls auch sozialer Aspekte im Planungsverfahren, kann sinnvoller als die Einbeziehung im Vergaberecht sein. Das Vergaberecht ist für die Berücksichtigung derartiger Kriterien ungeeignet, da zusätzliche Belastungen für die Unternehmen, aber auch die öffentliche Verwaltung geschaffen werden, insbesondere durch einen höheren Zeit- und Kostenaufwand für die Erstellung von Vergabeunterlagen und Angeboten. Zudem werden die öffentlichen Verwaltungen und der öffentliche Haushalt unverhältnismäßig belastet, da intensive Prüfungs- und Kontrolltätigkeiten und damit personelle Ressourcen notwendig sind.

Kontakt

DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Thüringen

Landesvorsitzende

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligtransparenz dokumentationsdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen:

Bitte gut lesbar ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzesentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzesentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes - Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7451 -											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8029 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Open Source Business Alliance Bundesverband für digitale Souveränität e.V.</td> <td>Wirtschaftsverband</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Pariser Platz 6a</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>10117 Berlin</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Open Source Business Alliance Bundesverband für digitale Souveränität e.V.	Wirtschaftsverband	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Pariser Platz 6a	Postleitzahl, Ort	10117 Berlin
Name	Organisationsform										
Open Source Business Alliance Bundesverband für digitale Souveränität e.V.	Wirtschaftsverband										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Pariser Platz 6a										
Postleitzahl, Ort	10117 Berlin										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> </table> <p>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</p>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse				
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse										

	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Die OSB Alliance setzt sich dafür ein, die zentrale Bedeutung von Open Source Software und offenen Standards für eine digital souveräne Gesellschaft nachhaltig im öffentlichen Bewusstsein zu verankern.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher:	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die OSB Alliance empfiehlt die Ablehnung des Gesetzesentwurfs der CDU (Drucks. 7/7451) und empfiehlt die Annahme des Gesetzesentwurfs von LINKE, SPD und GRÜNEN. Die OSB Alliance empfiehlt darüber hinaus eine Änderung von § 4 Abs. (2) des geltenden Vergabegesetzes (eine Streichung der bestehenden Einschränkung für den vorrangigen Einsatz von Open Source Software).	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetalldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, 22.08.2023	

Stellungnahme der Open Source Business Alliance - Bundesverband für digitale Souveränität e.V.

zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes

23. August 2023

Das Thüringer Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Thüringer Vergabegesetz – ThürVgG) ist seit 2011 in Kraft. Mit Beschluss des Thüringer Landtages wurde das Gesetz evaluiert und das Evaluierungsgutachten im Herbst 2022 veröffentlicht. Derzeit liegen zwei Gesetzentwürfe vor, die Änderungen des Thüringer Vergabegesetzes mit Bezug auf das Evaluierungsgutachten vorschlagen:

- Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes (Drucksache 7/8029)
- Gesetzentwurf der Fraktion der CDU zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes – Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht (Drucksache 7/7451)

In der vorliegenden Stellungnahme der OSB Alliance wird ausschließlich zu §4 des Thüringer Vergabegesetzes (Umweltverträgliche Beschaffung, Open-Source-Software, Berücksichtigung umweltbezogener und sozialer Aspekte im Vergabeverfahren) - und hier insbesondere zu Absatz (2) zur vorrangigen Beschaffung von Open Source Software - sowie zu den entsprechenden Vorschlägen in den beiden Gesetzentwürfen Stellung bezogen.

Der Gesetzentwurf der LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlägt keine Änderungen für §4 Abs. (2) vor, hier würde der aktuelle Absatz zur vorrangigen Beschaffung von Open Source Software also unverändert bleiben. Der Gesetzentwurf der CDU schlägt vor, den bisherigen §4 Abs. (2) zur vorrangigen Beschaffung von Open Source Software ersatzlos zu streichen.



Position der Open Source Business Alliance

Thüringen war 2020 das erste Bundesland, das einen Vorrang für Open Source Software bei der Beschaffung durch die öffentliche Hand im Vergabegesetz des Landes verankert hat. Andere Bundesländer wie beispielsweise Schleswig-Holstein sind dem Beispiel Thüringens gefolgt und haben die vorrangige Beschaffung von Open Source Software ebenfalls auf Gesetzesebene verankert. In Baden-Württemberg gibt es eine entsprechende Verwaltungsvorschrift, die den Vorrang von Open Source Software regelt, in Bayern findet sich ein entsprechender Passus im „Digitalplan Bayern“. Auch auf Bundesebene wird auf das Beispiel Thüringens geschaut, so findet sich beispielsweise im Gesetzentwurf für die Änderung des Onlinezugangsgesetzes eine Formulierung, die vom Thüringer Vergabegesetz inspiriert ist. Auch in der Praxis sticht Thüringen mit seinem besonderen Engagement für Open Source Software in Bund-Länder-Initiativen wie dem Zentrum für digitale Souveränität, der Entwicklung des souveränen Arbeitsplatzes für die öffentliche Verwaltung sowie weiteren Initiativen hervor. Thüringen gilt somit bundesweit als Vorbild und Vorreiter, was den konsequenten Einsatz von Open Source Software in der öffentlichen Verwaltung angeht.

Vor diesem Hintergrund wäre es ein dramatischer Rückschritt, den Vorrang für Open Source, wie er derzeit in §4 Abs. (2) des Thüringer Vergabegesetzes gefasst ist, ersatzlos zu streichen, wie es der Gesetzentwurf der CDU vorschlägt.

Dieser Vorschlag der Fraktion der CDU ist insbesondere vor dem Hintergrund unverständlich, dass der Bundesparteitag der CDU im November 2019 in seiner „Digitalcharta Innovationsplattform: D“ Offenheit als Standard beschlossen hat:

„Die offenen und gemeinsam entwickelten Standards des Internets und die offenen Schnittstellen sind die Prinzipien, die wir für die Digitalisierung Deutschlands heranziehen. Nur durch Offenheit entsteht Wettbewerb, nur durch Offenheit können neue Akteure im Wettbewerb die Platzhirsche herausfordern. Deshalb gilt künftig für alle (öffentlichen) Digitalisierungsprojekte in Deutschland: Auftragsvergabe und Förderung sind an die Einhaltung der Prinzipien Open-Source und offene Standards gebunden. Durch öffentliche Mittel finanzierte Software soll allen Bürgern dienen. Zusätzlich sollen freie und offene APIs den Zugang für unabhängige Entwicklungen erleichtern.“

Damit hat sich die CDU auf ihrem Bundesparteitag 2019 zu dem Prinzip „Public Money, Public Code“ bekannt, demzufolge öffentlich finanzierte IT-Lösungen der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden müssen. Aus dem Parteitagsbeschluss ergibt sich in logischer Folge ein Vorrang für Open Source Software bei Beschaffung und Vergabe. Der Vorschlag, den derzeitigen Vorrang für Open Source Software im Thüringer Vergabegesetz zu streichen, steht also im Widerspruch zu diesem Bundesparteitagsbeschluss der CDU.

Die Open Source Business Alliance setzt sich gemäß ihrer Leitlinien für das Prinzip „Public Money, Public Code“ sowie für Open Source als Standard bei der Beschaffung ein.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Open Source Business Alliance die Ablehnung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und empfiehlt die Annahme des Gesetzentwurfs der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die Open Source Business Alliance empfiehlt darüber hinaus, im Rahmen der Änderung des Thüringer Vergabegesetzes im derzeit geltenden §4 Abs. (2) die Einschränkung für die vorrangige Beschaffung von Open Source Software ersatzlos zu streichen:

„Bei der Beschaffung von IT- und IT-gestützten Produkten gilt §4 des Thüringer Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung (ThürEGovG) in der jeweils geltenden Fassung. ~~Dort, wo es technisch möglich und wirtschaftlich ist, soll der Einsatz von Open-Source-Software [soll] vorrangig erfolgen.~~ Darüber hinaus sollen auch die Aspekte Bedienbarkeit, Zukunftssicherheit, Interoperabilität und IT-Sicherheit berücksichtigt werden. Unter Open-Source-Produkten sind solche Produkte zu verstehen, deren Quellcode öffentlich zugänglich ist und deren Lizenz die Verwendung, Weitergabe und Veränderung nicht einschränkt.“

Im Folgenden wird diese Position sowie der Änderungsvorschlag begründet.

Die Bedeutung von Open Source Software für Wirtschaft und Industrie

Open Source Software schafft erhebliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Mehrwerte und trägt entscheidend zur digitalen Souveränität der öffentlichen Verwaltung bei.

Eine 2021 von der EU-Kommission veröffentlichte Studie bestätigt den signifikanten Einfluss von Open Source Software auf die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen, auf das Wirtschaftswachstum, auf die Start-up-/KMU-Szene und die technologische Unabhängigkeit Europas. Der Studie zufolge trägt Open Source einen erheblichen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) der EU bei: Rund 1 Milliarde Euro, die Unternehmen in der EU 2018 in Open Source investiert haben, führten demnach zu einem wirtschaftlichen Mehrwert von 65 – 95 Milliarden Euro.

Einmal entwickelte Open Source Software steht der Allgemeinheit zur Verfügung und muss also von Unternehmen, Organisationen oder staatlichen Institutionen nicht erneut entwickelt werden. Dies erleichtert insbesondere Start-ups und KMUs den Markteintritt bzw. die digitale Transformation. Für die mittelständisch geprägte Wirtschaft in Deutschland hat Open Source somit das Potenzial, zum Treibstoff für einen innovationsgeprägten Strukturwandel hin zu einer digitalisierten Wirtschaft zu werden.

Der Studie zufolge würden mehr Open-Source-Beiträge das Bruttoinlandsprodukt der EU signifikant wachsen lassen und zu mehr Gründungen von Start-ups beitragen. Außerdem fördert der Einsatz von

Open Source Software hohe Softwareentwicklungsfähigkeiten, kann die Folgen des Fachkräftemangels mildern und senkt die Gesamtbetriebskosten sowohl in Wirtschaft und Industrie als auch im öffentlichen Sektor.

Die Bedeutung von Open Source Software für die digitale Souveränität

Der Einsatz von Open Source Software ist zudem von zentraler Bedeutung für die Stärkung der digitalen Souveränität in der öffentlichen Verwaltung. Denn Open Source Software stellt sicher, dass die verwendeten Systeme unabhängig überprüfbar, gestaltbar und austauschbar sind. Open Source Software trägt so zur Gestaltungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung bei, sowie zu Wechselmöglichkeiten, Interoperabilität, Informationssicherheit und Resilienz. Aus diesem Grund setzen wichtige Vorhaben in Bund, Ländern und Kommunen zur Stärkung der digitalen Souveränität maßgeblich auf Open Source Software. Daher ist auch die vorrangige Beschaffung von Open Source Software sowohl im Thüringer E-Government-Gesetz als auch im Thüringer Vergabegesetz verankert.

Wenn im Rahmen der Änderung des Thüringer Vergabegesetzes das Gesetz jetzt überarbeitet wird, bietet dies die Gelegenheit, die Formulierung zur vorrangigen Beschaffung von Open Source Software zu verbessern. Nachdem Thüringen als erstes Bundesland die vorrangige Beschaffung von Open Source Software gesetzlich verankert hat, kann das Bundesland auch jetzt wieder seine Vorreiterrolle einnehmen und den konsequenten Vorrang von Open Source auf noch stabilere Füße stellen.

Keine Schlupflöcher beim konsequenten Vorrang für Open Source Software bei Beschaffung und Vergabe

In §4 Abs. (2) des Thüringer Vergabegesetzes findet sich derzeit die Einschränkung, dass Open Source Software nur dort vorrangig eingesetzt werden soll, wo es „technisch möglich und wirtschaftlich“ ist. Diese Einschränkung stellt aufgrund der vagen Formulierung ein Schlupfloch für Beschaffungs- und Vergabestellen dar, das in der Praxis dazu führen kann, dass Open Source Software im Zweifelsfalle nicht vorrangig eingesetzt wird. Denn es gibt keine eindeutig verbindlichen Definitionen, wann „der vorrangige Einsatz von Open Source Software technisch möglich und wirtschaftlich“ ist. Grundsätzlich ist eine Umsetzung immer technisch machbar, wenn der Wille da ist. Daher gibt es hier einen sehr großen Interpretationsspielraum. Behörden könnten sich unterschiedlichste Begründungen einfallen lassen, warum sie von einem vorrangigen Einsatz von Open Source Software im Einzelfall Abstand nehmen. Das untergräbt das angestrebte Ziel des Vergabegesetzes sowie des E-Government-Gesetzes, bedroht die digitale Souveränität Thüringens und behindert auch erheblich die Nachnutzung von öffentlich finanzierter Software, was sich wiederum auf die Wirtschaftlichkeit niederschlägt.

Ohnehin muss man die Frage stellen, was darunter verstanden werden soll, ob der vorrangige Einsatz von Open Source Software im konkreten Einzelfall „wirtschaftlich“ ist. Aus Sicht der Bürgerinnen und

Bürger ergibt sich beim Einsatz von Open Source immer eine bessere Wirtschaftlichkeitsbilanz, da öffentlich finanzierte Software ganz im Sinne von „Public Money, Public Code“ der Allgemeinheit sowie anderen Behörden zur Weiterverwendung zur Verfügung gestellt wird. Open Source Software trägt also erheblich zum Gemeinwohl bei. Die Wiederverwendbarkeit von Open Source Software kommt auch der Privatwirtschaft zugute und hat innovations- und wettbewerbsfördernde Effekte – die sich wiederum positiv auf das Angebot (und die Preise) auswirken, aus dem die öffentliche Hand auswählen kann. Dies hat auch eine wissenschaftliche Studie der EU-Kommission nachgewiesen.

Wenn vergleichbare Verwaltungslösungen nicht in jeder Kommune immer wieder von Neuem entwickelt und bezahlt werden müssen, sondern dank der Freiheiten, die Open-Source-Lizenzen gewähren, einfach nachgenutzt werden können, ist das zudem ein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern.

Auch aus Sicht der Verwaltung und in volkswirtschaftlicher Hinsicht ergibt sich durch den vorrangigen Einsatz von Open Source Software eine positive Wirtschaftlichkeitsbilanz. Denn betrachtet man den zeitlichen Horizont, so ist eine heute günstigere proprietäre Lösung nicht unbedingt auch noch morgen die günstigere Wahl. Befindet sich eine Behörde erst mal in einem Vendor-Lock-In, muss sie alle künftigen Lizenzkostensteigerungen eines Anbieters mitmachen und kann nicht mehr zu einem anderen, günstigeren Anbieter wechseln und die positiven Effekte eines gesunden Wettbewerbs nutzen.

Stellt ein Anbieter den Support für eine Software oder seine ganze Geschäftstätigkeit ein, muss eine Behörde innerhalb kürzester Zeit die entsprechende proprietäre Lösung neu entwickeln lassen. Das ist dann wesentlich teurer, als sich einfach nur nach einem alternativen Betreiber für eine genutzte Open Source Software umschauen zu müssen, der den Support für die genau gleiche Lösung anbieten kann. Aus eben diesen Gründen trägt Open Source Software so entscheidend zur digitalen Souveränität der Verwaltung bei.

Ein juristisches Gutachten aus dem Dezember 2022, das sich mit wettbewerbs-, vergabe-, kartell- und verfassungsrechtlichen Fragen rund um die vorrangige Beschaffung von Open Source Software auseinandergesetzt hat, kommt daher ebenfalls zu dem Schluss, dass der gesetzliche Vorrang für Open Source Software bei der Beschaffung ohne Einschränkungen mit Bezug auf die „technische und wirtschaftliche Möglichkeit“ erfolgen sollte:

„[Es] kann ein Vorbehalt der technischen Möglichkeit und Wirtschaftlichkeit eingeführt werden. Dann wäre ein Vergleich der Wirtschaftlichkeit unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit durchzuführen. Zum anderen wäre die technische Möglichkeit des OSS-Einsatzes zu prüfen, wobei sich insoweit Auslegungsprobleme hinsichtlich der Weite dieses Merkmals stellen. Ist die technische Möglichkeit schon zu verneinen, wenn andere proprietäre Systeme noch laufen und die Umstellung aufwändig und längerdauernd ist? Oder sollen nur Fälle erfasst werden, so OSS in keinem Fall in technischer Hinsicht eingesetzt werden kann? Um solche Auslegungsprobleme und Unklarheiten zu vermeiden, sollte auf einen solchen Vorbehalt verzichtet werden. Ein Ausschluss bei Ungeeignetheit von OSS ergibt

sich schon aus der Vorrangklausel, die nicht eingreift, wenn keine geeignete OSS zur Verfügung steht.“ (S. 19)

Die bisherige Einschränkung in §4 Abs. (2) zum vorrangigen Einsatz von Open Source Software sollte daher ersatzlos gestrichen werden.

Die Open Source Business Alliance steht jederzeit mit ihrer politischen und wirtschaftlichen Expertise für einen Austausch sowie Beratungen zur Verfügung.

Über die OSB Alliance – Bundesverband für digitale Souveränität e.V.

Die OSB Alliance – Bundesverband für digitale Souveränität e.V. vertritt über 200 Mitgliedsunternehmen der Open Source Wirtschaft, die in Deutschland rund 95.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen und einen Jahresumsatz von über 126,8 Mrd. Euro erwirtschaften. Zusammen mit unseren wissenschaftlichen Einrichtungen und Anwenderorganisationen setzen wir uns dafür ein, die zentrale Bedeutung von Open Source-Software und offenen Standards für eine digital souveräne Gesellschaft nachhaltig im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Dieser digitale Wandel soll Unternehmen, Regierungen, Behörden und Bürgern gleichermaßen zugutekommen. Wir treten dafür ein, Open Source als Standard in der öffentlichen Beschaffung und bei der Forschungs- und Wirtschaftsförderung zu etablieren. Um unsere Ziele zu verwirklichen, stehen wir Unternehmen, Privatpersonen, Medien und der Politik als Experten und Ansprechpartner zur Verfügung.

Kontakt:

Open Source Business Alliance – Bundesverband für digitale Souveränität e.V.
Pariser Platz 6a
10117 Berlin

Fon: +49 30 / 300149 - 3377
Fax: +49 30 / 300149 - 3030
E-Mail: info@osb-alliance.com
Internet: <https://www.osb-alliance.com>

22.11.23

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes – Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drs. 7/7451 und Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes, Gesetzentwurf der Fraktionen von DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Drs. 7/8029											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Deutscher Gewerkschaftsbund Hessen-Thüringen</td> <td>nicht eingetragener Verein, gemäß Art. 9 Abs. 3 GG</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Schillerstraße 44</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Deutscher Gewerkschaftsbund Hessen-Thüringen	nicht eingetragener Verein, gemäß Art. 9 Abs. 3 GG	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schillerstraße 44	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
Name	Organisationsform										
Deutscher Gewerkschaftsbund Hessen-Thüringen	nicht eingetragener Verein, gemäß Art. 9 Abs. 3 GG										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schillerstraße 44										
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)										
	Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen; Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer										

	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
4.	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<p>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilDokG)</p> <p>Der DGB befürwortet, das Vergabeverfahren zu vereinfachen. Die Probleme sieht er jedoch nicht bei der Anwendung von sozialen oder ökologischen Vergabekriterien. Der Einsatz öffentlicher Mittel darf kein Lohn- und Sozialdumping begünstigen. Bei Vergabeverfahren sind die Folgewirkungen insgesamt zu betrachten, der Preis als einziges Kriterium ist kurzfristig und schädlich.</p> <p>Um die Standards am Arbeitsmarkt insgesamt zu steigern und Gute Arbeit zu unterstützen, muss bei der Erbringung öffentlicher Aufträge nach Tarifvertrag gezahlt werden. Die Tariftreuerregelung und der vergabespezifische Mindestlohn müssen dabei für alle öffentlichen Auftraggeber gelten.</p> <p>Wir begrüßen, dass in beiden Gesetzentwürfen die Anhebung des vergabespezifischen Mindestlohns vorgesehen ist. Die Höhe von 13,50 € ist jedoch zu gering. Wir setzen uns für einen vergabespezifischen Mindestlohn in Höhe von 14,36 € ein.</p> <p>Den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU lehnt der DGB demnach ab. Dem Gesetzentwurf der Fraktionen von DIE LINKE, SPD und DIE GRÜNEN wird weitgehend zugestimmt.</p>	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 28.08.2023	

DGB Hessen-Thüringen | Schillerstraße 44 | 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digi-
tale Gesellschaft

- Versand per Mail -

THÜR. LANDTAG POST
24.08.2023 06:30

21858/2023

Stellungnahme DGB Hessen-Thüringen zu den Gesetzentwürfen

23. August 2023

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes – Bürokratieabbau und
Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht, Gesetzentwurf der Frak-
tion der CDU - Drs. 7/7451 -**

und

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes, Gesetzentwurf der Frak-
tionen von DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Drs. 7/8029 -**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der DGB Hessen-Thüringen bedankt sich für die Gelegenheit, zu den oben
genannten Gesetzentwürfen Stellung zu nehmen.

A) Vorbemerkung

Die beiden Gesetzentwürfe zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes
(ThürVgG) unterscheiden sich im Ziel und den vorgesehenen Änderungen
deutlich. Die Änderungsvorschläge beziehen sich auch nur in wenigen Fällen
auf dieselben Textstellen. Daher nehmen wir zu den Gesetzentwürfen nach-
einander Stellung.

Das Ziel einer Verfahrensvereinfachung durch die stärkere Digitalisierung
des Vergabeverfahren teilen wir. Verfahrensvereinfachungen sind zu begrü-
ßen, wenn damit Zeit und Ressourcen gespart werden können, ohne andere
politische Ziele und sozial-ökologische Standards zu unterlaufen. Die Digita-
lisierung von Verwaltungsv erfahren ist generell sinnvoll und unterstützens-
wert. Die flächendeckende Verfehlung der Ziele der Onlinezugangsgeset-
zes durch Bund und Länder zeigt aber auch, dass Verwaltungsdigitalisierung
äußerst komplex ist.

Vorangegangene politische Diskussionen und Anhörungen u. A. zu Drs.
7/2209 und Drs. 7/4084 haben jedoch zeigt, dass Bürokratieabbau in Thürin-
gen oft als Standardabbau missverstanden wird. **Den Abbau von Schutz-
standards für Arbeitnehmer*innen lehnen wir entschieden ab.** Damit und
wenn die Vorgabe sozialer und ökologischer Kriterien bei der Vergabe öffent-
licher Aufträge erschwert wird, läuft der Gesetzgeber Gefahr, Maßnahmen

auf den Feldern Sozialpolitik, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie Umweltpolitik zu konterkarieren, die bisher aus unserer Sicht Konsens unter den demokratischen Parteien waren.

B) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU in Drs. 7/7451

Die Fraktion der CDU lehnt ihren Gesetzentwurf eng an die Schlussforderungen des Evaluationsgutachtens zum Thüringer Vergabegesetz an.

Das „Gutachten zur Evaluierung des Thüringer Gesetzes zur Vergabe öffentlicher Aufträge (ThürVgG) vom 30. Juli 2019 zu zentralen Punkten“ aufgrund eines Beschlusses des Thüringer Landtages (Drucksache 7/4963) von Februar 2022 wurde durch die Wegweiser Research & Strategy GmbH, Berlin, im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft erstellt. Wir betrachten es allerdings nur als beschränkt aussagefähig. Befragt wurden lediglich Vergabestellen und Unternehmen, die öffentliche Aufträge im Land Thüringen ausführen. Dies ist verkürzt, da die Perspektive der Zivilgesellschaft, für die öffentlichen Leistungen ja erbracht werden, fehlt.

Es geht bei der Erledigung öffentlicher Aufträge nicht nur um die technische Abwicklung bspw. der Errichtung eines Bauwerks oder der Erbringung von Reinigungsleistungen. Die öffentliche Vergabe ist Teil politischen bzw. staatlichen Handelns und die Folgewirkungen müssen umfassend betrachtet werden. Dies spiegelt sich im Vergaberecht durch die Aufgabe des Begriffs der „vergabefremden Kriterien“. Stattdessen wird unter der Überschrift „strategische Vergabe“ anerkannt, dass mit einer Vergabe verfolgte soziale und ökologische Ziele bzw. Ziele der Wirtschafts- oder Innovationsförderung ebenso integrale Bestandteile des mit der Vergabeentscheidung verfolgten Gemeinwohlziels sind wie der Nutzen, der bspw. durch das zu errichtende Bauwerk selbst gestiftet wird. Leider wird dies sowohl durch die Fragestellung als auch im Gutachten selbst verkannt bzw. ignoriert.

Die tatsächlich relevante Frage lautet: Wie kann das Vergaberecht so ausgestaltet werden, dass die Potentiale der öffentlichen Auftragsvergabe für eine sozial, ökologisch und ökonomisch erfolgreiche Gesellschaft optimal genutzt werden?

Zur Bewertung im Einzelnen:

Zu Nr. 1 a)

Der Anwendungsbereich des Thüringer Vergabegesetzes soll eingeschränkt werden. Das ist abzulehnen, zumal kein Bedarf ersichtlich ist.

Abgefragt wurden im Evaluationsgutachten die Erfahrungen mit der „Corona-Regelung“, erlassen entsprechend der Verordnungsermächtigung in 1 Absatz 2 Satz 2 ThürVgG. Die Verordnungsermächtigung betrifft die *Auftragswertgrenzen* bis zu deren Erreichen eine Auftragsvergabe im Wege einer Beschränkten Ausschreibung, einer Verhandlungsvergabe oder einer Freihändigen Vergabe nach den Bestimmungen der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen und der Unterschwellenvergabeordnung.

Diese erhöhten *Auftragswertgrenzen* sollen nach den Ergebnissen der Befragung beibehalten werden. Die *Anwendungswertgrenzen* nach § 1 Abs. 1 sind davon aber unberührt. Wieso die Empfehlung im Gutachten davon abweicht, konnte nicht geklärt werden. Für Auftragnehmer und Auftragsgeber war es offenbar nicht problematisch, dass sich die Werte in § 1 Abs. 1 und in der Verordnung nach Abs. 2 Satz 2 unterscheiden. Der Anwendungsbereich in Abs. 1 ist daher beizubehalten. Die Änderung der *Auftragswertgrenzen* für einzelne Vergabearten (Art. 1 Nr. 1 b), die in der Befragung befürwortet wurde, ist aus gewerkschaftlicher Sicht möglich.

Zu Nr. 2-6

Durch alle Debatten zum Vergaberecht zieht sich die Frage der „Rechtssicherheit“ von Vergabeentscheidungen. Auf den ersten Blick scheint es logisch, „Verschlankung und Entbürokratisierung“ durch die Straffung des Gesetzestextes zu erreichen. Aus der Praxis werden aber als große Probleme die Komplexität und mangelnde Übersichtlichkeit des Vergaberecht berichtet.

Im vorliegenden Entwurf werden großzügig gut verständliche Paragraphen gestrichen bzw. zusammengefasst, die die Handlungssicherheit der Vergabestellen und auch der ausführenden Unternehmen verbessern sollen, indem die Anwendung von sozialen, ökologischen bzw. innovationsfördernden Kriterien auf den jeweiligen Stufen des Vergabeverfahrens konkret beschrieben werden. Es trifft zu, dass die jeweiligen Sachverhalte auch an anderer Stelle geregelt sind. Es leuchtet aber nicht ein, dass die Rechtsanwendung vereinfacht wird, wenn zusätzlich zum ThürVgG weitere unbenannte Rechtsquellen von erheblichem Umfang heranzuziehen sind.

Eine „Vereinfachung“ ist nur zu erwarten, wenn Anwender*innen die Änderung dahingehend verstehen, dass auf die Beschaffung von Open-Source-Software und umweltbezogene sowie Aspekte sowie die über gesetzliche Mindeststandards hinausgehende Umweltverträglichkeit weitgehend verzichtet werden soll. Dies legen die Prioritätensetzung in § 4 NEU und die Streichung von § 8 (Nr. 5) nahe. Zudem fällt auf, dass in § 4 Abs. 1 Satz 1 NEU „soziale Belange“ zwar benannt, aber nicht weiter bestimmt werden.

Die vorgesehene Aufhebung von § 8 kann außerdem nicht aus den Antworten abgeleitet werden. Der niedrigste Preis als wesentliches Zuschlagskriterium – mit Preissteigerungen nach der Vergabe, nicht auskömmlichen Angeboten und Erfolglosigkeit von seriös kalkulierenden Bietern sowie der Vernachlässigung von Qualität und Regionalität – wird als wesentliches Problem im Vergabeverfahren benannt. Wenn fehlende Angebote bei Ausschreibungen liegen auch daran, dass die öffentliche Hand die Preise drückt.

Zu Nr. 7 a) und b)

Gestrichen wird jeweils „sich verpflichtet haben“. Die Vergabevoraussetzungen bleiben unberührt. Wenn es hier und im Folgenden um das Formblätterfordernis geht, ist die Änderung unnötig. Das Formblatt ist nicht gesetzlich normiert.

Zu Nr. 7 c)

Die Formulierung in Satz 1 ist kaum verständlich und wir raten dringend davon ab, dies so zu beschließen. Der Gesetzeswortlaut ist mindestens widersprüchlich. Da sich auch aus der Begründung nichts anderes ergibt, vermuten wir, dass die vorhandene Tariftreueregelung erhalten bleiben soll. Die vorgeschlagene Formulierung macht eine schwer handhabbare gesetzliche Anordnung allerdings noch schlechter.

Bei § 10 Abs. 4 Satz 2 und 4 NEU handelt es sich wohl um ein Redaktionsversehen. Selbst wenn die Intention der antragstellenden Fraktion geteilt wird, ist kein Änderungsbedarf ersichtlich.

Zu begrüßen ist, dass die Antragstellerin einen vergabespezifischen Mindestlohn vorschlägt, der deutlich über dem gesetzlichen Mindestlohn liegt. Das ist tatsächlich zwingend erforderlich.

Allerdings sind auch 13,50 Euro zu gering. Seit der Veröffentlichung des Evaluationsgutachtens 2022 ist ca. ein Jahr vergangen. Die Preise liegen im Juli 2023 um 6,2 Prozent über den Preisen des Vorjahresmonats. Dabei sind Beziehende kleiner Einkommen stärker von der Inflation betroffen, da sie anteilig mehr von ihrem Einkommen für Lebensmittel und Energie/Kraftstoffe ausgeben. **Wir haben deswegen bereits gegenüber dem Gutachter einen vergabespezifischen Mindestlohn i. H. v. 14,36 € pro Stunde für das Jahr 2023 vorgeschlagen. Diesen Betrag halten wir weiterhin für erforderlich.**

Zu Nr. 7 d)

Im Gegensatz zu der Erläuterung in der Gesetzesbegründung, wonach Bestimmungen zum Nachunternehmereinsatz „inhaltlich weitestgehend erhalten“ seien, wird die Nachunternehmerhaftung hier tatsächlich gestrichen. Vorsehen ist, dass das Unternehmen, das den öffentlichen Auftrag erhalten hat und diesen oder Teile davon an einen Nachunternehmer weitergibt, nicht mehr für die dortigen Arbeitsbedingungen und die Einhaltung von § 10 ThürVgG bei der Auftrags erledigung verantwortlich sein soll. Das unterläuft die Bestimmungen und ist nicht akzeptabel.

Zu Nr. 10

Es wird vordergründig normiert, dass Nachunternehmer die Pflichten aus dem vorliegenden Gesetz ebenfalls einzuhalten haben. Es ist aber völlig unklar, wie dies durchgesetzt wird. Es besteht keine vertragliche Beziehung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und dem Nachunternehmer. Der Aufnehmer, der den Zuschlag bekommen hat, soll explizit nicht mehr zuständig dafür sein, dass sein Nachunternehmer die Anforderungen aus dem ThürVgG einhält.

Allerdings ist § 7 Abs. 2 NEU widersprüchlich. Bei wörtlicher Auslegung ist das gesamte im Gesetz normierte Vergabeverfahren in gleicher Weise auf den Nachunternehmer anzuwenden.

Die Regelung kann nur ins Leere gehen und ermöglicht, Standards zu unterlaufen.

Zu Nr. 11

Normiert werden soll, dass der Auftragnehmer eine Eigenerklärung abgibt, dass die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden. Sowohl die vorhandenen Formblätter als auch Eigenerklärungen gelten als ineffektiv und betrugsanfällig. Eigenerklärungen leisten i. d. R. keinen Beitrag zu fairen und effektiven Vergabeverfahren. Die im Evaluationsgutachten ebenfalls als Möglichkeit benannten vertraglichen Regelungen, verbunden mit Nachweispflichten und Vertragsstrafen, sind der Eigenerklärung vorzuziehen.

Der eigentliche Unterschied zur bisherigen Rechtslage ergibt sich in der Zusammenschau mit § 14 NEU (Nr. 17). Indem es keine Vertragsstrafen bei Verstößen gegen dieses Gesetz mehr vereinbart werden sollen, ist auch die Abgabe von Eigenerklärungen oder Formblättern unerheblich. Ein Verstoß hat ohnehin kaum Konsequenzen.

Unklar ist, welche Genehmigungen in Absatz 2 gemeint sind.

Zu Nr. 16 b)

Da die vertragliche Verpflichtung der Nachunternehmer gestrichen werden soll, können mögliche Werkverträge zwischen Auftragnehmer und Nachunternehmer zwar vorgelegt werden, es gibt jedoch keine Kontrollmöglichkeit, ob arbeitnehmerschützende Regelungen nach diesem Gesetz eingehalten werden. In Werkverträgen sind i. d. R. die Entgelte der Beschäftigten nicht aufgeführt.

Nr. 17 a) und b) zu § 14 (neu)

Die Streichung von Absatz 1 ist klar abzulehnen. Wenn die ohnehin sehr geringen Sanktionsmöglichkeiten gestrichen werden, führt der Gesetzgeber die in diesem Gesetz getroffenen Festlegungen ad absurdum. Der Auftragnehmer hat kaum Anreiz, die Eigenerklärungen sorgfältig und wahrheitsgemäß abzugeben.

Die Berechtigung zur Kündigung aus Absatz 1 NEU ist keine Sanktion, sondern eine Selbstverständlichkeit.

Da es in der Praxis so gut wie keine Ausschlüsse aufgrund der Verletzung von Vergabebestimmungen gibt, sind wirksame und abschreckende Sanktionen, falls Verstöße im Einzelfall tatsächlich bekannt werden, umso dringender erforderlich. Auftraggeber beklagen bereits jetzt den Zeitaufwand und die Unmöglichkeit, mit den vorhandenen Ressourcen die Angaben der Bieter zu kontrollieren. Dieses Problem wird hier verstärkt. Nötig wären sehr viel mehr Kontrollen der Einhaltung der Vergabebedingungen.

C) Gesetzentwurf der Fraktionen von DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Drs. 7/8029

Der DGB teilt die Problembeschreibung und begrüßt die Lösungsvorschläge, die im Gesetzentwurf enthalten sind. Besonders wichtig ist das Ziel, die Tarifbindung auch auf dem Wege der öffentlichen Auftragsvergabe zu erhöhen und die Tarifautonomie stärken, sodass durch die Sozialpartner gemeinsam gesetzte Standards wieder mehr Breitenwirkung entfalten. Dies ist erforderlich, denn wie richtig dargestellt ist Thüringen das Bundesland mit den zweitniedrigsten Löhnen bei den längsten Arbeitszeiten. Dabei ist die Bedeutung der Tarifbindung für die Einkommensbedingungen im Freistaat erheblich. Mit Tarifvertrag

wird 23 Prozent mehr verdient und selbst der bereinigte Unterschied zwischen tariflich geregelten und ungeregelten Arbeitsverhältnissen beträgt 11 Prozent. Nach wie vor verlieren tarifgebundene Unternehmen Aufträge an Dumping-Anbieter. Damit setzte die öffentliche Auftragsvergabe gute Arbeitsverhältnisse unter Druck und trägt zu einer allgemeinen Standardabsenkung bei.

Zur Bewertung im Einzelnen:

Zu Nr. 2

Die vorgesehene Errichtung einer Landesvergabeberatungsstelle ist sehr zu begrüßen. Die Zurückhaltung bei der Anwendung von sozialen und ökologischen Vergabekriterien hat nach unserer Erfahrung viel mit der Unsicherheit der mit Vergaben befassten Beschäftigten und auch mit fehlenden Kapazitäten in den Vergabestellen zu tun. Zudem werden wichtige Infrastrukturmaßnahmen auch deswegen nicht umgesetzt, weil den dafür zuständigen kommunalen Stellen die Kapazitäten fehlen.

Das Evaluationsgutachten zeigt, dass die Mehrheit der mit Vergabeverfahren betrauten Beschäftigten nicht im Vergaberecht ausgebildet ist. Zudem legen die Zahlen nahe, dass die Zuständigen nur einen kleinen Teil ihrer Arbeitszeit mit Vergabeverfahren befasst sind und daher kaum einen Überblick über alle Möglichkeiten haben werden. Auch die im Evaluationsgutachten dokumentierten Freitextantworten legen Missverständnisse in Bezug auf das Vergaberecht nahe. Auch Auftragnehmer beklagen in verschiedenen Antworten die mangelnde Qualität der Ausschreibungen bzw. das Fehlen von strategischen und mittelstandsfreundlichen Vorgaben sowie die Tatsache, sodass ausschließlich der Preis bewertet wird.

Neben dem Aufbau der Beratungskapazitäten kann auch die Anhebung von verfahrensbezogenen Wertgrenzen (Nr. 1 zu § 1 Abs. 2) entlastend wirkend. Die Anhebung schränkt den Anwendungsbereich des Vergabegesetzes nicht ein. Sie kommt aber vor allem den Auftraggebern entgegen und entlastet die Vergabestellen von Verwaltungsaufwand. Damit schafft sie – theoretisch zumindest – mehr Zeit für die Beschäftigung mit den relevanten Fragen.

Die vorhandene allgemeine Regelung in § 2 Abs. 1 Satz 2 ist nicht ausreichend. Insoweit ist der Aufbau von Kapazitäten durch das Land erforderlich.

Zu Nr. 4

Wir begrüßen das Ziel der Fraktionen, die Tariftreueregelung klarzustellen und zu stärken. In der bisherigen Anwendung bzw. Nichtanwendung der Regelung aus § 10 Abs. 4 ThürVgG hat sich gezeigt, dass die aktuelle Formulierung missverstanden wird und die Umsetzung unnötig kompliziert ist.

Wir begrüßen ausdrücklich die Änderung in Abs. 4 Satz 1. Der persönliche Anwendungsbereich wird auf alle öffentlichen Auftraggeber ausgeweitet. Dies ist dringend erforderlich, denn der überwiegende Teil der öffentlichen Vergaben ist bisher nicht erfasst. Somit gelten zumeist weder die Tariftreueregelung noch der vergabespezifische Mindestlohn. Da die übergroße Mehrheit der öffentlichen Auftraggeber auch nicht von der Kann-Bestimmung in Abs. 7 Ge-

brauch macht und sich der Verantwortung für die Arbeitsbedingungen entzieht, muss der Anwendungsbereich ausgeweitet werden.

Wir begrüßen nachdrücklich die Klarstellung, wie „einschlägiger und repräsentativer mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag“ zu verstehen ist und welche Tarifvertragsbestandteile tatsächlich in Anwendung zu bringen sind. Wir gehen davon aus, dass auch die aktuelle Regelung wonach das „vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen“ ist, bedeutet, dass die Arbeitnehmer*innen bei der Ausführung das „Entgelt derjenigen Lohngruppe, in die sie entsprechend ihrer Tätigkeit, Qualifikation und Berufserfahrung einzugruppieren wären“ zu erhalten haben. Wir wissen aber, dass dies teilweise missverstanden wird und betrachten die vorgesehene gesetzgeberische Klarstellung daher als erforderlich.

In diesem Sinne ist auch der neue Satz 2 zu begrüßen, womit klargestellt wird, dass auch die Verpflichtung zur Zahlung von Zuschlägen besteht. Die neuen Sätze 4 und 5 sind ebenfalls zu begrüßen, da eine weitere Annäherung an tarifvertragliche Regelungen ermöglicht wird, was verhindert, dass dauerhaft Arbeitnehmer*innen unterhalb tariflicher Standards im öffentlichen Auftrag eingesetzt werden.

Zu begrüßen ist weiterhin, dass die antragstellenden Fraktionen einen vergabespezifischen Mindestlohn vorschlagen, der deutlich über dem gesetzlichen Mindestlohn liegt. Allerdings sind 13,50 Euro zu gering. Seit der Veröffentlichung des Evaluationsgutachtens 2022 ist ca. ein Jahr vergangen. Die Preise liegen im Juli 2023 um 6,2 Prozent über den Preisen des Vorjahresmonats. Dabei sind Beziehende kleiner Einkommen stärker von der Inflation betroffen, da sie anteilig mehr von ihrem Einkommen für Lebensmittel und Energie/Kraftstoffe ausgeben. **Wir haben deswegen bereits gegenüber dem Gutachter einen vergabespezifischen Mindestlohn i. H. v. 14,36 € pro Stunde für das Jahr 2023 vorgeschlagen. Diesen Betrag halten wir weiterhin mindestens für erforderlich.**

Wir schlagen darüber hinaus vor, § 10 Abs. 4 Satz 11 zu streichen. Falls eine ausgeschriebene Leistung im sachlichen und räumlichen Anwendungsbereich eines nach dem Tarifvertragsgesetz für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrages oder eines Tarifvertrages, dessen Geltung durch eine Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer erstreckt wurde, liegt und sich hieraus ein Mindeststundenentgelt ergibt, verpflichtet dies ohnehin alle Arbeitgeber. Diese gesetzliche Anordnung wird durch die deklaratorische Tariftreueregelung in § 10 Abs. 1 nur wiederholt.

Die echte Tariftreueregelung aus § 10 Abs. 4 geht aber darüber hinaus. Während nach dem Tarifvertragsgesetz allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge oder Rechtsverordnungen nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz unabhängig von öffentlichen oder privaten Aufträgen gelten, dient die Tariftreueregelung in § 10 Abs. 4 gerade dazu, höhere Schutzstandards für die Arbeitnehmer*innen bei der Erledigung öffentlicher Aufträge festzulegen. Dieses Prinzip wird durch Regelung in Satz 11 durchbrochen. Der Schutzstandard wird in den betreffenden und sehr vergaberelevanten Branchen auf das gesetzliche Minimum reduziert.

In der Folge ist unter Nr. b) bb) nach „oder 10“ ein „“ zu machen und auf den letzten Halbsatz zu verzichten.

Zu Nr. 5

Die Änderung ist sinnvoll und erforderlich. Bei einem Betreiberwechsel in Folge der Neuvergabe von Verkehrsdienstleistungen verlieren die bisher dazu Beschäftigten regelmäßig ihre Arbeitsplätze. Angesichts des Umfangs der Verkehrsleistungen, die pro Ausschreibung vergeben werden, kann das Personal nicht adäquat anderweitig eingesetzt werden.

Damit verbindet sich eine besondere Verantwortung der Auftraggeber für betroffene Beschäftigte. Auf der anderen Seite können die Unternehmen, die Ausschreibungen gewinnen, das erforderliche Fachpersonal regelmäßig nicht in kurzer Zeit am Arbeitsmarkt rekrutieren und daher die Leistungen aufgrund von Personalmangel nur eingeschränkt erbringen. Die Verpflichtung zur Übernahme der Arbeitnehmer*innen des bisherigen Betreibers zu den bisher gewährten Arbeitsbedingungen schafft auf allen Seiten Sicherheit. Gleichzeitig wird verhindert, dass Dumping-Angebote zu Lasten der Beschäftigten unterbreitet werden.

Klargestellt werden sollten, dass die Übernahmeverpflichtung nicht nur für das fahrende Personal, sondern auch für sonstige Beschäftigte, wie Werkstätten und Reinigungsdienste, gilt.

Zu Nr. 13

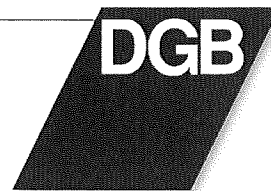
Die Durchführung von Kontrollen ist tatsächlich unbedingt erforderlich. Aktuell werden Verstöße gegen Vergabebestimmungen regelmäßig nicht festgestellt, weil sich Auftraggeber unzuständig fühlen.

Es darf aber nicht verkannt werden, dass angesichts der personellen Ausstattung der Vergabestellen, dem generellen Mangel an Fachpersonal und den betriebswirtschaftlichen, arbeits-, tarif- und sozialrechtlichen Kenntnissen, die die Kontrollen erfordern würden, die Auftraggeber oft tatsächlich nicht in der Lage sind, diese effektiv durchzuführen. Das wissen die Auftragnehmer auch.

Wir empfehlen deswegen den Aufbau einer landesweit tätigen Kontrolleinheit, die die Vergabestellen unterstützt bzw. unabhängig prüft. Wenn Kapazitäten aufgebaut worden sind, sollten Kontrollquoten vorgegeben werden, die „stichprobenartig“ konkretisieren.

Zu Nr. 14 d)

Die Regelung ist zu begrüßen. Nicht nur wird bisher i. d. R. nicht bekannt, dass ein Auftragnehmer bei der Ausführung von öffentlichen Aufträgen gegen Verpflichtungen aus dem ThürVgG verstoßen hat. In der Praxis stellt sich der Ausschluss von Unternehmen durch andere öffentliche Auftraggeber schwierig dar und ist mit Unsicherheiten behaftet. Eine gesetzliche Klarstellung in Abs. 3 Satz 1 sowie das vorgesehene Register mit verlässlichen Informationen über das Vorliegen von Ausschlussgründen können hier helfen.



Darüber hinaus ist zu empfehlen, dass die vorgesehenen Gesetzesänderungen mit einer kurzen Begründung versehen werden, um die jeweilige Zielstellung zu verdeutlichen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes - Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7451 -											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8029 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Zukunftsfähiges Thüringen e.V.</td> <td style="padding: 5px;">Verein</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;">c/o Kowo Haus der Vereine</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Johannesstraße 2</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99084, Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Zukunftsfähiges Thüringen e.V.	Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o Kowo Haus der Vereine	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Johannesstraße 2	Postleitzahl, Ort	99084, Erfurt
Name	Organisationsform										
Zukunftsfähiges Thüringen e.V.	Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o Kowo Haus der Vereine										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Johannesstraße 2										
Postleitzahl, Ort	99084, Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname								
Name	Vorname										
	<div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										

	Straße, Hausnummer		
	Postleitzahl, Ort		
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)		
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher		
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?		
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)		
	Eine Zusammenführung der aus unserer Sicht jeweils an unterschiedlichen Stellen positiven Verbesserungen aus den beiden vorliegenden Gesetzesentwürfen würde zu einem starken Thüringer Vergabegesetz 2023 führen können. Wir begrüßen zudem die Einführung einer Landesvergabeberatungsstelle (LVBS), deren geeignete Ausstattung und Aufhängung ist im weiteren Prozess zu diskutieren. Verstärken wollen wir jedoch die vorgelegten kann Bestimmungen vor dem Hintergrund der angestrebten LVBS zu Soll-Bestimmungen. Hierzu ist zu diskutieren, ab wann im Umsetzungsprozess nach einer Evaluation der neuen Regelungen - dies dann über die Landeseinrichtungen hinaus auch in der kommunalen Familie umsetzbar wäre.		
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)		
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)		<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?		
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?		
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief		
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)		
	<input type="checkbox"/> ja		<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!		

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 22.8.2023	

Zukunftsfähiges Thüringen e.V. • c/o KoWo-Haus der Vereine,
Johannesstraße 2, 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und
digitale Gesellschaft
Frau Dr. Kristin Eglinski
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

**Zukunftsfähiges Thüringen e.V.
c/o Kowo-Haus der Vereine
Johannesstraße 2, 99084 Erfurt**

Vorstandsvorsitzender

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen

Datum
22.08.2023

Stellungnahme zu den Gesetzentwürfen zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes

der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7451 und
der Fraktionen Die LINKE, der SPD und Bündnis90/Die Grünen – Drucksache 7/8029

Sehr geehrte Frau Dr. Eglinski,

mit Schreiben vom 7. Juni 2023 haben Sie uns gebeten, zu den zwei Gesetzentwürfen zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes schriftlich Stellung zu nehmen bzw. an der Anhörung teilzunehmen. Vielen Dank für die erneute Beteiligung an einem Anhörungsverfahren zum Thüringer Vergabegesetz..

Die Ihnen bekannte Thüringer Beschaffungsallianz konnte in der umfänglichen Form nicht weiter fortgeführt werden, da die Fortsetzung der Förderung von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und dem Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz nicht möglich war. Das Thema wird von uns jedoch, insbesondere im Bürgermeisterdialog zur nachhaltigen Kommunalentwicklung in Thüringen (BM-Dialog) und in den Projekten und Veranstaltungen des Vereins Zukunftsfähiges Thüringen und hier einem größeren Teil der früheren Akteure, integriert fortgeführt (z. B. über das Projekt Global nachhaltige Kommunen Thüringen zu kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien, dem digitalen kommunalen Nachhaltigkeitscheck, „Mission Mehrweg“ der Kampagne für Thüringer Kommunen und thematischen Einzelveranstaltungen, wie unsere Mitbeteiligung am deutschlandweiten Fair Kongress in Erfurt im Juni 2023).

Mit diesen Vorbemerkungen und trotz der Notwendigkeit einer Befassung über die Thüringer Sommerferien hinweg, die eine breite Abstimmung mit allen möglichen Personen und Gremien nicht abschließend leistbar macht, freuen wir uns, Ihnen eine detaillierte Stellungnahme

abgeben zu können und werden auch an der Anhörung am 6.9.2023 im Thüringer Landtag mit einem mündlichen Beitrag teilnehmen.

Für Rückfragen stehen Herr Hans-Peter Perschke, Sprecher des Bürgermeisterdialoges zur nachhaltigen Kommunalentwicklung in Thüringen, und ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Vorstandsvorsitzender Zukunftsfähiges Thüringen e.V.

Anlage: Stellungnahme als Synopse zu den Gesetzesentwürfen zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes DS 7/7451 und DS 7/8029

Stellungnahme: Synopse und Änderungsvorschläge zu den Gesetzesentwürfen
zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes DS 7/7451 und DS 7/8029
Stand: 22.08.2023

Einführung in den in der Stellungnahme gewählten Darstellungs- und Argumentationswegweg.

Aufgrund der üblichen komplexen Darstellungsweise der Gesetzänderungen in den beiden Entwürfen hatten wir uns entschlossen, die Änderungen neben dem Gesetz tabellarisch aufzuführen und auf ihren Änderungsgehalt hin Punkt für Punkt in einer Synopse durchzugehen, um den Überblick zu behalten. Dies einfach, weil an so vielen Stellen im Gesetz Änderungen durch beide Entwürfe vorgenommen werden sollen.

Aufgrund dieses Vorgehens gelangten wir nach dem ersten Durchgang in dieser Form zu folgender – an sich auch uns überraschender – Erkenntnis:

In beiden Gesetzesentwürfen sind, legt man beide Entwürfe über das bestehende Gesetz,

- zum einen die beabsichtigte sinnvolle Verschlankung des Gesetzes vor dem Hintergrund des Evaluierungsgutachtens zu finden, denen wir uns anschließen können und
- zum anderen ergibt sich aus der an sich unterschiedlichen Detailzielstellung der Entwurfsverfasser - aus unserer Sicht fast zwingend einfach - die Möglichkeit bzw. Chance an jeweils unterschiedlichen Stellen dem jeweils präziseren und praxistauglicheren Vorschlag zu folgen. Aus unserer Wahrnehmung halten sich damit auch die jeweiligen Zielstellungen der Verfasser:innen aus Regierung und Opposition gut in der Waage.

Mit dieser Erkenntnis haben wir uns dazu entschlossen, unsere Stellungnahme in der bearbeiteten tabellarischen Gegenüberstellung, ergänzt um unsere Einschätzungen, Begründungen und einige Formulierungsvorschläge einzureichen. In diesem Vorgehen ist so auch die Beantwortung der 13 Fragen direkt und indirekt durch die Akzeptanz vielfach auch ohne weitere vertiefende Aussagen inkludiert.

Herausgreifen möchten wir dennoch folgende Punkte/Aussagen.

Wir hoffen, dass die Fraktionen im weiteren Beratungsprozess unserer Erkenntnis folgen können, dass die zu beschließenden Änderungen eine Synthese aus den jeweils konziseren Vorschlägen aus beiden Entwürfen ist.

- Wir begrüßen die Einrichtung einer **Landesvergabeberatungsstelle** entweder im Ministerium oder bei einem geeigneten Träger.
- Wir halten allerdings eine **Soll**-Formulierung für die gesamte öffentliche Hand in den §§ 4 (1), 10 (7) und 10a für wichtig. Deshalb haben wir in der guten Textformulierung der CDU in § 4 (1) das dortige „können“ durch „sollen“ ersetzt. Dies schafft Klarheit, erfordert Wissen, Kompetenz und Veränderung, wie es mit der Landesvergabeberatungsstelle bereitgestellt werden wird.

Soll dies gelingen und mitgetragen werden, wäre ggf. die folgende Umsetzungskaskade hilfreich/notwendig.

Denn unsere Absicht wäre nicht, die Beschlussfassung eines geänderten Thüringer Vergabegesetzes 2023 hierdurch zu verzögern.

- Zu prüfen wäre, inwieweit die Soll-Bestimmungen in einem ersten Schritt zunächst nur für die Ministerien, Landesverwaltung und nachgeordnete Einrichtungen gelten.
- Zu prüfen wäre ferner
- Inwieweit eine zeitlich verzögerte Verankerung der Vorgaben des Gesetzes als Soll-Bestimmungen auch für die kommunalen Auftraggeber ohne das Erfordernis einer weiteren Gesetzesänderung erfolgen kann. Dies wäre an die Evaluation des Gesetzes mit der erwiesenen Funktionsfähigkeit auch der Landesvergabeberatungsstelle nach 4 Jahren geknüpft Diese Frage müssen wir heute offenlassen.

- Hierzu benötigen wir mehr Zeit für eine ausreichend breite Beteiligung unserer Akteure, auch, um so der Empfehlung ein noch größeres Gewicht zu geben. Wir schlagen deshalb dieses gestufte Vorgehen vor, da eine Zustimmung auch der kommunalen Familie insgesamt uns so erreichbar scheint. Hierzu sollte ein Dialogprozess zeitnah begonnen werden. Gern bringen wir uns hier mit ein.
- Inwieweit in § 10 (7) die Soll-Vorschrift zur Verankerung von vergabespezifischen Mindestlöhnen auch auf kommunaler Ebene zu Gleichbehandlungsproblemen führen könnte oder sogar ein sinnvolles Nachziehen bedeuten würde, wäre auch im Kontext des kommunalen Finanzausgleiches vertieft zu prüfen.
- Wir plädieren dafür, die Aufführung der **ILO-Kernarbeitsnormen** weiter im Gesetz zu belassen. Zwar wissen auch wir, dass dies eigentlich allgemeiner, gesetzlicher Standard ist, halten es aber für zielführend, dies hier weiter zu bekräftigen.
- Die Fragen 10 und 13 sind, wie Sie wissen, für uns ausgesprochen wichtig.
 - Zum einen sehen wir hierbei beide Fragen eng miteinander verknüpft. Beispielhaft möchten wir deshalb neben der Darstellung in der Tabelle deutlich hervorheben, dass Klimaschutz, die Umsetzung der Kreislaufwirtschaft und der Produktlebenszyklus von Produkten und Dienstleistungen sowie Maßnahmen zur Nachhaltigkeit bezüglich Dekarbonisierung und Energie- und Ressourceneffizienz (Frage 10) zukunftsfähig (auch im Sinne von Produktlebenszyklus, und Kreislaufwirtschaft und Lieferkettenthematik) nur unter Berücksichtigung sozialer (siehe auch oben ILO-Kernarbeitsnormen und Tariftreue auch in Thüringen) und ökologischer Kriterien zu erreichen sind (Frage 13).

- Das Merkmal **Regionalität** begrüßen wir dann, wenn es zuvor/zugleich die Fragen 10 und 13 schlüssig mit abdeckt. Nicht zuletzt auch, weil wir einschätzen, dass künftig regionale Produkte und Dienstleistungen, die diese Qualitäten und Kriterien nicht aufweisen, es am Markt zunehmend schwer haben werden und insofern hier ein Vorangehen der Entwicklung der Wirtschaft eher dienlich ist.
- Hinweisen möchten wir noch auf die aktuell in der Diskussion befindliche **Drucksache 7/7779 „Nachhaltigkeitsinvestitionen beschleunigen“**. Hier wäre gezielt auf soziale und ökologische Kriterien mit abzuheben. Im Ergebnis werden sich so mittelfristig Änderungen in den Produkten und auch durch die eintretenden Skaleneffekte, in den Preisen abbilden.
- **Zu den übrigen Anhörungsfragen verweisen wir auf die unten folgende Gesamttabelle**

Fazit:

Mit den aus beiden Gesetzentwürfen zusammengeführten Änderungen, den Verschlinkungen, bei Beibehaltung bzw. Setzung wichtiger Lenkungselemente, wird ein **starkes Thüringer Vergabegesetz** einen wichtigen Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation Thüringens und für eine rechtzeitig zukunftsfähig ausgerichtete Thüringer Wirtschaft liefern. In der schrittweisen Umsetzung sollte nach 4 Jahren überprüft werden, dass die dargestellte angestrebte ausgewogene Mischung aus Verschlinkung (Entbürokratisierung), zukunftsweisenden Standards (Kriterien, Vorgaben) mit einer qualifizierten Betreuung und Schulung und Begleitung (Landesvergabeberatungsstelle, Vorlagen, e-Vergabe) gelungen ist.

Auf diesen Weg sollte also die **kommunale Familie** frühzeitig und in geeigneter Form eingebunden, unterstützt und begleitet werden, so dass die hier liegenden Potentiale ebenfalls zur vollen Entfaltung kommen können. In unserer Wahrnehmung nimmt hier die Bereitschaft kontinuierlich zu – sofern nicht Überlastung, Bürokratisierung und gefühlte/erlebte Rechtsunsicherheit ein Voranschreiten verhindern. Anmerken möchten wir, dass im Gegenteil vielfach Kommunen mit ihren Bürgerinnen und Bürgern und der lokalen Wirtschaft Vorreiter einer nachhaltigen Entwicklung auch in der sozial-ökologischen und fairen Vergabepraxis – wie auch zu anderen Themen - sind. Dieses Potential kann in gutem **Zusammenwirken von Bund, Land und Kommune** sicher verstärkt in Kraft gesetzt werden (durch Ausrichtung, Kriterien und gegenseitige Passfähigkeit und schlanke Verfahren auch in den Förderkulis- sen).

Hinweisen möchten wir noch darauf, dass die Änderung des Thüringer Vergabegesetzes in der zuvor beschriebenen Form, sich in unserem Verständnis bereits vorgehend gut in mehrere Punkte der **Thüringer Verfassungsreform** ein- passt, deren Beschluss im Landtag noch 2023 angestrebt wird. Die auf die Reform folgenden gesetzlichen und unterge- setzlichen Regelungen sollten/werden aus unserer Sicht gut zum geänderten Thüringer Vergabegesetz passen.

Stellungnahme: Synopse und Änderungsvorschläge in tabellarischer Form

§ (alte Fassung)	Text alt	Text Neu (Streichung) (<u>Einfügung</u>) (<u>Diskussionsvorschläge</u>)	Bewertung
§ 1 Abs. 1	Dieses Gesetz gilt für die Vergabe öffentlicher Aufträge im Sinne der §§ 103 und 104 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in der Fassung vom 26. Juni 2013 (BGBl. I S. 1750, 3245) in der jeweils geltenden Fassung ungeachtet des Erreichens der Schwellenwerte nach § 106 GWB, soweit bei Bauaufträgen ein geschätzter Auftragswert von 50.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) und bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen ein geschätzter Auftragswert von 20.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) überschritten wird. Für die Schätzung gilt § 3 der	Dieses Gesetz gilt für die Vergabe öffentlicher Aufträge im Sinne der §§ 103 und 104 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in der Fassung vom 26. Juni 2013 (BGBl. I S. 1750, 3245) in der jeweils geltenden Fassung ungeachtet des Erreichens der Schwellenwerte nach § 106 GWB, soweit bei Bauaufträgen ein geschätzter Auftragswert von 50.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) und bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen ein geschätzter Auftragswert von 20.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) überschritten wird. Für die Schätzung gilt § 3 der Vergabeverordnung	Der Anwendungsbereich des Gesetzes sollte nicht durch die Erhöhung von Wertgrenzen eingeschränkt werden. Daher empfehlen wir keine Änderung.

	Vergabeverordnung vom 12. April 2016 (BGBl. I S. 624) in der jeweils geltenden Fassung.	vom 12. April 2016 (BGBl. I S. 624) in der jeweils geltenden Fassung.	
§ 1 Abs.2 S.2 und 3	Das für Angelegenheiten im öffentlichen Auftragswesen zuständige Ministerium kann Einzelheiten zu den Verfahren und Grenzen für Auftragswerte festlegen, bis zu deren Erreichen eine Auftragsvergabe im Wege einer Beschränkten Ausschreibung, einer Verhandlungsvergabe oder einer Freihändigen Vergabe nach den Bestimmungen der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen und der Unterschwellenvergabeordnung zulässig ist. Die Beschaffung preisgebundener Schulbücher kann unterhalb der Schwellenwerte nach § 106 GWB durch eine Verhandlungsvergabe mit oder ohne Teilnahmewettbewerb erfolgen. Die Bestimmungen dieses Gesetzes und aufgrund dieses Gesetzes gehen den Bestimmungen nach Satz 1 vor.	Das für Angelegenheiten im öffentlichen Auftragswesen zuständige Ministerium kann Einzelheiten zu den Verfahren und Grenzen für Auftragswerte festlegen, bis zu deren Erreichen eine Auftragsvergabe im Wege <u>eines Direktauftrages</u> , einer Beschränkten Ausschreibung, einer Verhandlungsvergabe oder einer Freihändigen Vergabe nach den Bestimmungen der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen und der Unterschwellenvergabeordnung zulässig ist. Die Beschaffung preisgebundener Schulbücher kann unterhalb der Schwellenwerte nach § 106 GWB durch eine Verhandlungsvergabe mit oder ohne Teilnahmewettbewerb erfolgen. Die Bestimmungen dieses Gesetzes und aufgrund dieses	Die sprachlichen Ergänzungen und die Streichung der Regelung zur Schulbuchvergabe war im CDU-Entwurf enthalten und begegnet unsererseits keinen Einwänden.

		<p>Gesetzes gehen den Bestimmungen nach Satz 1 vor:</p> <p><u>, sowie weitere Verfahrenserleichterungen, soweit sie sich auf die Festlegung von Wertgrenzen für verschiedene Verfahrensarten und die Anforderungen an die verwendeten elektronischen Mittel und deren Einsatz beziehen.</u></p> <p><u>Dabei sollen die Grenzen für Auftragswerte bis zu deren Erreichen ein Direktauftrag möglich ist, auf mindestens 5.000 Euro (netto) festgesetzt werden. Weiter sollen die Grenzen für Auftragswerte, bis zu deren Erreichen eine Auftragsvergabe im Wege einer Verhandlungsvergabe zulässig ist, für Liefer- und Dienstleistungsaufträge auf mindestens 50.000 Euro (netto) und für Bauleistungen auf mindestens 100.000 Euro (netto) festgesetzt werden. Zudem soll die</u></p>	<p>Dies war ein leicht modifizierter Vorschlag der Regierung.</p> <p>Die CDU hatte sich eine Erhöhung der Wertgrenzen für einfachere Verfahrensarten gewünscht. Wir haben die etwas ambitionierten Werte auf ein geringeres Maß reduziert.</p>
--	--	--	--

		<u>Grenze für Auftragswerte, bis zu deren Erreichen eine Auftragsvergabe im Wege einer beschränkten Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb zulässig ist, für Bauleistungen auf mindestens 500.000 Euro (netto) festgesetzt werden.</u>	
2 Abs.1	Dieses Gesetz gilt für alle staatlichen und kommunalen Auftraggeber, sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, für die § 55 der Thüringer Landeshaushaltsordnung in der Fassung vom 19. September 2000 (GVBl. S. 282) oder § 31 der Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung vom 26. Januar 1993 (GVBl. S. 181) beziehungsweise § 24 der Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung Doppik vom 11. Dezember 2008 (GVBl. S. 504) jeweils in der jeweils geltenden Fassung gilt. Die Auftraggeber stellen sicher, dass die mit der Vergabe öffentlicher Aufträge befassten Beschäftigten über	Dieses Gesetz gilt für alle staatlichen und kommunalen Auftraggeber, sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, für die § 55 der Thüringer Landeshaushaltsordnung in der Fassung vom 19. September 2000 (GVBl. S. 282) oder § 31 der Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung vom 26. Januar 1993 (GVBl. S. 181 153) beziehungsweise § 24 der Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung Doppik vom 11. Dezember 2008 (GVBl. S. 504) jeweils in der jeweils geltenden Fassung gilt. Die Auftraggeber stellen sicher, dass die mit der Vergabe öffentlicher Aufträge befassten	Vorschlag der Regierung

	angemessene Kenntnisse im Vergaberecht verfügen. Zuwendungsempfänger haben dieses Gesetz zu beachten, soweit sie nach den allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen hierzu verpflichtet werden.	Beschäftigten über angemessene Kenntnisse im Vergaberecht verfügen. Zuwendungsempfänger haben dieses Gesetz zu beachten, soweit sie nach den allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen hierzu verpflichtet werden. Dabei können die Auftraggeber für die Erstellung der Ausschreibung und zur Begleitung des Verfahrens die Beratung der Landesvergabeberatungsstelle beim Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft in Anspruch nehmen.	Wir haben die Beratungsstelle beim Ministerium angesiedelt. Es wäre ggf. noch zu entscheiden, ob diese sich bei der Erfüllung dieser Aufgabe eines Dritten bedient.
3 Abs.3	Staatliche Auftraggeber im Sinne des § 2 Abs. 1 haben die Bekanntmachung eines öffentlichen Auftrages in elektronischer Form auf der zentralen Landesvergabepattform zu veröffentlichen. Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts im Sinne des § 2 Abs. 1, kommunale Auftraggeber im Sinne des §	Staatliche Auftraggeber im Sinne des § 2 Abs. 1 sowie sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts im Sinne des § 2 Abs.1 kommunale Auftraggeber im Sinne des § 2 Abs.2 und juristische Personen im Sinne des § 2 Abs.3 haben die Bekanntmachung eines öffentlichen Auftrages in elektronischer Form	Konkretisierende Formulierung der Landesregierung Diskussionsvorschlag

	2 Abs. 2, und juristische Personen im Sinne des § 2 Abs. 3 können die zentrale Landesvergabepattform für ihre Bekanntmachungen von öffentlichen Aufträgen nutzen.	auf der zentralen Landesvergabepattform oder auf dem Bekanntmachungsserver des Bundes zu veröffentlichen . Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts im Sinne des § 2 Abs. 1, kommunale Auftraggeber im Sinne des § 2 Abs. 2, und juristische Personen im Sinne des § 2 Abs. 3 können die zentrale Landesvergabepattform für ihre Bekanntmachungen von öffentlichen Aufträgen nutzen.	
4	(1) Staatliche Auftraggeber sollen bei der Beschaffung eines Investitionsgutes mit einem Stückwert von mehr als 1.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) neben den voraussichtlichen Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des Lebenszyklusprinzips die voraussichtlichen Betriebskosten über die Nutzungsdauer, die Kosten für den Energieverbrauch sowie die Entsorgungskosten berücksichtigen. Die kommunalen	(1) Staatliche Auftraggeber sollen bei der Beschaffung eines Investitionsgutes mit einem Stückwert von mehr als 1.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) neben den voraussichtlichen Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des Lebenszyklusprinzips die voraussichtlichen Betriebskosten über die Nutzungsdauer, die Kosten für den Energieverbrauch sowie die Entsorgungskosten berücksichtigen. Die kommunalen	

	<p>Auftraggeber und die sonstigen Auftraggeber im Sinne des § 2 können nach Satz 1 verfahren.</p> <p>(2) Bei der Beschaffung von IT- und IT-gestützten Produkten gilt § 4 des Thüringer Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung (ThürEGovG) in der jeweils geltenden Fassung. Dort, wo es technisch möglich und wirtschaftlich ist, soll der Einsatz von Open-Source-Software vorrangig erfolgen. Darüber hinaus sollen auch die Aspekte Bedienbarkeit, Zukunftssicherheit, Interoperabilität und IT-Sicherheit berücksichtigt werden. Unter Open-Source-Produkten sind solche Produkte zu verstehen, deren Quellcode öffentlich zugänglich ist und deren Lizenz die Verwendung, Weitergabe und Veränderung nicht einschränkt.</p>	<p>Auftraggeber und die sonstigen Auftraggeber im Sinne des § 2 können nach Satz 1 verfahren.</p> <p>(2) Bei der Beschaffung von IT- und IT-gestützten Produkten gilt § 4 des Thüringer Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung (ThürEGovG) in der jeweils geltenden Fassung. Dort, wo es technisch möglich und wirtschaftlich ist, soll der Einsatz von Open-Source-Software vorrangig erfolgen. Darüber hinaus sollen auch die Aspekte Bedienbarkeit, Zukunftssicherheit, Interoperabilität und IT-Sicherheit berücksichtigt werden. Unter Open-Source-Produkten sind solche Produkte zu verstehen, deren Quellcode öffentlich zugänglich ist und deren Lizenz die Verwendung, Weitergabe und Veränderung nicht einschränkt.</p>	
--	---	---	--

	<p>(3) Umweltbezogene und soziale Aspekte können auf allen Stufen des Vergabeverfahrens, namentlich bei der Definition des Auftragsgegenstands, dessen technischer Spezifikation, der Auswahl der Bieter, der Erteilung des Zuschlags und den Bedingungen für die Ausführung des Auftrags berücksichtigt werden, wenn sie im sachlichen Zusammenhang mit der Auftragsleistung stehen und in der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen angegeben sind.</p> <p>(4) Als umweltbezogene und soziale Aspekte nach Absatz 3 können insbesondere in Betracht kommen:</p> <p>1. der Anteil sozialversicherungspflichtig beschäftigter Arbeitnehmer,</p>	<p>(3) Umweltbezogene und soziale Aspekte können auf allen Stufen des Vergabeverfahrens, namentlich bei der Definition des Auftragsgegenstands, dessen technischer Spezifikation, der Auswahl der Bieter, der Erteilung des Zuschlags und den Bedingungen für die Ausführung des Auftrags berücksichtigt werden, wenn sie im sachlichen Zusammenhang mit der Auftragsleistung stehen und in der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen angegeben sind.</p> <p>(4) Als umweltbezogene und soziale Aspekte nach Absatz 3 können insbesondere in Betracht kommen:</p> <p>1. der Anteil sozialversicherungspflichtig beschäftigter Arbeitnehmer,</p>	
--	---	--	--

	<p>2. die Einbeziehung von Auszubildenden, Langzeitarbeitslosen oder schwerbehinderten Menschen in geeignetem Umfang,</p> <p>3. die Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen,</p> <p>4. Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im Beruf und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf,</p> <p>5. die umweltbezogene und soziale Verträglichkeit der verwendeten Produkte einschließlich deren Herkunft und Produktion,</p> <p>6. die Energieeffizienz.</p>	<p>2. die Einbeziehung von Auszubildenden, Langzeitarbeitslosen oder schwerbehinderten Menschen in geeignetem Umfang,</p> <p>3. die Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen,</p> <p>4. Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im Beruf und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf,</p> <p>5. die umweltbezogene und soziale Verträglichkeit der verwendeten Produkte einschließlich deren Herkunft und Produktion,</p> <p>6. die Energieeffizienz.</p> <p><u>(1) Soweit haushaltsrechtliche Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, Vorgaben des Umweltrechts oder Unionsrechts, insbesondere die Gewährung des Marktzugangs für ausländische Bieter nicht entgegenstehen, sollen</u></p>	<p>Wurde aus dem CDU-Entwurf übernommen, die Berücksichtigung sozialer und</p>
--	---	--	--

		<p><u>Auftraggeber im Vergabeverfahren, namentlich bei der Definition des Auftragsgegenstandes einschließlich dessen technischer Spezifikation, der Erteilung des Zuschlags gemäß § 43 UVgO und den Bedingungen für die Ausführung des Auftrags, ökologische und soziale Belange berücksichtigen, wenn sie im sachlichen Zusammenhang mit der Auftragsleistung stehen und in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen angegeben sind. Insbesondere sollen staatliche Auftraggeber bei der Auswahl eines zu beschaffenden Investitionsgutes mit einem Stückwert von mehr als 1.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) neben den voraussichtlichen Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des Lebenszyklusprinzips die voraussichtlichen Betriebskosten über die Nutzungsdauer, die Kosten für den</u></p>	<p>ökologischer Belange aber als Soll-Vorschrift verankert.</p>
--	--	---	---

		<p><u>Energieverbrauch sowie die Entsorgungskosten berücksichtigen.</u></p> <p><u>(2) Als Aspekte nach Absatz 1 können bei der Definition des Auftragsgegenstandes insbesondere in Betracht kommen:</u></p> <p><u>1. Verwendung von Produkten, die aus recycelten Materialien hergestellt wurden.</u></p> <p><u>2. Verwendung ressourcenschonend hergestellter Produkte und Materialien,</u></p> <p><u>3. Verwendung von Produkten und Materialien die Umweltgütezeichen tragen,</u></p> <p><u>4. umweltbezogene und soziale Verträglichkeit der verwendeten Produkte einschließlich deren Herkunft und Produktion,</u></p> <p><u>5. die Energieeffizienz der verwendeten Produkte.</u></p>	
--	--	---	--

		<p><u>(3) Der Auftraggeber kann zusätzliche Bedingungen für die Ausführung des Auftrags vorschreiben, wenn diese</u></p> <p><u>1. mit Unionsrecht vereinbar sind, insbesondere keinen diskriminierenden Charakter haben,</u></p> <p><u>2. in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen angegeben werden,</u></p> <p><u>und</u></p> <p><u>3. keine versteckten technischen Spezifikationen, Auswahl- oder Zuschlagskriterien darstelle</u></p> <p><u>Öffentliche Auftraggeber sollen unter den in Satz 1 genannten Voraussetzungen für die Ausführung des Auftrages in geeigneten Fällen mindestens einen umweltbezogenen Aspekt vorschreiben, sofern nicht bereits im Rahmen der Definition des Auftragsgegenstands gemäß Absatz 2 mindestens ein umweltbezogener Aspekt</u></p>	<p>Vom CDU-Entwurf übernommen, aber sprachlich hinsichtlich einer besseren Handhabbarkeit überarbeitet.</p> <p>Wir sind der Meinung, dass die Soll-Vorschrift zur Mindestberücksichtigung ökologischer Aspekte von staatlichen Auftraggebern auf alle öffentlichen</p>
--	--	---	--

		<p><u>vorgegeben wurde. Als umweltbezogene Aspekte im Rahmen der Auftragsausführung kommen umweltfreundliche und energieeffiziente Verfahren in Betracht wie zum Beispiel:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. <u>Einsatz von Geräten und Fahrzeugen mit hoher Energieeffizienzklasse,</u> 2. <u>Einsatz ressourcenschonender Verfahren,</u> 3. <u>Verfahren, die einen möglichst geringen Schadstoffausstoß (zum Beispiel niedriger CO₂-Fußabdruck), möglichst geringe Geräusch-, Geruchs- oder sonstige Emissionen verursachen oder weitestgehend auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Pestiziden verzichten sowie</u> 4. <u>Anwendung von Umweltmanagementmaßnahmen nach oder analog zu den</u> 	<p>Auftraggeber ausgedehnt werden sollte</p> <p>Wir halten eine Soll Formulierung für die gesamte öffentliche Hand in den §§ 4 (1), 10 (7) und 10a für wichtig. Deshalb haben wir in der guten Textformulierung der CDU in § 4 (1) das dortige „können“ durch sollen ersetzt. Dies schafft Klarheit, erfordert Wissen, Kompetenz und Veränderung. Soll dies Gelingen und mitgetragen werden können wäre ggf. die in unserem Anschreiben formulierte Umsetzungskaskade hilfreich/notwendig. Denn unsere Absicht wäre nicht die</p>
--	--	--	---

		<u>Vorgaben des Eco-Management and Audit Scheme (EMAS).</u>	Beschlussfassung eines geänderten Thüringer Vergabegesetzes 2023 hierdurch zu verzögern.
5	Bereits bei der Definition des Auftragsgegenstands kann der Auftraggeber ökologische und soziale Belange berücksichtigen, soweit nicht haushaltsrechtliche Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, Vorgaben des Umweltrechts oder Unionsrecht, insbesondere keine Beeinträchtigung des Marktzugangs für ausländische Bieter entgegenstehen.	Bereits bei der Definition des Auftragsgegenstands kann der Auftraggeber ökologische und soziale Belange berücksichtigen, soweit nicht haushaltsrechtliche Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, Vorgaben des Umweltrechts oder Unionsrecht, insbesondere keine Beeinträchtigung des Marktzugangs für ausländische Bieter entgegenstehen.	
6	(1) Bei der technischen Spezifikation eines Auftrages können Umwelteigenschaften oder Auswirkungen bestimmter Warengruppen oder Dienstleistungen auf die Umwelt, oder auch beide, festgelegt werden. Hierzu können	(1) Bei der technischen Spezifikation eines Auftrages können Umwelteigenschaften oder Auswirkungen bestimmter Warengruppen oder Dienstleistungen auf die Umwelt, oder auch beide, festgelegt werden. Hierzu können	

	<p>geeignete Spezifikationen verwendet werden, die in Umweltgütezeichen definiert sind. Für die Anforderungen an Umweltgütezeichen gelten die jeweils einschlägigen Bestimmungen der Vergabeverordnung, der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen und der Unterschwellenvergabeordnung.</p> <p>(2) Andere geeignete Beweismittel, insbesondere technische Unterlagen der Hersteller oder Prüfberichte anerkannter Stellen, sind ebenfalls zulässig. Die technischen Spezifikationen dürfen die Öffnung der öffentlichen Beschaffungsmärkte für den Wettbewerb nicht in ungerechtfertigter Weise behindern.</p>	<p>geeignete Spezifikationen verwendet werden, die in Umweltgütezeichen definiert sind. Für die Anforderungen an Umweltgütezeichen gelten die jeweils einschlägigen Bestimmungen der Vergabeverordnung, der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen und der Unterschwellenvergabeordnung.</p> <p>(2) Andere geeignete Beweismittel, insbesondere technische Unterlagen der Hersteller oder Prüfberichte anerkannter Stellen, sind ebenfalls zulässig. Die technischen Spezifikationen dürfen die Öffnung der öffentlichen Beschaffungsmärkte für den Wettbewerb nicht in ungerechtfertigter Weise behindern.</p>	
7 Abs.3,	<p>(3) Ausgeschlossen werden kann ein Bieter insbesondere, wenn dieser bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende</p>	<p>Ausgeschlossen werden kann ein Bieter insbesondere, wenn dieser bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende</p>	<p>Hier war eine Ergänzung der CDU vorgesehen, die nicht</p>

<p>4 und 5</p>	<p>umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat oder der Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass der Bieter Vereinbarungen mit anderen Bietern getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.</p> <p>(4) Im Rahmen der zu überprüfenden technischen Fachkunde können mit Ausnahme bei Lieferaufträgen Umweltbelange Berücksichtigung finden. Der öffentliche Auftraggeber kann mit dem Auftragsgegenstand zusammenhängende und ihm angemessene Anforderungen an die technische Leistungsfähigkeit des Bieters aufstellen, die in der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen anzugeben sind. Diese können bei umweltrelevanten öffentlichen Bau-</p>	<p>umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat oder der Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass der Bieter Vereinbarungen mit anderen Bietern getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.</p> <p>(4) Im Rahmen der zu überprüfenden technischen Fachkunde können mit Ausnahme bei Lieferaufträgen Umweltbelange Berücksichtigung finden. Der öffentliche Auftraggeber kann mit dem Auftragsgegenstand zusammenhängende und ihm angemessene Anforderungen an die technische Leistungsfähigkeit des Bieters aufstellen, die in der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen anzugeben sind. Diese können bei umweltrelevanten öffentlichen Bau-</p>	<p>notwendig und damit erlässlich war.</p> <p>Da bereits in § 4 enthalten, begegnet die Streichung unsererseits keinen Bedenken.</p>
-----------------------	--	---	--

	<p>und Dienstleistungsaufträgen in der Angabe der Umweltmanagementmaßnahmen bestehen, die bei der Ausführung des Auftrags zur Anwendung kommen sollen. Zum Nachweis dafür, dass der Bieter bestimmte Normen für das Umweltmanagement erfüllt, kann der Auftraggeber die Vorlage von Bescheinigungen unabhängiger Stellen verlangen.</p> <p>(5) Eco-Management and Audit Scheme (EMAS) ist als europäische Auszeichnung für betriebliches Umweltmanagement zum Nachweis der Erfüllung von bestimmten Normen für das Umweltmanagement geeignet. Die Eintragung eines Unternehmens in das EMAS-Register kann für die Beurteilung der technischen Fachkunde eines Bieters unter folgenden Bedingungen herangezogen werden:</p>	<p>und Dienstleistungsaufträgen in der Angabe der Umweltmanagementmaßnahmen bestehen, die bei der Ausführung des Auftrags zur Anwendung kommen sollen. Zum Nachweis dafür, dass der Bieter bestimmte Normen für das Umweltmanagement erfüllt, kann der Auftraggeber die Vorlage von Bescheinigungen unabhängiger Stellen verlangen.</p> <p>(5) Eco-Management and Audit Scheme (EMAS) ist als europäische Auszeichnung für betriebliches Umweltmanagement zum Nachweis der Erfüllung von bestimmten Normen für das Umweltmanagement geeignet. Die Eintragung eines Unternehmens in das EMAS-Register kann für die Beurteilung der technischen Fachkunde eines Bieters unter folgenden Bedingungen herangezogen werden:</p>	
--	--	--	--

	<p>1. die Vergabestellen dürfen nicht auf die Registrierung als solche abstellen, sondern es muss ein Bezug zur Ausführung des Auftrags vorhanden sein und</p> <p>2. dem EMAS gleichwertige Nachweise für Umweltmanagementmaßnahmen sind anzuerkennen.</p>	<p>1. die Vergabestellen dürfen nicht auf die Registrierung als solche abstellen, sondern es muss ein Bezug zur Ausführung des Auftrags vorhanden sein und</p> <p>2. dem EMAS gleichwertige Nachweise für Umweltmanagementmaßnahmen sind anzuerkennen.</p>	
8	<p>Der Zuschlag ist auf das unter Berücksichtigung aller Umstände wirtschaftlichste Angebot zu erteilen. Das wirtschaftlichste Angebot bestimmt sich nach dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis. Zu dessen Ermittlung können neben dem Preis oder den Kosten auch qualitative, umweltbezogene oder soziale Aspekte berücksichtigt werden. Die Berücksichtigung von Umweltkriterien bei der Zuschlagserteilung ist zulässig, wenn</p>	<p>Der Zuschlag ist auf das unter Berücksichtigung aller Umstände wirtschaftlichste Angebot zu erteilen. Das wirtschaftlichste Angebot bestimmt sich nach dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis. Zu dessen Ermittlung können neben dem Preis oder den Kosten <u>einschließlich der Lebenszykluskosten</u> auch qualitative, umweltbezogene oder soziale Aspekte berücksichtigt werden. Die Berücksichtigung von Umweltkriterien bei der Zuschlagserteilung ist zulässig, wenn</p>	<p>Die CDU wollte diese deklaratorische Regelung gerne streichen. Wir halten sie aber für hilfreich.</p>

	<p>1. die Umweltkriterien mit dem Auftragsgegenstand zusammenhängen,</p> <p>2. die Umweltkriterien im Leistungsverzeichnis oder in der Bekanntmachung des Auftrags ausdrücklich genannt sind,</p> <p>3. dem Auftraggeber durch die Festlegung des Kriteriums keine uneingeschränkte Entscheidungsfreiheit eingeräumt wird und</p> <p>4. alle Grundsätze des Unionsrechts, vor allem das Diskriminierungsverbot, gewahrt werden.</p>	<p>1. die Umweltkriterien mit dem Auftragsgegenstand zusammenhängen,</p> <p>2. die Umweltkriterien im Leistungsverzeichnis oder in der Bekanntmachung des Auftrags ausdrücklich genannt sind,</p> <p>3. dem Auftraggeber durch die Festlegung des Kriteriums keine uneingeschränkte Entscheidungsfreiheit eingeräumt wird und</p> <p>4. alle Grundsätze des Unionsrechts, vor allem das Diskriminierungsverbot, gewahrt werden.</p>	
9	<p>(1) Der Auftraggeber kann zusätzliche Bedingungen für die Ausführung des Auftrags vorschreiben, wenn diese</p> <p>1. mit Unionsrecht vereinbar sind, insbesondere keinen diskriminierenden Charakter haben,</p>	<p>(1) Der Auftraggeber kann zusätzliche Bedingungen für die Ausführung des Auftrags vorschreiben, wenn diese</p> <p>1. mit Unionsrecht vereinbar sind, insbesondere keinen diskriminierenden Charakter haben,</p>	<p>Da bereits in § 4 enthalten, begegnet die Streichung unsererseits keinen Bedenken</p>

	<p>2. in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen angegeben werden,</p> <p>3. keine versteckten technischen Spezifikationen, Auswahl- oder Zuschlagskriterien darstellen und</p> <p>4. alle Bewerber in der Lage sind, diesen Bedingungen nachzukommen, falls sie den Zuschlag erhalten.</p> <p>(2) Unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 kann bei geeigneten umweltbedeutsamen Aufträgen, bei denen ein Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand besteht, der Auftraggeber einen Nachweis dafür verlangen, dass bestimmte Umweltmanagementmaßnahmen bei der Ausführung des Auftrags ergriffen werden.</p>	<p>2. in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen angegeben werden,</p> <p>3. keine versteckten technischen Spezifikationen, Auswahl- oder Zuschlagskriterien darstellen und</p> <p>4. alle Bewerber in der Lage sind, diesen Bedingungen nachzukommen, falls sie den Zuschlag erhalten.</p> <p>(2) Unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 kann bei geeigneten umweltbedeutsamen Aufträgen, bei denen ein Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand besteht, der Auftraggeber einen Nachweis dafür verlangen, dass bestimmte Umweltmanagementmaßnahmen bei der Ausführung des Auftrags ergriffen werden.</p>	
--	--	--	--

	<p>(3) Staatliche Auftraggeber sollen für die Ausführung des Auftrags in geeigneten Fällen mindestens einen umweltbezogenen Aspekt vorschreiben, sofern nicht bereits im Rahmen der Leistungsbeschreibung oder der Zuschlagskriterien mindestens ein umweltbezogener Aspekt vorgegeben wurde. Als umweltbezogene Aspekte in diesem Sinne gelten umweltfreundliche und energieeffiziente Produkte, Materialien und Verfahren, wie zum Beispiel:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Geräte, Fahrzeuge, Gebäude oder Gebäudebestandteile mit hoher Energieeffizienzklasse, 2. Produkte, die aus recycelten Materialien hergestellt wurden, 3. ressourcenschonend hergestellte Produkte, Materialien oder der Einsatz ressourcenschonender Verfahren bei der Auftragsausführung, 	<p>(3) Staatliche Auftraggeber sollen für die Ausführung des Auftrags in geeigneten Fällen mindestens einen umweltbezogenen Aspekt vorschreiben, sofern nicht bereits im Rahmen der Leistungsbeschreibung oder der Zuschlagskriterien mindestens ein umweltbezogener Aspekt vorgegeben wurde. Als umweltbezogene Aspekte in diesem Sinne gelten umweltfreundliche und energieeffiziente Produkte, Materialien und Verfahren, wie zum Beispiel:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Geräte, Fahrzeuge, Gebäude oder Gebäudebestandteile mit hoher Energieeffizienzklasse, 2. Produkte, die aus recycelten Materialien hergestellt wurden, 3. ressourcenschonend hergestellte Produkte, Materialien oder der Einsatz ressourcenschonender Verfahren bei der Auftragsausführung, 	
--	--	--	--

	<p>4. Verfahren, die einen möglichst geringen Schadstoffausstoß (zum Beispiel niedriger CO₂-Fußabdruck), möglichst geringe Geräusch-, Geruchs- oder sonstige Emissionen verursachen oder weitestgehend auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Pestiziden verzichten sowie</p> <p>5. Produkte, Materialien oder Verfahren, die Umweltgütezeichen im Sinne von § 6 Abs. 1 Satz 3 tragen.</p>	<p>4. Verfahren, die einen möglichst geringen Schadstoffausstoß (zum Beispiel niedriger CO₂-Fußabdruck), möglichst geringe Geräusch-, Geruchs- oder sonstige Emissionen verursachen oder weitestgehend auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Pestiziden verzichten sowie</p> <p>5. Produkte, Materialien oder Verfahren, die Umweltgütezeichen im Sinne von § 6 Abs. 1 Satz 3 tragen.</p>	
<p>10</p> <p>Abs.1</p> <p>S.1</p>	<p>Für Bauleistungen und andere Dienstleistungen, die das Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) oder die das Tarifvertragsgesetz in der Fassung vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1323) jeweils in der jeweils geltenden Fassung erfasst, dürfen öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die sich verpflichtet haben, ihren</p>	<p>Für Bauleistungen und andere Dienstleistungen, die das Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) oder die das Tarifvertragsgesetz in der Fassung vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1323) oder das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/957 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG</p>	<p>Diese redaktionelle Änderung ist sinnvoll.</p>

	Arbeitnehmern bei der Ausführung dieser Leistungen Arbeitsbedingungen zu gewähren, die mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den das Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist oder der nach dem Tarifvertragsgesetz für allgemein verbindlich erklärt wurde.	<u>über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen vom 10 Juli 202 (BGBl I S.1657)</u> jeweils in der jeweils geltenden Fassung erfasst, dürfen öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die sich verpflichtet haben, ihren Arbeitnehmern bei der Ausführung dieser Leistungen Arbeitsbedingungen zu gewähren, die mindestens den Vorgaben des für das Unternehmen anwendbaren Tarifvertrages entsprechen.	
10 Abs.2 S.1	Öffentliche Aufträge für Dienstleistungen der allgemein zugänglichen Beförderung von Personen im öffentlichen Personennahverkehr dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die sich verpflichtet haben, ihren Arbeitnehmern bei der Ausführung der Leistung mindestens das in Thüringen für diese Leistung in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen	Öffentliche Aufträge für Dienstleistungen der allgemein zugänglichen Beförderung von Personen im öffentlichen Personennahverkehr dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die sich verpflichtet haben , ihren Arbeitnehmern bei der Ausführung der Leistung mindestens das in Thüringen für diese Leistung in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen	Den Vorschlag der CDU, von einer Verpflichtungserklärung auf eine Vertragsbedingung zu gehen empfinden wir im Zuge der angestrebten Verfahrensvereinfachung als hilfreich.

	Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen und während der Ausführungslaufzeit Änderungen des Tarifentgelts nachzuvollziehen.	Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen und während der Ausführungslaufzeit Änderungen des Tarifentgelts nachzuvollziehen.	
10 Abs.4	Staatliche Auftraggeber vergeben Aufträge an Unternehmen nur dann, wenn diese sich verpflichten, ihren Arbeitnehmern bei der Ausführung der Leistung mindestens das in Thüringen für die jeweilige Branche in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen und während der Ausführungslaufzeit Änderungen des Tarifentgelts nachzuvollziehen. Bei mehreren als repräsentativ festgestellten Tarifverträgen darf die Wahlmöglichkeit des sich bewerbenden	Auftraggeber <u>im Sinne des § 2 Abs.1 sowie sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts im Sinne des § 2 Abs.1, kommunale Auftraggeber im Sinne des § 2 Abs.2 und juristische Personen im Sinne des § 2 Abs.3</u> vergeben Aufträge an Unternehmen nur dann, wenn diese sich verpflichten , ihren Arbeitnehmern bei der Ausführung der Leistung mindestens das in Thüringen für die jeweilige Branche in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten <u>nach den</u>	Die Erweiterung des Anwendungsbereichs des vergabespezifischen Mindestlohns war ein Vorschlag der Regierung, den wir als sinnvoll erachten.

	<p>Unternehmens nicht beschränkt werden. Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend. Das für Arbeit zuständige Ministerium gibt im Thüringer Staatsanzeiger bekannt, welcher Tarifvertrag beziehungsweise welche Tarifverträge für die jeweilige Branche als repräsentativ im Sinne des Satzes 1 anzusehen sind; Absatz 3 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass das für Arbeit zuständige Ministerium die in Absatz 3 geregelten Rechte und Pflichten in alleiniger Zuständigkeit wahrnimmt. Unterfällt die ausgeschriebene Leistung keinem als repräsentativ festgestellten Tarifvertrag im Sinne des Satzes 1 oder liegt keine Bekanntgabe im Sinne des Satzes 4 vor, vergeben staatliche Auftraggeber Aufträge an Unternehmen nur dann, wenn diese sich verpflichten, ihren Arbeitnehmern bei der Ausführung der Leistung ein Mindeststundenentgelt von 11,42 Euro (brutto)</p>	<p>Bestimmungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) oder die das Tarifvertragsgesetz in der Fassung vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1323) oder das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/957 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen vom 10 Juli 202 (BGBl I S.1657) jeweils in der jeweils geltenden Fassung einschlägige beziehungsweise das in einem mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt-zu zahlen und während der Ausführungslaufzeit Änderungen des Tarifentgelts nachzuvollziehen. Dies schließt die tarifvertraglich vereinbarten Zuschläge für Mehr-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit und</p>	<p>Das ist eine sinnvolle und konstruktive Formulierung aus dem CDU-Vorschlag die unserer Meinung nach beibehalten werden kann</p> <p>Dies ist ein Regierungsvorschlag, den wir um eine unpraktikable Regelung, die</p>
--	---	---	---

	<p>zu zahlen. Gleiches gilt, wenn das in dem als repräsentativ festgestellten Tarifvertrag vorgesehene Stundenentgelt geringer ist als das in Satz 5 genannte Mindeststundenentgelt. Als Entgelt im Sinne der Sätze 1 und 5 gelten alle Zahlungen, die im arbeitsvertraglichen Austauschverhältnis als Gegenleistung für die vom Arbeitnehmer erbrachte Arbeit gezahlt werden. Die Verpflichtung zur Zahlung der in Satz 1 oder Satz 5 genannten Mindeststundenentgelte gilt nicht, wenn die ausgeschriebene Leistung im sachlichen und räumlichen Anwendungsbereich</p> <p>1. eines nach dem Tarifvertragsgesetz für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrages oder</p> <p>2. eines Tarifvertrages, dessen Geltung durch eine Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmer-</p>	<p><u>Sonderzahlungen mit ein.</u> Bei mehreren als repräsentativ festgestellten Tarifverträgen darf die Wahlmöglichkeit des sich bewerbenden Unternehmens nicht beschränkt werden. Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend. Das für Arbeit zuständige Ministerium gibt im Thüringer Staatsanzeiger bekannt, welcher Tarifvertrag beziehungsweise welche Tarifverträge für die jeweilige Branche als repräsentativ im Sinne des Satzes 1 anzusehen sind; Absatz 3 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass das für Arbeit zuständige Ministerium die in Absatz 3 geregelten Rechte und Pflichten in alleiniger Zuständigkeit wahrnimmt. Unterfällt die ausgeschriebene Leistung keinem als repräsentativ festgestellten Tarifvertrag im Sinne des Satzes 1 oder liegt keine Bekanntgabe im Sinne des Satzes 4<u>7</u> vor, vergeben staatliche Auftraggeber Aufträge an Unternehmen nur dann, wenn</p>	<p>bestimmte Zuschläge an die Auftragsdauer geknüpft hat gekürzt haben.</p>
--	--	--	---

	<p>Entsendegesetz auf alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer erstreckt wurde,</p> <p>liegt und sich hieraus ein Mindeststundenentgelt ergibt.</p>	<p>diese sich verpflichten, ihren Arbeitnehmern bei der Ausführung der Leistung ein Mindeststundenentgelt von 11,42 <u>13,50</u> Euro (brutto) zu zahlen. Gleiches gilt, wenn das in dem als repräsentativ festgestellten Tarifvertrag vorgesehene Stundenentgelt geringer ist als das in Satz 5 genannte Mindeststundenentgelt. Als Entgelt im Sinne der Sätze 1 und 5 gelten alle Zahlungen, die im arbeitsvertraglichen Austauschverhältnis als Gegenleistung für die vom Arbeitnehmer erbrachte Arbeit gezahlt werden. Die Verpflichtung zur Zahlung der in Satz 1 oder Satz 5 <u>8</u> genannten Mindeststundenentgelte gilt nicht, wenn die ausgeschriebene Leistung im sachlichen und räumlichen Anwendungsbereich</p> <p>1. eines nach dem Tarifvertragsgesetz für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrages oder</p>	<p>Streichung ist Regierungsvorschlag und begegnet aus unserer Sicht keinen durchgreifenden Bedenken.</p>
--	--	--	---

		<p>2. eines Tarifvertrages, dessen Geltung durch eine Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer erstreckt wurde,</p> <p>liegt und sich hieraus ein Mindeststundenentgelt ergibt.</p>	
<p>10</p> <p>Abs.5</p>	<p>Auszubildende, Praktikanten und Teilnehmende an Bundes- und Jugendfreiwilligendiensten gelten nicht als Arbeitnehmer im Sinne des Absatzes 4. Setzt das Unternehmen Leiharbeiternehmer im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in der Fassung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158) in der jeweils geltenden Fassung ein, muss es sicherstellen, dass diese bei der Ausführung des öffentlichen Auftrages nach Maßgabe der Bestimmungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes für die gleiche Tätigkeit ebenso entlohnt</p>	<p>Auszubildende, Praktikanten und Teilnehmende an Bundes- und Jugendfreiwilligendiensten gelten nicht als Arbeitnehmer im Sinne des Absatzes 4. Setzt das Unternehmen Leiharbeiternehmer im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in der Fassung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158) in der jeweils geltenden Fassung ein, muss es sicherstellen, dass diese bei der Ausführung des öffentlichen Auftrages nach Maßgabe der Bestimmungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes für die gleiche Tätigkeit ebenso entlohnt</p>	

	<p>werden, wie die in seinem Unternehmen vergleichbaren Arbeitnehmer; ihr Entgelt muss mindestens der durch Rechtsverordnung verbindlich festgelegten Lohnuntergrenze nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz entsprechen. Liegt eine Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz nicht vor, muss das Unternehmen sicherstellen, dass die eingesetzten Leiharbeiter bei der Ausführung des öffentlichen Auftrages unbeschadet der Verpflichtung nach Satz 2 mindestens das in Absatz 4 Satz 1, Satz 5 oder Satz 6 genannte Stundenentgelt erhalten. Schließt das Unternehmen Verträge mit Nachunternehmen, muss es sicherstellen, dass die vom Nachunternehmen beschäftigten Arbeitnehmer bei der Ausführung des öffentlichen Auftrages mindestens das in Absatz 4 Satz 1, Satz 5 oder Satz 6 genannte Mindeststundenentgelt</p>	<p>werden, wie die in seinem Unternehmen vergleichbaren Arbeitnehmer; ihr Entgelt muss mindestens der durch Rechtsverordnung verbindlich festgelegten Lohnuntergrenze nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz entsprechen. Liegt eine Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz nicht vor, muss das Unternehmen sicherstellen, dass die eingesetzten Leiharbeiter bei der Ausführung des öffentlichen Auftrages unbeschadet der Verpflichtung nach Satz 2 mindestens das in Absatz 4 Satz 1, Satz 5 oder Satz 6 <u>Abs. 4 Satz 1, 8 oder 9</u> genannte Stundenentgelt erhalten. Schließt das Unternehmen Verträge mit Nachunternehmen, muss es sicherstellen, dass die vom Nachunternehmen beschäftigten Arbeitnehmer bei der Ausführung des öffentlichen Auftrages mindestens das in Absatz 4 Satz 1, Satz 5 oder Satz 6 <u>Absatz 4 Satz 1, 8</u></p>	
--	---	---	--

	erhalten, sofern für diese nicht ein Tarifvertrag im Sinne des Absatzes 4 Satz 8 oder eine Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz ein Mindeststundenentgelt vorsehen.	oder 90 genannte Mindeststundenentgelt erhalten, sofern für diese nicht ein Tarifvertrag im Sinne des Absatzes 4 Satz 8 11 oder eine Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz ein Mindeststundenentgelt vorsehen.	
10 Abs.5 S.4	Schließt das Unternehmen Verträge mit Nachunternehmen, muss es sicherstellen, dass die vom Nachunternehmen beschäftigten Arbeitnehmer bei der Ausführung des öffentlichen Auftrages mindestens das in Absatz 4 Satz 1, Satz 5 oder Satz 6 genannte Mindeststundenentgelt erhalten, sofern für diese nicht ein Tarifvertrag im Sinne des Absatzes 4 Satz 8 oder eine Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz ein Mindeststundenentgelt vorsehen.	Schließt das Unternehmen Verträge mit Nachunternehmen, muss es sicherstellen, dass die vom Nachunternehmen beschäftigten Arbeitnehmer bei der Ausführung des öffentlichen Auftrages mindestens das in Absatz 4 Satz 1, Satz 5 oder Satz 6 genannte Mindeststundenentgelt erhalten, sofern für diese nicht ein Tarifvertrag im Sinne des Absatzes 4 Satz 8 oder eine Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz ein Mindeststundenentgelt vorsehen.	

10 Abs.7	Die kommunalen Auftraggeber und die sonstigen Auftraggeber im Sinne des § 2 können nach den Absätzen 4 und 5 verfahren.	Die kommunalen Auftraggeber und die sonstigen Auftraggeber im Sinne des § 2 können <u>sollen</u> nach den Absätzen 4 und 5 verfahren.	Diskussionsbedarf. Was spricht dagegen die Soll-Vorgabe auch bei den Kommunen hier anzuwenden. Inwieweit also in § 10 (7) die Sollvorschrift zu Gleichbehandlung-problemen auf der kommunalen Ebene führt oder sogar ein sinnvolles Nachziehen bedeuten würde, ist vertieft auch im Kontext des kommunalen Finanzausgleiches zu prüfen.
10 Abs.10	Die Bieter haben zu erklären, dass sie bei der Auftragsdurchführung ihren Arbeitnehmern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt zahlen.	Die Bieter haben zu erklären, dass sie bei der Auftragsdurchführung ihren Arbeitnehmern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt <u>zu</u> zahlen.	Bei Wegfall der Verpflichtungserklärung wäre diese Änderung nur folgerichtig.
10a	Öffentliche Auftraggeber können nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der	Öffentliche Auftraggeber können <u>sollen</u> nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur	Die „Soll-Vorschrift“ schafft eine größere Verbindlichkeit und war ein Regierungsvorschlag..

	<p>Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates (ABl. L 315 vom 3.12.2007, S. 1) in der jeweils geltenden Fassung verlangen, dass der ausgewählte Betreiber eines öffentlichen Dienstes die Arbeitnehmer des bisherigen Betreibers zu den Arbeitsbedingungen übernimmt, die diesen von dem vorherigen Betreiber gewährt wurden. Die bisherigen Betreiber sind verpflichtet, den öffentlichen Auftraggebern auf Anforderung die hierzu erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen oder Einsicht in Lohn- und Meldeunterlagen, Geschäftsbücher und andere Geschäftsunterlagen und Aufzeichnungen zu gewähren, aus denen Umfang, Art, Dauer und tatsächliche Entlohnung der Arbeitnehmer hervorgehen oder abgeleitet werden können. Die im Rahmen des Verfahrens nach Satz 2 entstehenden Aufwendungen des</p>	<p>Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates (ABl. L 315 vom 3.12.2007, S. 1) in der jeweils geltenden Fassung verlangen, dass der ausgewählte Betreiber eines öffentlichen Dienstes die Arbeitnehmer des bisherigen Betreibers zu den Arbeitsbedingungen übernimmt, die diesen von dem vorherigen Betreiber gewährt wurden. Die bisherigen Betreiber sind verpflichtet, den öffentlichen Auftraggebern auf Anforderung die hierzu erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen oder Einsicht in Lohn- und Meldeunterlagen, Geschäftsbücher und andere Geschäftsunterlagen und Aufzeichnungen zu gewähren, aus denen Umfang, Art, Dauer und tatsächliche Entlohnung der Arbeitnehmer hervorgehen oder abgeleitet werden können. Die im Rahmen des Verfahrens nach Satz 2 entstehenden</p>	
--	---	--	--

	bisherigen Betreibers werden durch den öffentlichen Auftraggeber erstattet. Das Verlangen der Übernahme der Arbeitnehmer des bisherigen Betreibers nach Satz 1 ist in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen anzugeben.	Aufwendungen des bisherigen Betreibers werden durch den öffentlichen Auftraggeber erstattet. Das Verlangen der Übernahme der Arbeitnehmer des bisherigen Betreibers nach Satz 1 ist in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen anzugeben.	
11	<p>(1) Bei der Vergabe von Bau-, Liefer- oder Dienstleistungen sollen keine Waren Gegenstand der Leistung sein, die unter Missachtung der in den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festgelegten Mindeststandards gewonnen oder hergestellt worden sind. Diese Mindeststandards ergeben sich aus:</p> <p>1. dem Übereinkommen Nr. 29 über Zwangs- oder Pflichtarbeit vom 28. Juni 1930 (BGBl. 1956 II S. 640 -641-),</p>	<p>(1) Bei der Vergabe von Bau-, Liefer- oder Dienstleistungen sollen dürfen keine Waren Gegenstand der Leistung sein, die unter Missachtung der in den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festgelegten Mindeststandards gewonnen oder hergestellt worden sind. Diese Mindeststandards ergeben sich aus:</p> <p>1. dem Übereinkommen Nr. 29 über Zwangs- oder Pflichtarbeit vom 28. Juni 1930 (BGBl. 1956 II S. 640 -641-),</p>	<p>Zwar sind die ILO-Kernarbeitsnormen Bestandteil der deutschen Rechtsordnung. Gleichwohl zeichnet sich ab, dass diese nach wie vor bei Beschaffungen durch die öffentliche Hand nicht oder nur unzureichend Beachtung finden. Wir plädieren daher zum einen dafür in Satz (1) das sollen durch das klarere dürfen zu</p>

	<p>2. dem Übereinkommen Nr. 87 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes vom 9. Juli 1948 (BGBl. 1956 II S. 2072 -2073-),</p> <p>3. dem Übereinkommen Nr. 98 über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen vom 1. Juli 1949 (BGBl. 1955 II S. 1122 -1123-),</p> <p>4. dem Übereinkommen Nr. 100 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit vom 29. Juni 1951 (BGBl. 1956 II S. 23 -24-),</p> <p>5. dem Übereinkommen Nr. 105 über die Abschaffung der Zwangsarbeit vom 25. Juni 1957 (BGBl. 1959 II S. 441-442-),</p>	<p>2. dem Übereinkommen Nr. 87 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes vom 9. Juli 1948 (BGBl. 1956 II S. 2072 -2073-),</p> <p>3. dem Übereinkommen Nr. 98 über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen vom 1. Juli 1949 (BGBl. 1955 II S. 1122 -1123-),</p> <p>4. dem Übereinkommen Nr. 100 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit vom 29. Juni 1951 (BGBl. 1956 II S. 23 -24-),</p> <p>5. dem Übereinkommen Nr. 105 über die Abschaffung der Zwangsarbeit vom 25. Juni 1957 (BGBl. 1959 II S. 441-442-),</p>	<p>ersetzen. Zum anderen verstehen wir zwar formal das Ziel einer Verschlankung des Gesetzes. Wir verstehen auch, dass die Regierung dem Vorschlag zu Streichung der Regierung aus dem Evaluationsgutachten folgen möchte. Wir halten aber die fortgesetzte Darstellung im Thüringer Vergabegesetz für hilfreich um der Hervorgehobenen Bedeutung grundlegender Menschenrechte und der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand ausreichend Rechnung zu tragen.</p>
--	---	---	--

	<p>6. dem Übereinkommen Nr. 111 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf vom 25. Juni 1958 (BGBl. 1961 II S. 97 -98-),</p> <p>7. dem Übereinkommen Nr. 138 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung vom 26. Juni 1973 (BGBl. 1976 II S. 201 -202-),</p> <p>8. dem Übereinkommen Nr. 182 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit vom 17. Juni 1999 (BGBl. 2001 II S. 1290 -1291-)</p> <p>jeweils in der jeweils geltenden Fassung.</p> <p>(2) Aufträge über Lieferleistungen dürfen nur an solche Auftragnehmer vergeben werden, die sich verpflichtet haben, den Auftrag gemäß der</p>	<p>6. dem Übereinkommen Nr. 111 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf vom 25. Juni 1958 (BGBl. 1961 II S. 97 -98-),</p> <p>7. dem Übereinkommen Nr. 138 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung vom 26. Juni 1973 (BGBl. 1976 II S. 201 -202-),</p> <p>8. dem Übereinkommen Nr. 182 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit vom 17. Juni 1999 (BGBl. 2001 II S. 1290 -1291-)</p> <p>jeweils in der jeweils geltenden Fassung.</p> <p>(2) Aufträge über Lieferleistungen dürfen nur an solche Auftragnehmer vergeben werden, die sich verpflichtet haben, den Auftrag gemäß der</p>	
--	--	---	--

	<p>Leistungsbeschreibung ausschließlich mit Waren auszuführen, die nachweislich oder gemäß einer entsprechenden Zusicherung unter Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen nach Absatz 1 gewonnen oder hergestellt worden sind. Hierzu sind von den Bietern entsprechende Nachweise oder Erklärungen zu verlangen. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Waren, die im Rahmen der Erbringung von Bau- oder Dienstleistungen verwendet werden.</p>	<p>Leistungsbeschreibung ausschließlich mit Waren auszuführen, die nachweislich oder gemäß einer entsprechenden Zusicherung unter Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen nach Absatz 1 gewonnen oder hergestellt worden sind. Hierzu sind von den Bietern entsprechende Nachweise oder Erklärungen zu verlangen. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Waren, die im Rahmen der Erbringung von Bau- oder Dienstleistungen verwendet werden.</p>	
--	--	--	--

			Wenn wir bei einer Vertragsbedingung bleiben, ist der Verzicht auf die Abgabe einer Verpflichtungserklärung im Vergabeverfahren nur konsequent.
12 Abs. 1 und 2	(1) Der Auftragnehmer darf Bau- und Dienstleistungen nur auf Nachunternehmer übertragen, wenn der Auftraggeber im Einzelfall in der für Erklärungen des Auftragnehmers nach § 12 a Abs. 1 Satz 2 bestimmten Form zugestimmt hat. Die Zustimmung ist nicht notwendig bei Leistungen, auf die der Betrieb des Auftragnehmers nicht eingestellt ist. Die Bieter haben bereits bei Abgabe ihres Angebots ein Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen vorzulegen.	(1) Die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise sind nur von demjenigen Bieter, dem nach Abschluss der Wertung der Angebote der Zuschlag erteilt werden soll (Bestbieter), vorzulegen. Der Auftraggeber bestimmt unter Beachtung der jeweils einschlägigen vergaberechtlichen Formvorschriften in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen, in welcher Form die Erklärungen und Nachweise übermittelt werden müssen.	Bei Wegfall der Verpflichtungserklärung wäre diese Änderung nur folgerichtig.

	<p>(2) Soweit Leistungen nach Absatz 1 auf Nachunternehmer übertragen werden, hat sich der Auftragnehmer auch zu verpflichten, den Nachunternehmern die für Auftragnehmer geltenden Pflichten der Absätze 3 und 4 sowie der §§ 10, 11 und 17 Abs. 2 aufzuerlegen und die Beachtung dieser Pflichten durch die Nachunternehmer zu kontrollieren.</p>	<p>(2) Der Auftraggeber ist verpflichtet, in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen darauf hinzuweisen, dass der Bestbieter im Fall der beabsichtigten Zuschlagserteilung die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise nach Aufforderung innerhalb einer nach Tagen bestimmten Frist vorlegen muss und dass, bei nicht fristgerechter Vorlage der verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise, das Angebot von der Wertung auszuschließen ist. Die Frist muss mindestens drei Werktage betragen und darf fünf Werktage nicht überschreiten.</p> <p>(3) Der Auftraggeber fordert den Bestbieter auf, die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise innerhalb</p>	
--	---	--	--

		<p>der Frist nach Absatz 2 vorzulegen. Die Frist beginnt an dem Tag, der auf die Absendung dieser Aufforderung folgt. Der Auftraggeber kann im Ausnahmefall die Frist verlängern, wenn die nach diesem Gesetz verpflichtenden Erklärungen und Nachweise nicht innerhalb des nach Satz 1 bestimmten Zeitraumes vorgelegt werden können oder dies im Hinblick auf Art und Umfang des Auftrages angemessen erscheint.</p> <p>(4) Werden die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise nicht innerhalb der in Absatz 3 bestimmten Frist rechtzeitig beim Auftraggeber vorgelegt, ist das Angebot abweichend von § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 von der Wertung auszuschließen. In diesem Fall ist das in der Wertungsrangfolge nächste</p>	
--	--	---	--

		<p>Angebot heranzuziehen; auf dieses Angebot finden diese Vorschriften Anwendung.</p> <p>(5) Bei nicht von dem Auftraggeber zu vertretender, objektiver Dringlichkeit kann dieser vom Bestbieterprinzip absehen. In diesem Fall sind von den Bietern mit der Abgabe des Angebotes die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise dem Auftraggeber vorzulegen. In der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen ist darauf hinzuweisen, dass die verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise mit der Abgabe des Angebotes vorgelegt werden müssen. Es gilt § 15.</p>	
12 a	(1) Die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise sind nur	(1) Die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise sind nur	

	<p>von demjenigen Bieter, dem nach Abschluss der Wertung der Angebote der Zuschlag erteilt werden soll (Bestbieter), vorzulegen. Der Auftraggeber bestimmt unter Beachtung der jeweils einschlägigen vergaberechtlichen Formvorschriften in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen, in welcher Form die Erklärungen und Nachweise übermittelt werden müssen.</p> <p>(2) Der Auftraggeber ist verpflichtet, in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen darauf hinzuweisen, dass der Bestbieter im Fall der beabsichtigten Zuschlagserteilung die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise nach Aufforderung innerhalb einer nach Tagen bestimmten Frist vorlegen muss und dass, bei nicht fristgerechter Vorlage der verpflichtend vorzulegenden</p>	<p>von demjenigen Bieter, dem nach Abschluss der Wertung der Angebote der Zuschlag erteilt werden soll (Bestbieter), vorzulegen. Der Auftraggeber bestimmt unter Beachtung der jeweils einschlägigen vergaberechtlichen Formvorschriften in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen, in welcher Form die Erklärungen und Nachweise übermittelt werden müssen.</p> <p>(2) Der Auftraggeber ist verpflichtet, in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen darauf hinzuweisen, dass der Bestbieter im Fall der beabsichtigten Zuschlagserteilung die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise nach Aufforderung innerhalb einer nach Tagen bestimmten Frist vorlegen muss und dass, bei nicht fristgerechter Vorlage der verpflichtend vorzulegenden</p>	
--	--	--	--

	<p>Erklärungen und Nachweise, das Angebot von der Wertung auszuschließen ist. Die Frist muss mindestens drei Werktage betragen und darf fünf Werktage nicht überschreiten.</p> <p>(3) Der Auftraggeber fordert den Bestbieter auf, die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise innerhalb der Frist nach Absatz 2 vorzulegen. Die Frist beginnt an dem Tag, der auf die Absendung dieser Aufforderung folgt. Der Auftraggeber kann im Ausnahmefall die Frist verlängern, wenn die nach diesem Gesetz verpflichtenden Erklärungen und Nachweise nicht innerhalb des nach Satz 1 bestimmten Zeitraumes vorgelegt werden können oder dies im Hinblick auf Art und Umfang des Auftrages angemessen erscheint.</p>	<p>Erklärungen und Nachweise, das Angebot von der Wertung auszuschließen ist. Die Frist muss mindestens drei Werktage betragen und darf fünf Werktage nicht überschreiten.</p> <p>(3) Der Auftraggeber fordert den Bestbieter auf, die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise innerhalb der Frist nach Absatz 2 vorzulegen. Die Frist beginnt an dem Tag, der auf die Absendung dieser Aufforderung folgt. Der Auftraggeber kann im Ausnahmefall die Frist verlängern, wenn die nach diesem Gesetz verpflichtenden Erklärungen und Nachweise nicht innerhalb des nach Satz 1 bestimmten Zeitraumes vorgelegt werden können oder dies im Hinblick auf Art und Umfang des Auftrages angemessen erscheint.</p>	
--	---	---	--

	<p>(4) Werden die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise nicht innerhalb der in Absatz 3 bestimmten Frist rechtzeitig beim Auftraggeber vorgelegt, ist das Angebot abweichend von § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 von der Wertung auszuschließen. In diesem Fall ist das in der Wertungsrangfolge nächste Angebot heranzuziehen; auf dieses Angebot finden diese Vorschriften Anwendung.</p> <p>(5) Bei nicht von dem Auftraggeber zu vertretender, objektiver Dringlichkeit kann dieser vom Bestbieterprinzip absehen. In diesem Fall sind von den Bietern mit der Abgabe des Angebotes die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise dem Auftraggeber vorzulegen. In der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen ist darauf</p>	<p>(4) Werden die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise nicht innerhalb der in Absatz 3 bestimmten Frist rechtzeitig beim Auftraggeber vorgelegt, ist das Angebot abweichend von § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 von der Wertung auszuschließen. In diesem Fall ist das in der Wertungsrangfolge nächste Angebot heranzuziehen; auf dieses Angebot finden diese Vorschriften Anwendung.</p> <p>1. (5) Bei nicht von dem Auftraggeber zu vertretender, objektiver Dringlichkeit kann dieser vom Bestbieterprinzip absehen. In diesem Fall sind von den Bietern mit der Abgabe des Angebotes die nach diesem Gesetz verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise dem Auftraggeber vorzulegen. In der</p>	
--	--	---	--

	<p>hinzuweisen, dass die verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise mit der Abgabe des Angebotes vorgelegt werden müssen. Es gilt § 15.</p>	<p>Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen ist darauf hinzuweisen, dass die verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise mit der Abgabe des Angebotes vorgelegt werden müssen. Es gilt § 15.</p> <p><u>Verfahrensanforderungen</u></p> <p><u>(1) Bieter sind verpflichtet mit Abgabe des Angebotes eine Eigenerklärung zur Einhaltung der Bestimmungen des Vergabegesetzes vorzulegen. Das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft wird eine Muster-Eigenerklärung zur Verfügung stellen. Der Auftraggeber ist verpflichtet, in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen darauf hinzuweisen, dass nur Angebote gewertet werden können, welchen eine Erklärung nach Satz 1 beigelegt ist.</u></p>	<p>Der Inhalt der Verpflichtungserklärung sollte durch das zuständige Ministerium im Rahmen einer Verordnung bestimmt werden.</p>
--	--	--	---

		<p><u>(2) Der Auftraggeber bestimmt unter Beachtung der jeweils einschlägigen vergaberechtlichen Formvorschriften in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen, in welcher Form die Abgabe des Angebotes, die Vorlage von Nachweisen und Erklärungen und die Beantragung von Genehmigungen nach § 8 Absatz 1 zu erfolgen hat. Die Kommunikation einschließlich der Angebotsabgabe kann bei der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen per Email erfolgen, wenn eine Verhandlungsvergabe durchgeführt wird. § 7 Abs.4, § 39 Satz 1 und § 40 UVgO finden hierauf keine Anwendung. Der Auftraggeber hat durch organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, dass Manipulationsmöglichkeiten verhindert werden.</u></p>	<p>Mit Blick auf die Vereinfachung des Verfahrens durch eine Email-Angebotsabgabe ist die Regelung zu begrüßen. Es ist aber vorstellbar, dass sich hierdurch möglicherweise Dokumentations- und Übermittlungsprobleme ergeben, dies sollte bei der Gestaltung des Gesetzes berücksichtigt werden.</p>
--	--	--	---

13	<p>Bei der Entscheidung über den Zuschlag auf ein Angebot ist bei sonst gleichwertigen Angeboten über die bereits auf den vorhergehenden Stufen des Vergabeverfahrens im sachlichen Zusammenhang mit der Auftragsleistung berücksichtigten umweltbezogenen und sozialen Aspekte hinaus das Angebot des Bieters zu bevorzugen, der in seinem Unternehmen gemessen an seiner Betriebsstruktur mehr als ein anderer Bieter mit gleichwertigem Angebot soziale oder umweltbezogene Maßnahmen durchführt. Derartige Maßnahmen können insbesondere sein:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die bestehende Tarifbindung, 2. der Anteil sozialversicherungspflichtig beschäftigter Arbeitnehmer, 	<p>Bei der Entscheidung über den Zuschlag auf ein Angebot ist bei sonst gleichwertigen Angeboten über die bereits auf den vorhergehenden Stufen des Vergabeverfahrens im sachlichen Zusammenhang mit der Auftragsleistung berücksichtigten umweltbezogenen und sozialen Aspekte hinaus das Angebot des Bieters zu bevorzugen, der in seinem Unternehmen gemessen an seiner Betriebsstruktur mehr als ein anderer Bieter mit gleichwertigem Angebot soziale oder umweltbezogene Maßnahmen durchführt. Derartige Maßnahmen können insbesondere sein:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die bestehende Tarifbindung, 2. der Anteil sozialversicherungspflichtig beschäftigter Arbeitnehmer, 	<p>Die Regierung wollte diesen (eher deklaratorischen) Absatz streichen. Wir würden dafür werben ihn beizubehalten.</p>
----	--	--	---

	<p>3. Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im Beruf und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf,</p> <p>4. die Beteiligung an der beruflichen Erstausbildung,</p> <p>5. die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen oder schwerbehinderten Menschen,</p> <p>6. Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz oder anderer ökologischer Ziele.</p> <p>In der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen ist anzugeben, welche Maßnahme oder Maßnahmen bei sonst gleichwertigen Angeboten nach Satz 1 zugrunde gelegt werden.</p>	<p>3. Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im Beruf und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf,</p> <p>4. die Beteiligung an der beruflichen Erstausbildung,</p> <p>5. die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen oder schwerbehinderten Menschen,</p> <p>6. Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz oder anderer ökologischer Ziele.</p> <p>In der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen ist anzugeben, welche Maßnahme oder Maßnahmen bei sonst gleichwertigen Angeboten nach Satz 1 zugrunde gelegt werden.</p>	
<p>15</p> <p>Abs.1</p>	<p>Hat der Bieter</p> <p>1. aktuelle Nachweise über die vollständige Entrichtung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen,</p>	<p>Hat der Bieter</p> <p>1. aktuelle Nachweise über die vollständige Entrichtung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen,</p>	Redaktionelle Änderung.

	2. eine Erklärung nach den §§ 10, 11, 12 und 17 oder 3. sonstige Nachweise oder Erklärungen	2. eine Erklärung nach den §§ 10, 11, 12 und 17 oder 3. <u>2.</u> sonstige Nachweise oder Erklärungen	
17	Der Auftraggeber kann Kontrollen durchführen, um die Einhaltung der dem Auftragnehmer aufgrund dieses Gesetzes auferlegten Verpflichtungen zu überprüfen. Der Auftraggeber hat zu diesem Zweck mit dem Auftragnehmer vertraglich zu vereinbaren, dass ihm auf Verlangen die Entgeltabrechnungen des Auftragnehmers und der Nachunternehmer sowie die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und die zwischen Auftragnehmer und Nachunternehmer abgeschlossenen Werkverträge vorgelegt werden. Die Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum	Der Auftraggeber kann Kontrollen durchführen <u>hat stichprobenartig Kontrollen durchzuführen</u> , um die Einhaltung der dem Auftragnehmer aufgrund dieses Gesetzes auferlegten Verpflichtungen <u>bestehenden Anforderungen</u> zu überprüfen. <u>Sie können dabei die Unterstützung der Landesvergabeberatungsstelle in Anspruch nehmen.</u> Der Auftraggeber hat zu diesem Zweck mit dem Auftragnehmer vertraglich zu vereinbaren, dass ihm auf Verlangen die Entgeltabrechnungen des Auftragnehmers und der Nachunternehmer sowie die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und die zwischen Auftragnehmer und Nachunternehmer	Die Regierung hat hier eine stärkere Verpflichtung zur Kontrolle vorgesehen. Wir unterstützen dies Diese Passage wurde durch uns ergänzt. Die Regelung der CDU ist im Lichte der vorgesehenen Änderungen folgerichtig.

	<p>Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1; L 314 vom 22.11.2016, S. 72; L 127 vom 23.5.2018, S. 2) in Verbindung mit dem Thüringer Datenschutzgesetz vom 6. Juni 2018 (GVBl. S. 229) jeweils in der jeweils geltenden Fassung sind im Umgang mit personenbezogenen Daten zu beachten. Der Auftragnehmer hat seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen.</p>	<p>abgeschlossenen Werkverträge vorgelegt werden. <u>Zu diesem Zweck hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber auf dessen Verlangen seine Entgeltabrechnungen sowie die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nach § 11 Abs.1 Satz 1 Nr.1 und die zwischen Auftragnehmer und Nachunternehmer abgeschlossenen Verträge vorzulegen.</u> Die Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1; L 314 vom 22.11.2016, S. 72; L 127 vom 23.5.2018, S. 2) in Verbindung mit dem Thüringer Datenschutzgesetz vom 6. Juni 2018</p>	
--	---	--	--

		(GVBl. S. 229) jeweils in der jeweils geltenden Fassung sind im Umgang mit personenbezogenen Daten zu beachten. Der Auftragnehmer hat seine Beschäftigten <u>und Nachunternehmer</u> auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen.	
18	(1) Um die Einhaltung der Verpflichtungen nach den §§ 10, 11, 12 und 17 Abs. 2 zu sichern, ist zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer für jeden schuldhaften Verstoß regelmäßig eine Vertragsstrafe von bis zu fünf von Hundert des Auftragswerts zu vereinbaren; bei mehreren Verstößen darf die Summe der Vertragsstrafen fünf von Hundert des Auftragswertes (netto) nicht überschreiten. Der Auftragnehmer ist zur Zahlung einer Vertragsstrafe nach Satz 1 auch für den Fall zu verpflichten, dass der Verstoß durch einen von ihm eingesetzten Nachunternehmer oder einen von diesem	(1) Um die Einhaltung der Verpflichtungen nach den §§ 10, 11, 12 und 17 Abs. 2 zu sichern, ist zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer für jeden schuldhaften Verstoß regelmäßig eine Vertragsstrafe von bis zu fünf von Hundert des Auftragswerts zu vereinbaren; bei mehreren Verstößen darf die Summe der Vertragsstrafen fünf von Hundert des Auftragswertes (netto) nicht überschreiten. Der Auftragnehmer ist zur Zahlung einer Vertragsstrafe nach Satz 1 auch für den Fall zu verpflichten, dass der Verstoß durch einen von ihm eingesetzten Nachunternehmer oder einen von diesem	Die CDU hatte sich hier eine Streichung der Vertragsstrafe gewünscht. Wir halten das mit Blick auf eine Stärkung der Verbindlichkeit von Nachhaltigkeitsaspekten nicht für sinnvoll.

	<p>eingesetzten Nachunternehmer begangen wird, es sei denn, dass der Auftragnehmer den Verstoß weder kannte noch kennen musste.</p> <p>(2) Der Auftraggeber hat mit dem Auftragnehmer zu vereinbaren, dass die schuldhafte Nichterfüllung der aus den §§ 10 und 11 resultierenden Anforderungen durch den Auftragnehmer oder seine Nachunternehmer sowie schuldhafte Verstöße gegen die Verpflichtungen der §§ 12 und 17 Abs. 2 den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung des Vertrags berechtigen.</p>	<p>eingesetzten Nachunternehmer begangen wird, es sei denn, dass der Auftragnehmer den Verstoß weder kannte noch kennen musste.</p> <p><u>(2)</u> Der Auftraggeber hat mit dem Auftragnehmer zu vereinbaren, <u>den Auftragnehmer darüber zu unterrichten</u> dass die schuldhafte Nichterfüllung der aus den §§ 10 und 11 <u>§ 6</u> resultierenden Anforderungen durch den Auftragnehmer oder seine Nachunternehmer sowie schuldhafte Verstöße gegen die Verpflichtungen der §§ 12 und 17 <u>§§ 7 und 13</u> Abs. 2 den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung des Vertrags berechtigen.</p>	
18 Abs.3	<p>Hat der Auftragnehmer, ein Bewerber oder Bieter gegen die sich aus den §§ 10, 11, 12 und 17 Abs. 2 ergebenden Verpflichtungen verstoßen, soll jeweils der Auftraggeber dieses</p>	<p>Hat der Auftragnehmer, ein Bewerber oder Bieter gegen die sich aus den §§ 10, 11, 12 und 17 Abs. 2 ergebenden Verpflichtungen verstoßen, soll jeweils der Auftraggeber dieses</p>	<p>Die Klarstellung der Regierung, dass auch andere Auftragnehmer einen Ausschluss auf § 18 Abs.3</p>

	Unternehmen von der öffentlichen Auftragsvergabe für die Dauer von bis zu drei Jahren ausschließen. Satz 1 gilt auch für Nachunternehmer. Vor dem Ausschluss ist dem Unternehmen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Ein ausgeschlossenes Unternehmen ist auf dessen Antrag allgemein oder teilweise wieder zuzulassen, wenn der Grund des Ausschlusses weggefallen ist.	Unternehmen von der öffentlichen Auftragsvergabe für die Dauer von bis zu drei <u>fünf</u> Jahren ausschließen <u>ausgeschlossen werden</u> . Satz 1 gilt auch für Nachunternehmer. Vor dem Ausschluss ist dem Unternehmen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Ein ausgeschlossenes Unternehmen ist auf dessen Antrag allgemein oder teilweise wieder zuzulassen, wenn der Grund des Ausschlusses weggefallen ist.	ThürVgG stützen können ist, wie auch die Verlängerung des Zeitraums auf fünf Jahre, zu begrüßen.
18 Abs.3a	[kein Vorgänger]	<u>Das für Arbeitsrecht zuständige Ministerium richtet ein Register über Unternehmen ein, die von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen worden sind. Es regelt durch Rechtsverordnung:</u> 1. <u>Die im Register zu speichernden Daten, den Zeitpunkt ihrer Löschung und die Einsichtnahme in das Register,</u>	Die Einrichtung des Registers im Vorschlag der Regierung ist grundsätzlich zu begrüßen. Ziffer 2 könnte gestrichen werden, wenn eine Überprüfung der Einhaltung des Gesetzes durch das Land erfolgt. Es ist darauf zu achten, dass die

		<p>2. Die Verpflichtung der Auftraggeber, Entscheidungen nach den Sätzen 1, 2 und 4 an das Register zu melden und</p> <p>3. die Verpflichtung der Auftraggeber, zur Prüfung der Zuverlässigkeit von Unternehmen, Auskünfte aus dem Register einzuholen.</p>	Registerbehörde für die Verwaltung des Registers hinreichend personell ausgestattet ist.
19 Abs.4	Die Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung, wenn der voraussichtliche Gesamtauftragswert bei Bauleistungen 150 000 Euro (ohne Umsatzsteuer), bei Leistungen und Lieferungen 50 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) nicht übersteigt.	Die Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung, wenn der voraussichtliche Gesamtauftragswert bei Bauleistungen 150.000 Euro 75.000 Euro (ohne Umsatzsteuer), bei Leistungen und Lieferungen 50 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) nicht übersteigt.	Hierdurch wird der Rechtsschutz für unterlegene Bieter reduziert. Dies trägt aber zur Verfahrensvereinfachung bei. Wir würden es dabei lassen.
22a	§ 10 Abs. 4 und 5 ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Regelungen zu den Entgelten auf Grundlage repräsentativer Tarifverträge bis einschließlich 29. Juli 2020 nicht anzuwenden sind.	§ 10 Abs. 4 und 5 ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Regelungen zu den Entgelten auf Grundlage repräsentativer Tarifverträge bis einschließlich 29. Juli 2020 nicht anzuwenden sind.	Redaktionelle Änderung, die keinen Einwänden begegnet.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes - Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7451 - Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/8029 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 60px; vertical-align: bottom;"> <i>Architektenkammer Thüringen</i> </td> <td style="height: 60px; vertical-align: bottom;"> <i>Körperschaft des öffentlichen Rechts</i> </td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;"> <i>Bahnhofstr. 39</i> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;"> <i>99084 Erfurt</i> </td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Architektenkammer Thüringen</i>	<i>Körperschaft des öffentlichen Rechts</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Bahnhofstr. 39</i>	Postleitzahl, Ort	<i>99084 Erfurt</i>
	Name	Organisationsform									
	<i>Architektenkammer Thüringen</i>	<i>Körperschaft des öffentlichen Rechts</i>									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Bahnhofstr. 39</i>									
Postleitzahl, Ort	<i>99084 Erfurt</i>										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td style="height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;">Straße, Hausnummer</td> <td style="height: 40px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Interimsvertretung, Bonitätsbeauftragter	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- Empfehlung d. Einrichtung einer Landesvergabebeschwerdestelle - Empfehlung der Evaluierung d. unterschiedl. Vergabepattformen, Etablierung einer einheitl. Vergabepattform	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

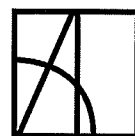
Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 13.9.23	

THÜR. LANDTAG POST

01.09.2023 14:01

22.8.18/2023



ARCHITEKTEN
KAMMER
THÜRINGEN

ARCHITEKTENKAMMER THÜRINGEN | PF 90 04 14 | 99107 ERFURT

DIE PRÄSIDENTIN

Thüringer Landtag
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Erfurt, den 31. August 2023

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes – Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung
im Thüringer Vergaberecht**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/7451 -

Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/8029 -

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Beteiligung im Rahmen der Anhörung zur Novelle des Thüringer Vergabegesetzes und möchten aus Sicht des Berufsstandes der Architekten, Landschaftsarchitekten, Innenarchitekten und Stadtplaner folgende Hinweise und Anregungen geben.

Die Thüringer Architektenkammer verweist auf die durch die Landesregierung eingeführte Unterschwellenvergabeverordnung (UVgO), welche die öffentliche Vergabe von Leistungen und Dienstleistungen im Unterschwellenbereich regelt. Dies wurde insbesondere hinsichtlich des auch weiter zu verfolgenden Grundsatzes nach Deregulierung und Entbürokratisierung begrüßt, da mit der Einführung der Unterschwellenvergabeverordnung die Vergabe von freiberuflichen Leistungen als Sonderregelung des § 50 UVgO eigenständig, ohne Bindung an die übrigen Vorschriften der UVgO, geregelt wird.

Daraus folgt, dass die Regelungen für die Vergabe von Leistungen und Dienstleistungen des 1. und 2. Abschnitts der Unterschwellenvergabeverordnung nicht für die Sonderregelung des § 50 UVgO gelten und damit dem öffentlichen Auftraggeber sowie den Angehörigen der freien Berufe ein vergaberechtlicher



KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

BAHNHOFSTRASSE 39 | 99084 ERFURT
POSTFACH 90 04 14 | 99107 ERFURT
TELEFON 0361 21050-0 | FAX -50

WWW.ARCHITEKTEN-THUERINGEN.DE
INFO@ARCHITEKTEN-THUERINGEN.DE

Gestaltungsspielraum bei Wahrung des Grundsatzes eines vertretbaren wirtschaftlichen Aufwandes des Wettbewerbes eingeräumt wird.

Der Gestaltungsspielraum im Unterschwellenbereich bietet vor allem dem Mittelstand und jungen Marktteilnehmern die Chance, sich auf dem Markt zu etablieren und für den Oberschwellenbereich Referenzen zu erarbeiten. Eine stärkere Verrechtlichung der Vergabe freiberuflicher Leistungen führt erfahrungsgemäß zu höheren Zugangsvoraussetzungen, einem höheren Zeit- und Kostenaufwand und wirkt sich daher mittelstandsfeindlich aus.

Eben vor diesem Hintergrund verstehen wir die Sonderregelung zur Vergabe freiberuflicher Leistungen im § 50 UVgO mit Augenmaß so viel Wettbewerb zu gewährleisten, wie dies nach der Natur des Geschäftes oder nach den besonderen Umständen möglich ist.

Allerdings sehen wir, dass § 50 Satz 1 UVgO i. V. m. den Erläuterungen verlangt, dass auch für freiberufliche Leistungen grundsätzlich die Vergabe im Wettbewerb stattfindet. Der öffentliche Auftraggeber hat den Wettbewerb im Sinne der allgemeinen Grundsätze des Haushaltsrechts, insbesondere unter dem Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, aber ohne weitere Vorgaben der UVgO zu sichern.

Bei den Leistungen von Architekten und Stadtplanern ist auch zu berücksichtigen, dass der Wettbewerb grundsätzlich als Leistungswettbewerb zu verstehen ist und nicht als Preiswettbewerb. Dieser Grundsatz folgt ausdrücklich dem oberhalb der EU-Schwellenwerte geltenden § 76 Abs. 1 Satz 1 VgV, so dass sich die UVgO bereits mit dem Bekanntmachungsvorwort strukturell an der VgV orientiert und damit der Grundsatz des Leistungswettbewerbes im Unterschwellenbereich erst recht gilt.

Nachfolgend haben wir zu einigen der mitgesandten Fragen Antworten aus Sicht der in der Architektenkammer Thüringen vertretenen Berufsstände gegeben.

Zu 1.

Das Einfordern von **Mindestlöhnen** setzt auch deren konsequente Anwendungsvoraussetzungen bei der Vergabe voraus. Im Umkehrschluss gehört zu den per Gesetz geforderten Mindestgehältern nach den Tariftreue- und Vergabegesetzen bei Vergaben freiberuflicher Leistungen auch die Akzeptanz der dafür notwendigen Stundensätze.

Zu 2.

Die **Einrichtung einer Landesvergabeberatungsstelle**, die beratend im Vergabeverfahren mitwirkt, sieht die Architektenkammer Thüringen grundsätzlich positiv. Dabei sollte eine Abstimmung und Einbeziehung der Berufsstände in die Arbeit der Beratungsstelle erfolgen, um beiderseitig angemessene, ausgeglichene und erfolgreiche Vergabeverfahren zu gewährleisten.

KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

BAHNHOFSTRASSE 39 | 99084 ERFURT
POSTFACH 90 04 14 | 99107 ERFURT
TELEFON 0361 21050-0 | FAX -50

WWW.ARCHITEKTEN-THUERINGEN.DE
INFO@ARCHITEKTEN-THUERINGEN.DE

So steht die Architektenkammer Thüringen mit ihrem Vergabe- und Wettbewerbsausschuss bereits jetzt beobachtend und beratend zur Verfügung. Der Ausschuss erfasst bereits alle in Thüringen veröffentlichten Vergabeverfahren zu Planungsleistungen der vertretenen Berufsstände und schreibt Auslober ab, wenn wesentliche Unregelmäßigkeiten und Verstöße erkannt werden. Vergabestellen werden auf die entsprechenden Stellen hingewiesen und es wird Beratung angeboten, welche teilweise auch in persönlichen Gesprächen stattfindet.

Da dies überwiegend erst nach Bekanntmachung stattfindet, ist der Einfluss auf die dann bereits laufenden Vergabeverfahren nur sehr eingeschränkt. Wichtig ist aus Sicht der Architektenkammer Thüringen daher, dass eine wirksame Vergabeberatung **in frühen Prozessen** im Vorfeld der Bekanntmachung erfolgt, möglichst schon mit der Erarbeitung der Aufgabenstellung und Kostenschätzung, aus der sich die erforderlichen Planungsleistungen, Planungsanforderungen und Planungskosten ableiten und daraus ein Vergabekonzept erstellt werden kann. Gerade in der Qualität dieser projekteinleitenden Prozesse werden wesentliche Grundlagen für einen Projekterfolg des Auftraggebers gelegt. Leider viel zu selten werden entsprechende frühzeitige Beratungsangebote angenommen.

Die **Aufgaben einer Landesvergabeberatungsstelle** sieht die Architektenkammer Thüringen sowohl in der konkreten Beratung bei einzelnen Anfragen als auch in Informationsveranstaltungen zu Vergabethemen. Insbesondere Weiterbildungsveranstaltungen, welche die Architektenkammer Thüringen bereits durchgeführt hat, werden sowohl von Auftraggebern als auch vom Berufsstand sehr gut angenommen.

Zu 5.

Diese Frage ist im Kontext von Frage 7 zu sehen.

Bei der **Digitalisierung von Vergabeverfahren** im Planungsbereich sind die jeweiligen Verfahrensstufen und die darin wechselseitig auszutauschenden Informationen vergaberechtskonform abzubilden. Dies trifft ebenso auf die im Vergabeprozess erforderliche Kommunikation zwischen Ausschreibungsstellen und Bewerbern/ Bietern zu.

Da die Auftraggeber in ihren Anforderungen bei der Vergabe von Planungsleistungen einen relativ hohen Spielraum haben und auch ausnutzen und die Bewerbungen auch hierauf abgestellt sein müssen, ist eine entsprechende Flexibilität des Vergabeverfahrens erforderlich. Die dazu zu stellenden, konkreten Anforderungen ließen sich in diesem Rahmen nur allgemein wiedergeben. Besser wäre, konkrete Anforderungen im direkten Dialog auszutauschen, wozu die Architektenkammer Thüringen gerne zur Verfügung steht.

Zu 6.

Eine **Vergabeteilnahme via E-Mail** kann den Aufwand reduzieren, aber hierzu bedarf es konkret zu benennender Anforderungen und Randbedingungen an Inhalte, Dokumente und Regeln.

KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

BAHNHOFSTRASSE 39 | 99084 ERFURT
POSTFACH 90 04 14 | 99107 ERFURT
TELEFON 0361 21050-0 | FAX -50

WWW.ARCHITEKTEN-THUERINGEN.DE
INFO@ARCHITEKTEN-THUERINGEN.DE

In diesem Zusammenhang ist zu bestimmen, welche konkreten Vergabebestandteile via E-Mail vergaberechtskonform abgewickelt werden sollen und können (z.B. die Bieterkommunikation). Erst zu einem bestimmten Zeitpunkt offenbare Dokumente (z.B. Angebote mit Submissionstermin) sind nur mit erhöhtem Aufwand per E-Mail umsetzbar. Die entsprechende Dokumentation des Vergabeprozesses per E-Mail ist zu klären.

Zu 7.

Eine **einheitliche Vergabepattform** kann für Auftraggeber sowie für Bewerber/ Bieter eine Verfahrenserleichterung darstellen, sofern sie die verschiedenen Anforderungen und Unterschiede der Vergabeprozesse nach den jeweiligen Vergabeordnungen und den ausgeschriebenen Leistungen (z.B. Bauleistungen, Planungsleistungen etc.) abbilden kann.

Bereits jetzt gibt es eine Vielzahl von Vergabepattformen, wobei eine Evaluierung der Praktikabilität in der täglichen Praxis in den unterschiedlichen Anwendungsfällen bei der Vergabe wünschenswert wäre.

Wichtig wäre auch eine für Auftraggeber kostenfreie, leicht zugängige Plattform für Bekanntmachungen, insbesondere im Unterschwellenbereich. Beispielhaft sei hier die Plattform <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de> erwähnt, auf der zum einen im relativ großen Umfang (im Gegensatz zu Thüringen) Ausschreibungen im Anwendungsbereich der UVgO veröffentlicht sind und die z.B. auch gut nutzbare Recherchefunktionen mit E-Mail-Newsletter bietet.

Zu 12.

Bei den **Eigenerklärungen** kommt es nach wie vor darauf an, dass der Bewerber nur das erklären kann, was er aus seinem Wirkungskreis heraus auch wirklich vertreten kann und zu vertreten hat. Das bedeutet, dass es hier mehr um den Inhalt als um den Umfang geht.

Für Rückfragen und vertiefende Gespräche stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Vizepräsident

KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

BAHNHOFSTRASSE 39 | 99084 ERFURT
POSTFACH 90 04 14 | 99107 ERFURT
TELEFON 0361 21050-0 | FAX -50

WWW.ARCHITEKTEN-THUERINGEN.DE
INFO@ARCHITEKTEN-THUERINGEN.DE

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen:

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes - Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7451 - Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8029 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td> Gemeinde- und Städtebund Thüringen Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50 </td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde- und Städtebund Thüringen Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Gemeinde- und Städtebund Thüringen Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)					
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											

	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Interessenvertretung der Thüringer Gemeinden	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher:	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Kommunale Selbstverwaltung erhalten bei Ausweisungen Erhöhung der Schnellverfahren ThürVG + VO setzen Maßnahme in § 19	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum -	Unterschrift
Erfurt, d. 21/08/2023	

Gemeinde- und Städtebund
Thüringen
Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt
Tel. (0361) 2 20 50 - 0
Fax (0361) 2 20 50 - 50

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des ThürVgG, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU (Drs. 7/7451) Gesetz zur Änderung des ThürVgG, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 7/8029)		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Thüringischer Landkreistag	e.V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13
	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Kommunaler Spitzenverband i.S.v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Bewertung der Gesetzentwürfe aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 6.9.2023	

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich eigeninitiativ beteiligt.

mobifair e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes - Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7451 - Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8029 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>mobifair e.V.</td> <td>Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Weilburger Str. 24</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>60326 Frankfurt am Main</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	mobifair e.V.	Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Weilburger Str. 24	Postleitzahl, Ort	60326 Frankfurt am Main
Name	Organisationsform										
mobifair e.V.	Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Weilburger Str. 24										
Postleitzahl, Ort	60326 Frankfurt am Main										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Fairer Wettbewerb in der Verkehrswirtschaft. Schutz der Beschäftigten, der Verbraucher und der Umwelt	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, Drs. 7/8029 <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, Drs. 7/7451 <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- Drs. 7/8029 begrüßen wir grundsätzlich, weil eine Verbesserung der Schutzwirkung für Beschäftigte zu erwarten ist, sehen aber auch einige Aspekte als verbesserungsbedürftig an. - Drs. 7/7451 lehnen wir ab, weil der Entwurf einseitig auf die Verfahrensvereinfachung ausgerichtet ist und eine Schlechterstellung der Beschäftigten erwarten lässt. → Schwächung sozialer Kriterien, kaum Weiterentwicklung	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Tariffrage- und Verabegesetze sind zentrale Stellschrauben für Beschäftigungsbedingungen im ÖPNV/SPNV und somit Teil unserer Arbeit.	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

Anlage 4

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Frankfurt am Main, 04.07.23	

mobifair e. V. | Weilburger Str. 24 | 60326 Frankfurt/Main

Thüringer Landtag
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale
Gesellschaft
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

per E-Mail:
poststelle@thueringer-landtag.de

05.07.2023

Stellungnahme zu Entwürfen zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes
Entwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7451
Entwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8029

sehr geehrte Frau Dr. Eglinski,
sehr geehrte Damen und Herren

wir bedanken uns für die Möglichkeit zur schriftlichen Stellungnahme zu den o.g. Gesetzentwürfen zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes. Nachstehend übersenden wir Ihnen unsere schriftliche Stellungnahme inkl. Beantwortung des Fragenkatalogs des Ausschusses.

Beigefügt ist auch unser Vergleich der Tariftreue- und Vergabegesetze in Deutschland.

Bei Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender des Vorstands

Frankfurt am Main, den 05.07.2023

Stellungnahme

zu Entwürfen zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes

Entwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7451

Entwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8029

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachstehend nehmen wir Bezug auf die o.g. Gesetzentwürfe.

Das Thüringer Vergabegesetz ist seit dem Zeitpunkt seiner letzten Novellierung im Jahr 2019 eines der fortschrittlichsten Gesetze seiner Art. Jene haben wir seinerzeit auch begrüßt und lediglich auf einige Aspekte hingewiesen, die aus unserer Sicht angepasst werden sollten, damit das Gesetz die Beschäftigten noch besser vor negativen Folgen des Wettbewerbs schützen kann. Dazu gehörte u.a. die Personalübernahme bei Betreiberwechsel im Bereich des ÖPNV/SPNV.

Wir begrüßen daher, dass der Entwurf der **Regierungsfractionen (Drucksache 7/8029)** einige dieser Aspekte aufgreift und das Gesetz positiv weiterentwickelt. Wir regen aber einige weiter gehende Anpassungen an, auf die wir im Folgenden näher eingehen werden.

Der Entwurf der **CDU-Fraktion (Drucksache 7/7451)** lässt aus unserer Sicht keine nennenswerte Verbesserung der Schutzwirkung für Beschäftigte und der Qualität der Leistungserbringung erwarten, sondern fokussiert in erster Linie auf Vereinfachung und Bürokratieabbau. Diese Ziele schließen sich grundsätzlich nicht gegenseitig aus, jedoch gehen einige der vorgeschlagenen Maßnahmen einseitig zulasten der Beschäftigten, ohne nachweislich Vereinfachungen zu erreichen. Wir empfehlen daher die Ablehnung des Entwurfs.

Unabhängig von den vorliegenden Entwürfen sehen wir bei der Umsetzung dringenden Handlungsbedarf seitens der Landesregierung, damit das Gesetz – in seiner bisherigen oder

zukünftigen Form - seine Wirkung entfalten kann. Nach unserem Kenntnisstand sind notwendige Rechtsverordnungen zur Vorgabe von repräsentativen Tarifverträgen bisher nicht erlassen worden. Auch hat sich der Tariftreuebeirat im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs bisher nicht konstituiert. Dies bedeutet, dass die an sich positiven Tariftreuevorgaben derzeit faktisch ins Leere laufen. Dies kann nicht im Sinne des Gesetzes und des Gesetzgebers sein.

Der Stellungnahme liegt ein Vergleich der Landestariftreue- und Vergabegesetze in Deutschland bei, auf den wir ergänzend hinweisen.

Wir beziehen uns im Folgenden – wo nicht anders gekennzeichnet - auf die laufenden Nummern in den Änderungsentwürfen, nicht auf die betroffenen Paragraphen.

Teil A befasst sich mit dem Entwurf der Regierungsfractionen, **Teil B** mit dem der CDU-Fraktion. Den Fragenkatalog des Ausschusses beantworten wir in **Teil C**. Als Verein für fairen Wettbewerb in der Mobilitätswirtschaft konzentrieren wir uns auf Regelungen, die insbesondere für den öffentlichen Personennahverkehr auf Schiene und Straße von Bedeutung sind.

Teil A - Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8029 - im Einzelnen:

Zu 2. (Persönlicher Anwendungsbereich)

Die Schaffung einer Landesvergabeberatungsstelle begrüßen wir, weil damit erforderliches Fachwissen allen Auftraggebern besser zugänglich gemacht werden kann. Auf diese Weise können die Verfahren rechtssicherer und Möglichkeiten des Vergaberechts besser genutzt werden. Mit einer – hinsichtlich ihrer Aufgaben breiter aufgestellten - Servicestelle zum Landestariftreuegesetz hat Rheinland-Pfalz seit Jahren gute Erfahrungen gemacht.

Wir empfehlen, Aufgaben, Finanzierung, Arbeitsweise und Personalausstattung der Landesvergabeberatungsstelle im Gesetz oder per Rechtsverordnung weiter zu konkretisieren. Außerdem halten wir eine Erweiterung der Aufgaben der Stelle für sinnvoll, sodass sie auch für Unternehmen und Beschäftigte Informationen und Beratungen anbietet, z.B. zu Fragen der Entlohnung im Sinne der anzuwendenden Tarifverträge. Auch eine Übertragung von Kontrollaufgaben wäre ein Ansatz, um Kompetenzen zu bündeln und die vom Gesetz vorgesehene Kontrolltätigkeit effektiver zu gestalten.

Zu 4. (Tariftreue, Mindestentgelt und Entgeltgleichheit)

Zu a):

Die weitere Konkretisierung, dass zum Entgelt auch Lohngruppen, Erfahrungsstufen und Zuschläge gehören, ist positiv zu werten, weil gerade Letztere einen großen Anteil am Gesamteinkommen ausmachen können.

Gleiches gilt auch für Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen, die in die explizite Nennung im Gesetzentwurf aufgenommen werden sollten, um den Interpretationsspielraum weiter zu verkleinern und Rechtssicherheit zu schaffen.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung des **vergabespezifischen Mindestlohns auf 13,50 Euro** pro Stunde vor: Dies begrüßen wir grundsätzlich, weil dadurch die Situation vieler Beschäftigter im Niedriglohnbereich verbessert wird. Der vergabespezifische Mindestlohn des Landes war bei seiner Einführung im Jahr 2019 in seiner Höhe vorbildlich, ist aber mittlerweile vom Bundesmindestlohn überholt worden. Mit einer Höhe von 13,50 Euro wäre er auch der aktuell höchste im Bundesgebiet, gefolgt von Berlin und Brandenburg mit 13 Euro. Mit dieser Höhe werden die Inflation und die Preissteigerungen der letzten Zeit ausgeglichen.

Aber: Der gesetzliche Mindestlohn des Bundes wurde vor Kurzem auf 12,41 Euro (ab 2024) bzw. 12,82 Euro (ab 2025) erhöht, was einen Reallohnverlust bedeutet. In den vorliegenden Gesetzentwürfen wird mit einem Abstandsgebot des vergabespezifischen zum Bundesmindestlohn von 1,50 Euro argumentiert. Berücksichtigt man den jetzt angehobenen Bundesmindestlohn, ergäbe sich damit eine Höhe von ca. 14 Euro. Dies wäre auch das Niveau, das die EU-Mindestlohnrichtlinie vorsieht (definiert als 60% des Medianlohns von Vollzeitbeschäftigten), die bis spätestens Ende 2024 in nationales Recht umgesetzt werden muss.

Wir fordern daher die Erhöhung des vergabespezifischen Mindestlohns auf 14 Euro pro Stunde, um dem gestiegenen Mindestlohn des Bundes in Verbindung mit dem Abstandsgebot von 1,50 Euro sowie der zu erwartenden Erhöhung in Folge der EU-Mindestlohnrichtlinie bereits heute Rechnung zu tragen. Eine Alternative zu fixen Mindestlohnvorgaben wäre die Kopplung an die unterste Lohnstufe des TV-L, wie es beispielsweise in Bremen oder Sachsen-Anhalt der Fall ist.

Zu c):

Dass die Bestimmungen zur Tariftreue künftig auch für kommunale Auftraggeber gelten sollen, schließt die bisherige Lücke im Gesetz und wird von uns begrüßt, weil laut Vergabestatistik des Bundes kommunale Vergaben mit rund 30% einen großen Anteil am Gesamtvolumen öffentlicher Vergaben haben. Betrachtet man die Anzahl, machen diese sogar rund 52% aus. Dadurch wird die Tariftreue für sehr viele Beschäftigten entscheidend voran gebracht.

Zu 5. (Betreiberwechsel)

Dass die Personalübernahme bei Betreiberwechsel auf Schiene und Straße zum Regelfall werden soll („Soll“-Regelung), begrüßen wir, weil das bisherige Thüringer Vergabegesetz im Bereich SPNV mit seiner „Kann“-Regelung hinter der „Soll“-Regelung des § 131, Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) zurückgeblieben ist und den Rechtsrahmen der Verordnung 1370/2007/EG nicht ausreicht. Die Offenheit der „Kann“-Regelung führt insb. im Busbereich dazu, dass in der Praxis meistens keine Vorgabe der Personalübernahme durch die Auftraggeber erfolgt.

Wir halten – über den Gesetzentwurf hinausgehend - eine obligatorische Vorgabe („Muss“-Regelung) des Personalübergangs bei Betreiberwechsel im Nahverkehr auf Schiene und Straße für notwendig, um ungerechtfertigte Arbeitsplatz- und Einkommensverluste für Beschäftigte in diesen Bereichen zu verhindern. Diese drohen in ihrem Arbeitsleben regelmäßig, im Busbereich oft innerhalb weniger Jahre. Somit ließe sich auch die Attraktivität einer Beschäftigung in der Branche erhöhen – einer Branche mit massiver Personalknappheit und großer Bedeutung für die Erreichung der Klimaziele. Eine solche verpflichtende Vorgabe ist zudem notwendig, um durch die bessere Verfügbarkeit von gut qualifiziertem Personal die Stabilität des öffentlichen Verkehrs vor, während und nach einem Betreiberwechsel zu gewährleisten. Negativbeispiele zu Problemen bei der Neuaufnahme von Verkehren nach einem Betreiberwechsel durch anhaltenden Personalmangel gibt es aus der jüngsten Vergangenheit zur Genüge.

Im Anschluss an das EuGH-Urteil C-298/18 ist zudem davon auszugehen, dass es künftig wesentlich häufiger, nämlich auch ohne Übernahme von Fahrzeugen, nach dem Betreiberwechsel zu einem Betriebsübergang nach § 613a BGB kommen wird. Die grundsätzliche Vorgabe einer Personalübernahme auf Grundlage des Thüringer Vergabegesetzes würde für Beschäftigte, Auftraggeber und Unternehmen Rechtssicherheit schaffen, weil nicht erst nach der Vergabe langwierig auf dem Rechtsweg entschieden werden müsste, ob ein Betriebsübergang vorliegt. Rheinland-Pfalz und das Saarland verfügen bereits über eine „Muss“-Regelung in ihren Tariftreue- und Vergabegesetzen, Mecklenburg-Vorpommern plant derzeit eine solche. In Sachsen-Anhalt wurde vor Kurzem eine „Soll“-Bestimmung eingeführt.

Wir fordern deshalb die obligatorische Personalübernahme („Muss“-Regelung) mindestens zu den bisherigen Bedingungen für alle von Vergabeverfahren im SPNV und ÖPNV betroffenen Beschäftigten im Falle eines Betreiberwechsels und schlagen dazu beispielhaft die Formulierung aus dem § 1, Abs. 4 Landestariftreuegesetz von Rheinland-Pfalz vor:

„Aufgabenträger haben im Rahmen der Vergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1170/70 des Rates (ABl. EU Nr. L 315 S. 1) in der jeweils geltenden Fassung Auftragnehmer auf der Grundlage von Artikel 4 Abs. 5 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 dazu zu verpflichten, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die zuvor zur Erbringung der Dienste eingestellt wurden, ein Angebot zur Übernahme zu den bisherigen Arbeitsbedingungen zu unterbreiten. Der bisherige Betreiber ist nach Aufforderung des Aufgabenträgers binnen sechs Wochen dazu verpflichtet, dem Aufgabenträger alle hierzu erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen. In einem repräsentativen Tarifvertrag im Sinne von § 4 Abs. 3 können Regelungen zu den Arbeitsbedingungen getroffen werden, auf die im Falle einer Übernahme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der Grundlage von Artikel 4 Abs. 5 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 als vorrangig verwiesen werden kann.“

Zu 6. (ILO-Kernarbeitsnormen)

Die Streichung der ILO-Kernarbeitsnormen lehnen wir ab. Zwar ist es richtig, dass diese Bestandteil der deutschen Rechtsordnung sind. Es ist aber nicht nachvollziehbar dargelegt, inwiefern eine Streichung in der Praxis eine Verschlinkung bedeuten würde, da die Normen dennoch beachtet werden müssen. Ein Hinweis auf sie bleibt weiterhin sinnvoll, weil sich der Landesgesetzgeber zu fairen Arbeitsbedingungen bekennt.

Zu 9. (Berücksichtigung von sozialen oder umweltbezogenen Maßnahmen bei gleichwertigen Angeboten)

Die Streichung des § 13 ist aus der Praxisperspektive nachvollziehbar, weil es nur sehr selten Fälle geben dürfte, in denen tatsächlich gleichwertige Angebote vorliegen. Die konsequente Vorgabe sozialer und ökologischer Kriterien auf allen Stufen des Vergabeverfahrens wäre aus unserer Sicht zielführender als der bisherige § 13.

Allerdings sollte die darin genannte Tarifbindung an anderer Stelle im Gesetz berücksichtigt werden, z.B. unter den §§ 4, 7, 8 und 10. Dieses wichtige Kriterium würde ansonsten komplett entfallen.

Zu 13. (Kontrollen)

Die Einführung einer stichprobenhaften Kontrollverpflichtung begrüßen wir grundsätzlich, weil ohne Kontrollen eine wirksame Umsetzung der Vorgaben nicht gewährleistet werden kann.

Optimal wäre aus unserer Erfahrung jedoch die Verpflichtung zu regelmäßigen Kontrollen vor und während der gesamten Vertragslaufzeit und eine ausreichende Mindestkontrollquote. Eine Übertragung der Kontrollaufgabe auf die zu schaffende Landesvergabeberatungsstelle und eine ausreichende Personalausstattung derselben würden eine effektivere Steuerung und Durchführung der Kontrollen ermöglichen. Siehe dazu auch die Ausführungen zu Nr. 2.

Zu 14. (Sanktionen)

Dass ein Ausschluss von Auftragsvergaben nach Verstößen künftig bis zu fünf statt bisher drei Jahre möglich sein soll, begrüßen wir aufgrund des zu erwartenden Abschreckungseffektes.

Das geplante Register zu ausgeschlossenen Unternehmen hilft den Aufgabenträgern in der Praxis und vermeidet, dass bereits als nicht gesetzestreu aufgefallene Unternehmen öffentliche Gelder erhalten. Aus diesem Grund begrüßen wir dessen geplante Einführung.

Ohne Nummer: Zu § 4 (Berücksichtigung umweltbezogener und sozialer Aspekte)

Hinsichtlich § 4 sieht der Entwurf keine Änderungen vor. Eine verpflichtende Vorgabe von ökologischen und sozialen Standards würde das Landesrecht dem Bundesrecht annähern und dafür sorgen, dass soziale und ökologische Nachhaltigkeit besser erreicht werden kann.

§ 97, Abs. 3 GWB lautet seit 2016:

*"Bei der Vergabe **werden** Aspekte der Qualität und der Innovation sowie soziale und umweltbezogene Aspekte **nach Maßgabe dieses Teils berücksichtigt.**"*

Einschränkende Vorgaben aus dem Vergaberecht zur Vorgabe der genannten Kriterien werden nicht genannt. Aus Sicht von mobifair ergibt sich aus der Änderung dieser Formulierung im GWB im Jahr 2016 der Wunsch des Gesetzgebers, dass die dort genannten Kriterien verbindlich bei allen Vergabeverfahren angewendet werden.

Wir schlagen vor, dass § 4, Abs. 3 des Thüringer Vergabegesetzes folgende Fassung erhält:

„(3) Umweltbezogene und soziale Aspekte werden auf allen Stufen des Vergabeverfahrens, namentlich bei der Definition des Auftragsgegenstands, dessen technischer Spezifikation, der Auswahl der Bieter, der Erteilung des Zuschlags und den Bedingungen für die Ausführung

des Auftrags berücksichtigt, wenn sie im sachlichen Zusammenhang mit der Auftragsleistung stehen und in der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen angegeben sind.“

Entsprechend sollte Abs. 4, Satz 1 folgende Fassung erhalten:

„(4) Als umweltbezogene und soziale Aspekte nach Absatz 3 kommen insbesondere in Betracht:“

Die danach beispielhaft genannten Kriterien sollten beibehalten und um „Tarifbindung“ ergänzt werden. Siehe hierzu unsere Ausführungen zu 9.

Teil B - Stellungnahme zum Gesetzentwurf der CDU-Fraktion - Drucksache 7/7451 – im Einzelnen:

Zu 2., 3., 8. Und 9. (Berücksichtigung umweltbezogener und sozialer Aspekte)

Die Zusammenlegung der Paragraphen mit Bezug auf umweltbezogene und soziale Aspekte wäre zwecks Vereinfachung aus unserer Sicht prinzipiell nachvollziehbar. Dass dabei aber gleichzeitig die sozialen Kriterien deutlich abgeschwächt werden, lehnen wir ausdrücklich ab. Das bisherige Gesetz führt unter § 4, Abs. 4 verschiedene soziale Kriterien beispielhaft auf (z.B. Ausbildung, Chancengleichheit). Dies soll laut Gesetzentwurf entfallen. Nur bei den ökologischen Kriterien gibt es noch Konkretisierungen. Soziale Kriterien werden nur noch beiläufig genannt und es bleibt bei einer „Kann“-Bestimmung hinsichtlich deren Vorgabe bei Vergabeverfahren bzw. bei einer „Soll“-Bestimmung hinsichtlich Umweltkriterien.

Damit bliebe das Gesetz hinter dem 2016 verschärften § 97, Abs. 3 GWB zurück, wonach qualitative, ökologische und soziale Aspekte „berücksichtigt werden“. Wir fordern stattdessen eine Anpassung des bisherigen § 4, Abs. 3 und 4: Siehe dazu unsere Ausführungen unter Teil A zu § 4).

Zu 7. (Tariffreue)

Im Wesentlichen bleibt es beim bisherigen Stand. Die Formblätter durch eine einzige Allgemeinerklärung zu ersetzen, birgt aus unserer Sicht das Risiko, dass sich durch Verkürzungen Ungenauigkeiten und Rechtsunsicherheiten ergeben. Die Argumentation, inwiefern eine solche Maßnahme die Bereitschaft von Unternehmen zur Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen erhöhen soll, erscheint uns nicht überzeugend. Die Unterzeichnung mehrerer Formblätter ist im Vergleich zur vorgabengerechten Ausführung von öffentlichen Aufträgen wenig komplex und somit zumutbar.

Zu c):

Der Entwurf sieht eine Erhöhung des **vergabespezifischen Mindestlohns auf 13,50 Euro** pro Stunde vor: Dies begrüßen wir grundsätzlich, weil dadurch die Situation vieler Beschäftigter im Niedriglohnbereich verbessert wird. Der vergabespezifische Mindestlohn des Landes war bei seiner Einführung im Jahr 2019 in seiner Höhe vorbildlich, ist aber mittlerweile vom Bundesmindestlohn überholt worden. Mit einer Höhe von 13,50 Euro wäre er auch der aktuell höchste im Bundesgebiet, gefolgt von Berlin und Brandenburg mit 13 Euro. Mit dieser Höhe werden die Inflation und die Preissteigerungen der letzten Zeit ausgeglichen.

Aber: Der gesetzliche Mindestlohn des Bundes wurde vor Kurzem auf 12,41 Euro (ab 2024) bzw. 12,82 Euro (ab 2025) erhöht, was einen Reallohnverlust bedeutet. In den vorliegenden

Gesetzentwürfen wird mit einem Abstandsgebot des vergabespezifischen zum Bundesmindestlohn von 1,50 Euro argumentiert. Berücksichtigt man den jetzt angehobenen Bundesmindestlohn, ergäbe sich damit eine Höhe von ca. 14 Euro. Dies wäre auch das Niveau, das die EU-Mindestlohnrichtlinie vorsieht (definiert als 60% des Medianlohns von Vollzeitbeschäftigten), die bis spätestens Ende 2024 in nationales Recht umgesetzt werden muss.

Wir fordern daher die Erhöhung des vergabespezifischen Mindestlohns auf 14 Euro pro Stunde, um dem gestiegenen Mindestlohn des Bundes in Verbindung mit dem Abstandsgebot von 1,50 Euro sowie der zu erwartenden Erhöhung in Folge der EU-Mindestlohnrichtlinie bereits heute Rechnung zu tragen. Eine Alternative zu fixen Mindestlohnvorgaben wäre die Kopplung an die unterste Lohnstufe des TV-L, wie es beispielsweise in Bremen oder Sachsen-Anhalt der Fall ist.

Zu 8. (Betriebsübergang)

Hinsichtlich der Regelung zur Personalübernahme sieht der Entwurf keine Änderung vor. Das bisherige Thüringer Vergabegesetz bleibt im Bereich SPNV mit seiner „Kann“-Regelung hinter der „Soll“-Regelung des § 131, Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) zurück und reizt den Rechtsrahmen der Verordnung 1370/2007/EG nicht aus. Die Offenheit der „Kann“-Regelung führt insb. im Busbereich dazu, dass in der Praxis meistens keine Vorgabe der Personalübernahme durch die Auftraggeber erfolgt.

Wir halten eine obligatorische Vorgabe („Muss“-Regelung) des Personalübergangs bei Betreiberwechsel im Nahverkehr auf Schiene und Straße für notwendig, um ungerechtfertigte Arbeitsplatz- und Einkommensverluste für Beschäftigte in diesen Bereichen zu verhindern. Diese drohen in ihrem Arbeitsleben regelmäßig, im Busbereich oft innerhalb weniger Jahre. Somit ließe sich auch die Attraktivität einer Beschäftigung in der Branche erhöhen – einer Branche mit massiver Personalknappheit und großer Bedeutung für die Erreichung der Klimaziele. Eine solche verpflichtende Vorgabe ist zudem notwendig, um durch die bessere Verfügbarkeit von gut qualifiziertem Personal die Stabilität des öffentlichen Verkehrs vor, während und nach einem Betreiberwechsel zu gewährleisten. Negativbeispiele zu Problemen bei der Neuaufnahme von Verkehren nach einem Betreiberwechsel durch anhaltenden Personalmangel gibt es aus der jüngsten Vergangenheit zur Genüge.

Im Anschluss an das EuGH-Urteil C-298/18 ist zudem davon auszugehen, dass es künftig wesentlich häufiger, nämlich auch ohne Übernahme von Fahrzeugen, nach dem Betreiberwechsel zu einem Betriebsübergang nach § 613a BGB kommen wird. Die grundsätzliche Vorgabe einer Personalübernahme auf Grundlage des Thüringer Vergabegesetzes würde für Beschäftigte, Auftraggeber und Unternehmen Rechtssicherheit schaffen, weil nicht erst nach der Vergabe langwierig auf dem Rechtsweg entschieden werden müsste, ob ein Betriebsübergang vorliegt. Rheinland-Pfalz und das Saarland verfügen bereits über eine „Muss“-Regelung in ihren Tariftreue- und Vergabegesetzen, Mecklenburg-Vorpommern plant derzeit eine solche. In Sachsen-Anhalt wurde vor Kurzem eine „Soll“-Bestimmung eingeführt.

Wir fordern deshalb die obligatorische Personalübernahme („Muss“-Regelung) mindestens zu den bisherigen Bedingungen für alle von Vergabeverfahren im SPNV und ÖPNV

betroffenen Beschäftigten im Falle eines Betreiberwechsels und schlagen dazu beispielhaft die Formulierung aus dem § 1, Abs. 4 Landestariftreuegesetz von Rheinland-Pfalz vor:

„Aufgabenträger haben im Rahmen der Vergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1170/70 des Rates (ABl. EU Nr. L 315 S. 1) in der jeweils geltenden Fassung Auftragnehmer auf der Grundlage von Artikel 4 Abs. 5 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 dazu zu verpflichten, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die zuvor zur Erbringung der Dienste eingestellt wurden, ein Angebot zur Übernahme zu den bisherigen Arbeitsbedingungen zu unterbreiten. Der bisherige Betreiber ist nach Aufforderung des Aufgabenträgers binnen sechs Wochen dazu verpflichtet, dem Aufgabenträger alle hierzu erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen. In einem repräsentativen Tarifvertrag im Sinne von § 4 Abs. 3 können Regelungen zu den Arbeitsbedingungen getroffen werden, auf die im Falle einer Übernahme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der Grundlage von Artikel 4 Abs. 5 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 als vorrangig verwiesen werden kann.“

Zu 9. (ILO-Kernarbeitsnormen)

Die Streichung der ILO-Kernarbeitsnormen lehnen wir ab. Zwar ist es richtig, dass diese Bestandteil der deutschen Rechtsordnung sind. Es ist aber nicht nachvollziehbar dargelegt, inwiefern eine Streichung in der Praxis eine Verschlinkung bedeuten würde, da die Normen dennoch beachtet werden müssen. Ein Hinweis auf sie bleibt weiterhin sinnvoll, weil sich der Landesgesetzgeber damit zu fairen Arbeitsbedingungen bekennt.

Zu 17.a) (Sanktionen)

Die Streichung von finanziellen Vertragsstrafen bei Verstößen lehnen wir ab. Es entsteht hierdurch eine zu große Lücke, weil nur noch die fristlose Kündigung als Sanktionsmöglichkeit verbleibt. Es fehlen Abstufungen hinsichtlich Abschreckung und Sanktionierung. Die fristlose Kündigung stellt die höchste Eskalationsstufe dar und wird dementsprechend selten angewandt. Es steht daher zu befürchten, dass kleinere Verstöße künftig ungeahndet bleiben, weil das rechtliche Instrumentarium fehlt.

Teil C - Beantwortung des Fragenkatalogs des Ausschusses zur Anhörung

Zu 1.

Dass die Bestimmungen zur Tariftreue künftig auch für kommunale Auftraggeber gelten sollen, schließt die bisherige Lücke im Gesetz und wird von uns begrüßt, weil laut Vergabestatistik des Bundes kommunale Vergaben mit rund 30% einen großen Anteil am Gesamtvolumen öffentlicher Vergaben haben. Dadurch wird die Tariftreue für sehr viele Beschäftigten entscheidend voran gebracht.

Zu 2.

Die Schaffung einer Landesvergabeberatungsstelle begrüßen wir, weil damit erforderliches Fachwissen allen Auftraggebern besser zugänglich gemacht werden kann. Auf diese Weise können die Verfahren rechtssicherer und Möglichkeiten des Vergaberechts besser genutzt werden, z.B. bei Vorgabe von sozialen oder ökologischen Kriterien, Entlohnung und Kontrollen. Denkbar wären etwa FAQs oder die Durchführung von Schulungen für Auftraggeber. Wir empfehlen, Aufgaben, Finanzierung, Arbeitsweise und Personalausstattung der Landesvergabeberatungsstelle im Gesetz oder per Rechtsverordnung weiter zu konkretisieren. Außerdem halten wir eine Erweiterung der Aufgaben der Stelle für sinnvoll, sodass sie auch für Unternehmen und Beschäftigte Informationen und Beratungen anbietet, z.B. zu Fragen der Entlohnung im Sinne der anzuwendenden Tarifverträge. Auch eine Übertragung von Kontrollaufgaben wäre ein Ansatz, um Kompetenzen zu bündeln und die vom Gesetz vorgesehene Kontrolltätigkeit effektiver zu gestalten.

Zu 3.

Das geplante Register zu ausgeschlossenen Unternehmen hilft den Aufgabenträgern in der Praxis und vermeidet, dass bereits als nicht gesetzestreu aufgefallene Unternehmen öffentliche Gelder erhalten. Aus diesem Grund begrüßen wir dessen geplante Einführung.

Zu 4.

Die Einführung einer stichprobenhaften Kontrollverpflichtung begrüßen wir grundsätzlich, weil ohne Kontrollen eine wirksame Umsetzung der Vorgaben nicht gewährleistet werden kann.

Optimal wäre jedoch die Verpflichtung zu regelmäßigen Kontrollen vor und während der gesamten Vertragslaufzeit und eine ausreichende Mindestkontrollquote. Die Übertragung der Kontrollaufgabe auf die zu schaffende Landesvergabeberatungsstelle und eine

ausreichende Personalausstattung derselben würde eine effektivere Steuerung und Durchführung der Kontrollen ermöglichen.

Zu 5.

Eine einheitliche digitale Plattform für alle Vergaben des Landes und der Kommunen sowie digitale (direkt online ausfüllbare) Formulare wären aus unserer Sicht zielführende Maßnahmen zur Verfahrenserleichterung, weil sie die wiederkehrenden Vorgänge seitens der Bewerber und Auftraggeber vereinheitlichen würden. Durch Präqualifizierungsverfahren für Bewerberunternehmen ließe sich ebenfalls eine Verfahrenserleichterung erreichen, unabhängig von einer Digitalisierung.

Zu 6.

Eine Vergabeteilnahme per E-Mail senkt prinzipiell die Hürde für die Bewerber. Dabei muss jedoch sichergestellt werden, dass die bundesgesetzlich geregelte Transparenz hinsichtlich der Auftraggeber-Bieter-Kommunikation gewährleistet bleibt. Wir sehen jedoch, dass eine Vergabeteilnahme und eine einheitliche digitale Vergabepattform teilweise nicht miteinander vereinbar wären, insb. wenn Online-Formulare zum Einsatz kommen sollen. Im Zweifel halten wir eine einheitliche digitale Plattform für den praktikableren, zukunfts- und auch rechtssichereren Weg. Unverschlüsselte E-Mails sind immer noch die Regel und für den Versand vertraulicher Unterlagen (Kalkulationen, Daten von Beschäftigten für den Betriebsübergang bei Betreiberwechsel) nicht geeignet.

Zu 7.

Eine einheitliche digitale Plattform für alle Vergaben des Landes und der Kommunen sowie digitale (direkt online ausfüllbare) Formulare wären aus unserer Sicht zielführende Maßnahmen zur Verfahrenserleichterung, weil sie die wiederkehrenden Vorgänge seitens der Bewerber und der Auftraggeber vereinheitlichen würden. Dies würde auch die Arbeit der geplanten Landesvergabebereitungsstelle erleichtern, weil Schulungen sich auf ein einheitliches System beziehen würden.

Zu 8.

Regionalität als Vergabekriterium könnte im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs etwa bedeuten, dass sich Betriebshöfe, Werkstätten o.Ä. in der Nähe des Auftragsortes befinden oder vorhandene Infrastrukturen genutzt werden müssen, um lange Wege, erhöhte Emissionen und Neubauten zu vermeiden. In diesem Kontext würden wir die Aufnahme der Regionalität in § 4 als Qualitätskriterium begrüßen.

Zu 9.

Positiv. Ein konkretes Beispiel aus dem Verkehrsbereich wäre etwa die Vorgabe von ausreichend Sozialräumen mit Sanitäranlagen bei Ausschreibungen von

Busverkehrsleistungen. In vielen Fällen sind diese kaum vorhanden, was für die Busfahrer*innen eine große, auch gesundheitliche Belastung darstellt. Die Maßnahmen zum Gesundheits- und idealerweise auch Arbeitsschutz sollten nicht nur auf bestehende Vorschriften verweisen, sondern darüber hinaus gehen.

Zu 10.

Durch verpflichtende Vorgabe und Kontrolle der genannten Kriterien.

Zu 11.

Der Verkehrsbereich, auf den wir uns konzentrieren, ist von dieser Regelung aufgrund hoher Auftragsvolumina nicht betroffen. Wir fordern jedoch auf Bundesebene, dass die Direktvergabe von Verkehrsleistungen Teil der möglichen Regelverfahren wird, wie dies nach der Verordnung 1370/2007/EG möglich wäre.

Zu 12.

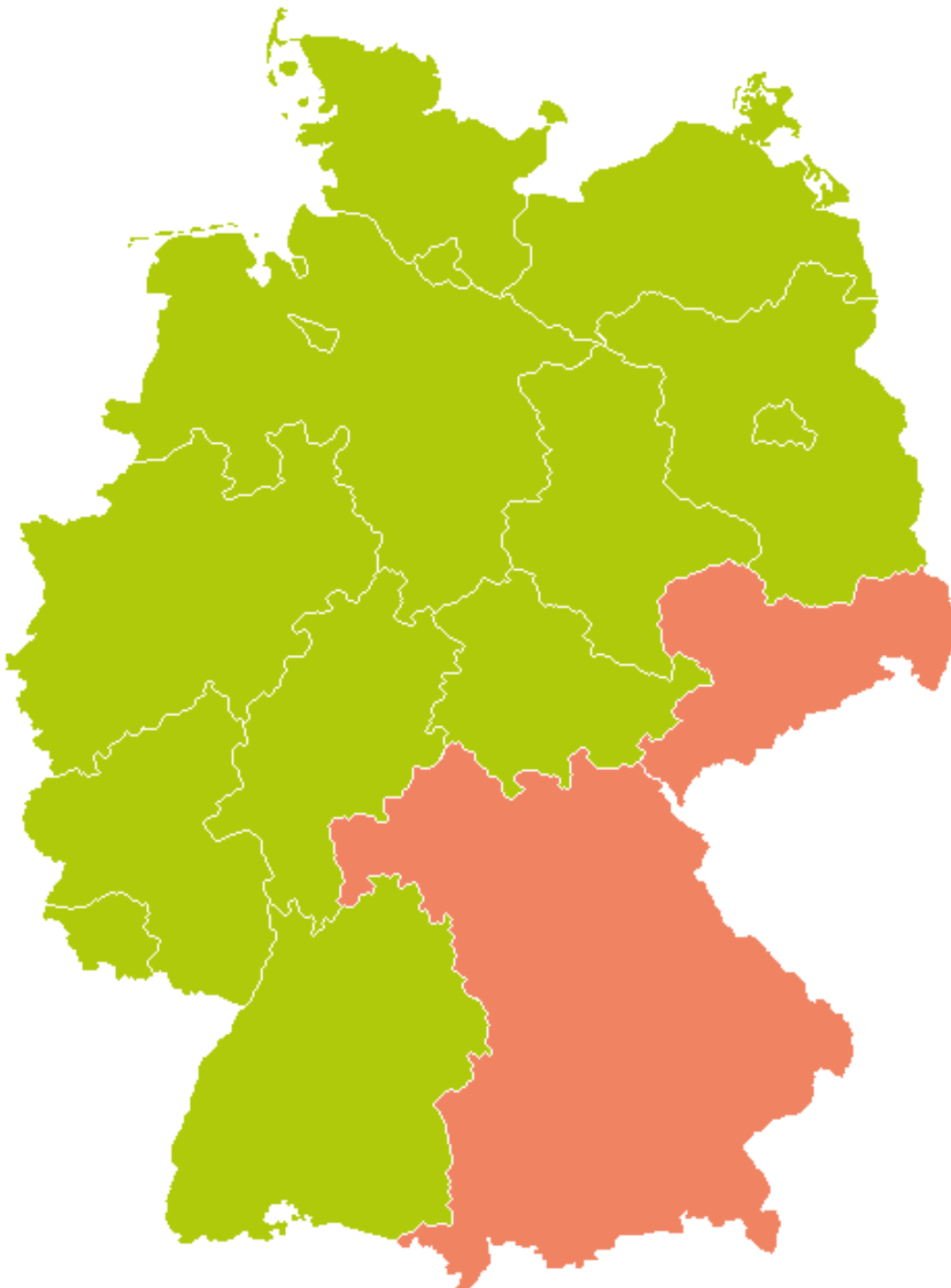
Die Formblätter durch eine einzige Allgemeinerklärung zu ersetzen, birgt aus unserer Sicht das Risiko, dass sich durch Verkürzungen Ungenauigkeiten und Rechtsunsicherheiten ergeben. Die Argumentation, inwiefern eine solche Maßnahme die Bereitschaft von Unternehmen zur Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen erhöhen soll, erscheint uns nicht überzeugend. Die Unterzeichnung mehrerer Formblätter ist im Vergleich zur vorgabengerechten Ausführung von öffentlichen Aufträgen wenig komplex und somit zumutbar.

Zu 13.

Die Berücksichtigung sozialer, ökologischer und qualitativer Kriterien ist grundsätzlich auf allen Stufen von Vergabeverfahren möglich. Wir halten es für sinnvoll, diese als Mindestbedingungen in die Leistungsbeschreibung aufzunehmen und bei der Wertung hoch zu gewichten. Dies ist vergaberechtlich möglich und sogar gewollt (§ 97, Abs. 3 GWB). Wir sehen die öffentlichen Auftraggeber in der Pflicht, beim Einsatz öffentlicher Gelder vorbildliche Standards zu schaffen und so Anreize für gute Arbeitsbedingungen sowie Impulse für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu geben. Dies ist durch Regelungen außerhalb des Vergabegesetzes kaum zu erreichen. Im Verkehrsbereich wäre dies zusätzlich durch die Verankerung sozialer und ökologischer Standards in Nahverkehrsplänen des Landes und der Kommunen möglich.

Tariftreue in den Ländern

Aktueller Vergleich Landestariftreuegesetze
Stand 06.2023



Vergleich der Tariftreuegesetze in den Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland.

Die Vergleichstabellen zu den Landestariftreuegesetzen sollen einen Überblick über die einzelnen landesbezogenen Regelungen darstellen.

In den vergangenen Jahren haben sich einige Gesetze qualitativ weiterentwickelt, andere blieben unverändert.

Bausteine der Landestariftreuegesetze:

- Geltungsbereich und Regelungsumfang;
- Nachunternehmer und Leiharbeitnehmer;
- Regelungen zu Tariftreue und Personalübernahme bei Betreiberwechsel:
 - spezielle Regelungen im Verkehrsbereich im Geltungsbereich der EU Verordnung 1370/2007/EG
 - im Geltungsbereich des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG);
- Vergabespezifischer Mindestlohn;
- Vorgabe weiterer sozialer, umweltbezogener und innovativer Aspekte in Anwendung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 97, Abs. 3;
- Nachweise, Kontrolle und Sanktionen.

Zusätzliche Regelungen, zumeist per Rechtsverordnung:

- Kontrollinstitutionen für Serviceaufgaben gegenüber Bestellern und Bewerbern, sowie für Kontrollfunktionen;
- Einrichtung einer Mindestlohnkommission zur regelmäßigen Prüfung der Mindestloohnhöhe
- Einrichtung eines Beirates zur Bestimmung repräsentativer Tarifverträge

In der Gegenüberstellung der Gesetzesregelungen wurden die einzelnen Inhalte verglichen. Bei der Bewertung der Regelungen wurde ausschließlich der Nutzen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Vordergrund gestellt.

Das zugrundeliegende Wertungsschema befindet sich am Ende dieses Vergleich.

Übersicht der Tariftreue in Deutschland

Länder mit Tariftreuegesetzen:

Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen.

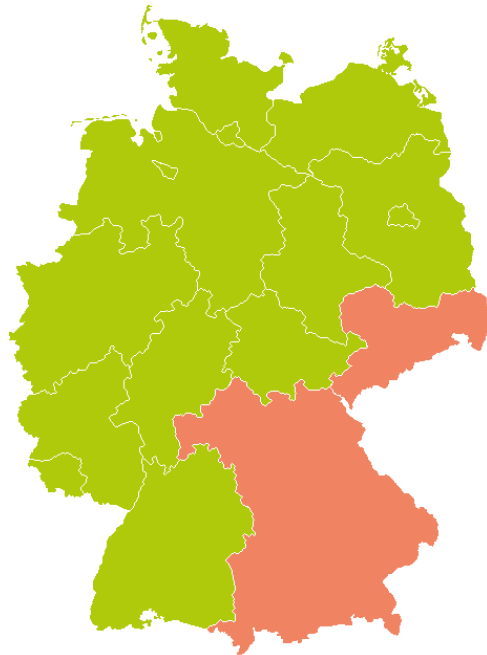
Länder ohne Tariftreuegesetze:

Sachsen, Bayern.

Novellierungen und Initiativen:

In Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern strebt die Landesregierung eine Novellierung des Landesvergabegesetzes an.

In Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen sieht der Koalitionsvertrag jeweils eine Novellierung des Landesvergabegesetzes vor.



Stand: Juni 2023

Vergabespezifische Mindestlöhne in Deutschland

Länder mit vergabespezifischen Mindestlöhnen, die über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen*:

Brandenburg: 13,00 €

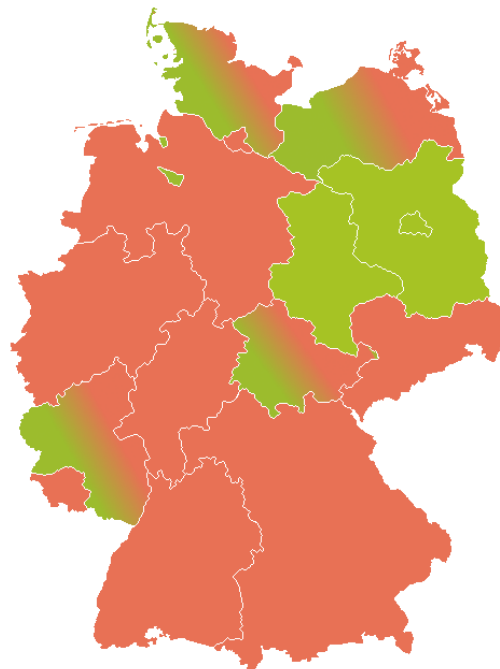
Berlin: 13,00 €

Bremen: Kopplung an Entgeltgr. 1, Stufe 2 TV-L

Sachsen-Anhalt: Kopplung an Entgeltgr. 1, Stufe 2 TV-L

Der aktuelle Koalitionsvertrag in Baden-Württemberg sieht die Einführung von vergabespezifischen Mindestlöhnen vor.

*Durch das Mindestlohngesetz gilt in ganz Deutschland seit dem 01.01.2015 ein gesetzlicher Mindestlohn, der regelmäßig angepasst wird. Die Höhe beträgt ab 01.10.2022 12,00 € (12,41 € ab 01.01.2024) und liegt somit über den vergabespezifischen Mindestlöhnen von Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen. In der Grafik sind diese Länder mit Farbverlauf dargestellt.



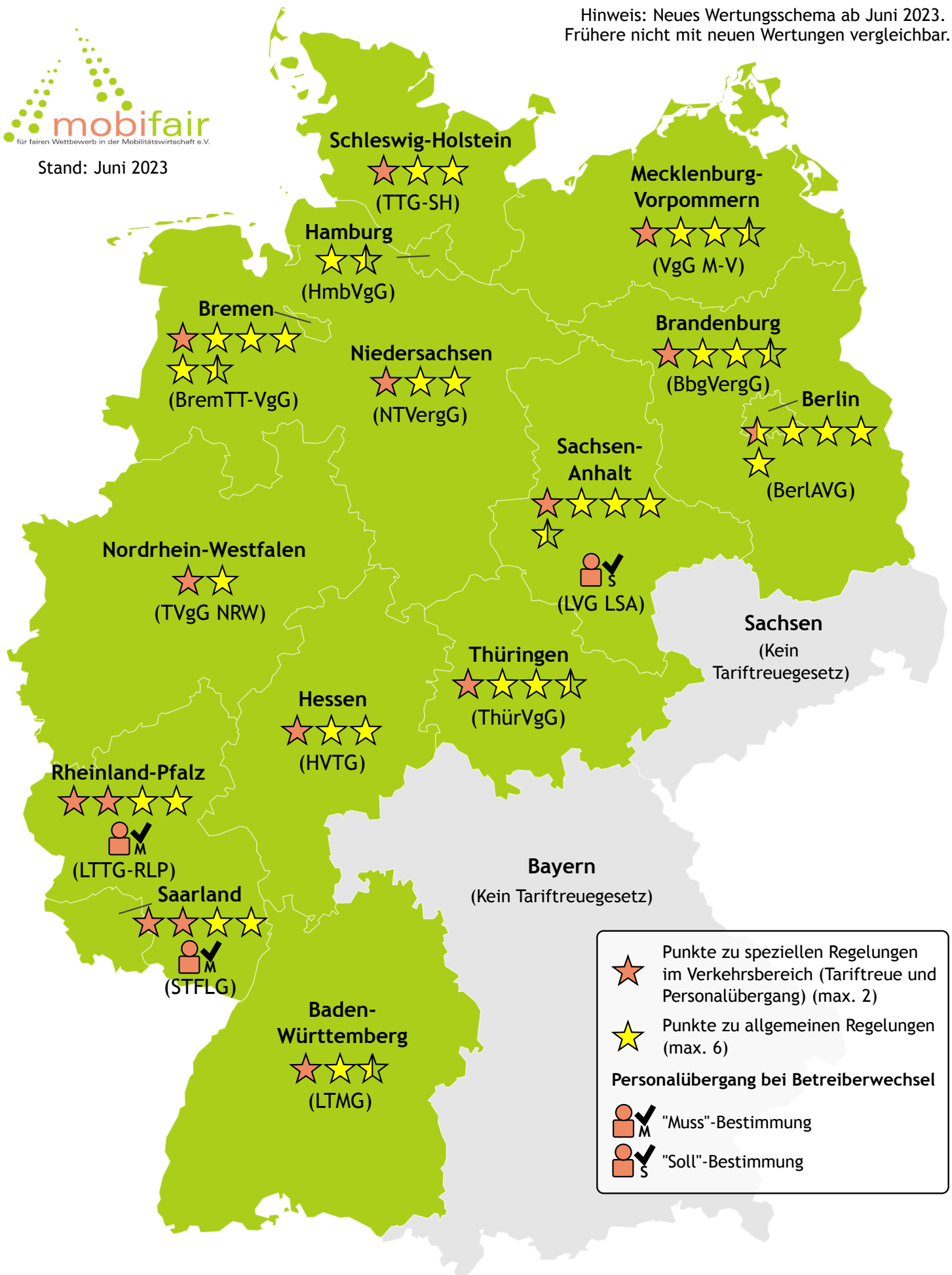
Stand: Juni 2023

Kurzbewertung Landestariftreuegesetze

Hinweis: Neues Wertungsschema ab Juni 2023.
Frühere nicht mit neuen Wertungen vergleichbar.



Stand: Juni 2023



Punkte zu speziellen Regelungen
im Verkehrsbereich (Tariftreue und
Personalübergang) (max. 2)



Punkte zu allgemeinen Regelungen
(max. 6)

Personalübergang bei Betreiberwechsel












"Muss"-Bestimmung



"Soll"-Bestimmung










Vergleich der Landestarifreugesetze in Deutschland

Hinweis: Neues Bewertungsschema ab Juni 2023 - Alte nicht mit neuen Wertungen vergleichbar

	Baden-Württemberg	Berlin	Brandenburg	Hansestadt Bremen	Hansestadt Hamburg	Hansestadt Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Mecklenburg-Vorpommern
									
Status	In Kraft seit April 2013	In Kraft seit April 2020	In Kraft seit September 2016	In Kraft seit November 2009	In Kraft seit Februar 2006	Senatsentwurf April 2023	In Kraft seit Dezember 2014	In Kraft seit Juli 2011	Regierungsentwurf April 2023
Kurzbewertung:	☆☆☆☆☆	☆☆☆☆☆	☆☆☆☆☆	☆☆☆☆☆	☆☆☆☆☆	☆☆☆☆☆	☆☆☆☆☆	☆☆☆☆☆	☆☆☆☆☆
Regelungsumfang: Bewertet wird, ob der gesamte Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe erfasst ist.	- Umfasst alle öffentlichen Aufträge. ☆	- Umfasst alle öffentlichen Aufträge. ☆	- Umfasst alle öffentlichen Aufträge. ☆	- Umfasst alle öffentlichen Aufträge. ☆	- Umfasst alle öffentlichen Aufträge. ☆	- Umfasst alle öffentlichen Aufträge. ☆	- Umfasst alle öffentlichen Aufträge. ☆	- Umfasst alle öffentlichen Aufträge. ☆	- Umfasst alle öffentlichen Aufträge. ☆
Nachunternehmer: Gelten die Tariffreuevorgaben auch für Nachunternehmer und Leiharbeiternehmer?	- Geltung für Nachunternehmer. ☆ - Geltung auch für Leiharbeiternehmer	- Geltung für Nachunternehmer. ☆ - Geltung auch für Leiharbeiternehmer	- Geltung für Nachunternehmer. ☆ - Geltung auch für Leiharbeiternehmer. (Nur Sicherung Mindestentgelt)	- Geltung für Nachunternehmer. ☆ - Geltung auch für Leiharbeiternehmer	- Geltung für Nachunternehmer. ☆ - Geltung auch für Leiharbeiternehmer	- Geltung für Nachunternehmer. ☆ - Geltung auch für Leiharbeiternehmer	- Geltung für Nachunternehmer. ☆ - Geltung auch für Leiharbeiternehmer	- Geltung für Nachunternehmer. ☆ - Geltung auch für Leiharbeiternehmer	- Geltung für Nachunternehmer. ☆ - Geltung auch für Leiharbeiternehmer
Verkehrsbereich: Wurden die Regelungsmöglichkeiten der EU VO 1370/2007/EG zur Vorgabe spezifischer Sozialstandards ausgeschöpft?	- Keine Regelung zur Personalübernahme bei Betreiberwechsel. b) Tarifreue im Verkehrsbereich: Regelungen zur Vorgabe und Auswahl von repräsentativen Tarifverträgen ☆	- Keine Regelung zur Personalübernahme bei Betreiberwechsel. - Vorgabe von Entgelttarifverträgen. Kein Tarifreuebeirat ☆	- "SoI"-Bestimmung im Bereich Schiene (orientiert an GWB-Regelung) - Vorgabe von Entgelttarifverträgen. Tarifreuebeirat ☆	- Keine Regelung zur Personalübernahme bei Betreiberwechsel. - Vorgabe von Entgelttarifverträgen. Tarifreuebeirat ☆	- Keine Regelung (über AEntG hinaus) - Keine Regelung	- Keine Verpflichtung zur Personalübernahme bei Betreiberwechsel. - Vorgabe von branchenspezifischen Mindestentgelten (keine Tarifgitter) ☆ - Kein Tarifreuebeirat ☆	- Keine Verpflichtung zur Personalübernahme bei Betreiberwechsel. - Vorgabe von Entgelttarifverträgen. Tarifreuebeirat ☆	- Keine Regelung zur Personalübernahme bei Betreiberwechsel. - Vorgabe von Entgelttarifverträgen. Einbeziehung der zuständigen Verbände der Tarifvertragsparteien ☆	- Verpflichtung zur Personalübernahme bei Betreiberwechsel auf Schiene und Straße. ☆ - Berater Ausschuss zur Auswahl der Tarifverträge ☆
Tarifreue außerhalb des Verkehrsbereichs: Wurden die Möglichkeiten des AEntG im Bereich von Bau-, Liefer- und Dienstleistungen ausgeschöpft?	- Keine Regelung	- Vorgabe von Entgelttarifverträgen (Bezugsnahme über Tarifregister) ☆	- Keine Regelung	- Vorgabe von tätigkeitspezifischen Mindestentgelten (Lohngrittern) per Rechtsverordnung auf Grundlage von Branchenarbeitsverträgen ☆	- Keine Regelung	- Vorgabe von branchenspezifischen Mindestentgelten (keine Tarifgitter) ☆	- Keine Regelung	- Keine Regelung	- Vorgabe von Kernarbeitsbedingungen (Lohngritter und weitere Regelungen) per Rechtsverordnung auf Grundlage von Branchenarbeitsverträgen ☆ - Berater Ausschuss zur Auswahl der Tarifverträge ☆
Mindestlohn: Regelungsrahmen eines vergabespezifischen Mindestlohns inkl. der Anpassungsformeln. Bundesmindestlohn ab 01.10.22: 12,00 € ab 01.01.24: 12,41 €	- Dauerhafte Anpassung an den bundesgesetzlichen Mindestlohn.	- 13 € (12.2022) Mindestlohn mit Anpassungsregelung. ☆	- 13,00 € (05.21) Mindestlohn und Kommission zur Anpassung	- Kopplung an Entgeltgruppe 1, Stufe 2 TV-L, mind. 12,00 € Mindestlohn (seit 06.22) ☆	- Verweis auf den gesetzlichen Mindestlohn	- Verweis auf den gesetzlichen Mindestlohn.	- Verweis auf den gesetzlichen Mindestlohn.	- 10,55 € Mindestlohn (10.2021) und jährliche Anpassung per Rechtsverordnung (Stark bei 12 €). DERZ, ÜBERHOLT DURCH BUNDESGESETZ	- Jährliche Anpassung per Rechtsverordnung anhand eines statistischen Index (Stark bei 12 €). Mindestens aber Niveau des Bundesmindestlohns ☆
Weitere Regelungen: Weitere soziale, umweltfreundliche oder innovative Vorgaben möglich oder verpflichtend?	- Keine Regelung	- Soziale Kriterien optional - Frauenförderung - ILO Kernarbeitsnormen - Mittelstandsförderung - Verpflichtende Berücksichtigung ökologischer Kriterien ☆	- Übernahme der Formulierung aus dem alten GWB ("können berücksichtigt werden")	- ILO Kernarbeitsnormen - Mittelstandsförderung - Soziale und ökologische Kriterien optional - Präqualifikationsverfahren	- Keine Regelung zu sozialen Kriterien - Beachtung der ILO Kernarbeitsnormen - Umweltethische Beschaffung - Präqualifikationsverfahren	- Keine Regelung zu sozialen Kriterien - Beachtung der ILO Kernarbeitsnormen - Umweltethische Beschaffung - Präqualifikationsverfahren	- Soziale, ökologische und innovative Aspekte optional - Öffentliche Beschaffungsverfahren - Chancengleichheit - Beschäftigung Langzeitarbeitsloser - ILO Kernarbeitsnormen - Mittelstandsförderung	- Soziale, umweltbezogene und innovative Aspekte optional - Öffentliche Beschaffungsverfahren - Chancengleichheit - Beschäftigung Langzeitarbeitsloser - ILO Kernarbeitsnormen - Mittelstandsförderung ☆	- Allgemeiner Hinweis auf die Möglichkeit der Vorgabe von Ausführungsbedingungen - ILO Kernarbeitsnormen - Mittelstandsförderung
Kontrollen: Wie wird die Einhaltung der Vorgaben kontrolliert?	- Kontrollbefugnis für Aufgabenträger	- Verpflichtung zu Stichproben (5% der vergebenen Aufträge je Kalenderjahr) - Schaffung einer zentralen Kontrollgruppe. ☆	- Verpflichtung zu Stichproben	- Verpflichtung zu Kontrollen durch eine Sonderkommission ☆	- Kontrollbefugnis für Aufgabenträger	- Kontrollbefugnis für Aufgabenträger	- Kontrollbefugnis für Aufgabenträger	- Kontrollverpflichtung für Aufgabenträger (oder eine beauftragte Stelle) ☆	- Kontrollbefugnis für Aufgabenträger (oder eine beauftragte Stelle) ☆
Negative Regelungen: Bestandteile des Gesetzes, die zusätzlich zu Punkteabzug führen, z.B. Ausstieg aus Tarifreue bei Ausnahmen möglich, schlechte Regelung zu Auswahl des Tarifvertrags, schwache Sanktionen etc.	- Bei grenzüberschreitenden Verkehren Ausstieg aus Tarifreue möglich. ☆	- Bei länderübergreifenden Verkehren Ausstieg aus Tarifreue möglich. ☆	- Keine Tarifreue im Verkehrsbereich bei Entsendung aus EU-Mitgliedsstaaten - Bei länderübergreifenden Verkehren Ausstieg aus Tarifreue möglich. ☆	- Keine Tarifreue im Verkehrsbereich bei Entsendung aus EU-Mitgliedsstaaten - Bei länderübergreifenden Verkehren Ausstieg aus Tarifreue möglich. ☆	- Bei länderübergreifenden Verkehren Ausstieg aus Tarifreue möglich. ☆	- Bei länderübergreifenden Verkehren Ausstieg aus Tarifreue möglich. ☆ - Aussetzung des Gesetzes in Krisenzeiten möglich	- Bei länderübergreifenden Verkehren Ausstieg aus Tarifreue möglich.	- Bei länderübergreifenden Verkehren Ausstieg aus Tarifreue möglich.	- Bei länderübergreifenden Verkehren Ausstieg aus Tarifreue möglich. ☆ - Ausnahmen von Tarifreue für neu gegründete Unternehmen möglich. - Starke Herabsetzung von Sanktionen möglich
Sachstand, letzte Änderung:	11.2017	04.2020	04.2021	02.2023	07.2017	04.2023 Entwurf - nicht in Kraft	09.2021	07.2018	04.2023 Entwurf - nicht in Kraft
Regelungsumfang	§ 2, Abs. 1 und 2 Bau-, Dienstleistungen, Verkehr	§ 3 Bau-, Dienstleistungen, Verkehr	§ 2 Bau-, Dienstleistungen, Verkehr	§ 2 Bau-, Dienstleistungen, Verkehr	§ 1 Bau-, Dienstleistungen, Verkehr	§ 1 Bau-, Dienstleistungen, Verkehr	§ 1 Bau-, Dienstleistungen, Verkehr	§ 2 Bau-, Dienstleistungen, Verkehr	§ 2 Bau-, Dienstleistungen, Verkehr
Anwendungsbereich	§ 2, Abs. 3 Für alle öff. Auftraggeber bei Vergaben innerhalb des Landes ab einem Auftragswert von 20.000 €.	§ 3, Abs. 1 Für alle öff. Auftraggeber des Landes Berlin, ab einem Auftragswert bei Liefer- und Dienstleistungen von 10 T €, Bauaufträge von 50 T €.	§ 2 Für alle öff. Auftraggeber des Landes Brandenburg ab einem Auftragswert von 5.000 Euro (Liefer- und Dienstleistungen) bzw. 10.000 Euro (Bauleistungen)	§ 2 Für alle öff. Auftraggeber des Landes Bremen ab einem Auftragswert von 50.000 Euro.	§ 2 Für alle öff. Auftraggeber der Hansestadt Hamburg für Vergaben oberhalb der Schwellenwerte	§ 2 Für alle öff. Auftraggeber der Hansestadt Hamburg für Vergaben oberhalb der Schwellenwerte von 100.000 Euro (Liefer- und Dienstleistungen) bzw. 150.000 Euro (Bauleistungen).	§ 1, Abs. 1 Für alle öff. Auftraggeber bei Vergaben ab einem Auftragswert von 10.000 €.	§ 1 Für alle öff. Auftraggeber bei Vergaben innerhalb des Landes ab einem Auftragswert von 50.000 Euro (Baubereich) bzw. ab 10.000 Euro (Liefer- und Dienstleistungen)	§ 2 Für alle öff. Auftraggeber bei Vergaben innerhalb des Landes ab einem Auftragswert von 50.000 Euro (Baubereich) bzw. ab 10.000 Euro (Liefer- und Dienstleistungen)
Nachunternehmerzusatz	§ 4 Tarifreuebestimmungen gelten auch für Nachunternehmer ab einem Auftragswert von 10.000 €.	§ 15, Abs. 4 Tarifreuebestimmungen gelten auch für Nachunternehmer ab einem Auftragswert bei Liefer- und Dienstleistungen von 10 T €, bei Bauleistungen von 50 T €.	§ 8 Tarifreuebestimmungen gelten auch für Nachunternehmer und Verleiher. Es wird aber nur Bezug auf die Verpflichtung zur Zahlung des Mindestentgelts gem § 6 genommen.	§ 13 Tarifreuebestimmungen gelten auch für Nachunternehmer.	§ 5 Tarifreuebestimmungen gelten auch für Nachunternehmer.	§ 5 Tarifreuebestimmungen gelten auch für Nachunternehmer.	§ 4 Tarifreuebestimmungen gelten auch für Nachunternehmer und Leiharbeiternehmer.	§ 9, Abs. 5 Tarifreuebestimmungen gelten auch für Nachunternehmer.	§ 9 Tarifreuebestimmungen gelten auch für Nachunternehmer.
Geltung auch für Leiharbeiternehmer	§ 6 Tarifreuebestimmungen gelten auch für Leiharbeiternehmer ab einem Auftragswert von 10.000 €.	§ 15, Abs. 6, wie Nachunternehmer		§ 13 Ja	§ 3, Abs. 3 Tarifreuebestimmungen gelten auch für Leiharbeiternehmer	§ 3, Abs. 7 Tarifreuebestimmungen gelten auch für Leiharbeiternehmer	§ 6 Geltung auch für Verleihunternehmen	§ 9, Abs. 6 Die Bestimmungen gelten auch für Leiharbeiternehmer	§ 9 Die Bestimmungen gelten auch für Leiharbeiternehmer










Vergleich der Landestariftreugesetze in Deutschland

Hinweis: Neues Bewertungsschema ab Juni 2023 - Alte nicht mit neuen Wertungen vergleichbar

	Baden-Württemberg	Berlin	Brandenburg	Hansestadt Bremen	Hansestadt Hamburg	Hansestadt Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Mecklenburg-Vorpommern
									
Mindestlohn	§ 4 Gilt nicht bei Vergaben, im Bereich AEnG, MArbG oder Verkehrsbereich. Jährliche Revision zur Anpassung der Höhe durch Kommission, die per Rechtsverordnung gebildet wird. Seit 2017 wird bis zu einer Novellierung der bundeseinheitliche Mindestlohn angewendet.	§ 9, Abs. 1, 3 13 € Revision zur Anpassung der Höhe per Rechtsverordnung geregelt.	§ 6, Abs. 2 13 € § 7 Anpassung des Entgeltsatzes und Bildung einer Kommission	§ 9, Abs. 1 (Verweis auf das Landesmindestlohnsgesetz) § 9, Abs. 4 Gilt nicht, soweit durch die zur Auftragsausführung eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Arbeiten im Ausland erbracht werden.	§ 3, Abs. 2 Verweis auf Mindestlohnsgesetz des Bundes.	§ 3, Abs. 3 Verweis auf Mindestlohnsgesetz des Bundes.	§ 4, Abs. 2 Verweis auf Mindestlohnsgesetz des Bundes.	§ 9, Abs. 4 (Neue Regelung seit 7.2018) Vorgabe zur Zahlung eines Mindest-Stundenentgeltes. Jährliche Anpassung durch das Arbeitsministerium nach der prozentualen Veränderungsrate der tariflichen Monatsverdienste des Statistischen Bundesamtes.	§ 8 Vorgabe zur Zahlung eines Mindest-Stundenentgeltes. Jährliche Anpassung durch das Arbeitsministerium nach der prozentualen Veränderungsrate der tariflichen Monatsverdienste des Statistischen Bundesamtes. Vergabespezifischer Mindestlohn liegt mindestens auf dem Niveau des Bundesmindestlohns
Hinweis auf Arbeitnehmerentendengesetz (AEnG) für Bau- und allg. Dienstleistungen	§ 3, Abs. 1 Ja	§ 9, Abs. 1 und 2	§ 2, Abs. 6 Ja		§ 3, Abs. 1 Ja, Ausschließlicher Verweis auf Anwendung von Vorgaben aus dem AEnG.	§ 3, Abs. 2 Ja.	§ 4, Abs. 1 Ja		§ 8, Abs. 2 Im Zusammenhang mit dem Mindestlohn.
Vorgabe von Tarifverträgen für den Verkehrsbereich	§ 3, Abs. 3 Vorgabe von repräsentativen und einschlägigen Tarifentgelten, die mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbart wurden. Abs. 4 Die Auswahl des Tarifes erfolgt nach einem durch Rechtsverordnung festzulegenden Verfahren.	§ 10 Vorgabe von Entgelttarifen. Auswahl des Tarifes nach billigem Ermessen durch den öff. Auftraggeber.	§ 4, Abs. 1 Vorgabe des einschlägigen und repräsentativen Entgelttarifvertrags. Auswahl des Tarifvertrags nach billigem Ermessen. Verfahren zur Auswahl per Rechtsverordnung optional, Gründung eines Beirates zur Bestimmung der repräsentativen Tve optional.	§ 10 Vorgabe des am Ort maßgeblichen Entgelts (Lohngründer). Vorgegeben wird das Entgelt inkl. Überstundenzuschläge. Ein Beirat soll die Entscheidung vorbereiten. Berücksichtigung von einschlägigen Branchentarifverträgen.		§ 3, Abs. 4 Vorgabe vergabespezifischer Mindestentgelte	§ 8, Abs. 1 Vorgabe von einschlägigen und repräsentativen Tarifentgelten, die mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbart wurden. Abs. 4 Einsetzung eines Beirates zur Festlegung der Tarifverträge	§ 9, Abs. 1 und 2 Bei länderübergreifenden Vergaben ist ein repräsentatives Tarifvertragspartei, unter den eine "erhebliche Zahl der Beschäftigten" fallen. Auswahl des Tarifvertrags nach billigem Ermessen nach Verständigung mit den Verbänden der Tarifvertragsparteien. Verfahren zur Einbindung der Verbände wird durch Verordnung bestimmt.	§ 5 Vorgabe der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge mit einer tariffähigen Gewerkschaft. Bei der Festlegung der Repräsentativität ist auf die Bedeutung des Tvs für die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmenden in M-V abzustellen. § 7 Einrichtung eines beratenden Ausschusses.
Einschränkungen	§ 2, Abs. 6 Bei grenzüberschreitenden Verträgen zu Nachbarländern ist es möglich, von der Tarifreue abzuweichen, falls keine Einigung zur Vorgabe eines Tarifvertrages zustande kommt.	§ 4 Bei länderübergreifenden Vergaben kann von der Vorgabe der Tarifreue abgewichen, oder darauf verzichtet werden. In diesem Fall muss das dokumentiert werden. Abs. 3 Bei länderübergreifenden Verträgen zu anderen Bundesländern soll Einvernehmen erzielt werden. Kommt dies nicht zustande kann auf Tarifreue verzichtet werden.	§ 4, Abs. 1 Keine Geltung für Unternehmen aus anderen EU-Mitgliedstaaten, die im Sinne der EU-Entscheidungslinie Arbeitnehmer in eine deutsche Niederlassung oder Konzernunternehmen entsandt. Abs. 3 Bei länderübergreifenden Verträgen zu anderen Bundesländern soll Einvernehmen erzielt werden. Kommt dies nicht zustande kann auf Tarifreue verzichtet werden.		§ 1 Bei grenzüberschreitenden Vergaben ist es möglich, von den Bestimmungen des Gesetzes abzuweichen, falls keine Einigung zustande kommt. § 3 Es sind ausschließlich Tarifreuevorgaben aus dem AEnG und die Beachtung des Mindestlohns in Höhe von 8,50 € genannt. Die besonderen Regelungen der EU VO 1370/2007/EG werden nicht genannt.	§ 1 Bei grenzüberschreitenden Vergaben ist es möglich, von den Bestimmungen des Gesetzes abzuweichen, falls keine Einigung zustande kommt. In besonderen Kitesituationen ist die Aussetzung von Teilen oder des ganzen Gesetzes befristet möglich § 3, Abs. 4 Vorgabe vergabespezifischer Mindestentgelte: Keine Bezugnahme auf repräsentative Tve, keine Vorgabe ganzer Tarifgründer, Abweichungen von Tven möglich	§ 8, Abs. 2 Bei Vergaben von grenzüberschreitenden Verträgen können Tarifverträge oder vergleichbare Tarifverträge des betroffenen anderen Landes zugrunde gelegt werden.	§ 9, Abs. 10 Bei länderübergreifenden Vergaben ist Einigung anzustreben. Ansonsten ist ein Abweichen vom Gesetz möglich.	§ 1, Abs. 6 Ausnahmen von der Anwendung von Tarifreuevorgaben für neu gegründete Unternehmen in den ersten drei Jahren nach Gründung per RV möglich. § 2, Abs. 8 Verzicht auf Tarifreue für neu gegründete Unternehmen möglich
Personalübernahme bei Betreiberwechsel im Verkehrsbereich	§ 9 Personalübernahme bei Betreiberwechsel ist optional möglich. Informationspflicht des aktuellen Betreibers.		§ 4, Abs. 2 Übernahme der "soll" Regelung aus dem GWB, aber ohne Einschränkung bei Tätigkeitsgruppen			§ 3, Abs. 4 Anwendung des Arbeitnehmerübergangs bei Betreiberwechsel ist optional möglich. Informationspflicht des bisherigen Betreibers.	§ 10 Anwendung des Arbeitnehmerübergangs bei Betreiberwechsel ist optional möglich.		§ 12 Anwendung des Arbeitnehmerübergangs bei Betreiberwechsel ist verpflichtend anzuwenden.
Tarifreue außerhalb des Verkehrsbereichs		§ 10 Vorgabe von Entgelttarifverträgen (Tarifregister)		§ 9 Vorgabe von tätigkeitspezifischen Mindestentgelten (Lohngründer) per Rechtsverordnung auf Grundlage von Branchentarifverträgen		§ 3, Abs. 1 Vorgabe vergabespezifischer Mindestentgelte			§ 6 Vorgabe von Kernarbeitsbedingungen (Lohngründer und weitere Regelungen) per Rechtsverordnung auf Grundlage von Branchentarifverträgen § 7 Beratender Ausschuss zur Auswahl der Tarifverträge
Berücksichtigung weiterer Kriterien möglich bzw. verpflichtend?		§ 11 Weitere soziale und beschäftigungspolitische Belange und Kriterien des fairen Handelns optional. (vgl. GWB § 238, Abs. 2))	§ 3 Übernahme Regelung GWB: Es können Aspekte der Qualität, der Innovation sowie soziale und umweltbezogene Aspekte berücksichtigt werden...	§ 18, Abs. 1 Weitere soziale, umweltbezogene oder innovative Aspekte können vorgegeben werden			§ 3 Ja, Verpflichtend für Landesbetriebe, optional für kommunale Aufgabenträger.	§ 5 Ja.	§ 3, Abs. 7 Allgemeiner Hinweis auf die mögliche Vorgabe von Ausführungsbedingungen.
Förderung beruflicher Erstausbildung				§ 18, Abs. 3				§ 5 Ja	
Frauenförderung		§ 13 Stützung zur Frauenförderung ist abzugeben.	§ 3, Abs. 5 Verweis auf das Landesgleichstellungsgesetz	§ 18, Abs. 3				§ 5 Ja	
ILO Kernarbeitsnormen		§ 8 Ja		§ 18, Abs. 2 Ja	§ 3a Ja	§ 3a Ja		§ 11 Ja	§ 13 Ja
Umweltfreundliche Beschaffung/Leistungserbringung		§§ 7 und 12 Ja, optional.		§ 19	§ 3b Ja	§ 3b Ja.	§ 3 Ja, Verpflichtend für Landesbetriebe, optional für kommunale Aufgabenträger.	§ 5 Ja	§ 3, Abs. 3 Ja
Präqualifikationsverfahren				§ 8 Ja	§ 4 Ja	§ 4 Ja	§ 15 Ja		
Mittelstandsförderung		§ 5 Ja		§ 4 Ja	§ 4 Ja	§ 4 Ja	§ 14 Ja	§ 4 Ja	§ 3, Abs. 4 Ja
Weitere Regelungen						§ 3a, Abs. 5 Bevorzugte Bieter im Bereich von Werkstätten für behinderte Menschen		§ 5 Beschäftigung Langzeitarbeitsloser	

Vergleich der Landestariftreuegesetze in Deutschland

Hinweis: Neues Bewertungsschema ab Juni 2023 - Alte nicht mit neuen Wertungen vergleichbar

	Baden-Württemberg	Berlin	Brandenburg	Hansestadt Bremen	Hansestadt Hamburg	Hansestadt Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Mecklenburg-Vorpommern
									
Umgang mit unangemessen niedrigen Angeboten		§ 6 Bei Zweifeln über die Angemessenheit des Angebotes Verpflichtung zur Vorlage der Kalkulationsunterlagen.		§ 14 Vertiefte Prüfung bei Lohnkalkulation min. 20% unter Kostenschätzung oder um mehr als 10% unter nächst höherem Angebot.	§ 6 Prüfung ungewöhnlich niedriger Angebote. Verpflichtung zur Prüfung, wenn das Angebot um mehr als 10% unter dem nächsthöheren Angebot liegt.	§ 6 Prüfung ungewöhnlich niedriger Angebote. Verpflichtung zur Prüfung, wenn das Angebot um mehr als 20% unter dem nächsthöheren Angebot liegt.	§ 16 Prüfung der Urkalkulation möglich	§ 6 Prüfung bei Abweichungen von 20%.	
Wertungsausschluss		§ 17 Ausschluss des Bieters möglich.		§ 15 Bleiben trotz Prüfung Zweifel bezgl. Verstoß gegen Tariftreue, dann Ausschluss des Bieters.	§ 6 Verweigert der Bieter die Prüfung, so wird er vom Verfahren ausgeschlossen. § 7 Bei Nichtvorlage geforderter Nachweise entscheidet die Vergabestelle aufgrund der Bestimmungen der Vergabeverordnungen über den Ausschluss.	§ 6 Verweigert der Bieter die Prüfung, so wird er vom Verfahren ausgeschlossen. § 7 Bei Nichtvorlage geforderter Nachweise entscheidet die Vergabestelle aufgrund der Bestimmungen der Vergabeverordnungen über den Ausschluss.	§ 17, Abs. 1 Bei schweren Verfehlungen ist ein Ausschluss zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens möglich.	§ 9, Abs. 7 Ausdrücklicher Hinweis für den Verkehrsbereich, dass Bieter vom Verfahren ausgeschlossen werden, wenn die Verpflichtungserklärung nicht vorgelegt wird.	§ 14 Ausdrücklicher Hinweis, dass Bieter vom Verfahren ausgeschlossen werden, wenn die Verpflichtungserklärung nicht vorgelegt wird.
Nachweise	§ 7 Nachweis über die Einhaltung der in §§ 3 und 4 geforderten Tariftreue bei Angebotsabgabe.		§ 5 Eigenerklärung des Unternehmens	§ 15 Vorlage Mindestlohnklärung oder Tariftreuerklärung, oder Erklärung von Mindestarbeitsbedingungen. Baubereich: Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse.	§ 7, Abs. 1 Nachweis über die Entrichtung von Steuern und Beiträgen. Schriftliche Verpflichtung zur Einhaltung der Tariftreue. Schriftliche Verpflichtung zur Einhaltung der ILO Kernarbeitsnormen.	§ 7, Abs. 1 Nachweis über die Entrichtung von Steuern und Beiträgen. Schriftliche Verpflichtung zur Einhaltung der Tariftreue. Schriftliche Verpflichtung zur Einhaltung der ILO Kernarbeitsnormen.	§ 7, Abs. 1 Jederzeit auf Verlangen des Auftraggebers Nachweis der Verpflichtungserklärung nach § 4 (Tariftreuerklärung). Dies gilt auch für Leistungen von Tochterunternehmen und Entleihfirmen. Einblick in Entgeltabrechnungen und andere Geschäftunterlagen	§ 9, Abs. 1 Für den Verkehrsbereich ist eine Verpflichtungserklärung zur Tariftreue den Bewerbungsunterlagen beizufügen.	§ 5, Abs. 1 Für den Verkehrsbereich ist eine Verpflichtungserklärung zur Tariftreue den Bewerbungsunterlagen beizufügen.
Kontrolle	§ 7, Abs. 1 und 2 Kontrollbefugnis. Jederzeit auf Verlangen des Auftraggebers	§ 16 Stichproben. Ab 2022 sollen 5% der vergebenen Aufträge je Kalenderjahr erfasst. Schaffung einer zentralen Kontrollgruppe.	§ 9 Kontrollen durch Stichproben	§ 16 Kontrolle durch Sonderkommission.	§ 10 Jederzeit auf Verlangen des Auftraggebers (auch Tochterunternehmen)	§ 10 Jederzeit auf Verlangen des Auftraggebers (auch Tochterunternehmen und für diese tätige Unternehmen)	§ 7, Abs. 1 Jederzeit auf Verlangen des Auftraggebers. Dies gilt auch für Leistungen von Tochterunternehmen und Entleihfirmen. Einblick in Entgeltabrechnungen und andere Geschäftunterlagen.	§ 10, Abs. 1 Auf Verlangen des Auftraggebers.	§ 15, Abs. 1 Auf Verlangen des Auftraggebers. Auch bei Tochterunternehmen. Nachweis durch Einsichtnahme in Lohn- und Meldeunterlagen, Geschäftunterlagen.
Sanktionen	§ 8 Abs. 1 Je Verstoß bis 1%, bei mehreren Verstößen bis zu 5% des Auftragswertes. Haftungsübernahme auch für Tochterunternehmen. Auf Antrag des Auftraggebers Herabsetzung auf mind. die dreifache Differenzsumme möglich. Abs. 2 Bei grober Fahrlässigkeit ist fristlose Kündigung möglich. Abs. 3 Möglichkeit zum Ausschluss von weiteren Vergabeverfahren	§ 17, Abs. 1-3 - Bei Nichterfüllung soll der Auftraggeber die Annahme der Leistung verweigern und Nacherfüllung fordern; - Vertragsverletzungen sollen verfolgt werden; - Soll-Bestimmung zum Ausschluss von Unternehmen bei künftigen Vergaben, die Vertragsbrüchig wurden.	§ 10 Je Verstoß 1%, bei mehreren Verstößen bis zu 5% des Auftragswertes. Haftungsübernahme auch für Tochterunternehmen. Abs. 2 Kündigungsvorbehalt Möglichkeit zur Aufnahme in eine Sperrliste.	§ 17 Abs. 2 Je Verstoß 1%, bei mehreren Verstößen bis zu 5% des Auftragswertes. Haftungsübernahme auch für Tochterunternehmen. Herabsetzung bei unverhältnismäßig hohen Strafen möglich. Abs. 3 Bei Unzumutbarkeit der Fortsetzung der Vertragsverhältnisse ist fristlose Kündigung inkl. Schadenersatz möglich. Abs. 4 Möglichkeit zum Ausschluss von weiteren Vergabeverfahren bis zu 2 Jahren.	§ 11 Abs. 1 Je Verstoß 1%, bei mehreren Verstößen bis zu 5% des Auftragswertes. Haftungsübernahme auch für Tochterunternehmen. Abs. 2 Fristlose Kündigung ist möglich.	§ 11 Abs. 1 Je Verstoß 1%, bei mehreren Verstößen bis zu 5% des Auftragswertes. Haftungsübernahme auch für Tochterunternehmen. Abs. 2 Fristlose Kündigung ist möglich.	§ 17 Abs. 1 Bei schweren Verfehlungen ist ein Ausschluss zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens möglich. Abs. 4 Prüfung von schweren Verstößen und Eintragung in ein Informationsverzeichnis durch eine Informationsstelle der Oberfinanzinspektion. Abs. 6 Ausschluss bis zu drei Jahren.	§ 10, Abs. 2 Je schuldhafte Verstoß bis zu 1% des Auftragswertes. Bei mehreren Verstößen zusammen maximal 10%. Haftungsübernahme auch für Tochterunternehmen. Auf Antrag des Auftraggebers Herabsetzung auf die zweifache Differenzsumme möglich. Abs. 4 Ausschluss bis zu drei Jahre.	§ 16, Abs. 1 Je schuldhafte Verstoß bis zu 5% des Auftragswertes. Bei mehreren Verstößen zusammen maximal 10%. Haftungsübernahme auch für Tochterunternehmen. Auf Antrag des Auftraggebers Herabsetzung auf die zweifache Differenzsumme möglich. Abs. 2 Fristlose Kündigung bei schuldhafter Nicht-Erfüllung möglich. Abs. 5 Ausschluss bis zu drei Jahre.
Novellierung/ Evaluierung	Anpassung des Mindestlohns zum 1.1.2017 an den gesetzlichen Mindestlohn.	§ 18 Abs 1 Wertgrenze bis 2022 evaluieren, danach alle 5 Jahre Abs.3 4-jährig Vorlage Vergabebericht als Basis fortschreitender Evaluierung			Keine Regelung zur Evaluierung oder Begrenzung der Laufzeit	Keine Regelung zur Evaluierung oder Begrenzung der Laufzeit	Keine Regelung zur Evaluierung oder Begrenzung der Laufzeit	Keine Regelung zur Evaluierung oder Begrenzung der Laufzeit	Keine Regelung zur Evaluierung oder Begrenzung der Laufzeit
Besonderheiten	Initiativen geplant (auf Koalitionsvertrag)				Initiative bekannt (Regierung)	Initiative bekannt (Regierung)		Initiativen bekannt (Regierung)	Initiativen bekannt (Regierung)
Weitere Regelungen (andere Landesgesetze)									
ÖPNV Pflichtaufgabe?	Nein (aber von Zukunftskommission empfohlen)	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein









Vergleich der Landestariftreugesetze in Deutschland

Hinweis: Neues Bewertungsschema ab Juni 2023 - Alte nicht mit neuen Wertungen vergleichbar

	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Thüringen
Status	In Kraft seit November 2013	In Kraft seit März 2018	In Kraft seit März 2011	In Kraft seit Dezember 2021	In Kraft seit Januar 2013	In Kraft seit August 2013	In Kraft seit Dezember 2019	Regierungsentwurf Juni 2023
Kurzbewertung:	☆☆☆☆☆	☆☆☆☆☆	☆☆☆☆☆	☆☆☆☆☆	☆☆☆☆☆	☆☆☆☆☆	☆☆☆☆☆	☆☆☆☆☆
Regelungsumfang:	- Umfasst alle öffentlichen Aufträge. Bewertet wird, ob der gesamte Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe erfasst ist.	- Umfasst alle öffentlichen Aufträge.	- Umfasst alle öffentlichen Aufträge.	- Umfasst alle öffentlichen Aufträge.	- Umfasst alle öffentlichen Aufträge.	- Umfasst alle öffentlichen Aufträge.	- Umfasst alle öffentlichen Aufträge.	- Umfasst alle öffentlichen Aufträge.
Nachunternehmer:	- Geltung für Nachunternehmer. - Geltung auch für Leiharbeiternehmer?	- Geltung für Nachunternehmer. - Keine Geltung für Leiharbeiternehmer	- Geltung für Nachunternehmer. - Geltung auch für Leiharbeiternehmer	- Geltung für Nachunternehmer. - Geltung auch für Leiharbeiternehmer	- Geltung für Nachunternehmer. - Geltung auch für Leiharbeiternehmer	- Geltung für Nachunternehmer. - Geltung auch für Leiharbeiternehmer	- Geltung für Nachunternehmer. - Geltung auch für Leiharbeiternehmer.	- Geltung für Nachunternehmer. - Geltung auch für Leiharbeiternehmer.
Verkehrsbereich:	Wurden die Regelungsmöglichkeiten der EU VO 1370/2007/EG zur Vorgabe spezifischer Sozialstandards ausgeschöpft?							
a) Personalübergang:	- Keine Verpflichtung zur Personalübernahme bei Betreiberwechsel	- Keine Regelung zur Personalübernahme bei Betreiberwechsel.	- Verpflichtung zur Personalübernahme bei Betreiberwechsel auf Schiene und Straße.	- Verpflichtung zur Personalübernahme bei Betreiberwechsel auf Schiene und Straße.	- "Soll"-Bestimmung zur Personalübernahme bei Betreiberwechsel auf Schiene und Straße.	- Keine Verpflichtung zur Personalübernahme bei Betreiberwechsel.	- Keine Verpflichtung zur Personalübernahme bei Betreiberwechsel.	- "Soll"-Bestimmung zur Personalübernahme bei Betreiberwechsel auf Schiene und Straße.
b) Tariftreue im Verkehrsbereich:	- Vorgabe von Entgelttarifverträgen. - Tariftreuebeirat	- Vorgabe von Entgelttarifverträgen. - Tariftreuebeirat	- Vorgabe von Entgelttarifverträgen. - Tariftreuebeirat	- Vorgabe von Entgelttarifverträgen. - Tariftreuebeirat	- Vorgabe von Entgelttarifverträgen. - Kein Tariftreuebeirat	- Vorgabe von Entgelttarifverträgen. - Tariftreuebeirat	- Vorgabe von Entgelttarifverträgen. - Tariftreuebeirat	- Vorgabe von Entgelttarifverträgen. - Tariftreuebeirat
Tariftreue außerhalb des Verkehrsbereichs:	Keine Regelung	Keine Regelung	Keine Regelung	- Vorgabe von Kernarbeitsbedingungen (Lohngründer und weitere Regelungen) per Rechtsverordnung auf Grundlage von Branchenarbeitsverträgen - Einbeziehung von Tarifvertragsparteien	- Vorgabe von Entgelttarifverträgen (Tarifregister).	Keine Regelung	- Vorgabe von Entgelttarifverträgen per Tarifregister. - Vorgabe von Tariftreue für kommunale Aufgabenträger nicht obligatorisch	- Vorgabe von Entgelttarifverträgen (inkl. Lohngründer, Zulagen, Sonderzahlungen) per Tarifregister.
Mindestlohn:	- Verweis auf den gesetzlichen Mindestlohn. Regelungsrahmen eines vergabespezifischen Mindestlohns inkl. der Anpassungsformalen. Bundesmindestlohn ab 01.10.22: 12,00 € ab 01.01.24: 12,41 €	- Verweis auf den gesetzlichen Mindestlohn.	- 8,90 € Mindestlohn und Kommission zur Anpassung. ÜBERHOLT DURCH BUNDESGESETZ	- Verweis auf den gesetzlichen Mindestlohn.	- Kopplung an Entgeltgruppe 1, Stufe 2 TV-L	- 9,99 € Mindestlohn DERZ. ÜBERHOLT DURCH BUNDESGESETZ	- 11,92 € Mindestlohn (01.2022) mit jährlicher Anpassung DERZ. ÜBERHOLT DURCH BUNDESGESETZ	- 13,50 € Mindestlohn (06.2023) mit jährlicher Anpassung
Weitere Regelungen:	- Soziale und ökologische Kriterien optional - Berufliche Erstausbildung - ILO Kernarbeitsnormen - Umweltfreundliche Beschaffung - Frauenförderung - Beschäftigung schwerbehinderter Arbeitnehmer und Langzeitarbeitsloser - Präqualifikationsverfahren	Keine Regelung	- Soziale und ökologische Kriterien optional - Berufliche Erstausbildung - ILO Kernarbeitsnormen - Umweltfreundliche Beschaffung - Beschäft. von Langzeitarbeitslosen	- Soziale Kriterien optional - ILO Kernarbeitsnormen - Umweltfreundliche Beschaffung - Präqualifikationsverfahren	- Soziale, umweltbezogene und innovative Kriterien optional - Gleichstellung Männer und Frauen - Familienförderung - Beschäftigung von Auszubildenden - Präqualifikationsverfahren	Keine Regelung	- Soziale und ökologische Kriterien optional - Beschäftigung Langzeitarbeitsloser - Beschäftigung behinderter Menschen - Berufliche Erstausbildung - Chancengleichheit Männer u. Frauen - Mittelstandsförderung - Umweltfreundliche Beschaffung - ILO-Kernarbeitsnormen	- Soziale und ökologische Kriterien optional - Beschäftigung Langzeitarbeitsloser - Beschäftigung behinderter Menschen - Berufliche Erstausbildung - Chancengleichheit Männer u. Frauen - Mittelstandsförderung - Umweltfreundliche Beschaffung
Kontrollen:	- Kontrollbefugnis für Aufgabenträger ("sind gehalten")	- Kontrollbefugnis für Aufgabenträger	- Kontrollbefugnis für Servicestelle	- Kontrollbefugnis für Aufgabenträger bzw. Servicestelle, stichprobenartig	- Kontrollbefugnis für Aufgabenträger	- Kontrollbefugnis für Aufgabenträger	- Kontrollbefugnis für Aufgabenträger	- Stichprobenhafte Kontrollverpflichtung für Aufgabenträger
Negative Regelungen:	- Bei grenzüberschreitenden Verkehren Ausstieg aus Tariftreue möglich.	- Bei grenzüberschreitenden Verkehren Ausstieg aus Tariftreue möglich.	- Bei grenzüberschreitenden Verkehren Ausstieg aus Tariftreue möglich.	- Bei grenzüberschreitenden Verkehren Ausstieg aus Tariftreue möglich. - Aussetzung von Tariftreue für Start-Ups möglich, keine Tariftreue bei Freistellungsverkehren - Starke Herabsetzung von Sanktionen möglich	- Keine Berücksichtigung von Haustarifverträgen - Keine Tariftreue bei Entsendung aus EU-Mitgliedsstaaten		- Bei grenzüberschreitenden Verkehren Ausstieg aus Tariftreue möglich.	- Bei grenzüberschreitenden Verkehren Ausstieg aus Tariftreue möglich.
Sachstand, letzte Änderung:	11.2019	03.2018	11.2019	12.2021	12.2022	04.2019	12.2019	06.2023 Entwurf - nicht in Kraft
Regelungsumfang	§ 2 Bau-, Dienstleistungen, Verkehr	§ 1 Bau-, Dienstleistungen, Verkehr	§ 1 Bau-, Dienstleistungen, Verkehr	§ 2, Abs. 1-3 Bau-, Dienstleistungen, Verkehr	§ 1 Bau-, Dienstleistungen, Verkehr	§ 1 Bau-, Dienstleistungen, Verkehr	§ 1 Bau-, Dienstleistungen, Verkehr	§ 1 Bau-, Dienstleistungen, Verkehr
Anwendungsbereich	§ 2, Abs. 1 Tariftreue gilt für alle öff. Aufträge ab einem Auftragswert von 20.000 €.	§ 1, Abs. 5 Tariftreue gilt für alle öff. Aufträge ab einem Auftragswert von 25.000 €.	§ 2 Für alle öff. Auftraggeber bei Vergaben innerhalb des Landes ab einem Auftragswert von 20.000 €.	§ 1, Abs. 4 Für öffentliche Vergaben im Bau-, Dienstleistungs- und Verkehrsbereich ab einem Auftragswert von 25.000 €	§ 1, Abs. 1 Für alle öff. Auftraggeber bei Vergaben innerhalb des Landes ab einem Auftragswert: bei Bauaufträgen ab 120.000 €, bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen ab 40.000 €.	§ 1 Für alle öffentlichen Aufträge. Die Vorgabe von Tariftreue gilt oberhalb eines Schwellenwertes von 20.000 €.	§ 1, Abs. 1 Für alle öff. Auftraggeber bei Vergaben innerhalb des Landes oberhalb der folgenden Schwellenwerte: Bauaufträge: 50.000 € Dienstleistungsaufträge: 20.000 €	§ 1, Abs. 1 Für alle öff. Auftraggeber bei Vergaben innerhalb des Landes oberhalb der folgenden Schwellenwerte: Bauaufträge: 50.000 € Dienstleistungsaufträge: 20.000 €
Nachunternehmerzusatz	§ 13, Abs. 1 Tariftreuebestimmungen gelten auch für Nachunternehmer und Leiharbeiternehmer	§ 2, Abs. 4 Tariftreuebestimmungen gelten auch für Nachunternehmer	§ 5 Tariftreuebestimmungen gelten auch für Nachunternehmer.	§ 7 Tariftreuebestimmungen gelten auch für Nachunternehmer und Leiharbeiternehmer ab einem Auftragswert von 5.000 €.	§ 14 Tariftreuebestimmungen gelten auch für Nachunternehmer.	§ 4, Abs. 1: Der Landespezifische Mindestlohn gilt auch für Nachunternehmer und Leiharbeiternehmer § 4, Abs. 2 Verpflichtung im Geltungsbereich VO 1370/2007 (ÖPNV/SPNV) zur Einhaltung der Tarifverträge wie Auftragnehmer	§ 12 Tariftreuebestimmungen gelten auch für Nachunternehmer. Nachträgliche Einschaltung oder Wechsel des Nachunternehmers mit Zustimmung des Aufgabenträgers.	§ 11 Tariftreuebestimmungen gelten auch für Nachunternehmer. Nachträgliche Einschaltung oder Wechsel des Nachunternehmers mit Zustimmung des Aufgabenträgers.
Geltung auch für Leiharbeiternehmer	§ 13, Abs. 1 Geltung auch für Leiharbeiternehmer		§ 5 Regelungen des Tariftreuegesetzes gelten auch für Leiharbeiternehmer.	§ 7, Abs. 2 Ja	§ 14, § 11, Abs. 5 Ja	Ja, siehe Nachunternehmer.	§ 10, Abs. 5 Geltung auch für Leiharbeiternehmer	§ 10, Abs. 5 Geltung auch für Leiharbeiternehmer







Vergleich der Landestariftreugesetze in Deutschland

Hinweis: Neues Bewertungsschema ab Juni 2023 - Alte nicht mit neuen Wertungen vergleichbar

	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Thüringen
								
Mindestlohn	§ 4 Verweis auf Mindestlohngesetz des Bundes	§ 2, Abs. 3 Verweis auf Mindestlohngesetz des Bundes.	§ 3 Gilt nicht bei Vergaben im Verkehrsbereich, da hier spezielle Tarifverträge vorgegeben werden können. Jährliche Revision zur Anpassung der Höhe durch Kommission, die per Rechtsverordnung gebildet wird. Veraltete Regelung durch höheren Mindestlohn auf Bundesebene.	§ 3, Abs. 5 Verweis auf den gesetzlichen Mindestlohn auf Bundesebene	§ 11, Abs. 3 Kopplung an Entgeltgruppe 1, Stufe 2 TV-L	§ 4, Abs. 1 9,99 € Keine Regelung zur Weiterentwicklung des Mindestlohns.	§ 10, Abs. 4 11,42 € Jährliche Anpassung der Höhe richtet sich nach der prozentualen Veränderungsrate im Index der tariflichen Monatsverdienste des Statistischen Bundesamtes für die Gesamtwirtschaft in Deutschland.	§ 10, Abs. 4 und 6 13,50 € Jährliche Anpassung der Höhe richtet sich nach der prozentualen Veränderungsrate im Index der tariflichen Monatsverdienste des Statistischen Bundesamtes für die Gesamtwirtschaft in Deutschland.
Hinweis auf Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG) für Bau- und allg. Dienstleistungen	§ 5, Abs. 1 Ja	§ 2, Abs. 1	§ 4, Abs. 1, 1-2 Ja	§ 3, Abs. 3 Ja. Vorgabe von Mindestarbeitsbedingungen per Rechtsverordnung.	§ 11 Ja		§ 10, Abs. 1 Ja	§ 10, Abs. 1 Ja
Vorgabe von Tarifverträgen für den Verkehrsbereich	§ 5, Abs. 1 Vorgabe von einschlägigen und repräsentativen Tarifentgelten, die mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbart wurden. Rechtsverordnung zur Bildung eines Beirates. Dieser stellt die Repräsentativität von Tarifverträgen fest.	§ 2, Abs. 2 Vorgabe von repräsentativen und einschlägigen Tarifentgelten, die mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbart wurden. Die Auswahl des Tarifes erfolgt nach einem durch Rechtsverordnung festzulegenden Verfahren. Hierzu kann durch Rechtsverordnung ein Beirat gebildet werden.	§ 4, Abs. 1, 3 Vorgabe von repräsentativen und einschlägigen Tarifentgelten, die mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbart wurden. Die Auswahl des Tarifes erfolgt nach einem durch Rechtsverordnung festzulegenden Verfahren. Hierzu wird ein Beirat gebildet.	§ 4 Vorgabe von repräsentativen und einschlägigen Tarifentgelten, die mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbart wurden. Die Auswahl des Tarifes erfolgt nach einem durch Rechtsverordnung festzulegenden Verfahren. Hierzu wird ein Beirat gebildet.	§ 11, Abs. 7 Vorgabe von repräsentativen und einschlägigen Tarifentgelten, die mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbart wurden. Ministerium bestimmt per Verordnung, welche Tve als repräsentativ anzusehen sind.	§ 4, Abs. 2 Vorgabe von repräsentativen und einschlägigen Tarifentgelten, die mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbart wurden. Die Auswahl des Tarifes erfolgt nach einem durch Rechtsverordnung festzulegenden Verfahren. Hierzu wird durch Rechtsverordnung ein Beirat gebildet.	§ 10, Abs. 2 Vorgabe von repräsentativen und einschlägigen Tarifentgelten, die mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbart wurden. Abs. 2 Die Auswahl des Tarifes erfolgt nach einem durch Rechtsverordnung festzulegenden Verfahren. Hierzu wird ein Beirat gebildet.	§ 10, Abs. 2 Vorgabe von repräsentativen und einschlägigen Tarifentgelten, die mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbart wurden. Abs. 3 Die Auswahl des Tarifes erfolgt nach einem durch Rechtsverordnung festzulegenden Verfahren. Hierzu wird ein Beirat gebildet.
Einschränkungen	§ 5, Abs. 1 Bei Länderübergreifenden Vergaben ist Einigung anzustreben. Ansonsten ist ein Abweichen vom Gesetz möglich.	§ 1, Abs. 8 Bei grenzüberschreitenden Vergaben (Nachbarländer oder Nachbarstaaten der Bundesrepublik Deutschland) kann von der Vorgabe der Tariftreue abgewichen, oder darauf verzichtet werden.	§ 4, Abs. 1, 3 Bei grenzüberschreitenden Vergaben (Formuliert wurde: "Nachbarländer der Bundesrepublik Deutschland") kann von der Vorgabe der Tariftreue abgewichen, oder darauf verzichtet werden.	§ 1, Abs. 7 Bei länderübergreifenden Vergaben ist eine Einigung zwischen den Auftraggebern anzustreben. Kommt eine Einigung nicht zustande, ist ein Verzicht auf Tariftreue und andere Bestimmungen des Gesetzes möglich. Die Gründe hierfür sind zu dokumentieren und dem für Arbeitsrecht zuständigen Ministerium mitzuteilen. § 2, Abs. 8 Verzicht auf Tariftreue für neu gegründete Unternehmen möglich § 5 Bei Freistellungsverfahren gelten die Regelungen des Mindestlohngesetzes.	§ 11, Abs. 2 Haus-Tve sind ausgeschlossen Kein Hinweis auf einen Tariftreuebeirat		§ 1, Abs. 4 Bei länderübergreifenden Vergaben ist eine Abweichung vom Gesetz möglich	§ 1, Abs. 4 Bei länderübergreifenden Vergaben ist eine Abweichung vom Gesetz möglich
Personalübernahme bei Betreiberwechsel im Verkehrsbereich	§ 4 Anwendung des Arbeitnehmerübergangs bei Betreiberwechsel ist optional möglich.		§ 1, Abs. 4 Anwendung des Arbeitnehmerübergangs bei Betreiberwechsel ist verpflichtend anzuwenden.	§ 9 Anwendung des Arbeitnehmerübergangs bei Betreiberwechsel ist verpflichtend anzuwenden.	§ 12 Anwendung des Arbeitnehmerübergangs bei Betreiberwechsel auf Schiene und Straße soll vorgegeben werden.	§ 4, Abs. 2: Anwendung des Arbeitnehmerübergangs bei Betreiberwechsel aus EU VO 1370 ist optional möglich.	§ 10a Anwendung des Arbeitnehmerübergangs bei Betreiberwechsel auf Schiene und Straße soll vorgegeben werden.	§ 10a Anwendung des Arbeitnehmerübergangs bei Betreiberwechsel auf Schiene und Straße soll vorgegeben werden.
Tariftreue außerhalb des Verkehrsbereichs				§ 3, Abs. 2 Vorgabe von Kernarbeitsbedingungen (Lohngriffer und weitere Regelungen) per Rechtsverordnung auf Grundlage von Branchentarifverträgen § 3, Abs. 4 Einbeziehung von Tarifvertragsparteien	§ 11 Vorgabe von Entgelttarifverträgen (Tarifregister).		§ 10, Abs. 4 Vorgabe von Entgelttarifverträgen Ausnahme: Gilt nicht für kommunale Auftraggeber.	§ 10, Abs. 4 Vorgabe von Entgelttarifverträgen inkl. Tarifgitter, Zulagen und Sonderzahlungen.
Berücksichtigung weiterer Kriterien möglich bzw. verpflichtend?	§ 11 Soziale Vorgaben sind nur bei Vergaben an Unternehmen ab 20 Beschäftigte gestattet.		§ 1, Abs. 3 Weitere soziale, umweltbezogene oder innovative Aspekte können vorgegeben werden (vgl. § 97, Abs. 4 GWB)	§ 10 Verweis auf § 97 GWB und Art. 70 i.V.m. Art. 67 RL 2014/24/EU (=Kann"-Regelung)	§ 5 Berücksichtigung sozialer, umweltbezogener und innovativer Kriterien möglich		§ 4, Abs. 3 Umweltbezogene und soziale Aspekte können berücksichtigt werden	§ 4, Abs. 3 Umweltbezogene und soziale Aspekte können berücksichtigt werden
Förderung beruflicher Erlausbildung	§ 11, Abs. 2 Ja		§ 1, Abs. 3 Ja		§ 5 Ja		§ 4, Abs. 4 Ja	§ 4, Abs. 4 Ja
Frauenförderung	§ 11, Abs. 2 Ja				§ 5 Förderung der Entgeltgleichheit und Förderung von Maßnahmen zur Familienförderung.		§ 4, Abs. 4 Förderung der Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen.	§ 4, Abs. 4 Förderung der Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen.
ILO Kernarbeitsnormen	§ 12 Ja		§ 1, Abs. 3 Ja	§ 10 Ja	§ 13 Ja		§ 11 Ja	§ 11 Ja
Umweltfreundliche Beschaffung/Leistungserbringung	§ 10 Ja		§ 1, Abs. 3 Ja	§ 11 Ja	§ 5 Ja		§ 4 und § 9 Detaillierte Regelung zur Berücksichtigung umweltfreundlicher Beschaffung, Energieverbrauch, Lebenszyklus, Entsorgungskosten, etc.	§ 4 und § 9 Detaillierte Regelung zur Berücksichtigung umweltfreundlicher Beschaffung, Energieverbrauch, Lebenszyklus, Entsorgungskosten, etc.
Prüfungsverfahren	§ 8			§ 1, Abs. 3 Ja	§ 7 Ja		§ 7, Abs. 2	§ 7, Abs. 2
Mittelstandsförderung	§ 9 Ja		keine Regelung		§ 4 Ja	§ 2, Abs. 3 Ja	§ 3 Ja	§ 3 Ja
Weitere Regelungen	§ 11, Abs. 2 Beschäftigung schwerbehinderter Menschen und Langzeitarbeitslosen		§ 1, Abs. 3 Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen.	§ 1, Abs. 4 Ja. Es können zusätzliche Anforderungen gestellt werden.	§ 5 Eine geringe Anzahl sachgrundlos befristeter Arbeitsverhältnisse			

Vergleich der Landestariftreugesetze in Deutschland

Hinweis: Neues Bewertungsschema ab Juni 2023 - Alte nicht mit neuen Wertungen vergleichbar

	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Thüringen
								
Umgang mit unangemessen niedrigen Angeboten	§ 7 Prüfung bei ungewöhnlich niedrigen Angeboten bei Bauleistungen.			§ 1, Abs. 5 Prüfung bei begründeten Zweifeln an der Angemessenheit von Angeboten.	§ 14, Abs. 2 Prüfung ungewöhnlich niedriger Angebote. Verpflichtung zur Prüfung, wenn das Angebot um mehr als 10% unter dem nächsthöheren Angebot liegt.	§ 14 Prüfung ungewöhnlich niedriger Angebote. Verpflichtung zur Prüfung, wenn das Angebot um mehr als 20% unter dem nächsthöheren Angebot liegt.	§ 12 Prüfung ungewöhnlich niedriger Angebote. Verpflichtung zur Prüfung, wenn das Angebot um mehr als 20% unter dem nächsthöheren Angebot liegt.	§ 12 Prüfung ungewöhnlich niedriger Angebote. Verpflichtung zur Prüfung, wenn das Angebot um mehr als 20% unter dem nächsthöheren Angebot liegt.
Wertungsausschluss				§ 1, Abs. 5 Kommt der Bieter der Prüfungsaufforderung nicht nach, so kann er vom Bieterverfahren ausgeschlossen werden.	§ 15 Bei Nichtvorlage geforderter Nachweise entscheidet die Vergabestelle aufgrund der Bestimmungen der Vergabeverordnungen über den Ausschluss.	§ 15 Bei Nichtvorlage geforderter Nachweise entscheidet die Vergabestelle aufgrund der Bestimmungen der Vergabeverordnungen über den Ausschluss.	§ 13 Bei Nichtvorlage geforderter Nachweise entscheidet die Vergabestelle aufgrund der Bestimmungen der Vergabeverordnungen über den Ausschluss.	§ 13 Bei Nichtvorlage geforderter Nachweise entscheidet die Vergabestelle aufgrund der Bestimmungen der Vergabeverordnungen über den Ausschluss.
Nachweise	§ 5 Tariffreue- und Mindestentgeltklärung als Eigenklärung. § 8 Nachweise auch in Form von Präqualifikation möglich.		§ 6 Verpflichtung des Auftragnehmers, jederzeit die Einhaltung der Tariffreue auf Verlangen nachzuweisen. Dies gilt auch für Nachunternehmer. (Einblick in Entgeltabrechnungen und andere Geschäftsunterlagen.)	§ 12 Schriftliche Verpflichtung des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Einhaltung der Tariffreue auf Verlangen nachzuweisen. Dies gilt auch für Nachunternehmer. (Einblick in die Geschäftsunterlagen.)	§ 8 Nachweise sind nur vom Bestbieter vorzulegen § 15, Abs. 1 Nachweis über die Entrichtung von Steuern und Beiträgen. Schriftliche Verpflichtung zur Einhaltung der Tariffreue. sonstige Nachweise und Erklärungen § 17, Abs. 1 Entgeltabrechnungen	§ 15, Abs. 1 Nachweis über die Entrichtung von Steuern und Beiträgen. Schriftliche Verpflichtung zur Einhaltung der Tariffreue. sonstige Nachweise und Erklärungen	§ 13, Abs. 1 Nachweis über die Entrichtung von Steuern und Beiträgen. Schriftliche Verpflichtung zur Einhaltung der Tariffreue. sonstige Nachweise und Erklärungen	§ 13, Abs. 1 Nachweis über die Entrichtung von Steuern und Beiträgen. Schriftliche Verpflichtung zur Einhaltung der Tariffreue. sonstige Nachweise und Erklärungen
Kontrolle	§ 14 Die Aufgabenträger "sind gehalten, Kontrollen durchzuführen". Jederzeit auf Verlangen des Auftraggebers. Nachweis durch Entnahme in Lohn- und Meldeunterlagen, Geschäftsunterlagen.		§ 6, Abs. 2 Jederzeit auf Verlangen des Auftraggebers	§ 13 Stichprobenartig auf Verlangen des Auftraggebers. Gilt auch für Nachunternehmer. Einsicht in Entgelt- und Meldeunterlagen, Aufzeichnungen und andere Geschäftsunterlagen. Einrichtung eines Kontrollsystems	§ 17, Abs. 1 Auf Verlangen des Auftraggebers.	§ 4, Abs. 3 Berechtigung Kontrollen durchzuführen und Unterlagen anzufordern.	§ 17, Abs. 1 Auf Verlangen des Auftraggebers.	§ 15, Abs. 1 Verpflichtung des Aufgabenträgers zu stichprobenartigen Kontrollen
Sanktionen	§ 15 Je Verstoß 1%, bei mehreren Verstößen bis zu 10% des Auftragswertes. Haftungsübernahme auch für Nachunternehmer. Herabsetzung möglich. Abs. 2 Fristlose Kündigung ist möglich. Abs. 3 Möglichkeit zum Ausschluss von weiteren Vergabeverfahren bis zu 3 Jahren.		§ 7 Abs. 1 Je Verstoß 1%, bei mehreren Verstößen bis zu 10% des Auftragswertes. Haftungsübernahme auch für Nachunternehmer. Auf Antrag des Auftragnehmers Herabsetzung auf die dreifache Differenzsumme möglich. Abs. 2 Bei grober Fahrlässigkeit ist fristlose Kündigung möglich. Abs. 3 Möglichkeit zum Ausschluss von weiteren Vergabeverfahren bis zu 3 Jahren.	§ 14 Abs. 1 Je Verstoß bis zu 5%, bei mehreren Verstößen bis zu 10% des Auftragswertes. Haftungsübernahme auch für Nachunternehmer. Auf Antrag des Auftragnehmers Herabsetzung auf die zweifache Differenzsumme möglich. Abs. 2 Bei schuldhafter Nichterfüllung ist fristlose Kündigung möglich. Abs. 3 Möglichkeit zum Ausschluss von weiteren Vergabeverfahren bis zu 3 Jahren.	§ 18, Abs. 1 Je Verstoß bis zu 5% des Auftragswertes. In Summe max. 10%. Haftungsübernahme auch für Nachunternehmer. Abs. 2 Fristlose Kündigung möglich bei schuldhafte Verletzungen. Abs. 3 Möglichkeit zum Ausschluss von weiteren Vergabeverfahren bis zu 3 Jahren.	§ 4, Abs. 4, Satz 3 Vertragliches außerordentliches Kündigungsrecht, oder Vertragsstrafe. (Keine konkrete Definition) Abs. 1 Je Verstoß bis zu 5% des Auftragswertes. Haftungsübernahme auch für Nachunternehmer. Abs. 2 Fristlose Kündigung möglich. Abs. 3 Möglichkeit zum Ausschluss von weiteren Vergabeverfahren bis zu 3 Jahren.	§ 16 Abs. 1 Je Verstoß bis zu 5% des Auftragswertes. Haftungsübernahme auch für Nachunternehmer. Abs. 2 Fristlose Kündigung möglich. Abs. 3 Möglichkeit zum Ausschluss von weiteren Vergabeverfahren bis zu 3 Jahren. Abs. 3a Einrichtung eines Registers über Unternehmen, die von der öffentlichen Auftragsvergabe ausgeschlossen sind	§ 16 Abs. 1 Je Verstoß bis zu 5% des Auftragswertes. Haftungsübernahme auch für Nachunternehmer. Abs. 2 Fristlose Kündigung möglich. Abs. 3 Möglichkeit zum Ausschluss von weiteren Vergabeverfahren bis zu 3 Jahren. Abs. 3a Einrichtung eines Registers über Unternehmen, die von der öffentlichen Auftragsvergabe ausgeschlossen sind
Novellierung/ Evaluierung	Keine Regelung zur Evaluierung oder Begrenzung der Laufzeit	Keine Regelung zur Evaluierung oder Begrenzung der Laufzeit	Keine Regelung zur Evaluierung oder Begrenzung der Laufzeit	§ 16 Evaluierung 3 Jahre nach Inkrafttreten	Evaluierung 5 Jahre nach Inkrafttreten.	Keine Regelung zur Evaluierung oder Begrenzung der Laufzeit	§ 20 Evaluierung 8 Jahre nach Inkrafttreten (also 2027 bzw. 2031, wenn das Jahr der Novelle ausschlaggebend ist)	§ 18 Evaluierung 8 Jahre nach Inkrafttreten (also 2027 bzw. 2031, wenn das Jahr der Novelle ausschlaggebend ist)
Besonderheiten	Initiativen geplant (laut Koalitionsvertrag)	Initiativen geplant (laut Koalitionsvertrag)						
Weitere Regelungen (andere Landesgesetze)								
ÖPNV Pflichtaufgabe?		Nein	Ja	Nein	Ja		Ja	Ja

Wertungsschema Landestariffreugesetze

	Mögliche Ausprägungen	Punkte
Regelungsumfang: Bewertet wird, ob der gesamte Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe erfasst ist (Bau-, Dienstleistungen und Verkehr).	Nein Mit Ausnahmen Ja	0 0,5 1
Nachunternehmer: Gelten die Tariffreuevorgaben auch für Nachunternehmer und Leiharbeitnehmer?	Nein Ja (Nachunternehmen) Ja (Leiharbeitnehmer)	0 0,5 0,5
Verkehrsbereich: Wurden die Regelungsmöglichkeiten der EU VO 1370/2007/EG zur Vorgabe spezifischer Sozialstandards ausgeschöpft?		
a) Regelung zum Personalübergangs bei Betreiberwechsel Vorgaben zur Personalübernahme bei Betreiberwechsel	Keine eigene Regelung Soll-Regelung auf Schiene UND Straße Muss-Regelung auf Schiene und Straße	0 0,5 1
b) Tariffreue im Verkehrsbereich Regelungen zur Vorgabe und Auswahl von repräsentativen Tarifverträgen	Nein Ja (Vorgabe von Tarifverträgen) mit Beteiligung Tariffreuebeirat	0 0,5 0,5
Tariffreue außerhalb des Verkehrsbereichs: Wurden die Möglichkeiten des AEntG im Bereich von Bau-, Liefer- und Dienstleistungen ausgeschöpft? Relevant für verkehrsnahen Dienstleistungen, z.B. Fahrkartenvertrieb oder Fahrzeuginstandhaltung.	Nein Ja inkl. komplettem Tarifgitter inkl. Zulagen, Urlaub, Arbeitszeitregelungen u.a.	0 0,5 0,5
Mindestlohn: Regelungsrahmen eines vergabespezifischen Mindestlohns inkl. der Anpassungsmodalitäten.	Nein bzw. unter Bundesmindestlohn Ja, über Bundesmindestlohn Regelmäßige Anpassung	0 0,5 0,5
Weitere Regelungen: Weitere soziale, umweltfreundliche oder innovative Vorgaben möglich bzw. vorgeschrieben?	Keine eigene Regelung Kann-Regelung Kann- oder Soll-Regelung mit Nennung von Kriterien Muss-Regelung (mit Nennung von Kriterien)	0 0 0,5 1

Kontrollen: Wie wird die Einhaltung der Vorgaben kontrolliert?	Kann-Regelung Stichpunktartig, anlassbezogen	0
	Soll- oder Muss-Regelung Stichpunktartig	0,5
	Muss-Regelung Regelmäßig	1
Negative Regelungen: Bestandteile des Gesetzes, die zusätzlich zu Punkteabzug führen:	Ausnahmen möglich, z.B. Ausstieg aus Tariftreue bei länderübergreifenden Verkehren, Freistellungsverkehren, Buskonzessionen, Krisen o.ä.	-0,5
	Ausschluss von Haus-TVen	-0,5
	Einschränkungen bei Personalübernahme	-0,5
	Schlechte Regelungen zu Sanktionen u.Ä.	-0,5
Maximal		8

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)